NR. 53, DONNERSTAG, 14. MÄRZ 2024

Deutschlands Wirtschafts- und Finanzzeitung

Handelsblatt

Investitionen
China besetzt wichtige Zukunftsmärkte in Brasilien.
▶ 12

Sportartikel
Das Super-Sportjahr 2024 soll bei Adidas die Wende bringen.
▶ 24

Aktien
Wie Anleger den richtigen Zeitpunkt für den Verkauf finden.
▶ 44

Commerzbank
Christiane Vorspel wird neue IT-Vorständin.
▶ 28

Misstrauen der Investoren

Neue Zahlen zeigen: Investoren ziehen jedes Jahr hohe Milliardenbeträge aus Deutschland ab. Die SPD will nun Ideen zur Stärkung des Standorts präsentieren.

Investoren verlieren immer stärker das Vertrauen in den Standort Deutschland. Neue Zahlen des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), die dem Handelsblatt vorliegen, zeichnen ein alarmierendes Bild. Demnach hat sich der Abfluss von Direktinvestitionen aus der Bundesrepublik mit hoher Geschwindigkeit fortgesetzt.

Nachdem der Nettoabfluss 2021 und 2022 auf Rekordhöhe angeschwollen war, schwächte er sich im vergangenen Jahr zwar ab, erreichte mit 94 Milliarden Euro allerdings immer noch den drittthöchsten Wert seit Beginn der Zeitreihe 1971. International war nur in Japan der Abfluss höher.

„Deutschland verliert im Standortwettbewerb immer mehr an Boden", warnt IW-Direktor Michael Hüther. „Bei hohen Kosten, zermürbender Bürokratie und kaputter Infrastruktur überlegen es sich ausländische Unternehmen zweimal, bevor sie einen Euro in Deutschland investieren."

> Deutschland verliert im Standortwettbewerb immer mehr an Boden.
>
> **Michael Hüther**
> IW-Direktor

dpa, privat

Auch die Bundesregierung ist alarmiert. „Es gibt keinen Mangel an privatem Kapital. Trotzdem wird zu wenig in den Standort Deutschland investiert", sagte Finanzminister Christian Lindner (FDP) dem Handelsblatt. Die Standortattraktivität sei „in der Vergangenheit vernachlässigt" worden.

SPD-Chef Lars Klingbeil kündigte an, er werde in Kürze Vorschläge für mehr Wachstum vorlegen. Es gehe um Fachkräfte, Bürokratie, Energiekosten und Investitionen. „Wenn wir all die Probleme lösen, wäre das ein großer Wurf", sagte er dem Handelsblatt und unterbreitete Grünen und FDP ein Gesprächsangebot: „Die SPD ist bereit, diese Diskussion jetzt zu führen." ▶ 6, 8

Elon Musk: Besuch nach Brandanschlag

Der Tesla-Chef in Berlin: Rund 20 Minuten sprach Elon Musk mit seinem Sohn auf den Schultern zu den Mitarbeitern im Tesla-Werk in Grünheide. Der 52-Jährige verurteilte den Brandanschlag und bezeichnete die Täter als „dümmste Kerle auf der Welt". Wie könnten „sogenannte Ökoterroristen" Tesla schädigen, das der Umwelt helfen würde. Das sei so „lächerlich", sagte Musk, dass er sich fragen würde, ob nicht „größere Kräfte" dahinterstecken würden. Später traf sich Musk mit Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke und Berlins Regierendem Bürgermeister Kai Wegner. ▶ 15, 25

Märkte

Dax	17.965 Pkt.	+0,00 %
MDax	26.387 Pkt.	-0,08 %
TecDax	3.440 Pkt.	-0,68 %
E-Stoxx 50	5.005 Pkt.	+0,43 %
Dow Jones	39.154 Pkt.	+0,38 %
Nasdaq	16.180 Pkt.	-0,52 %
S&P 500	5.166 Pkt.	-0,17 %
Nikkei	38.696 Pkt.	-0,26 %
Euro/Dollar	1,0941 US$	+0,13 %
Gold	2.171,17 US$	+0,59 %
Öl	83,48 US$	-0,48 %

Dax Gewinner

1	Zalando	+17,86 % 22,57 €
2	E.On	+5,76 % 12,49 €
3	Adidas	+3,77 % 200,00 €

Verlierer

1	Volkswagen Vz.	-5,18 % 114,62 €
2	Porsche Vz.	-4,16 % 86,06 €
3	Porsche Vz.	-2,58 % 47,56 €

Stand: 17:00 Uhr

Bundesregierung

Scholz verteidigt sein „Nein" zu Taurus

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat seine ablehnende Haltung zur Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern der Bundeswehr an die Ukraine verteidigt. Es sei für ihn ausgeschlossen, Waffensysteme mit einer Reichweite von bis zu 500 Kilometern zu liefern, ohne dass deutsche Soldaten beteiligt würden, sagte Scholz am Mittwoch bei der Regierungsbefragung im Bundestag. „Ich als Kanzler habe die Verantwortung zu verhindern, dass es zu einer Beteiligung Deutschlands in diesem Krieg kommt." Der CDU-Politiker Norbert Röttgen warf Scholz vor, seine wahren Motive für sein Nein nicht zu erläutern, sondern immer neue Ausreden zu finden. ▶ 7

Wärmepumpen

Heizungs-Fördergeld erst ab September

Wer sich als Hausbesitzer eine Wärmepumpe zulegt, kann sich die angekündigte staatliche Förderung noch nicht auszahlen lassen. Die nötige IT für die Auszahlung stehe erst ab September zur Verfügung, sagte das Bundeswirtschaftsministerium dem Handelsblatt. Branchenverbände warnen in einem Brief an Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, der dem Handelsblatt vorliegt: „Dies kommt in der psychologischen Wirkung einem erneuten Förderstopp bis September gleich." Die Heizungsmodernisierung für 2024 werde so womöglich massiv ausgebremst. ▶ 22

Onlinehandel

Zalando will sich neu erfinden – Aktie steigt

15 Jahre nach der Gründung will sich Europas größter Onlinemodehändler Zalando neu positionieren. „Unsere Chancen sind riesig", sagte Firmenmitgründer und Co-Chef Robert Gentz am Mittwoch. Ziel sei es, die derzeitige Plattform zu einem paneuropäischen Ökosystem für Mode, aber auch Lifestyle auszubauen. Bei der Umsetzung dürften auch Zukäufe eine Rolle spielen. Die Pläne, die nach zwei Jahren mit sinkenden Umsätzen wieder zu einem zweistelligen Wachstum führen sollen, kamen gut an: Die Aktie stieg zeitweise um fast 20 Prozent. ▶ 26

Rekord: Dax überwindet 18.000 Punkte

Die Hoffnung auf die Zinswende und bessere Unternehmensgewinne treiben die Börsen.

Die Aktienmärkte sind nicht zu bremsen. In Deutschland hat der Leitindex Dax am Mittwoch bereits das 14. Allzeithoch in diesem Jahr markiert und mit 18.001 Punkten eine neue Bestmarke erreicht. Dabei ist es nicht mehr nur die Erwartung sinkender Leitzinsen, die den Dax und andere Börsen antreibt. „Inzwischen geht es auch stärker um eine stabile Konjunktur und steigende Unternehmensgewinne", sagt Markus Reinwand, Analyst bei der Helaba. Dennoch werde die Luft nach oben dünn. ▶ 4

Machtprobe erschwert Signa-Sanierung

Gläubiger lassen Immobiliendeal platzen – Management bietet Treuhandlösung an.

Im Insolvenzverfahren der wichtigsten Signa-Tochter, der Signa Prime, deutet sich eine Wende an: Bei dem Gläubigertreffen am kommenden Montag vor dem Handelsgericht Wien will das Management den Gläubigern deutliche Zugeständnisse machen, wie das Handelsblatt erfuhr. Der neue Sanierungsplan biete an, die Verfügung über das Vermögen an einen Treuhänder zu übergeben. Die Gläubiger der Signa-Gruppe hatten dem geplanten Verkauf von Topimmobilien an die Schoeller-Gruppe nicht zugestimmt. ▶ 20

Handelsblatt G 02531 PREIS 3,50 €

Belgien, Luxemburg, Niederlande u. Österreich 3,70 € / 4,20 €, Frankreich 4,20 € / 4,50 €, Großbritannien 3,70 GBP / 4,00 GBP, Schweiz 5,50 CHF / 6,00 CHF, Polen 23,00 PLN / 24,00 PLN

Monatsabonnement: Handelsblatt Print: 69,90 Euro, Handelsblatt Print + Premium: 79,89 Euro, www.handelsblatt.com/angebot

Handelsblatt GmbH Kundenservice, Tel. 0211 887 3602, kundenservice@handelsblatt.com

4 190253 103507 40011

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Inhalt

Thema des Tages

Dax über 18.000 Der Börsenindex hat eine neue historische Bestmarke aufgestellt. Jetzt wird die Luft dünner für weitere Kursgewinne. ▶ 1, 4

Politik

Deutschland Ausländische Investoren lassen ihr Geld immer seltener in Deutschland arbeiten. Und deutsche Geldgeber setzen verstärkt auf das Ausland. ▶ 6

Taurus-Debatte Bundeskanzler Scholz schließt die Lieferung der Waffe an die Ukraine so deutlich aus wie nie zuvor. Im Bundestag nimmt er Norbert Röttgen in die Mangel. ▶ 7

Lars Klingbeil im Interview Der SPD-Chef erklärt, wie ein Wachstumspaket für die Wirtschaft aussehen könnte. Einen Abbau des Sozialstaats lehnt er ab. Und er übt Kritik an CDU-Chef Merz. ▶ 8

Geoeconomics Beim Ringen um die Gunst der aufstrebenden Länder auf der Südhalbkugel macht die EU gravierende strategische Fehler. ▶ 9

Nahost Luftbrücke für den Gazastreifen. ▶ 10

Großbritannien „KI-Kontrolle ohne Wirkung". ▶ 11

Investitionen China baut Vorsprung in Brasilien aus. ▶ 12

Wladimir Putin Wie der Kremlchef vor der Wahl Angst verbreitet. ▶ 13

Unternehmen

René Benko Entmachten die Signa-Gläubiger das Management? ▶ 20

Autoindustrie VW setzt auf steigende Nachfrage bei E-Autos und kündigt 30 neue Modelle an. ▶ 21

Wärmepumpe Das Fördergeld kommt später. ▶ 22

Energie Eon kündigt Investitionen in Milliardenhöhe an. ▶ 23

Adidas Das Super-Sportjahr 2024 soll die Wende bringen. ▶ 24

Tesla Elon Musk bekennt sich zu Grünheide. ▶ 25

Photothek/Getty Images

Interview

SPD-Chef Lars Klingbeil erklärt, wie ein Wachstumspaket für die Wirtschaft aussehen könnte.

REUTERS

Naher Osten

Teuer und ineffizient, aber nötig: Die Bevölkerung in Gaza erhält Hilfe aus der Luft.

Ariba Jefferson/ adidas

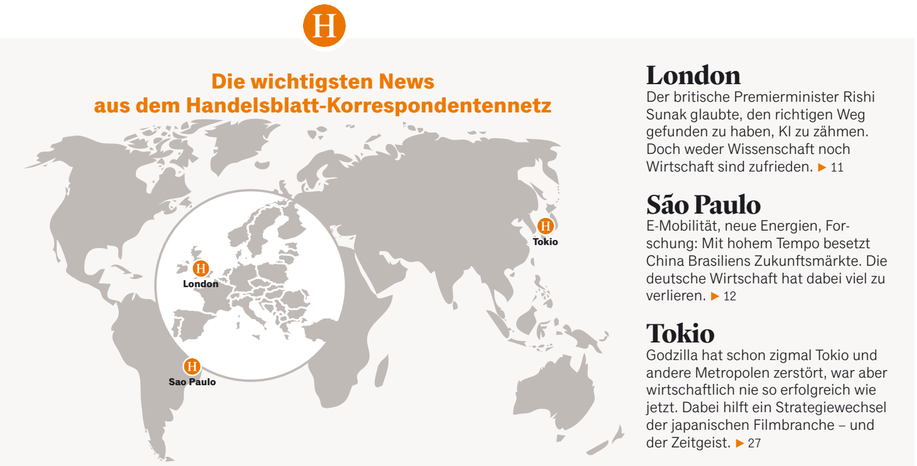
Sportartikel

Anleger honorieren den behutsamen Umbau bei Adidas.

Photo by on Unsplash

Nachhaltigkeit

Große deutsche Fondsgesellschaften haben neuen Ärger mit Greenpeace.



London

Der britische Premierminister Rishi Sunak glaubte, den richtigen Weg gefunden zu haben, KI zu zähmen. Doch weder Wissenschaft noch Wirtschaft sind zufrieden. ▶ 11

São Paulo

E-Mobilität, neue Energien, Forschung: Mit hohem Tempo besetzt China Brasiliens Zukunftsmärkte. Die deutsche Wirtschaft hat dabei viel zu verlieren. ▶ 12

Tokio

Godzilla hat schon zigmal Tokio und andere Metropolen zerstört, war aber wirtschaftlich nie so erfolgreich wie jetzt. Dabei hilft ein Strategiewechsel der japanischen Filmbranche – und der Zeitgeist. ▶ 27

Onlinehandel Zalando will sich neu erfinden. ▶ 26

Zukunft Stahl 2024 Stellenabbau statt grüner Transformation. ▶ 27

Asia Techonomics Warum Godzilla diesmal die Welt erobert. ▶ 27

Christiane Vorspel Commerzbank findet neue IT-Chefin bei LBBW. ▶ 28

Energiewende Deutsch-japanisches Duo macht Wärmepumpen effizienter. ▶ 29

Hans Georg Näder Familie Näder kauft Anteile am Prothesenhersteller Ottobock zurück. ▶ 29

Finanzen

Whitefield-Gruppe Unternehmenslenker Aydin Tasci will zu einem der größten Akteure in der Immobilienbranche aufsteigen. Dafür sind ihm offenbar viele Mittel recht. ▶ 36

Nachhaltige Investments Greenpeace kritisiert Fondsanbieter. ▶ 37

Bankensystem Neue Regeln für Europas Banken. ▶ 37

M&A Ausländische Investoren sind äußerst zurückhaltend. Die Zahl der Deals schrumpfte 2023 um ein Viertel. Auch deutsche Tech-Start-ups sind nicht mehr sehr gefragt. ▶ 38

Geldanlage

Aktienverkauf Den richtigen Zeitpunkt zu finden, um Aktien zu verkaufen, gilt als Königsdisziplin der Geldanlage. Das Handelsblatt hat mit Profis darüber gesprochen, wie Anleger sie meistern können. ▶ 44

KI in der Medizin Der Einsatz von KI revolutioniert die Gesundheitsbranche. Die Veränderung bietet große Chancen für Anleger, wenn sie vor allem auf drei Unternehmen setzen. ▶ 46

Bitcoin über 73.000 Dollar Anleger suchen nach Einstiegschancen. Der Kurs steigt daher immer weiter. ▶ 47

Tesla Analyst senkt das Kursziel für die Aktie drastisch. Die Liste jener Experten, die die Zukunft des US-Konzerns an der Börse skeptisch sehen, wird immer länger. ▶ 47

Märkte-Insight An den Börsen steigt gerade alles parallel: Aktien, Anleihen, Gold und Bitcoin. Das dürfte eigentlich nicht so sein, ergibt aber in der aktuellen Marktsituation Sinn. ▶ 48

Meinung & Analyse

Dax-Rekord Die 18.000-Punkte-Marke ist geknackt: Von irrationalem Überschwang kann aber keine Rede sein. Vier vermeintliche Risiken erweisen sich als Kurstreiber. ▶ 14

Tesla Die Kritik am E-Auto-Bauer ist maßlos überzogen. ▶ 15

Sparkassen Wenn's um Geld geht – oder um Gewinn. Die Institute betonen das Gemeinwohl. Außer sie verfolgen ihr eigenes Interesse. ▶ 15

Gastkommentar

In Zeiten der immer totaler werdenden Kontrolle und Repression in Russland ist der Kreml bemerkenswert unsicher.

Liana Fix
CFR-Expertin für deutsche und europäische Russlandpolitik

▶ 16

Anzeige

In dieser Ausgabe

Namensindex

Annenkov, Annatoli 5
Benko, René 20
Birnbaum, Leonhard 23
Blume, Oliver 21, 46
Deilmann, Christian 29
Donelan, Michelle 11
Donie, Wolfgang 5
Emden, Timo 47
Fernow, Berndt 5
Fix, Liana 16
Gallant, Yoav 10
Gärtner, Benjardin 4
Gentz, Robert 26
Grossnigg, Erhard 20
Gulden, Björn 24
Habeck, Robert 7, 22, 27
Halver, Robert 4
Hartmann., Gabriele 44
Hofmann, Matthias 36
Hüther, Michael 1, 6
Jonas, Adam 47
Kahler, Christian 44
Kauck, Sebastian 28
Klingbeil, Lars 1, 8
Knof, Manfred 28
Lagarde, Christine 4
Lindner, Christian 1, 6
Lofruthe, Hendrik 46
Lula da Silva, Luiz Inácio 12
Macron, Emmanuel 7
Mumm, Carsten 5
Musk, Elon 15, 25
Näder, Hans Georg 29
Nadeschdin, Boris 16
Nauseda, Gitanas 13
Nawalny, Alexej 13 16
Netanjahu, Benjamin 10
Oliveri del Castillo-Schulz, Jörg 28
Orlopp, Bettina 28
Osburg, Bernhard 27
Pirol, Manuel 20
Pistorius, Boris 10, 15
Prüve, Thomas 38
Putin, Wladimir 13, 14, 15, 16
Reinwand, Markus 4
Reuter, Ulrich 15
Rondorf, Stefan 5
Rorsted, Kasper 24
Röttgen, Norbert 7
Sauerbier, Tobias 20
Schallmayer, Joachim 4
Schneider, David 26
Scholz, Olaf 7, 12, 15
Selenski, Wolodimir 15
Stehn, Jari 4
Steinmeier, Walter 12
Streich, Uwe 5
Sunak, Rishi 11
Tasci, Aydin 36
Trump, Donald 5
Tusk, Donald 7
Vakili, Tanaz 36
Vargas, Mauricio 37
Veal, Michael 11
von Wallwitz, Georg 44
Vorspel, Christiane 28
Weidmann, Jens 28
West, Kanye 24
Wolkow, Leonid 13
Xi Jinping 12

Unternehmensindex

Airbus 5, 14
Allianz 5
Allianz Global Investment 37
Arcelor-Mittal 27
BASF 6
Bayer 44
BYD 12
ByteDance 15
Commerzbank 15, 28
Continentale 20
Daimler Truck 14
Deka 37
Deutsche Bank 15
Deutsche Telekom 14
DWS 37
Eon 23
Exxon Mobile 6
EY 38
EZB 37
Ferrari 12
Ford 12
GE 12
GE Healthcare Technologies 46
General Electric 12
Google 11
Gothaer 20
GWM 12
Heidelberg Materials 14
Huawei 12
Intel 7
Intuitive Surgical 46
JAC 12
Johnson & Johnson 44
Land Rover 12
LBBW 28
LVM 20
Mercedes 12
Meta 11
Microsoft 7, 11
Morgan Stanley 47
Munich Re 5, 14
Näder Holding 29
Nintendo 27
Novo Nordisk 44
Nvidia 5
OpenAI 11
Ottobock 29
Panasonic 29
Perspektive Asset Man 44
Porsche 12
Puma 24
R+V 20
Salzgitter 27
SAP 5, 14
Schoeller-Gruppe 20
Schrodinger 46
Siemens 5
Siemens Energy 12
Signa Development 20
Signa Prime Selection 20
Signal Iduna 20
Sparkasse 15
Star-Holding-Saar 27
Tado 29
Tesla 15, 25, 47
Thyssen-Krupp 27
TSMC 7
Union Investment 37
Volkswagen 12, 21, 46
Volkswohl Bund 20
Wells Fargo 47
Westfield Gayrimenkul Y. 36
Whitefield Investment 36

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Handelsblatt
DONNERSTAG, 14. MÄRZ 2024, NR. 53

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Aktienkurse

Dax über 18.000: Drei Chancen, drei Risiken

Der Dax hat eine neue historische Bestmarke aufgestellt. Experten rechnen nun zunächst mit Rückgängen – aber nicht langfristig.

Andrea Cünnen, Stefan Reccius, Anke Rezmer, Frank Wiebe Frankfurt

Der Dax hat am Mittwoch wieder einmal Geschichte geschrieben. Im frühen Handel schaffte er erstmals in seiner über 35-jährigen Historie den Sprung über die Marke von 18.000 Punkten. Später fiel er zwar wieder etwas darunter, doch die neue Bestmarke von 18.001 Zählern ist gesetzt.

Seit Ende Oktober sind die Börsen weltweit wieder im Aufwärtstrend. Treiber der Rally sind die Hoffnung auf sinkende Leitzinsen, der Boom rund um das Thema Künstliche Intelligenz und Unternehmensgewinne, die besser ausfielen als erwartet. Die meisten der vom Handelsblatt vor Kurzem befragten Banken sehen auf dem Niveau vorerst allerdings kein Kurspotenzial mehr für den Dax: Ihre Prognosen für das Jahresende liegen zwischen 16.000 und 18.500 Indexpunkten. Alle rechnen zumindest kurzfristig mit einem deutlichen Rücksetzer von bis zu 15 Prozent. Dies entspräche einem Dax-Stand von nur noch 15.300 Punkten.

Solche Korrekturen seien normal und kein Trendbruch, betont Joachim Schallmayer, leitender Kapitalmarktstratege bei der Dekabank. Das sehen auch andere Strategen so. Zwischenzeitlich könne der Markt noch einmal „ordentlich durchgeschüttelt" werden, meint Markus Reinwand, Aktienstratege bei der Helaba. Der leichte Teil der Rally sei vorbei.

Das Handelsblatt hat mit Experten darüber gesprochen, wie es jetzt an den Aktienmärkten weitergehen könnte. Dabei haben sich vor allem drei Chancen für weitere Kursgewinne ergeben, denen drei gewichtige Risiken gegenüberstehen.

Chance 1: Die Notenbanken lockern

Mehr denn je sieht es danach aus, dass die Europäische Zentralbank (EZB) im Juni das erste Mal die Leitzinsen senken wird. Das erwartet die große Mehrheit der Analysten. „Ein späterer Start ist immer noch möglich, falls die Inflation in der Euro-Zone höher ausfällt als erwartet", sagt Jari Stehn, Europa-Chefvolkswirt der US-Bank Goldman Sachs. „Aber es müsste sich schon um eine ziemlich große Überraschung nach oben handeln."

Bei der US-Notenbank Fed rechnen die meisten Beobachter ebenfalls mit einem ersten Zinsschritt im Juni. Doch selbst wenn sich die Fed noch etwas Zeit lassen sollte: Dass die Zinswende nach unten kommt, gilt als ausgemacht. „Ob die Zinsen nun im Juni oder im Juli sinken, sind letztlich Details und ist für die Börsen nicht mehr so wichtig", sagt Schallmayer.

Bei der EZB gehen die meisten Beobachter davon aus, dass sie die Zinsen in mehreren Trippelschritten von jeweils einem Viertelprozentpunkt senken wird. An den Geldmärkten sind derzeit rund vier kleine Zinssenkungen bis Jahresende eingepreist. Das würde bedeuten: Der für Banken und Kreditvergabe relevanteste Leitzins – der Einlagensatz – sinkt bis Dezember von vier auf drei Prozent. Rund um den Jahreswechsel hatten Investoren auf noch umfangreichere Zinssenkungen spekuliert.

EZB-Chefin Christine Lagarde und andere Notenbanker haben die Erwartungen zurechtgestutzt. Dem Börsenaufschwung hat das aber keinen Abbruch getan. Robert Halver, Kapitalmarktexperte der Baader Bank, sagt daher: „Die Zinssenkungsfantasie mag stark eingepreist sein. Doch wenn sie sich – nach Verzögerung – tatsächlich materialisiert, ist dies noch einmal ein neuer Impuls." Das Warten auf die Zinssenkungen habe dann endlich ein Ende.

Chance 2: Die Rezession bleibt aus

„Die globale Konjunktur ist stabil, und das hilft dem Dax", sagt Schallmayer von der Dekabank. Auf den ersten Blick sei es zwar verwunderlich, dass der Dax Rekorde markiert, während die deutsche Wirtschaft stagniert. Doch die globale Konjunktur sei für die exportorientierten Dax-Konzerne entscheidender als die Entwicklung der deutschen Wirtschaft.

Das betont auch Benjamin Gärtner, Aktienchef beim Fondshaus Union Investment: „De facto werden nur rund 40 Prozent der Erlöse in der Euro-Zone erzielt." Bei Konzernen wie SAP und Siemens sei der Anteil deutlich geringer. Zudem sei der Dax heute weniger von wirtschaftlichen Schwankungen abhängig als früher: „SAP als Softwarehaus ist wenig zyklisch, Airbus und die Münchener Rück sind auch weitgehend unabhängig von konjunkturellen Entwicklungen." Selbst Siemens habe zwar zyklische Sparten, aber „weite Teile des Geschäfts, die beispielsweise mit der Energiewende und der Transformation der Wirtschaft zu tun haben, sind das eben nicht".

Wichtig in dem Zusammenhang: Auf SAP, Airbus, Münchener Rück, Siemens und die Allianz entfallen mehr als 40 Prozent des Dax-Börsenwerts. Diese fünf Unternehmen sind nach Berechnungen von Union Investment zudem für zwei Drittel des Dax-Gewinns seit Anfang 2023 verantwortlich. Anders ausgedrückt: Ohne diese fünf Unternehmen hätte der Dax seit Anfang 2023 nur gut neun und nicht 27 Prozent zugelegt.

Chance 3: Die Bewertungen sind moderat

Der Dax ist mit einem Kurs-Gewinn-Verhältnis von 12,5 mit Blick auf die erwarteten Gewinne der kommenden zwölf Monate immer noch etwas günstiger bewertet als in seinem langjährigen Durchschnitt. Dabei ist die Entwicklung der Unternehmensgewinne nach Schallmayers Ansicht positiv: „Die Bilanzsaison und die Ausblicke der Dax-Konzerne zeigen, dass in diesem Jahr im Schnitt mit einem Gewinnwachstum im hohen einstelligen Bereich zu rechnen ist."

Gärtner von Union Investment sagt: „Man sieht eine ganze Reihe von attraktiven Unternehmen mit starken Geschäftsmodellen, die die Zeichen der Zeit erkannt haben." Dazu gehörten zum Beispiel der Mischkonzern Siemens oder auch der Softwarekonzern SAP, „der den Weg in Richtung Cloud sehr überzeugt und überzeugend verfolgt".

Carsten Mumm, Chefvolkswirt von Donner & Reuschel, stellt heraus: „Vor allem europäische Aktienindizes sind aufgrund parallel ebenfalls gestiegener Unternehmensgewinne nicht überbewertet." Er hofft auch, dass die chinesische Wirtschaft sich stabilisiert, was indirekt deutschen Unternehmen helfen würde, die dort stark engagiert sind.

Risiko 1: Löhne treiben die Preise weiter

Die größte Gefahr für die Märkte wäre eine wieder steigende Inflation, meint Schallmayer. Sollte es hier zu einer negativen Entwicklung kommen, könnten Zinssenkungen noch länger auf sich warten lassen. In seinem Basisszenario geht er aber nicht davon aus. Auch Uwe Streich, Aktienstratege bei der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW), sieht die Gefahr, dass Investoren durch eine steigende Inflation auf dem falschen Fuß erwischt werden, als größtes Risiko für die Märkte. Stefan Rondorf, Investmentstratege bei Allianz Global Investors, warnt vor künftigem „Margendruck" durch steigende Löhne bei Firmen in Europa und den USA.

EZB-Präsidentin Lagarde hatte mehrfach deutlich gemacht, dass die Inflation nur dann so schnell wie erhofft weiter sinkt, wenn die Unternehmen bereit sind, einen Teil der Lohnerhöhungen in ihren Gewinnmargen aufzufangen. Annatoli Annenkov von der Société Générale ist aber nicht überzeugt, dass Firmen auf Marge verzichten. „Unternehmen konnten in den vergangenen Jahren überraschend starke Preiserhöhungen durchsetzen", sagt er. Für ihn enthalten die positiven Inflationsprognosen der EZB deshalb eine Prise „Wunschdenken".

Immerhin ist aber die durchschnittliche Entlohnung der Angestellten in der Euro-Zone im Schlussquartal 2023 nur um 4,7 Prozent gestiegen. Für Juli bis September hatte das Statistikamt Eurostat noch ein Plus von 5,3 Prozent ermittelt. Das Wachstum der Tariflöhne hat sich der EZB zufolge im vierten Quartal ebenfalls abgeschwächt, von 4,5 auf 4,3 Prozent.

> Die globale Konjunktur ist stabil, und das hilft dem Dax.
>
> **Joachim Schallmayer**
> leitender Kapitalmarktstratege der Dekabank

Risiko 2: Geopolitische Spannungen nehmen zu

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, der Krieg in Gaza mit den Auswirkungen auf den Schiffsverkehr zwischen Asien und Europa, die Drohungen der chinesischen Regierung gegenüber Taiwan, wo mit Taiwan Semiconductor einer der wichtigsten Tech-Konzerne weltweit sitzt: Diese Probleme werden die Märkte auch weiterhin begleiten. Dabei stellt sich die Frage, was eine Wiederwahl von Donald Trump als US-Präsident bedeuten würde. Zwei Punkte stechen hier heraus:

► Trumps Distanzierung von der Nato, die Europa eine erhöhte Unsicherheit und mehr Eigenverantwortung bei der Verteidigung auflasten würde.

► Eine möglicherweise sehr viel aggressivere Politik gegenüber China.

Die US-Wahlen werden nach Ansicht Schallmayers zwar die Schlagzeilen bestimmen, sie werden aber nicht entscheidend sein für die Anlagestrategie und die Aussichten an den Aktienmärkten. Berndt Fernow, Chef-Investmentstratege der LBBW, ist da skeptischer. Er geht davon aus, dass „die Perspektive einer zweiten US-Präsidentschaft von Donald Trump mit ihren für Europa potenziell sehr negativen Folgen in Bezug auf Sicherheit und Handel an den Börsen bald in den Vordergrund rücken wird". Wolfgang Donie, Aktienanalyst bei der NordLB, sieht ein anderes Risiko bei den US-Wahlen: „Wenn es zu einer längeren Hängepartie kommt, wäre das Gift für die Märkte."

Risiko 3: Anzeichen für eine Kursblase

Obwohl die Aktienbewertungen insgesamt noch nicht als überspannt gelten, ist die Abhängigkeit der US-Börsen und damit auch der weltweiten Märkte von einzelnen Titeln wie Nvidia ein Warnzeichen. Die Frage stellt sich, ob der Hype um Künstliche Intelligenz (KI) nachhaltig bleibt. Ein Zeichen für eine große Risikobereitschaft der Anleger ist auch der Aufschwung des Bitcoins und anderer Kryptowährungen. Rondorf von Allianz Global Investors warnt daher: „Bei zum Teil sehr sportlichen Bewertungen sollte die Luft für Aktien nach vorn blickend dünner werden." Auch LBBW-Stratege Streich betont vor allem mit Blick auf die USA: „Das fundamentale Bild ist nicht ganz so glänzend wie die Kurse."

Die Schweizer Großbank UBS stellt ebenfalls Probleme heraus. Das Produktivitätswachstum sei schlechter als in den 90er-Jahren, die Globalisierung stocke, und die Wirtschaft befinde sich am Ende eines Wachstumszyklus. „Das Wachstum des real verfügbaren Einkommens ist schwach und wird wahrscheinlich noch schwächer werden", heißt es in einer Studie. „Damit die Hausse anhält, müssen diese Variablen wieder ansteigen." Besonders skeptisch sind die UBS-Experten mit Blick auf Europa, denn die Unternehmen hätten ihre Gewinnschätzungen nach unten anpassen müssen. Zwar sei Besserung in Sicht, aber die Bewertungen an der Börse liegen ihrer Meinung nach bereits auf einem Niveau, das bei einem überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum üblich ist.

Das Fazit der UBS lautet daher: „Wir sind der Meinung, dass jede Wachstumsverbesserung in Europa die Realität, die eingepreist ist, wahrscheinlich enttäuschen wird, sodass wir bei zyklischen Aktien vorsichtig bleiben."

REUTERS, IMAGO/Political-Moments

Börse in Frankfurt, EZB-Chefin Lagarde: Börsianer haben sinkende Zinsen eingepreist.

Streik bei der Lufthansa, Beisetzung eines gefallenen Soldaten: Eine drohende Lohn-Preis-Spirale und geopolitische Spannungen sind große Risiken.

Getty Images, AP

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Deutschland

Flucht der Investoren

Ausländische Investoren investieren immer weniger in Deutschland. Die Bundesregierung und die EU-Kommission sind alarmiert. Vor allem ein Industriesektor verliert an Substanz.

Bert Fröndhoff, Martin Greive, Moritz Koch, Julian Olk, Frank Specht Berlin, Düsseldorf

Während die Parteien in Berlin über eine „Wirtschaftswende“ oder einen „Reformbooster“ streiten, verlieren Investoren immer stärker das Vertrauen in den Standort Deutschland. Neue Zahlen des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), die dem Handelsblatt vorliegen, zeichnen ein alarmierendes Bild. Demnach hat sich der Abfluss von Direktinvestitionen aus der Bundesrepublik mit hoher Geschwindigkeit fortgesetzt. Nachdem der Nettoabfluss 2021 und 2022 auf Rekordhöhe angeschwollen war, schwächte er sich im vergangenen Jahr zwar ab, erreichte mit 94 Milliarden Euro allerdings immer noch den dritthöchsten Wert seit Beginn der Zeitreihe 1971. International war nur in Japan der Abfluss höher.

„Deutschland verliert im Standortwettbewerb immer mehr an Boden“, warnt IW-Direktor Michael Hüther. „Bei hohen Kosten, zermürbender Bürokratie und kaputter Infrastruktur überlegen es sich ausländische Unternehmen zweimal, bevor sie einen Euro in Deutschland investieren.“ Die Bundesregierung ist alarmiert. „Es gibt keinen Mangel an privatem Kapital. Trotzdem wird zu wenig in den Standort Deutschland investiert“, sagte Finanzminister Christian Lindner (FDP) dem Handelsblatt. Die Standortattraktivität sei „in der Vergangenheit vernachlässigt“ worden.

Der Untersuchung liegen Daten der Industrieländer-Organisation OECD und der Bundesbank zugrunde. In den Direktinvestitionen sind alle Zu- und Abflüsse, also nicht nur klassische Investitionen in neue Fabriken oder Ausrüstung, sondern auch Cash-Verschiebungen oder Kredite enthalten. Auch können große Finanzzentren wie London die Bilanz für ein Land verzerren.

Im internationalen Vergleich fällt Deutschland weiter zurück

Allerdings zeichnen die Zahlen dennoch ein klares Bild, vor allem mit Blick auf die Attraktivität Deutschlands für ausländische Investoren. Seit 2020 gehen die Direktinvestitionen aus dem Ausland Jahr für Jahr zurück. So gering wie im vergangenen Jahr waren die Zuflüsse seit 2014 nicht mehr. Umgekehrt bauen deutsche Unternehmen ihr bestehendes Geschäft vor allem in Nachbarstaaten weiter aus. Studienautor Christian Rusche macht klar: „Die geballte Häufung an Nettoabflüssen in den vergangenen Jahren zeigt, dass es sich jeweils nicht nur um Einzelfälle oder Nachholeffekte gehandelt hat, sondern eine tiefer gehende Entwicklung vermutet werden kann oder sogar muss.“

Im internationalen Vergleich fällt Deutschland damit weiter zurück. Zwar hat die Bundesrepublik bei den Abflüssen an Direktinvestitionen 2023 den Spitzenplatz an Japan abgegeben. Das ist laut IW aber vor allem darauf zurückzuführen, dass die Zinsen in Japan weniger stark gestiegen sind als in anderen Industrieländern, Anlagen im Ausland daher attraktiver sind. Zudem deuten nicht nur die IW-Zahlen darauf hin, dass der deutsche Investitionsstandort an Boden verliert. So gingen zum Jahresende 2023 die Investitionen in Ausrüstungen – also in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge – im Vorjahresvergleich um 3,5 Prozent zurück.

Die schwach laufenden Investitionen sorgten maßgeblich dafür, dass die deutsche Wirtschaft Ende 2023 geschrumpft ist. „Im Schlussquartal bremsten die rückläufigen Investitionen die Konjunktur“, erklärte Ruth Brand, Präsidentin des Statistischen Bundesamts. Auch in diesem Jahr ist kaum Besserung in Sicht. Das Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW) erwartet in seiner jüngsten Prognose einen deutlichen Investitionsrückgang. 2024 sollen die privaten Ausrüstungsinvestitionen danach um 3,1 Prozent zurückgehen.

Der Grund laut den Kieler Ökonomen: „Schlechte Rahmenbedingungen mit hoher wirtschaftspolitischer Unsicherheit, eingetrübte Unternehmenserwartungen und ungünstigere Finanzierungsbedingungen.“ Die Investitionsschwäche ist nicht nur ein deutsches, sondern ein gesamteuropäisches Phänomen. Internationale Konzerne scheuen sich, in der EU zu investieren. Der Energiekonzern Exxon Mobile etwa hat 20 Milliarden Dollar für Investitionen in klimafreundliche Technologien vorgesehen – kein Cent davon fließt in die EU. „Wir brauchen ein regulatorisches Umfeld, das Investitionen anregt“, sagt Karen McKee, Vice President von Exxon Mobil. „Ein solches existiert derzeit in Europa nicht.“

Die Alarmsignale aus der Wirtschaft sind auch in Brüssel angekommen. Die EU-Kommission hat den früheren Chef der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, damit beauftragt, Europas schwindende Wettbewerbsfähigkeit zu untersuchen. In Europas größter Volkswirtschaft, in Deutschland, kommen noch spezifische Probleme hinzu. Dass es trotz sinkender Energiepreise weiterhin nicht gut um den Standort bestellt ist, zeigt insbesondere die chemisch-pharmazeutische Industrie.

Wie eine Umfrage der Chemieverbände VAA und Dechema unter 1400 Führungskräften zeigt, bewerten diese die Zukunftsaussichten der Branche unter den derzeitigen industriepolitischen Rahmenbedingungen als ausgesprochen negativ und klagen alle über die Energiekosten und langwierige Genehmigungsverfahren. Wenn der Chemie- und Pharmastandort Deutschland erhalten bleiben solle, müssten Energiepreise „verlässlich auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau gedeckelt und die viel beschworenen Maßnahmen zur Entbürokratisierung endlich umgesetzt werden“, sagte der Zweite Vorsitzende des VAA, Christoph Gürtler, dem Handelsblatt.

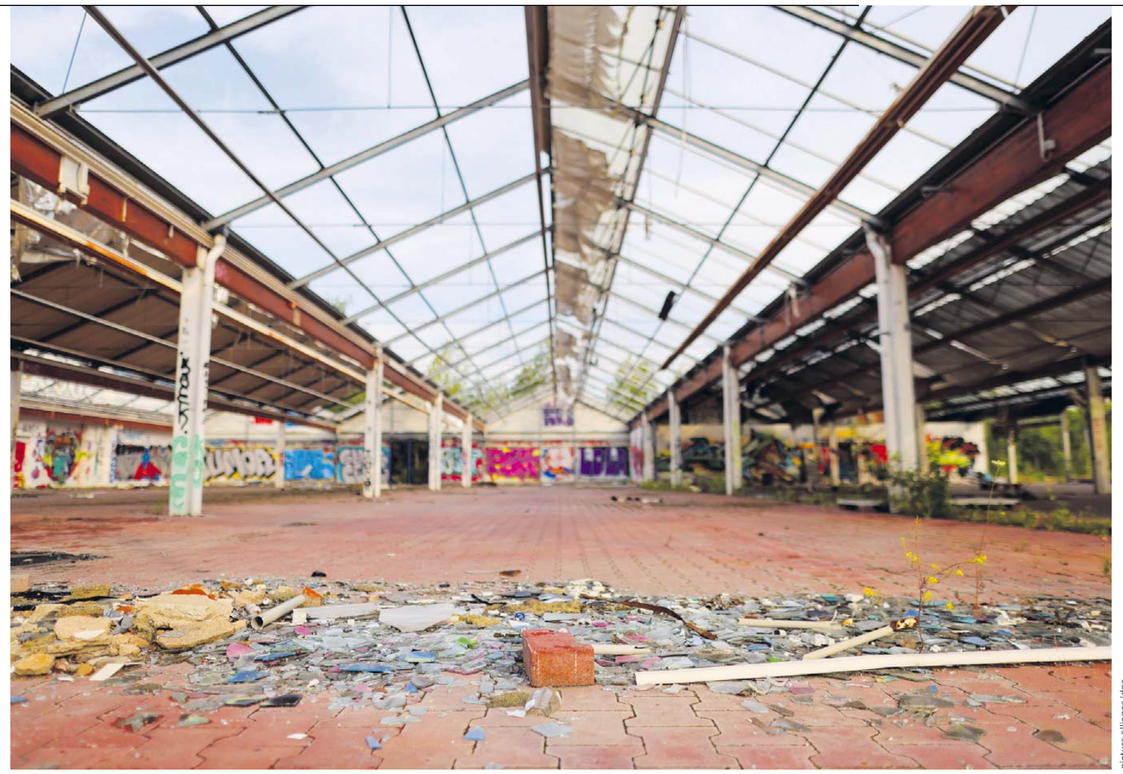
dpa

Robert Habeck: Der Wirtschaftsminister spricht von einem „Reformbooster“.

Bereits seit 2021 zeigt sich in der Chemie, Deutschlands drittgrößtem Industriezweig, ein ebenso deutliches wie beunruhigendes Bild: Die Unternehmen lenken ihre Investitionen viel stärker ins Ausland, während in Deutschland weniger neue Anlagen entstehen. Der Trend dürfte sich fortsetzen: In diesem Jahr wollen 80 Prozent der Betriebe ihre Investitionen im Ausland auf hohem Niveau halten oder sogar noch ausbauen, ergab eine Umfrage des Chemieverbands VCI. Nahezu 70 Prozent planen hingegen keinen Investitionsausbau in Deutschland.

Die Entwicklung zeigt sich auch konkret in den Unternehmen. Für den Spezialchemiekonzern Evonik sind die USA nach eigenem Bekunden die Wachstumsregion Nummer eins, entsprechend stark investieren die Essener dort. Die zahlreichen staatlichen Anreizprogramme in den USA entfalteten ihre Wirkung, sagt Evonik-Finanzvorständin Maike Schuh. Zwar baut der Konzern auch in Europa seine Kapazitäten aus, doch profitieren davon vor allem kostengünstige Standorte etwa in Südosteuropa.

Branchenführer BASF vertraut in einigen Geschäften zwar weiterhin auf Deutschland. So baut der Konzern im ostdeutschen Schwarzheide ein großes Werk für Batteriematerial und -recyling auf. Doch die großen Investitionssummen fließen in diesem und nächsten Jahr nach China, wo BASF im Süden einen riesigen neuen Standort hochzieht.

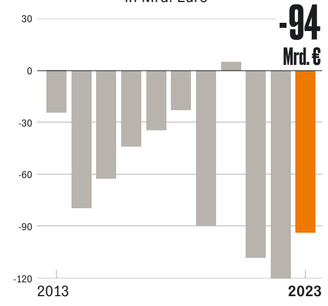


picture alliance/dpa

Leere Halle: Viele Unternehmen klagen über teure Energie in Deutschland.

Direktinvestitionen in Deutschland

Differenz der Zuflüsse und Abflüsse in Mrd. Euro



HANDELSBLATT Quelle: IW Kiel

Der Heimatstandort Ludwigshafen hingegen ist angeschlagen. BASF schreibt in dem weltweit größten Chemiekomplex seit Jahren rote Zahlen. Im vergangenen Jahr wurden bereits mehrere Anlagen abgeschaltet, weil die Produktion nicht mehr rentabel ist. Ende Februar hatte der Konzern eine Verschärfung des Sparprogramms angekündigt, dem weitere Anlagen zum Opfer fallen werden.

Für die deutsche Politik bestehe „dringender Handlungsbedarf“, mahnt das IW, ansonsten dürfte „die Attraktivität des Standorts Deutschland“ weiter erodieren. Die Bundesregierung hatte die Investitionsschwäche lange abgetan. Stattdessen wurde immer wieder auf große Investitionen verwiesen, die Konzerne zuletzt in Deutschland getätigt haben. So gab Microsoft im Februar bekannt, am Standort Köln mehr als drei Milliarden Euro in Künstliche Intelligenz (KI) zu investieren. NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) sprach in Düsseldorf von einer „historischen Entscheidung und einem starken Signal für Deutschland“. Zuvor hatten die Chiphersteller Intel und TSMC Milliardeninvestitionen im Osten Deutschlands angekündigt. Allerdings wurden diese Unternehmen auch mit hohen Subventionen geködert. Zudem zeigen die IW-Zahlen, dass im Schatten dieser Leuchtturmprojekte viel Kapital abfließt.

Finanzminister Lindner fordert „eine Wirtschaftswende“

> Deutschland verliert im Standortwettbewerb immer mehr an Boden.
>
> **Michael Hüther** IW-Direktor

Langsam findet auch in der Bundesregierung ein Umdenken statt. Am Mittwoch trafen sich Finanzminister Lindner und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) mit den Chefs der führenden Wirtschaftsverbände sowie Ökonomen im Bundeswirtschaftsministerium zu einer vertraulichen Gesprächsrunde, in der es auch darum ging, den Investitionsstandort attraktiver zu machen. Lindner fordert „eine Wirtschaftswende – mit klugen Weichenstellungen im Arbeitsmarkt, einer Bürokratie-Rosskur, einem Moratorium, was zusätzliche Sozialleistungen betrifft, einer sicheren und günstigen Energieversorgung und einer wettbewerbsfähigen Unternehmensbesteuerung“. Dann könne Deutschland wieder für Investitionen attraktiv werden, so der FDP-Chef. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) will einen „Reformbooster“ auflegen. Er will Steuerrabatte für Unternehmen und mit staatlichen Finanzhilfen mehr Anreize für Investitionen schaffen. Allerdings fehlt dafür das Geld. Schon ohne ein neues Wachstumsprogramm klafft im Bundeshaushalt 2025 ein Loch von mindestens 20 Milliarden Euro, das die Bundesregierung erst noch schließen muss.

IW-Chef Hüther konstatiert daher ziemlich ernüchtert: „Die Regierung gibt keine Hoffnung auf Besserung.“ So könne ein Sparkurs nicht die Antwort auf die Standortschwäche sein, sagt der IW-Chef. „Die Ampel muss diesen Warnruf ernst nehmen und Standortpolitik betreiben.“

Taurus-Debatte

Das zornige Machtwort des Kanzlers

Scholz schließt die Taurus-Lieferung an die Ukraine so deutlich aus wie nie zuvor. Im Bundestag nimmt er Norbert Röttgen in die Mangel.

Martin Greive Berlin

Kurz vor Beginn der Fragestunde ruckelt Olaf Scholz (SPD) mit seinem Stuhl auf der Regierungsbank leicht vor und zurück. Der Kanzler scheint unruhig zu sein. Und tatsächlich hat sich einiges aufgestaut, vor allem durch die Taurus-Debatten der vergangenen Tage. In der Fragestunde im Bundestag, so viel war vorher klar, wird der Kanzler dazu gelöchert. Scholz will in seiner kurzen Einführung das Thema deshalb „gern gleich bei den Hörnern packen“ – Taurus bedeutet im Lateinischen „Stier“.

Scholz schließt sogleich die Lieferung der deutschen Marschflugkörper an die Ukraine so deutlich aus wie nie zuvor. „Besonnenheit ist nicht etwas, was man als Schwäche qualifizieren kann, wie einige das tun, sondern Besonnenheit ist das, worauf die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land einen Anspruch haben“, sagte der Kanzler. Es sei für ihn ausgeschlossen, weitreichende Waffensysteme zu liefern, die nur sinnvoll genutzt werden können, wenn sie auch mit dem Einsatz deutscher Soldaten verbunden wären. „Das ist eine Grenze, die ich als Kanzler nicht überschreiten will.“

Marschflugkörper Taurus: Keine Lieferung an die Ukraine.

Die Absage ist deutlich, gelöchert wird der Kanzler trotzdem. Anders als sonst in den Fragestunden reagiert der Kanzler dieses Mal aber nicht zurückhaltend. Besonders CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen bekommt den aufgestauten Ärger von Scholz zu spüren. Röttgen hatte Scholz in einem Gastbeitrag in der „FAZ“ gerade scharf kritisiert. Scholz hält Röttgen vor, mit „Halbwahrheiten öffentliche Kommunikation zu betreiben“. Der CDU-Politiker hatte den Kanzler zuvor gefragt, ob dieser der Auffassung sei, dass Frankreich und Großbritannien durch die Lieferung von Marschflugkörpern an die Ukraine Kriegsbeteiligte geworden seien.

„Nein. Durch die Lieferung der Waffen wird man nicht Kriegsbeteiligter. Niemand hat das gesagt. Ich nicht und auch sonst keiner, den ich im verantwortlichen Umfeld der Bundesregierung kenne“, lautete Scholz Antwort. „So, wie das in Frankreich und Großbritannien gemacht wird, geht das für uns nicht“, sagte der Kanzler. Und wird dann sehr deutlich: „Was mich aber ärgert, ist, sehr geehrter Abgeordneter, lieber Norbert: Dass du alles weißt und eine öffentliche Kommunikation betreibst, die darauf baut, dass dein Wissen kein öffentliches Wissen ist.“ Und Kanzler fügt hinzu: „Ich glaube, das sollte in der Demokratie nicht der Fall sein.“

Röttgen weist das zurück und wirft dem Kanzler im Gegenzug vor, immer neue Ausreden zu finden, „die sich zum Teil wechselseitig widersprechen und ausschließen“. Nach 75 Minuten ist die Fragestunde vorüber. Das Thema Taurus wird Scholz so schnell nicht los. Am Donnerstag will das Parlament über einen Unionsantrag für eine sofortige Lieferung abstimmen. Es gibt Anzeichen dafür, dass dieser aus den Reihen von FDP und Grünen unterstützt werden könnte.

SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich verwies im Vorfeld auf die Verabredung zu einem einheitlichen Abstimmungsverhalten im Koalitionsvertrag. Er habe es als besonders verletzend empfunden, dass die FDP bei der letzten Bundestagsdebatte über die Ukraineunterstützung ausgerechnet Verteidigungspolitikerin Strack-Zimmermann habe sprechen lassen, die sowohl für einen Antrag der Ampelkoalition als auch für einen von CDU/CSU gestimmt hat.

Am Freitag trifft Scholz in Berlin auf Frankreichs Präsidenten Emmanuel Macron und den polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk. Macron verweist schon länger darauf, dass Frankreich bereits Marschflugkörper an die Ukraine geliefert habe – ein Seitenhieb gegen Scholz. Zudem hatte Macron zuletzt den Einsatz von Bodentruppen in der Ukraine nicht ausgeschlossen, in Polen wird ebenfalls darüber diskutiert. Scholz hingegen hat zu dieser Frage wie zur Taurus-Lieferung eine klare Haltung: ein kategorisches Nein.

dpa, dpa

Bundeskanzler Olaf Scholz: Keine Kriegsbeteiligung Deutschlands.

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Lars Klingbeil

„Die nächsten Jahre werden hart“

Der SPD-Chef erklärt, wie ein Wachstumspaket für die Wirtschaft aussehen könnte. Einen Abbau des Sozialstaats lehnt er ab. Und er übt Kritik an CDU-Chef Friedrich Merz.

imago/Robert Michael

Herr Klingbeil, der Wirtschaftsminister bezeichnet die wirtschaftliche Lage als „dramatisch“, der Finanzminister als „peinlich“. Was sagt der SPD-Vorsitzende?
Wir stecken inmitten einer Umbruchphase. Die nächsten Jahre werden hart, es wird ruckeln. Wir mussten uns in der Energiepolitik von Russland abkoppeln. Die von der CDU über Jahre verschleppten Reformen schlagen jetzt voll durch. China und die USA setzen uns wirtschaftspolitisch unter Druck. Wir brauchen Impulse für die Wirtschaft. Was wir nicht brauchen, ist Schwarzmalerei.

Sie meinen damit Robert Habeck und Christian Lindner?
Ich meine damit vor allem die Union. Wie CDU und CSU das Land schlechtreden, passt mir gar nicht. Sie werden damit auch den Millionen Menschen nicht gerecht, die so viel in diesem Land leisten, die jeden Tag hart arbeiten, in den Betrieben, in den Vereinen, in den Familien. Aber ja, ich würde auch Habeck und Lindner raten, ein bisschen selbstbewusster auf das zu schauen, was die Regierung alles erreicht hat.

Wie sollte ein Wirtschaftsaufbruch Ihrer Meinung nach aussehen?
Wir müssen wieder mehr Wachstum erreichen, indem wir den Standort Deutschland stärken. Und die arbeitende Mitte entlasten, damit sie mit mehr Kaufkraft die Wirtschaft mit ankurbeln kann. Dazu werden wir Vorschläge vorlegen.

Gewähren Sie uns einen Einblick?
Was den Standort angeht, brauchen wir wettbewerbsfähige Strompreise. Ich kann mir vorstellen, bei den Netzentgelten viel stärker einzugreifen. Also zu sagen, die Kosten für den Ausbau der Netze landen nicht mehr bei den Verbrauchern, sondern werden wie andere Bereiche der staatlichen Infrastruktur finanziert, etwa die Bahn. Das würde die Energiepreise drücken.

Was muss ein Wirtschaftsaufbruch noch umfassen?
Wir brauchen massive Investitionen in eine funktionierende Infrastruktur, in die Bahn, in Straßen, Brücken, Wasserstoffnetze. Was mir aber auch wichtig ist: Beim Bürokratieabbau müssen wir wegkommen von Sonntagsreden und in einen gesellschaftlichen Dialog einsteigen, der zu schnellen Entscheidungen führt. Ich kann mir auch gut vorstellen, dass der nächste Bürgerrat sich des Themas annimmt.

Das Thema Steuerbelastung kam jetzt nicht vor.
Die SPD will 95 Prozent der Steuerzahler entlasten, das ist Beschlusslage. Wir unterstützen auch gezielte Investitionsanreize für Unternehmen, aber keine pauschalen Steuersenkungen für Einkommensmillionäre.

Also kommt der Vorschlag von FDP-Chef Lindner, den Solidaritätszuschlag abzuschaffen, für Sie nicht infrage?
Damit würden nur die ganz oben entlastet. Diese Trickle-down-Ökonomie, wo man denen oben gibt, damit was nach unten herabfällt, ist nicht meine Vorstellung von Wirtschaftspolitik. Und die Vergangenheit hat auch gezeigt, dass das nicht funktioniert.

Aber die hohe Steuer- und Abgabenlast ist doch ein Problem.
Für untere und mittlere Einkommen ja. Aber in meinen Gesprächen mit Unternehmern ist die Steuerbelastung kein Thema, das im Vordergrund steht. Es geht um Fachkräfte, Bürokratie, Energiekosten und Investitionen. Viele sagen mir sogar, sie wären bereit, mehr Steuern zu zahlen, wenn das Geld wirklich in Zukunftsinvestitionen und eine leistungsfähige Infrastruktur fließt.

Geld im Haushalt ist nicht da, und höhere Steuern lehnt die FDP ab. Wie wollen Sie da die Investitionen erhöhen?
Die Investitionen liegen bereits auf Rekordniveau. Aber wir brauchen viel, viel mehr. Deshalb haben wir als SPD unter anderem einen Deutschlandfonds vorgeschlagen, der mit staatlichem, aber vor allem auch privatem Kapital gespeist werden soll.

Deutschlandfonds, weniger Bürokratie, Netzentgelte: Klingt alles nett, aber nicht nach einem großen Wurf. Braucht es nicht aber einen solchen als Zeichen, es tut sich was in Deutschland?
Wenn wir all die Probleme lösen, wäre das ein großer Wurf. Die SPD ist bereit, diese Diskussion jetzt zu führen, aber nicht mit den Konzepten von vor 30 Jahren, die auf einen Abbau des Sozialstaats abzielen. Am Ende landen wir aber natürlich immer bei Finanzierungsfragen.

Lindner hält gegen den Willen von SPD und Grünen an der Schuldenbremse fest. Haben Sie Hoffnung, dass er sich noch bewegt?
Ich treffe viele Wirtschaftsvertreter, die sagen, das Festhalten an der Schuldenbremse sei nicht das Entscheidende. Die wollen, dass es im Land vorangeht. Das sehen ja auch immer mehr CDU-Ministerpräsidenten so, die sich nicht an den parteipolitischen Spielchen von Friedrich Merz beteiligen wollen. Und auch Christian Lindner hat als liberaler Finanzminister sicher ein riesiges Interesse an einem starken Wirtschaftsstandort.

Die SPD will die Schuldenbremse reformieren und Investitionen von der Schuldenregel ausnehmen. Mit dem Vorschlag würden Sie sich doch von jeder soliden Finanzpolitik verabschieden.
Solide Finanzpolitik heißt doch, dass wir in die Zukunft investieren, damit der Wirtschaftsstandort nicht verkommt, damit auch die nächste Generation von dem Wohlstand profitieren kann. Das ist Generationengerechtigkeit. Klar ist, wir dürfen nicht in eine Situation kommen, in der wir Kindergeld, Rente, Investitionen und Ukraine-Hilfen gegeneinander ausspielen.

Aber das ist doch Wünsch-dir-Was. Mit Ihrem Ansatz können Sie ja alles als Investition deklarieren.
Wenn wir uns schon von renommierten Ökonomen und Wirtschaftsmagazinen wie dem „Economist“ mittlerweile Kritik und Häme aufgrund der deutschen Schuldenregeln gefallen lassen müssen, dann sollten wir eine Reform nicht länger aufschieben. Wie groß der Handlungsdruck ist, zeigt doch der Blick in die USA.

Was meinen Sie?
Präsident Biden als Vertreter des Landes des freien Kapitalismus nimmt hunderte Milliarden in die Hand, um die Industrie zu locken. Und wir stellen die Schuldenbremse ins Schaufenster und schauen dabei zu, wie Industriearbeitsplätze hierzulande wackeln. Diese Arbeitsplätze kommen nicht mehr zurück, wenn sie einmal weg sind. Das dürfen wir nicht zulassen.

Ist auch die Stärke der AfD inzwischen ein Standortnachteil?
Mich treiben die Umfragewerte der AfD sehr um. Das ist ein politischer Kampfauftrag für uns. Aber wir sollten jetzt nicht eine Instabilität des Standorts herbeireden. Deutschland hat alles, um ein starker Wirtschaftsstandort zu bleiben. Das zeigt die Ansiedlung von Microsoft in NRW, das zeigen die Ansiedlungen im Osten.

Könnten die anstehenden Haushaltsberatungen die Koalition noch mal richtig ins Trudeln bringen?
Die Haushaltsberatungen werden im Vergleich zu 2024 noch mal viel anstrengender – vielleicht sogar die schwierigsten, die ich in meiner Zeit als Parlamentarier bisher erlebt habe.

Photothek/Getty Images

ICE auf der Strecke Berlin-München: Stärkung des Standorts.

Vita

Der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil, 46, ist seit Dezember 2021 zusammen mit Co-Chefin Saskia Esken Bundesvorsitzender der SPD. Zuvor war er Generalsekretär der Partei.

Der Pragmatiker Klingbeil gehört zum konservativen Seeheimer Kreis in der SPD, ist aber gut befreundet mit dem Parteilinken und Generalsekretär der SPD, Kevin Kühnert. Klingbeil gilt als pragmatisch und krisenfest.

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Trotzdem bin ich zuversichtlich, dass wir am Ende einen vernünftigen Haushalt für 2025 bekommen.

Sollte das Bundeswehr-Sondervermögen erhöht werden, wie es einige aus Ihrer Partei vorschlagen? Oder das Zwei-Prozent-Ziel bei den Verteidigungsausgaben aus dem regulären Etat gestemmt werden?
Ich halte es grundsätzlich für das Sinnvollste, die Schuldenregeln zu reformieren und alle Ausgaben im Kernhaushalt zu haben. Ein Parlament muss die Ausgaben kontrollieren können.

Einige in der SPD inszenieren Olaf Scholz als neuen Friedenskanzler, weil er die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine ablehnt. Ist das eine geschickte Strategie? Das bedeutet ja, wenn man es hart formuliert, dass der SPD Wählerstimmen wichtiger sind als die Ukraine.
Es ist eine sehr interessante Interpretation, dass der sozialdemokratische Bundeskanzler, der die Zeitenwende ausruft, 100 Milliarden Sondervermögen auf den Weg bringt, das Zwei-Prozent-Ziel der Nato erreicht, dafür sorgt, dass Deutschland der größte europäische Unterstützer für die Ukraine ist und den Bruch mit Russland herbeiführt, plötzlich die Solidarität mit der Ukraine abgesprochen wird.

Die Interpretation kommt ja aus Ihrer Partei.
Sie sprechen mit dem Parteivorsitzenden. Und ich kann Ihnen versichern, niemand der in der SPD Verantwortung trägt, teilt diese Interpretation.

Es gibt von den Ampelfraktionen einen Antrag, in dem von „weitreichenden Waffensystemen“ für die Ukraine die Rede ist. Was versteht die SPD darunter, wenn nicht Taurus?
Wir stellen der Ukraine sehr, sehr weitreichende Waffensysteme zur Verfügung. Den Kampfpanzer Leopard 2, Patriot-Systeme, Iris T. Und wir werden weiter solche Waffensysteme liefern.

Die Strategie der SPD für die Wahlkämpfe scheint klar: Hier der besonnene Scholz, dort der Heißsporn Merz. Muss die SPD nicht aufpassen, die Polarisierung nicht weiter anzuheizen? Die SPD-Fraktion hat erst diese Woche im Netz in der Rentendebatte CDU und AfD wieder in einen Topf geworfen.
Debatten im Netz sind auch mal zugespitzt. Es war ein starkes Signal, dass wir das Sondervermögen der Bundeswehr gemeinsam mit der Union beschlossen haben. Mich hat es daher überrascht, dass Friedrich Merz nun jede Zusammenarbeit mit der Regierung ablehnt und sich bockig in die Schmollecke stellt. Das wird der Partei von Konrad Adenauer, Helmut Kohl und Angela Merkel nicht gerecht.

Merz macht den Oskar Lafontaine. Der hatte damit 1998 Erfolg.
Es ist aber nicht verantwortungsvoll, für parteipolitische Geländegewinne auf Totalverweigerung zu setzen. Daher wird unsere Tür für die Union nie zu sein.

Herr Klingbeil, vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellten Martin Greive, Dietmar Neuerer und Thomas Sigmund.

Geoeconomics

Europäische Irrtümer

Der Westen, China und Russland kämpfen um die Gunst der aufstrebenden Länder auf der Südhalbkugel. Die EU hat dabei eigentlich gute Chancen, begeht aber gravierende strategische Fehler.

In den EU-Institutionen in Brüssel und sowie im Berliner Regierungsviertel hat man den „globalen Süden“ entdeckt. Das Streben nach „Partnerschaften auf Augenhöhe“ mit den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas ist ein erklärtes Ziel. In dieser Woche hat der Kanzler nacheinander den malaysischen Premier, den philippinischen Präsidenten und den thailändischen Ministerpräsidenten empfangen. Seit Amtsantritt im Dezember 2021 ist Olaf Scholz dreimal auf den afrikanischen Kontinent gereist. Vor dem EU-Parlament in Brüssel erklärte er im Mai 2023, Europa müsse den eurozentrischen Blick der vergangenen Jahrzehnte hinter sich lassen.

Dahinter steckt die Erkenntnis, dass es der geopolitische Wettbewerb zwischen alten und aufstrebenden Mächten den Europäern zunehmend schwerer macht, ihrer Stimme international Gehör zu verschaffen. Ihr relatives Gewicht in der Welt schwindet, und sie haben in der Vergangenheit erleben müssen, dass ihre Angebote nicht überzeugen – man denke nur an das erfolglose Ringen um ein Freihandelsabkommen mit dem südamerikanischen Staatenbündnis Mercosur. Währenddessen gewinnt China an globalem Einfluss, und Russland weitet seine wirtschaftlichen, diplomatischen und sicherheitspolitischen Beziehungen zu vielen afrikanischen Regierungen merklich aus.

Internationale Kooperation bleibt unerlässlich für den Wohlstand und die Sicherheit Europas. Es geht um Zugänge zu seltenen Rohstoffen sowie fossilen und erneuerbaren Energieträgern, es geht um Lösungen für grenzüberschreitende Herausforderungen wie Klimawandel, Pandemien oder gewaltsame Konflikte, und es geht um die Aufrechterhaltung von internationalem Recht und einer regelbasierten Ordnung.

Die Autorin **Jana Puglierin** ist Head of Office and Senior Policy Fellow am European Council on Foreign Relations (ECFR).

Doch vertiefte partnerschaftliche Beziehungen mit den Ländern des globalen Südens sind kein Selbstläufer. Es gibt keinen allgemeingültigen Ansatz für die vielgepriesene Kooperation „auf Augenhöhe“. Die Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas sind sehr unterschiedlich, und jedes Land bietet andersgeartete Ansatzpunkte für die Zusammenarbeit. Mit den Philippinen verbindet uns die Sorge vor China beispielsweise wesentlich mehr als mit Brasilien.

Dennoch täten wir Europäer gut daran, einige generelle Lehren zu verinnerlichen. Wir sollten uns im Klaren sein, dass die Länder des globalen Südens nicht auf uns gewartet haben. Sie sind nicht nur Randbeobachter geopolitischer Konfrontation, sondern umworbene Gestalter. Wir müssen das bessere Angebot auf den Tisch legen und signalisieren, dass wir nachhaltige Beziehungen aufbauen wollen.

> Wir müssen das bessere Angebot auf den Tisch legen und signalisieren, dass wir nachhaltige Beziehungen aufbauen wollen.

Um die Glaubwürdigkeit Europas zu stärken, müssen diese Partnerschaften über die herkömmlichen Hilfs- und Darlehensprogramme hinausgehen. Vielmehr muss die Zusammenarbeit die Modernisierung und den wirtschaftlichen Wandel sowie die technologische Transformation vor Ort fördern, Wertschöpfungsketten und Arbeitsplätze schaffen und den Ländern helfen, die digitale Kluft zu überbrücken. Europäische Diplomaten sollten in internationalen Organisationen nicht den Eindruck erwecken, sie seien nur daran interessiert, Unterstützung für europäische Anliegen zu gewinnen – etwa wenn es um das Mitzeichnen von Resolutionen in der UN-Vollversammlung geht, die Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine verurteilen. Vielmehr sollten wir bereit sein, die multilateralen Interessen unserer Partner zu unterstützen: entschiedene Bekämpfung des Klimawandels, Schutz vor Armut und Hunger, eine Lösung für die Verschuldungskrise.

Wir sollten uns nicht der Illusion hingeben, wir könnten diese Länder davon überzeugen, sich im globalen systemischen Wettbewerb auf unsere Seite zu stellen. Sie wollen ihre Souveränität maximieren und ihre internationalen Beziehungen selbst bestimmen. Sie haben endlich etwas vom geopolitischen Wettbewerb zu gewinnen. Die Zusammenarbeit mit den EU-Mitgliedstaaten kann für die Länder des globalen Südens sehr attraktiv sein, gerade weil sie es ermöglicht, ihre eigenen Abhängigkeiten angesichts des zunehmenden Wettbewerbs zwischen den USA und China zu diversifizieren. Wenn wir die Souveränitätsbestrebungen unserer potenziellen Partner anerkennen und ihnen ohne erhobenen Zeigefinger entgegenkommen, haben wir enorm viel anzubieten.

Anzeige

Max Brunnert

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Nahost

Luftbrücke für den Gazastreifen

Weil Gaza zu wenig Hilfe über den Landweg erreicht, versuchen es die Geberländer – darunter auch Deutschland – nun auf dem Luft- und Seeweg. Das ist teuer – und ineffizient.

REUTERS (2)

Dana Heide, Frank Specht, Inga Rogg Berlin, Jerusalem

Es ist ein Akt der Verzweiflung angesichts der katastrophalen Lage der Menschen im Gazastreifen: Die Bundesregierung schickt zwei Flugzeuge in das Kriegsgebiet, die Hilfsgüter aus der Luft abwerfen sollen. „Den Menschen in Gaza fehlt es am Nötigsten. Wir möchten unseren Teil dazu beitragen, dass sie Zugang zu Nahrung und Medikamenten bekommen“, sagte Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) am Mittwoch.

An der Luftbrücke sollen sich zwei Transportflugzeuge des Typs Lockheed C-130J Hercules beteiligen, die jeweils bis zu 18 Tonnen Last transportieren könnten, wie das Verteidigungsministerium mitteilte. Sie gehören zur deutsch-französischen Lufttransportstaffel, die in Evreux, westlich von Paris, stationiert ist. Der Einsatz könnte bereits Ende dieser Woche beginnen.

Zudem beteiligt sich die Bundesregierung an einer provisorischen Seebrücke, die von den Amerikanern initiiert worden ist. Wie genau diese Beteiligung aussehen soll, darüber beraten Außen- und Verteidigungsministerium gerade gemeinsam mit der EU-Kommission. Andere Länder wie Jordanien haben bereits damit begonnen, Hilfsgüter aus der Luft über dem Gazastreifen abzuwerfen. Die israelische Armee hat den Landweg weitgehend abgeriegelt. Nur wenige Lkw passieren die Grenze täglich – nach strengen israelischen Kontrollen.

Beobachter sehen die neuen Vorhaben als Tropfen auf den heißen Stein. Die Maßnahmen sind extrem teuer, aufwendig und ineffizient – und werden bei Weitem nicht den Bedarf der Menschen im Gazastreifen decken können. Zudem ist gerade der Abwurf aus der Luft nicht ungefährlich.

Da eine Landung der Flugzeuge im Gazastreifen nicht möglich ist, müssen die Kisten mit den Lebensmitteln und Medikamenten an Fallschirme gebunden abgeworfen werden. Das birgt Gefahren für die Bevölkerung. Es soll laut Angaben des von der Hamas kontrollierten Gesundheitsministeriums in Gaza bereits Todesopfer gegeben haben, die von Hilfsgütern getroffen wurden. Zwar werden die Güter etwa an freien Flächen wie dem Strand abgeworfen, allerdings rennen die Menschen dann auf die herabsegelnden Kisten zu. „Der Abwurf ist nicht ungefährlich“, sagte Pistorius. Die dafür vorgesehenen Crews seien aber für entsprechende Verfahren ausgebildet und sehr erfahren.

Auch der Seeweg soll stärker zur Lieferung von Hilfsgütern genutzt werden. Am Dienstag war das Schiff „Open Arms“ der gleichnamigen Hilfsorganisation aus dem zyprischen Hafen von Larnaka in Richtung Gazastreifen in See gestochen. Wie auf Videos der Organisation zu sehen ist, zieht der Schlepper eine Plattform, auf der Hilfsgüter geladen sind – laut Angaben von „Open Arms“ rund 200 Tonnen Lebensmittel.

Wie die US-Regierung vergangene Woche mitteilte, wird das amerikanische Militär gemeinsam mit internationalen Partnern einen temporären Hafen an der Küste des Gazastreifens einrichten, damit mehr Hilfsgüter nach Gaza gelangen. Die Lieferungen sollen demnach zunächst über Zypern kommen. Es ist ein riesiger Aufwand mit nur kleiner Wirkung. Doch die Verzweiflung ist groß. Seit den Massakern der Hamas am 7. Oktober hat nur ein Bruchteil der Hilfe den Gazastreifen erreicht, die vor Beginn des Kriegs an die Palästinenser geleistet wurde. Gelangten zuvor täglich 500 Lkw-Lieferungen von jeweils 20 Tonnen in den abgeriegelten Küstenstreifen, waren es den Vereinten Nationen (UN) zufolge im Februar im Durchschnitt lediglich 95 Lkw-Ladungen. Hinzu kommt: Es ist extrem schwierig geworden, die wenigen Hilfslieferungen, die es überhaupt bis nach Gaza schaffen, an die Bedürftigen zu verteilen. Immer wieder gibt es Berichte über Plünderungen von Konvois, auch kriminelle Banden sollen dabei die Hilfen an sich reißen und dann zu horrenden Preisen auf dem Schwarzmarkt verkaufen.

Luftbrücke für den Gazastreifen (o.), Hilfsgüter werden verladen: Der Bedarf wird bei Weitem nicht gedeckt.

> Den Menschen in Gaza fehlt es am Nötigsten. Wir möchten unseren Teil dazu beitragen, dass sie Zugang zu Nahrung und Medikamenten bekommen.
>
> **Boris Pistorius** Verteidigungsminister

Getty Images

Schon seit Wochen beschreiben Hilfsorganisationen mit immer dramatischeren Worten die katastrophale Lage in Gaza. Nach UN-Angaben sind Hunderttausende Palästinenser von Hunger bedroht. Die Betroffenen berichten, in ihrer Not Tierfutter, Gras und Unkraut zu essen.

Auch in Washington und in Berlin, zwei der wichtigsten Unterstützer Israels, verschärft sich der Ton gegenüber der Regierung um Regierungschef Benjamin Netanjahu. Für weiteren Unmut dürfte ein neuer Bericht der von Entwicklungshilfeorganisationen getragenen Initiative IPC (Integrierte Phasenklassifikation zur Ernährungssicherheit) sorgen, dessen Veröffentlichung noch in dieser Woche erwartet wird. Die IPC-Skala zeigt, wie stark eine Region von Hungersnot betroffen ist. Bereits der letzte Bericht hatte eine verheerende Situation in Gaza beschrieben. Seitdem hat sich die Situation noch verschärft.

Dass die Seebrücke möglich ist, ist zumindest ein kleines Zugeständnis der israelischen Regierung. Israel werde sicherstellen, dass die Hilfe über den maritimen Hilfskorridor jene erreiche, die sie bräuchten, erklärte Verteidigungsminister Yoav Gallant. „Das trägt zu unserem Ziel bei, die Hamas-Regierung zu zerschlagen.“ Die israelische Regierung wirft der Hamas vor, einen Teil der Hilfslieferungen für sich abzuzwacken. Hilfsorganisationen beschuldigen Israel dagegen, humanitäre Hilfe grundlos zu behindern und zu blockieren.

Der Seekorridor bilde eine dringend nötige zusätzliche Route für Hilfslieferungen, erklärten die UN-Hilfskoordinatorin für Gaza, Sigrid Kaag, und der Leiter der UN-Projektdienste, Jorge Moreira da Silva. „Um Hilfsgüter in großem Umfang zu liefern, gibt es für die vielen Landwege von Israel nach Gaza jedoch keinen Ersatz.“ Israel weigert sich bisher, neben Kerem Shalom weitere Übergänge zu öffnen, der ägyptische Grenzübergang Rafah, wo Israel Lieferungen ebenfalls inspiziert, ist eigentlich nicht für Warentransporte angelegt.

Die für die Verteilung und Abwicklung der Hilfslieferungen wichtigste Organisation vor Ort ist nach wie vor das in die Kritik geratene Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge UNRWA. Nachdem Erkenntnisse des israelischen Geheimdienstes gezeigt hatten, dass zwölf UNRWA-Mitarbeiter bei der Attacke der radikalislamischen Hamas auf Israel am 7. Oktober direkt und indirekt beteiligt waren, hatten zahlreiche Geberländer, darunter auch Deutschland, die Gelder für die Organisation eingefroren.

Inzwischen sind diese teilweise wieder freigegeben worden, die Bundesregierung hält jedoch weiterhin an dem Stopp der Zahlungen fest. Das Auswärtige Amt wickele die deutsche humanitäre Hilfe für Gaza derzeit über andere internationale Organisationen wie das Rote Kreuz, das Welternährungsprogramm WFP und das UN-Kinderhilfswerk Unicef ab, so ein Sprecher des Ministeriums.

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Großbritannien

„KI-Kontrolle ohne Wirkung“

Rishi Sunak glaubte, den richtigen Weg gefunden zu haben, KI zu zähmen. Doch weder Wissenschaft noch Wirtschaft sind zufrieden.

Torsten Riecke London

Knapp fünf Monate nach dem ersten globalen „AI Safety Summit“ in Großbritannien stecken die internationalen Bemühungen um eine bessere Kontrolle Künstlicher Intelligenz (KI) fest. Wissenschaftler hatten die im November 2023 in Bletchley Park vereinbarte freiwillige Regulierung für nicht ausreichend und beklagen das Nebeneinander von Aufsichtsbehörden insbesondere in Großbritannien. Den Technologiefirmen sind die Kontrollen dagegen zu langsam und zu intransparent.

Rishi Sunak: Hatte das von ihm organisierte Gipfeltreffen als Erfolg gefeiert.

IMAGO/Avalon.red, Moment/Getty Images

„Beide Weichenstellungen des Gipfels haben sich als falsch erwiesen“, kritisiert Michael Veal, Rechtsprofessor am University College in London (UCL), „sowohl der Fokus auf vermeintlich existenzielle KI-Risiken als auch die Hoffnung auf eine freiwillige Selbstkontrolle der Tech-Firmen sind ein Irrweg.“ Und auch das neu gegründete „AI Safety Institute“ in Großbritannien hält der Wissenschaftler für einen zahnlosen Papiertiger. „Das Institut hat keine wirkliche Macht.“

Gastgeber Rishi Sunak hatte das von ihm organisierte Gipfeltreffen als Erfolg gefeiert und das vor allem mit der Zusage der Technologieunternehmen begründet, ihre am weitesten fortgeschrittenen KI-Modelle vor einer Markteinführung durch das britische AI Safety Institute (AISI) testen zu lassen. Dazu gehört dem Vernehmen nach auch Googles neues Sprachmodell Gemini Ultra – ein intelligenter Chatbot ähnlich wie ChatGPT.

Das britische Institut hat kürzlich Sicherheitslücken in einigen Sprachmodellen (LLM = „large language model“) entdeckt. Mit sogenannten „Jailbreaking“-Techniken könnten auch unerfahrene Akteure die Modelle manipulieren, teilte das AISI mit, ohne die Namen der bemängelten Produkte zu nennen. „Mithilfe einfacher Befehle konnten die Benutzer die Sicherheitsvorkehrungen des LLMs sofort überwinden.“ Die staatlichen Kontrolleure betonen jedoch, dass sie bislang nicht in der Lage seien, alle von der Tech-Industrie freigegebenen Modelle zu testen. Es sei nicht ihre Aufgabe, Systeme als „sicher“ zu deklarieren. Außerdem wies das Institut darauf hin, dass es nicht dafür verantwortlich sei, ob die Unternehmen ihre Systeme einsetzten oder nicht. Selbst die Regierung in London ist sich inzwischen nicht mehr sicher, ob solche freiwilligen Tests ausreichen. Technologieministerin Michelle Donelan sprach sich Anfang Februar für „weitere gezielte, verbindliche Anforderungen“ für KI-Pioniere aus, „die hochgradig fähige Systeme für allgemeine Zwecke entwickeln“. Mit anderen Worten: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Das wiederum

führt zu Frust bei den Tech-Unternehmen. Nach einem Bericht der „Financial Times“ drängen die führenden KI-Entwickler bei Google, Microsoft, OpenAI und Meta auf mehr Transparenz und ein höheres Tempo der staatlichen Tests.

Jurist Veal bezweifelt jedoch, dass freiwillige Prüfverfahren mit den Tech-Giganten überhaupt funktionieren: „Das Sicherheitsinstitut kann so lange testen, wie es die freiwillige Zusammenarbeit mit einigen der größten Unternehmen der Welt nicht gefährdet.“

Anzeige

Sie verdienen nicht weniger als das Beste.

LIQID Wealth Management

Mit LIQID investieren Sie unabhängig, individuell und risikokontrolliert in den Kapitalmarkt. Seit 2017 zählen wir laut Capital zu den besten in Deutschland.

Vermögensverwaltung für Anleger, die mehr erwarten.
Für kurze Zeit bereits ab 50.000 Euro: liqid.de/handelsblatt

Kapitalanlagen bergen Risiken.

Informationen zu den Siegeln unter www.liqid.de/awards

LIQID
Join the smart money.

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Investitionen

China baut Vorsprung in Brasilien aus

E-Mobilität, neue Energien, Forschung: Mit hohem Tempo besetzt China Brasiliens Zukunftsmärkte. Die Offensive gilt in Peking als Modell für ganz Lateinamerika. Die deutsche Wirtschaft hat dabei viel zu verlieren.

Alexander Busch São Paulo

Bloomberg via Getty Images

Produktion von Solarzellen: „In der Anfangsphase haben die europäischen Autokonzerne die Chinesen nicht ernst genommen."

An der Avenida Europa reihen sich die Showrooms ausländischer Luxuswagen-Hersteller aneinander. Seit einigen Monaten findet auf der Nobelallee der Metropole São Paulo ein Generationswechsel statt: Nicht mehr vor den Schaufenstern von Ferrari, Land Rover oder Porsche drängeln sich die meisten Interessierten. Am meisten los ist bei den chinesischen Herstellern GWM, JAC und vor allem BYD, die ihre hochpreisigen Hybrid- und E-Limousinen in Szene setzen. Zuweilen gibt es dort lange Wartelisten für Beratungen.

Bei der E-Mobilität legen Chinas Marktführer in Brasilien ein hohes Tempo vor – und setzen die seit vielen Jahren in Brasilien präsenten Autobauer unter Druck: Nicht nur BYD („Build Your Dreams"), auch GWM wird bald in Brasilien produzieren. „Great Wall Motors" hat die erst 2016 von Mercedes eingeweihte, aber kurz danach wieder geschlossene Fabrik in São Paulo vor zwei Jahren übernommen. BYD nutzt die verlassenen Anlagen von Ford im Nordosten des Landes.

Inzwischen ist die Nachfrage nach Elektrofahrzeugen in Brasilien dramatisch gestiegen. „In der Anfangsphase haben die europäischen Autokonzerne die Chinesen nicht ernst genommen", sagt der deutsche Unternehmensberater Frank Neuhaus aus São Paulo. „Jetzt bekommen sie zunehmend Panik." Zwar hat Brasiliens Präsident Luiz Inácio Lula da Silva auf die Lobbyarbeit der gut vernetzten Marktführer wie Volkswagen, Fiat und GM reagiert. So führte der Sozialdemokrat und ehemalige Gewerkschaftsführer etwa eine halbjährlich steigende Importsteuer auf Elektromobile ein.

Schlüsselpositionen besetzt

Doch die Abgabe, die vor allem chinesische Fahrzeuge trifft, wird den Druck auf die angestammten Konzerne kaum verringern. „Bisher haben die Hersteller aus Europa und Nordamerika die Regeln der Märkte geschrieben, aber damit ist es jetzt vorbei", sagt Neuhaus. Er prophezeit: „Die Autobauer aus China werden das allgemeine Geschäftsmodell der Branche neu schreiben." Das gilt nicht nur für die E-Mobilität. Grüner Wasserstoff, nachhaltige Stromgewinnung, E-Mobilität, Digitalisierung, Forschung und Entwicklung – bei all diesen Themen haben Chinas Unternehmen heute in Brasilien Schlüsselpositionen besetzt und bauen ihren Vorsprung mit großem Tempo aus So ist es im Sinne der Staatsführung. Beim gerade in Peking zu Ende gegangenen Volkskongress betonte Staatschef Xi Jinping die Bedeutung „neuer Produktivkräfte".

„China verfolgt offiziell eine neue Infrastrukturpolitik für Lateinamerika", beobachtet Margaret Myers. Die Leiterin des Asien- und Lateinamerika-Programms beim US-Thinktank Inter-American Dialogue sieht Brasilien als Blaupause für Chinas Investitionsstrategie, eine Ausrichtung, die künftig für ganz Südamerika gelten soll. Nicht mehr die Energie-, Lebensmittel- und Rohstoffsicherung Chinas stünden dabei im Zentrum der Investitionen in Lateinamerika, wie es in den vergangenen 20 Jahren war. „Der Schwerpunkt liegt auf innovationsbezogenen Sektoren", betont Myers. Damit konkurrierten sie vor allem mit westlichen Unternehmen. „Chinas Investitionen in Lateinamerika und der Karibik nehmen in Sektoren zu, denen viele G7-Staaten selbst Priorität eingeräumt haben", sagt die Lateinamerika-Spezialistin.

So wie Deutschland: Seit Antritt der Regierung von Präsident Lula vor einem Jahr gab es eine regelrechte Besuchsoffensive. Bundespräsident Walter Steinmeier war da, Bundeskanzler Olaf Scholz, auch verschiedene Minister statteten Lula eine Visite ab. Mit einer Charmeoffensive versucht die deutsche Wirtschaft, sich den Zugang zu den Märkten zu sichern.

Bisher lockten deutsche Regierungs- wie Wirtschaftsvertreter regelmäßig mit der Aussicht auf gemeinsame Forschung und Entwicklung. Tatsächlich bergen Technologietransfers für südamerikanische Länder große Chancen. „Die deutschen Unternehmen bieten sich als ideale Partner für die Neo-Industrialisierung Brasiliens an", sagt etwa Barbara Konner, Hauptgeschäftsführerin der Deutsch-Brasilianischen Industrie- und Handelskammer in São Paulo. Viele deutsche Unternehmen glauben, dass sie noch immer Alleinstellungsmerkmale besitzen. Doch China erfüllt zunehmend jene Aufgaben, die bis vor Kurzem den Deutschen vorbehalten waren.

Myers sieht darüber hinaus vor allem die Informations- und Kommunikationstechnologie im Zentrum des chinesischen Interesses. So baut Chinas Anbieter Huawei das 5G-Handy-Netz aus. Chinas Konzerne dominieren bereits jetzt den brasilianischen Stromsektor, bald werden sie auch die Netze digital nutzen. Geschickt besetzen Chinas Unternehmen das Vakuum, das die Konzerne aus Europa und den USA in Brasilien hinterlassen haben. Für die deutsche Wirtschaft ist die Situation bedrohlich, sie hat viel zu verlieren. Brasilien zählt zu den wichtigsten Auslandsstandorten der deutschen Industrie. São Paulo gilt als die größte deutsche Industriestadt im Ausland mit Hunderten von deutschen Unternehmen.

Doch es geht nicht allein um São Paulo. Salvador etwa, die mit drei Millionen Einwohnern viertgrößte Stadt Brasiliens, hat mehrere Überseehäfen und den größten Petrochemie-Komplex Südamerikas. Nachdem ausländische Unternehmen wie Ford, Siemens Energy und General Electric ihre Fabriken dort in den vergangenen Jahren aufgegeben hatten, übernahmen Chinas Konzerne die leer stehenden Anlagen. „Hier entsteht das Silicon Valley Brasiliens", verspricht Stella Li, Amerika-Chefin von BYD. Das Unternehmen treibt die Kooperationen mit Forschungsinstituten für autonomes Fahren und E-Mobilität an den führenden Universitäten Brasiliens voran.

Der chinesische Turbinenbauer Goldwind baut künftig im ehemaligen Werk von GE Windkraftturbinen. Für künftige Aufträge ist gesorgt: CGN Brazil Energy, ebenfalls aus China, will in einem 14-Gigawatt-Windpark im Landesinneren grünen Wasserstoff herstellen. Ein Konsortium aus drei chinesischen Baukonzernen hat die Ausschreibung für eine zwölf Kilometer lange Brücke durch die Allerheiligenbucht vor Salvador gewonnen. Bis Jahresende soll der Bau beginnen. Die Finanzierungen kommen unter anderen von der CAF („Andenbank"), einer der wichtigen multilateralen Investitionsbanken.

Marcos Caramuru, China-Experte und Ex-Botschafter Brasiliens in Peking, hält es nur für logisch, dass sich Chinas Unternehmen angesichts der zunehmenden geopolitischen Spannungen den Zugang zu großen Konsummärkten wie Brasilien öffnen. Schließlich sei es absehbar, dass die Märkte in den USA und Europa weitere Hürden aufbauten. Mit Investitionen in großen und politisch neutralen Konsummärkten wolle China zudem den stagnierenden Konsum im eigenen Land kompensieren. Für Milliardenprojekte in Infrastruktur und Bergbau, wie man sie von China kenne, fehlten Peking derzeit die Mittel. „Die Projekte müssen sich heute schneller rechnen", sagt Caramuru.

In Brasilien wird die neue Investitionsinitiative Chinas begrüßt. Sie wird als Chance gesehen, nicht als Bedrohung. „Wir haben ähnliche Ansichten über Nachhaltigkeit", sagt Tatiana Prazeres, einflussreiche Staatssekretärin im Ministerium für Industrie, Handel und Entwicklung. „Dadurch ergeben sich große Chancen bei erneuerbaren Energien, grünen Finanzinstrumenten und der künftigen Zusammenarbeit in internationalen Foren."

Großer Orientierungsbedarf

Das sieht Evandro Carvalho, China-Experte und Professor der FGV-Universität in Rio de Janeiro, ähnlich. Brasilien verpasse eine Chance, wenn es das gewachsene Interesse aus China nicht nutze. Allerdings sieht er auf brasilianischer Seite Optimierungsbedarf. „Uns fehlt eine staatliche Strategie, wie wir Chinas Investitionen integrieren", mahnt er. Dass ein solcher Plan wichtig wäre, zeigen die Zahlen.

China ist der mit Abstand wichtigste Handelspartner des Landes. Brasilien exportierte 2023 für etwa 105 Milliarden Dollar nach China – vor allem Öl, Soja und Eisenerz. Das ist so viel, wie Deutschland letztes Jahr an Maschinen und Anlagen nach China verkaufte. Doch während Deutschland gegenüber China ein Handelsbilanzdefizit auftürmt, erwirtschaftet Brasilien hohe Überschüsse. Während der Handel mit China boomt, verlieren Deutschland und Europa für Brasilien rasant an Bedeutung. Das Land liefert immer weniger nach Europa, weil sich der Markt dort verschließt. Brasilien steht auf dem Ranking der Importländer der Deutschlands gerade noch auf Platz 31, um Frankreich oder Italien steht es kaum besser.

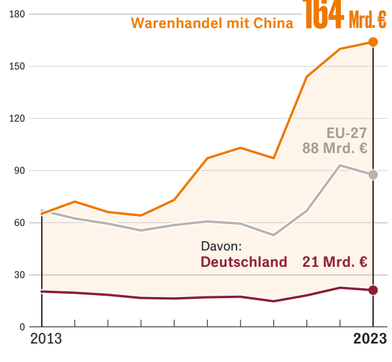
> Chinas Investitionen in Lateinamerika und der Karibik nehmen in Sektoren zu, denen viele G7-Staaten selbst Priorität eingeräumt haben.
>
> **Margaret Myers**
> Thinktank Inter-American Dialogue

Bleiben für Europa noch die gemeinsamen Werte, die lange Geschichte des Handels und des kulturellen Austauschs. Die deutsche Regierung versäumt es nicht, immer wieder auf die Nähe zu Lateinamerika hinzuweisen – und meint damit das System der Demokratie und die europäischen Wurzeln eines Teils der Bevölkerung dort.

Doch auch kulturell nähert sich China geschickt an. Als die BYD-Chefin ihre Pläne für die Fabrik ankündigte, wurde das von einer afrobrasilianischen Perkussionstruppe intoniert. Und im Karneval trat jetzt erstmals eine chinesische Sängerin auf. Gerade eröffnete an der bundesstaatlichen Universität in Salvador zudem das 13. Konfuzius-Institut Brasiliens. Die vier Mandarin-Sprachkurse seien ausgebucht, sagt der Vizerektor. Nicht weit entfernt befindet sich das deutsche Goethe-Institut. Dort wurde gerade die traditionelle Sprachabteilung im Zuge der weltweiten Sparmaßnahmen geschlossen.

Außenhandel von Brasilien

Handelsvolumen mit ausgewählten Partnern[1] in Mrd. Euro



1) Warenhandel (Exporte und Importe)
HANDELSBLATT • Quellen: EU-Kommission, China Customs, Destatis

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Wladimir Putin: Brutales Vorgehen gegenüber der Opposition.

AP

Wladimir Putin

Wie der Kremlchef vor der Wahl Angst verbreitet

Kurz vor dem Beginn der Wahl in Russland kommt es zu Durchsuchungen im ganzen Land. Ein Vertrauter Alexei Nawalnys wird in Litauen brutal verletzt.

Christoph Herwartz Düsseldorf

dpa

Leonid Wolkow: Auf den Oppositionellen wurde mit einem Hammer eingeschlagen.

Vor der Wahl in Russland drangsalieren russische Sicherheitskräfte Personen, die dem Putin-Regime kritisch gegenüberstehen. Der brutalste bekannt gewordene Fall betrifft den Oppositionellen Leonid Wolkow: Am Dienstag gegen 22 Uhr wurde er laut Polizei vor seinem Haus in Litauen überfallen und verletzt. Der Täter schlug die Scheibe des Autos ein, in dem Wolkow saß, besprühte ihn mit Tränengas und schlug mit einem Hammer auf ihn ein, berichtete die Polizei. Wolkow meldete sich nach einem Krankenhausaufenthalt via Telegram und sagte, sein Arm sei gebrochen, das Bein stark geprellt.

Die Tat sei ein „typischer Banditengruß" der Handlanger von Präsident Wladimir Putin. „Sie wollten mich buchstäblich zum Schnitzel klopfen mit einem Hammer." Auch Litauens Staatspräsident Gitanas Nauseda sprach von einer vorsätzlichen Tat: „Es ist klar, dass solche Dinge geplant sind, und wir sollten uns nicht wundern." Die zuständigen Behörden ermittelten nun. Wolkow hatte bei der letzten Präsidentschaftswahl in Russland den Wahlkampf von Putins Gegenkandidat Alexei Nawalny geleitet. Als dieser zu erfolgreich wurde, schloss ihn das Regime von der Wahl aus. Die nächste Wahl beginnt am Freitag und endet am Sonntag. Aussichtsreiche Gegenkandidaten zu Putin gibt es nicht.

Wolkow zog später nach Litauen und arbeitete von dort aus weiter für Nawalnys Anti-Korruptions-Stiftung. Seit Nawalny in Haft war, galt Wolkow als sein Sprachrohr. 2022, im Jahr von Russlands Invasion in die Ukraine, veröffentlichte er das Buch „Putinland". Untertitel: „Der imperiale Wahn, die russische Opposition und die Verblendung des Westens." Nawalny selbst starb im Februar in einem Straflager unter ungeklärten Umständen. Seine Angehörigen sprechen von Mord.

Der Angriff auf Wolkow könnte zu einer Reihe von Einschüchterungsversuchen gehören, die alle am Dienstag stattfanden. Der Geheimdienst FSB und die Polizei hätten Künstler und Aktivisten in ganz Russland zu Hause aufgesucht und befragt, berichtet das Exilmedium „Meduza". Auch die Wohnungen der Mitglieder der Punkband Pussy Riot wurden demnach überfallen. Pussy Riot hatte in der Vergangenheit einige Großereignisse in Russland gestört und dafür viel Aufmerksamkeit bekommen. Mehrere Mitglieder kamen dafür in Haft.

Möglicherweise gibt es einen Zusammenhang zwischen den aktuellen Ereignissen und einem Protestaufruf, der noch von Nawalny persönlich verbreitet worden war: Demnach soll man seine Ablehnung Putin gegenüber zeigen, indem man am Sonntag um Punkt zwölf Uhr zur Wahl geht. Protestveranstaltungen würden am Wahltag wohl sofort aufgelöst – zur Wahl zu gehen kann das Regime aber schlecht verbieten.

Dass Wolkow außerhalb Russlands angegriffen wurde, zeigt, dass Oppositionelle auch im Ausland nicht sicher sind. „Meduza" aktualisierte am Mittwoch seinen „Reiseführer" – eine lange Liste von Ländern, sortiert nach dem Risiko, das dort für Russen besteht, die sich Putin-kritisch äußern.

Die EU-Staaten kommen dabei gut weg, auch wenn sich der Anwalt Alexey Slobodchikov zitieren lässt, dass man Länder mit einer Grenze zu Russland besser meidet: Dort sei die Gefahr gegeben, dass russische Geheimdienste Menschen festnehmen und sie eigenständig über die Grenze bringen.

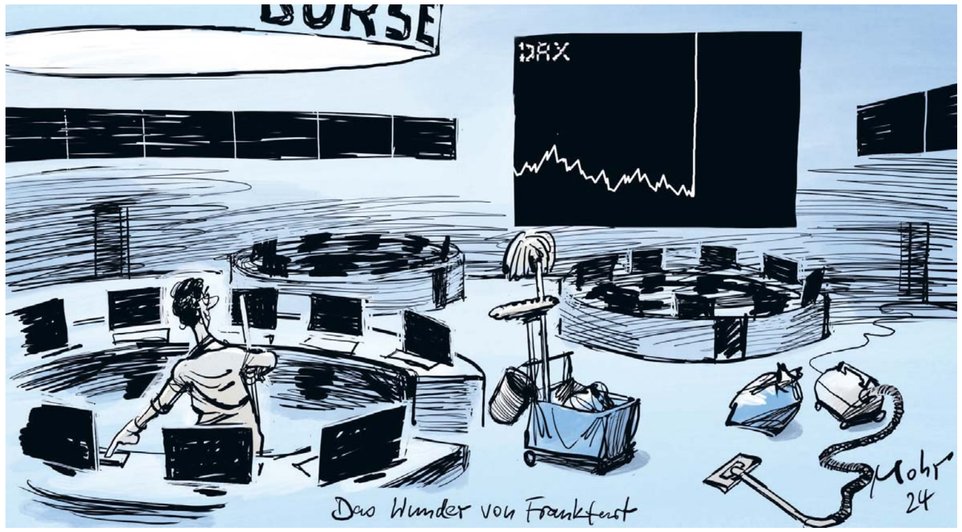
Warum geht Putin so brutal gegen die Opposition vor, obwohl ihm der Wahlsieg am Sonntag mehr als sicher ist? Das kremlnahe Meinungsforschungsinstitut Wziom sagt Putin eine Zustimmung von 82 Prozent voraus. Damit läge das Ergebnis fünf Prozentpunkte über dem von 2018 und würde somit perfekt in die Kremlpropaganda passen.

Manche Experten halten die Drangsalierungen für ein Zeichen von Schwäche. So sagte die französische Russlandexpertin Françoise Thom kürzlich dem österreichischen „Standard": „Im Staatsapparat denken viele, dass Wladimir Putin das Land gegen die Wand fährt. In Moskau beginnt meines Erachtens langsam die ‚Entputinisierung'."

Dem zufolge sollen Hausdurchsuchungen und Überfälle möglichen Kontrahenten im Kreml klarmachen, dass Putin zu allem bereit ist, um seine Macht zu sichern. Früher habe Putin seine Kritiker mit den Mitteln des Staates „gekauft", sagte Thom. „Jetzt, da der Hauptteil der russischen Ressourcen in den Krieg fließt, bleibt ihm nur noch der Terror."

Auch Wolkow stellt in seinem Buch die Frage, wie stabil das System Putin noch ist. Nach dem Überfall gab er sich kämpferisch: „Wir werden weitermachen und nicht aufgeben", sagte er in einem Video auf seinem Telegram-Kanal.

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com



18.000-Punkte-Marke

Warum der Dax so stark steigt

Von irrationalem Überschwang kann keine Rede sein. Vermeintliche Risiken erweisen sich als Kurstreiber.

Ulf Sommer ist Unternehmens- und Finanzmarktredakteur. Sie erreichen ihn unter: sommer@handelsblatt.com

Mit 18.000 Punkten hat der Dax am Mittwoch die nächste Tausenderhürde genommen. Gerade mal einen Monat ist es her, da übersprang der deutsche Leitindex die Marke von 17.000 Punkten. Dass er bei 18.001 Punkten gleich wieder nachließ, ist nicht weiter besorgniserregend. Es ist erstens eine typische Reaktion nach einer solchen Rekordfahrt. Zweitens zeigt diese Reaktion: Es herrscht keineswegs Euphorie an den Märkten, was wiederum dafür spricht, dass der Börsenindex durchaus noch Potenzial besitzt.

Wer euphorisch ist, dürfte zu großen Teilen bereits investiert und deshalb sehr optimistisch sein. Umgekehrt lässt fehlende Euphorie den Schluss zu, dass immer noch viele Anlegerinnen und Anleger mit ihrem Kapital skeptisch an der Seitenlinie stehen und nur angesichts der steigenden Kurse auf den Börsenzug aufspringen. Die Rally nährt sich selbst, auch ohne wirkliche Überzeugung. Gründe für Skepsis gibt es eigentlich ausreichend. Doch es gibt ebenso triftige Erklärungen, warum diese Skepsis sich nicht negativ auf die Börsen auswirkt.

1. Die Leitzinswende kommt: Mit Spannung schauen viele Aktionäre seit Monaten darauf, ob und wann die Notenbanken die Zinswende einleiten. Bislang halten die Notenbanker still, die Zinsen verharren auf erhöhtem Niveau. Dennoch sind wir zuletzt um eine wichtige Erkenntnis reicher geworden: Die Leitzinsen werden in diesem Jahr mit hoher Wahrscheinlichkeit sinken, vermutlich ab dem Sommer. Diese Schlussfolgerung ließ sich aus den jüngsten Erläuterungen der Notenbanken in Europa und den USA ziehen.

Diese Aussicht treibt vor allem deshalb die Börsen, weil hier nicht die Gegenwart, sondern die Zukunft gehandelt wird. Sinkende Zinsen werden die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und Verbraucher verbessern. Obendrein gibt es fürs Ersparte auf dem Tages- oder Festgeldkonto künftig eher weniger als heute.

Dadurch kommt die Aktie stärker ins Spiel. Diese hatte in Zeiten steigender Zinsen ihren in der vorherigen Nullzinsphase erworbenen Bonus der Alternativlosigkeit eingebüßt – und gewinnt ihn nun perspektivisch wieder zurück.

2. US-Konjunktur zeigt überraschende Stärke: Im Kampf gegen die Inflation hatten die Notenbanken die Zinsen erhöht. Das führte dazu, dass die Banken ihrerseits die Zinsen anhoben, sodass sich Kredite verteuerten. Unternehmen, die sich lange Zeit für weniger als ein Prozent Jahreszins Geld leihen konnten, mussten plötzlich vier und mehr Prozent bezahlen. In der Folge wurde weniger Geld nachgefragt, und dem Schuldenabbau kam mehr Bedeutung zu. Die Deutsche Telekom beispielsweise hat im vergangenen Jahr rund zehn Milliarden Euro Schulden abgebaut, die zuvor auf Rekordhöhe gestiegen waren.

Eine der häufigsten Begleiterscheinungen, wonach teurer werdende Kredite zu weniger Investitionen und Konsum führen und so die Konjunktur abwürgen, blieb bislang erfreulicherweise aus. Zumindest mit Blick auf die weltweit größte Volkswirtschaft: In den USA wächst die Konjunktur trotz stark gestiegener Zinsen weiter. Das an den Börsen frühzeitig erhoffte „soft landing“, also eine nur leichte Abschwächung des starken Wachstums, scheint zu gelingen.

3. Deutsche Schwäche fast belanglos für den Dax: Dax auf Rekordhoch, das passt nicht zur schwachen Inlandskonjunktur – so lautet ein gängiger Einwand. Richtig ist, dass Deutschlands Wirtschaft nach der Rezession im vergangenen Jahr auch 2024 so gut wie gar nicht wachsen dürfte. Europas größte Volkswirtschaft ist Schlusslicht in der Euro-Zone. Doch Dax-Konzerne wie Airbus, Munich Re, Heidelberg Materials, Daimler Truck und SAP, deren Aktienkurse allesamt in den letzten zwölf Monaten um mehr als 30 Prozent gestiegen sind, interessieren Deutschlands Konjunktur und die politischen Streitereien in der „Ampel“ zwischen SPD, Grünen und FDP so gut wie gar nicht.

Wichtiger sind die immer mehr gewordenen und erweiterten Auslandsstandorte in Nordamerika, Europa und Asien, um so vor Ort die stark wachsende Kundschaft zu bedienen. Das gelingt unverändert gut. Selbst die Deutsche Telekom, die ursprünglich 100 Prozent ihrer Erträge hierzulande erwirtschaftet hat, fährt inzwischen weit über die Hälfte ihrer Gewinne in den USA ein – mit stark wachsender Kundschaft. Die Stärke des Dax liegt darin, dass die 40 Unternehmen im Schnitt gut 80 Prozent ihrer Umsätze außerhalb des schwachen Heimatmarktes erwirtschaften. Insofern ist der Dax ein Spiegelbild der Weltwirtschaft. Diese wächst auch in diesem Jahr gut: voraussichtlich um etwas mehr als drei Prozent.

4. Geopolitische Risiken sind zumindest kurzfristig überschätzt: Der russische Angriffskrieg in der Ukraine und der Konflikt in Nahost bleiben Risiken. Doch diese lassen sich nicht in Wahrscheinlichkeiten beziffern. Auch Aktionäre sorgen sich wegen dieser Konflikte, doch Auswirkungen auf ihre Kaufabsichten haben sie noch nicht. Wie sollen sie auch? Sollte beispielsweise Russlands Präsident Wladimir Putin einen Nato-Staat angreifen und damit einen dritten Weltkrieg auslösen, dann ist möglicherweise Bares die noch schlechtere Wahl gegenüber Aktien in Form von Anteilscheinen an Weltkonzernen, die bereits den Ersten und Zweiten Weltkrieg überlebt haben.

Am Ende entscheiden Angebot und Nachfrage, das heißt Verkaufs- und Kaufwillige, über fallende oder steigende Kurse. Noch überwiegen diejenigen, die in Aktien (langfristig) Potenzial sehen und deshalb die Börse nach oben treiben.

▶ Bericht Seite 4

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Grünheide

Absurde Kritik an Tesla

Brandanschlag, Bürgerproteste, Boykottaktionen: Die Situation ist prekär.

Thomas Jahn ist Teamleiter Technologie. Sie erreichen ihn unter: jahn@handelsblatt.com

Der Brandanschlag auf Tesla war nur der vorläufige Höhepunkt einer Protestwelle, die längst absurde Züge trägt. Linke Radikale legen ein Unternehmen acht Tage lahm, das eine wichtige Rolle im Kampf gegen den Klimawandel spielt. Umweltaktivisten und Anwohner argumentieren auf ähnlich hanebüchene Weise. Tesla lege Brandenburg trocken, heißt es beispielsweise. Dabei verbraucht die Fabrik ein Drittel weniger an Wasser, als sie vertraglich könnte.

Pro Fahrzeug wird laut dem Unternehmen nur halb so viel Wasser genutzt wie bei anderen Herstellern. Ähnlich schwer nachzuvollziehen sind die Proteste gegen die Erweiterung des Werks. Auf 120 Hektar soll unter anderem ein Güterbahnhof entstehen, damit nicht mehr so viele Lkw Teile anliefern und Fahrzeuge abholen müssen. Mit anderen Worten: Die Anwohner demonstrieren für mehr Straßenverkehr.

Genauso die Debatte um den Wald, den die Aktivisten besetzen. Es ist kein Wald, sondern ein Forst – eine kommerziell zu nutzende Fläche. Die Kiefern sind eine Monokultur mit geringer Biodiversität, speichern kaum Wasser und sind für die Papierproduktion vorgesehen.

Teslas Probleme sind ein Symptom. Sie zeigen: In diesem Land läuft etwas schief. Minderheiten meinen, sich auf Kosten wichtiger Ziele der Allgemeinheit mit allen Mitteln durchsetzen zu müssen. Überall protestieren Bürgen gegen Stromtrassen, Windräder oder andere für den Klimaschutz wichtige Projekte.

Auch Elektroautos gehören dazu, ohne die der Transport nicht klimaneutral werden kann – der Verkehrssektor ist immerhin für 20 Prozent der CO_2-Emissionen in Deutschland verantwortlich, sieben Prozentpunkte mehr als 1990.

Die Folgen haben das Klima und wir alle zu tragen. Ähnlich aggressiv agieren die Gewerkschaften Verdi und GDL, die mit endlosen Warnstreiks und Maximalforderungen ihre Forderungen durchsetzen wollen – auf Kosten von Pendlern, Umwelt und Reisenden.

Tesla beschäftigt 12.500 Menschen – und will nach der Werkserweiterung noch mehr einstellen. Das sind 12.500 Gehälter, die den Beschäftigten und ihren Familien eine Perspektive bieten. Wenn man sich die Situation bei anderen Autoherstellern anschaut, wird einem klar, wie wertvoll das ist. Bei VW und Co. sind durch den Wandel zur Elektromobilität Tausende Arbeitsplätze gefährdet.

Ohne Frage ist Tesla auch Teil des Problems, angefangen von den kontroversen politischen Äußerungen des Chefs Elon Musk bis zu der jahrelangen Abschottung des Unternehmens.

Aber die Kritik an Grünheide ist unverhältnismäßig. Lasst Tesla endlich in Ruhe arbeiten!

▶ Bericht Seite 25

Kundenzufriedenheit

Wenn's um Geld geht – oder Gewinn

Sparkassen betonen das Gemeinwohl. Außer sie verfolgen ihr eigenes Interesse.

Thomas Sigmund ist Politikchef. Sie erreichen ihn unter: sigmund@handelsblatt.com

Der neue Sparkassenpräsident legte die Messlatte ganz nach oben. Bei seinem Amtsantritt Anfang des Jahres wollte Ulrich Reuter der Kundenzufriedenheit einen höheren Stellenwert einräumen als dem wirtschaftlichen Erfolg. Er forderte, die Kundenzufriedenheit zum entscheidenden Maßstab der Geschäftstätigkeit zu machen. Doch er scheint sich neue Ziele gesetzt zu haben. Die Sparkassen-Institute machten im vergangenen Jahr mehr Gewinn als Deutsche Bank und Commerzbank zusammen. Und das am Ende zulasten ihrer Kunden.

Im Sommer 2023 boten sie laut Daten von Tagesgeldvergleich.net im Schnitt lediglich 0,3 Prozent Zinsen auf Tagesgeld. Der Branchendurchschnitt lag bei 1,2 Prozent. Aktuell zahlt laut Verivox Finanzvergleich nicht einmal ein Viertel der Sparkassen Tagesgeldzinsen von mindestens einem Prozent.

Natürlich kann der Kunde die Bank wechseln, wie mein Kollege am Dienstag hier an gleicher Stelle kommentierte. Das passt aber einerseits überhaupt nicht zur beschworenen Kundenzufriedenheit. Und zweitens: Wer macht das schon? Da gibt es zum einen ein Heer von trägen Sparern, die sich dazu nicht durchringen. Da gilt wie bei vielen Handyverträgen offenbar auch bei den Sparkassen das Motto: Um den Bestandskunden kümmern wir uns zuletzt. Zum anderen gibt es aber noch Hunderttausende von Älteren, für die ein Wechsel unvorstellbar ist.

Allein die Debatte über einen solchen Schritt sorgt für schlaflose Nächte und löst Ängste um das ein Leben lang Ersparte aus. Nicht jeder bewegt sich eben sicher durch die digitale Welt und springt regelmäßig auf das nächst bessere Tagesgeldangebot. Man muss leider davon ausgehen, dass die Sparkasse mit dieser Trägheit kalkuliert.

Als es darum ging, Strafzinsen einzuführen, waren die Sparkassen ganz vorn mit dabei. Und dann kursieren noch diese Geschichten, dass Sparkassen weit über 80-Jährigen Bausparverträge anbieten – mit dem Hinweis, diese könne man doch vererben. Da kommt einiges zusammen. Jetzt sagen sicher viele. So ist es eben bei Banken. Deren Zweck ist es, Geld zu verdienen. Da dürfe sich niemand wundern, wenn die Sparkassen nach einer EZB-Zinserhöhung bei Haushalten und Unternehmen mit variabel verzinsten Krediten oder Neukrediten sofort zugriffen.

Da kann man aber nur antworten: Die Sparkassen sollten dann aber aufhören, ihre Gemeinwohlorientierung wie eine Monstranz vor sich herzutragen. Die Sparkassen lassen sich für alle Spenden kultureller oder sportlicher Art in der Lokalpresse feiern und holen sich das Geld von ihren Sparern zurück, die nicht ausweichen können.

Die Sparkassen hatten mal den Slogan: „Weil's um mehr als Geld geht.“ Das stimmt schon. Dann müssen sie sich aber auch daran halten.

Außenansichten

The Washington Post

Wegen Sicherheitsbedenken will die US-Regierung Tiktok unter Kontrolle bringen – oder verbannen. Zu einem möglichen Verbot schreibt die „Washington Post“:

Die richtige Reaktion für die US-Regierung ist, die Gefahren von Tiktok bewusst einzuschätzen und dann entsprechend den Erkenntnissen zu handeln. (…) Der falsche Ansatz besteht darin, die Prozedur zu überspringen und Tiktok (des chinesischen Unternehmens) Bytedance für verboten zu erklären. Der dem Repräsentantenhaus vorgelegte Gesetzentwurf würde zudem einen Mechanismus schaffen, der es dem Präsidenten ermöglicht, andere Apps einfach als unzulässigerweise einer ausländischen Kontrolle unterliegend zu erklären. Dies ist zu anfällig für die Launen von Gesetzgebern, die auf der Suche sind nach einem Gesprächsthema im Wahlkampf, sowie von Führungspersonen, die geopolitischen Einfluss anstreben. (…) Die Regierung sollte sich selbst eine hohe Messlatte dafür setzen, den Amerikanern vorzuschreiben, wo sie sich äußern dürfen und wo nicht.

CORRIERE DELLA SERA

Zu Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Rolle Präsident Selenskis schreibt die italienische Zeitung „Corriere della Sera“:

Der kleine Komiker aus Kiew (Wolodimir Selenski), der zum Volkshelden geworden ist, bleibt Putins Hauptziel. Denn er hat etwas getan, was der Moskauer Zar ihm nur schwer verzeihen wird. Er hat zwei Jahre von seinen imperialen Plänen gestohlen und sie uns geschenkt. Und trotz der Aufrufe, die weiße Fahne zu hissen, verschafft er uns wertvolle Zeit. Die Liste der Szenarien, bei denen der ukrainische Widerstand die Uhr im Interesse der Demokratien angehalten hat, ist lang. (…) Selenski hat sich in den Augen vieler indes zu einer Art düsteren Macbeth entwickelt, der diejenigen beseitigt, die sich seiner Macht in den Weg stellen (allen voran der General Saluschnyj). Aber die Gründe, ihm zu danken, liegen in der Geschichte und letztlich auch in den Versuchen der Russen, ihn zu beseitigen. Der stärkste Grund ist, dass er uns gezeigt hat, dass Freiheit nicht kostenlos ist, sondern eine tägliche Errungenschaft.

Tages-Anzeiger

Verteidigungsminister Pistorius gilt als beliebtester Politiker Deutschlands. Dazu heißt es im Schweizer „Tages-Anzeiger“:

Wo der vorsichtige Scholz leise und technisch spricht und selten erklärt, wie er zu seinen Entscheidungen gelangt, packt Pistorius kommunikativ den Stier stets bei den Hörnern. (…) In der Sozialdemokratischen Partei jedenfalls, die in den Umfragen zuletzt auf 15 Prozent gefallen ist, entfachte Pistorius unversehens eine Sehnsucht nach einem Anführer wie ihm selbst. (…) Könnte man, sollte man für den Bundestagswahlkampf 2025 den Kanzlerkandidaten Scholz nicht durch Pistorius ersetzen, fragten sich Ende letzten Jahres einige in der SPD (…). Alles in allem waren die Überlegungen eher Fantasien einer ratlosen Partei als ernste Planspiele. Dass sie öffentlich wurden, sollte Scholz anregen, seinen Stil zu ändern, nicht einen Putsch ankündigen. Pistorius wiederum denkt nach eigenem Bekunden gar nicht an so etwas wie eine Kanzlerschaft – und für einmal wirkt das Dementi glaubhaft. Der Mann, der diese Woche 64 Jahre alt wird, weiß, dass seine jetzige Aufgabe diejenige ist, an der er einmal gemessen werden wird.

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Prozession im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen: 24 Jahre ist Putin an der Macht, aber es ist die erste Wahl, die er als Kriegspräsident durchführt.

IMAGO/ITAR-TASS, Mercator

Handelsblatt
— Gastkommentar —

Die rituelle Bestätigung des „Zaren“

Präsidentschaftswahl in Russland: Der Sieger steht längst fest, dennoch ist die Unsicherheit im Kreml groß. Warum das Wahlmanöver für den Westen interessant ist, erklärt **Liana Fix**.

Der Kreml bereitet sich wieder einmal auf das Potemkinsche Spektakel einer sogenannten Präsidentschaftswahl vor. Mit hippen Videoclips versucht man im Kreml, eine indifferente Bevölkerung dazu zu bewegen – insbesondere die Jüngeren –, an die Wahlurne zu gehen. Die Bevölkerung interessiert sich nicht dafür, weil völlig klar ist, dass es keine Wahl gibt und der Sieger feststeht. Ob man Putin unterstützt oder nicht – welchen Unterschied macht es?

Nicht umsonst dauert die „Wahl“ dieses Jahr drei Tage. Damit wird es unmöglich, ihre Rechtmäßigkeit zu überprüfen. Mit elektronischen Wahlmethoden, Fälschungen und Bestechungen sowie Abstimmungen in besetzten Gebieten in der Ukraine ist klar, dass es nur um eine rituelle Bestätigung des „Zaren“ geht.

Die wahrscheinliche Ermordung des Oppositionellen Alexej Nawalny hat die tiefe Depression in Russland noch verstärkt. Nicht zufällig ist Nawalny vor den Präsidentschaftswahlen umgekommen. Damit sollte die letzte Hoffnung auf eine Alternative, irgendwann, auf das „schöne Russland der Zukunft“, wie Nawalny es genannt hat, genommen werden.

Nawalny stellte keine echte Gefahr für den Kreml dar in seiner winzigen Isolationszelle in einer arktischen Strafkolonie. Aber solange er lebte, war die Idee eines anderen Russlands lebendig. Jetzt, in Zeiten von Russlands brutalem Krieg gegen die Ukraine, bleibt nur noch die Alternativlosigkeit.

Der Kreml hatte noch nicht einmal den Mut, den einzigen Kandidaten, der sich gegen den Krieg ausgesprochen und über 100.000 Unterschriften gesammelt hat, zuzulassen: Boris Nadeschdin.

In Zeiten der immer totaler werdenden Kontrolle und Repression in Russland ist der Kreml bemerkenswert unsicher. Selbst der Aufruf der Nawalnys, sich am 17. März als Zeichen des Protests um 12 Uhr vor den Wahllokalen zu versammeln, hat den Kreml sehr besorgt. Ebenso wie Nawalnys Beerdigung, die zur größten Demonstration seit Beginn des Angriffskriegs gegen die Ukraine wurde.

Dennoch sind diese angeblichen Wahlen relevant für westliche Beobachter. Denn der Kreml erachtet sie für relevant genug, um weiterhin den massiven Aufwand zu betreiben, sie durchzuführen. Das zeigt, dass die Fassade von populärer Legitimation weiterhin wichtig ist für den Machterhalt in Russland.

Wie viel Aufwand nötig ist, um das gewünschte Wahlergebnis zu erreichen, sagt etwas darüber aus, wie einfach oder schwierig dieser Machterhalt ist. Die Spindoktoren im Kreml werden ein Ergebnis wollen, welches das der letzten Wahlen noch übertrifft. Doch Wladimir Putin befindet sich in einer völlig anderen Situation als bei den letzten Wahlen: Er ist bereits 24 Jahre an der Macht. Wie glaubwürdig sind die Versprechen, dass er für soziale Verbesserungen oder eine Erhöhung des Lebensstandards sorgen wird?

Gleichzeitig ist es die erste Wahl, die er als Kriegspräsident durchführt. Er sieht sich selbst als historische Figur in einer Reihe mit Katharina der Großen und Stalin. Auf dieser historischen Mission braucht er ein historisches Ergebnis und eine hohe Beteiligung. Gleichzeitig wäre es naiv zu hoffen, dass der Krieg Putins Beliebtheit schadet. Das Narrativ eines drohenden Kriegs gegen den Westen, gegen den sich Russland präventiv in der Ukraine verteidigt, funktioniert.

Zudem hat sich der Krieg zu einer Einkommensquelle insbesondere für die ärmeren Teile der Bevölkerung entwickelt. Die Leichensäcke, die aus der Ukraine zurückkommen, haben entgegen anfänglichen westlichen Hoffnungen nicht zu Protesten geführt. Da bis zu fünf Millionen Rubel an die Familien verstorbener Soldaten gezahlt werden, kommt es zu einer signifikanten Einkommenssteigerung in ärmeren Schichten.

Gleichzeitig wird die russische Propaganda die Wahlen in Kontrast setzen zu den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine, die eigentlich in diesem Frühjahr hätten stattfinden sollen. Die Ukraine kann diese Wahlen aber nicht unter Kriegsrecht durchführen, wenn weite Teil des Landes von Russland besetzt und Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer vertrieben oder geflüchtet sind. Der Kreml wird jedoch propagandistisch die demokratische Verfasstheit der Ukraine infrage stellen.

Der Westen sollte dieser Scharade klar gegenübertreten und die „Wahl“ als illegitim einordnen. Das wird nichts daran ändern, dass der Westen noch lange mit Putin zu tun haben wird. Aber er muss das Manöver von „Präsident Putin“ nicht noch beschönigen oder legitimieren.

Die Autorin

Liana Fix ist Expertin für deutsche und europäische Russlandpolitik beim US-Thinktank Council on Foreign Relations (CFR) in Washington.

GLOBAL CHALLENGES

In der Reihe Global Challenges schreiben Expertinnen und Experten aus aller Welt über aktuelle politische und wirtschaftliche Fragen. Sie erscheint jeden Donnerstag im Handelsblatt und im „Tagesspiegel“.

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Up-to-date in der Pause
statt pausenlos Updates

Jetzt 4 Wochen das Handelsblatt
für nur 9,99 € lesen

Überzeugen Sie sich selbst:
handelsblatt.com/uptodate
+49 (0)211 887 36 02 (kostenlos)

Falls Sie nach Ende der Laufzeit weiterlesen möchten, brauchen Sie nichts weiter zu tun.
Sie erhalten das Handelsblatt für 69,90 € pro Monat (Inland, inkl. MwSt. und Zustellkosten).
Die Bestellung ist monatlich kündbar.
Dies ist ein Angebot der Handelsblatt GmbH, Toulouser Allee 27, 40211 Düsseldorf.

Handelsblatt
Substanz entscheidet.

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Handelsblatt-Debatte unter Leserinnen und Lesern

Storm Shadow statt Taurus: Ist der Ringtausch eine gute Idee?

Um der Ukraine Marschflugkörper zur Verfügung zu stellen, schlug der britische Außenminister David Cameron kürzlich in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ einen Ringtausch vor. Über diese Option hatte das Handelsblatt schon Ende Januar berichtet: Deutschland würde Taurus-Marschflugkörper an Großbritannien liefern, London dafür Flugkörper vom Typ ‚Storm Shadow‘ an die Ukraine.

Mögliche Taurus-Lieferungen waren auch Thema bei der Befragung Olaf Scholz’ durch die Bundestagsabgeordneten am Mittwoch. Der Bundeskanzler erteilte dabei einer Lieferung erneut eine klare Absage. Wir haben die Leserschaft bereits am Dienstag gefragt, was sie von dem Ringtausch-Vorschlag oder auch direkten Taurus-Lieferungen hält.

Die Mehrheit der Leserinnen und Leser befürwortet den Ringtausch-Vorschlag. Um Putin Einhalt zu gebieten, müsse die Ukraine „mit allem, was fährt, fliegt und schießt“, unterstützt werden, schreibt ein Leser und erhält Zustimmung. In dem Krieg gehe es längst nicht nur um das Überleben der Ukraine als Staat, vielmehr werde dort „auch unsere Freiheit“ verteidigt, so ein Leser. Dazu brauche sie nun mal „dringend jede Menge Waffen und Munition“, fügt eine Leserin hinzu. Ein anderer Leser fordert daher: Wenn schon keine direkte Taurus-Lieferung, „dann zumindest ein Ringtausch!“

Der Ringtausch hätte dabei aus Sicht einer Leserin einen großen Vorteil: Scholz würde „einen Wummstreffer“ landen und könnte gleichzeitig sein Gesicht wahren. Andere haben weniger Verständnis für die ablehnende Haltung des Bundeskanzlers: Seine Befürchtung, mit einer Lieferung würde Deutschland zur Kriegspartei, sei „nicht schlüssig“, so ein Leser und erklärt: „Wer Kriegspartei ist, bestimmen nicht wir, sondern Putin, und für den sind wir es längst.“

Einige Leser und Leserinnen stimmen Olaf Scholz zu. Er verhalte sich „sehr besonnen, und seine Befürchtungen sind berechtigt“, schreibt ein Leser und kritisiert die öffentliche „Laiendiskussion über den Ringtausch-Vorschlag“. Ein anderer Leser zweifelt auch an der erhofften Wirkung der „vermeintlichen Wunderwaffe Taurus“ auf Russland und fragt: „Wie groß ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich Putin daraufhin für seinen Angriff entschuldigt, seine Truppen zurückzieht und sich selbst nach Den Haag überstellt?“

Für die aktuelle Ausgabe unseres Leserforums haben wir aus den unterschiedlichen Zuschriften eine Auswahl für Sie zusammengestellt. Wenn auch Sie sich im Forum zu Wort melden möchten, schreiben Sie uns per E-Mail an forum@handelsblatt.de oder auf Instagram unter @handelsblatt.

Wo ist die Einigkeit in Europa?

„Meiner Ansicht nach wird in der Frage der militärischen Unterstützung für die Ukraine viel zu viel herumgeeiert! Ein entschlossenes gemeinsames Handeln ist angesagt, um die Ukraine in der Abwehr der russischen Aggression effektiv zu unterstützen!

Wo ist die Einigkeit in Europa und in Deutschland? Wenigstens in so einer wichtigen Frage!“
Winfried Bohn

Im Zweifel auch ohne die USA

„Wir sollten den Taurus-Marschflugkörper liefern. Wer auch nur die ersten zehn Minuten der Dokureihe ‚20 Tage in Mariupol‘ gesehen hat, versteht sehr schnell, was Raketenangriffe für die Zivilbevölkerung bedeuten.

Wenn wir aus dem Westen ein verfügbares System haben, das Munitionslager zerstören – und somit eben diese Raketenangriffe auch nur abmildern kann, haben wir Gründe genug, das zu tun. Zu Drohungen Putins: Wir sind 32 Mitgliedstaaten in der Nato, vielleicht probieren wir es auch einmal mit Entschlossenheit und Mut à la Putin. Im Zweifel auch ohne die USA.“
Jan Beckmann

dpa

Ein Kampfjet wirft einen Taurus-Marschflugkörper ab: Die Luftwaffe Taurus ist programmierbar und hat eine Reichweite von bis zu 500 Kilometern.

Bilaterale Unterstützung für die Ukraine

Hilfen für die Ukraine* in Mrd. Euro

Finanziell · Humanitär · Militärisch

	Mrd. €
EU-Institutionen	**85,0**
USA	68,7
Deutschland	22,1
Großbritannien	15,7
Dänemark	8,8
Norwegen	7,6
Japan	7,5
Niederlande	6,2
Kanada	5,8
Polen	4,3

*Wert der vom 24.1.2022 bis 15.1.2024 geleisteten Hilfen

HANDELSBLATT **Quelle:** ifW Kiel Ukraine Support Tracker

Ich stehe hinter Olaf Scholz

„Ich halte von dem Ringtausch überhaupt nichts, dies würde doch bedeuten, dass Deutschland (in)direkt als Kriegspartei angesehen wird, und es wäre auch so.

Es kann doch nicht sein, dass sich die Regierung überhaupt mit dem Thema befasst und Annalena Baerbock den Tausch als ‚Option‘ bezeichnet. Auch schon der erste Ansatz, Marschflugkörper mit geringerer Reichweite an die Ukraine zu liefern, war falsch.

Ich bin ganz auf der Seite von Olaf Scholz. Deutschland kann sich doch nicht in einen Krieg einlassen. Die beiden Weltkriege waren doch schon zu viel.“
Reiner Roßmann

Vermeintliche Wunderwaffe Taurus

„Diese Scheingefechte über einzelne Waffensysteme sind ermüdend und nicht zielführend. Auch zwei Jahre nach Kriegsbeginn fehlt jede Strategie: Weder sind klare Kriegsziele definiert, noch gibt es eine realistische Lageeinschätzung.

Die Frage ist doch diese: Was auch immer die vermeintliche Wunderwaffe Taurus auf russischem Gebiet zerstören kann, wie groß ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich Putin daraufhin für seinen Angriff entschuldigt, seine Truppen zurückzieht und sich selbst nach Den Haag überstellt? Was soll denn eigentlich erreicht werden?“
Andreas Albrecht

Wer Kriegspartei ist, bestimmt Putin

„Die Begründung des Kanzlers, mit einer Taurus-Lieferung an die Ukraine könnte diese Moskau erreichen (theoretisch wohl möglich, aber kein Grund für das No-Go) und deutsche Soldaten zur Programmierung der Raketen in die Ukraine zu schicken, machte uns zur Kriegspartei, ist nicht schlüssig und zeugt allein von der ‚German Angst‘ des Kanzlers, die Putin nur zu gern zu seinem Vorteil ausnutzt.

Bisher haben die Ukrainer alle Zusagen, wie sie mit gelieferten Waffen umgehen mögen, eingehalten; warum sollten sie gerade bei den Taurus-Marschflugkörpern dagegen verstoßen?

Und auf den Kreml würden sie nicht zielen. Das könnte tatsächlich eine ungewollte und nicht mehr zu kontrollierende Eskalation bedeuten, die auch die Ukrainer nicht wollen.

Sie wollen mit Taurus-Marschflugkörpern in erster Linie die Krimbrücke und entferntere Nachschubbasen der Russen zerstören, und das halte ich für ihr gutes Recht. Und was soll der Unsinn, wir würden mit der Lieferung Kriegspartei. Wer Kriegspartei ist, bestimmen nicht wir, sondern Putin, und für den sind wir es längst, wie sich aus vielen seiner Äußerungen und denen von Medwedew ergibt.“
Ralf Guido Kiwit

Der ewig zögerliche Kanzler

„Olaf Scholz und seine SPD-Riege leben offenbar in einem Kokon: Augen zu und alles ablehnen, was den russischen Bären provozieren könnte! Mit dem britischen Vorschlag des Ringtauschs könnte der ewig zögerliche Kanzler endlich einen Wummstreffer ohne großen Gesichtsverlust landen. Wenn schon nicht Taurus-Marschflugkörper, dann wenigstens die Storm Shadows!

Die Ukraine braucht dringend jede Menge Waffen und Munition, um sich angemessen verteidigen zu können. Und wir sollten nicht vergessen, dass unsere Demokratie auf dem Spiel steht.“
Barbara Schmidt

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Ukrainer können sicher auch selbst programmieren

„Die Ukraine verteidigt auch unsere Freiheit. Wir sollten dankbar sein, dass sie das tun, und wir müssen alles tun, dass dieser Krieg endlich am Verhandlungstisch beendet wird. Und mit Taurus-Marschflugkörpern, die sicher auch die Ukrainer programmieren können, könnte der Krieg vielleicht früher in ein Verhandlungsstadium rücken.“
Peter Horbach

Alles tun, was hilft

„Der Ringtausch ist gut und richtig. Alles, was dem Sieg der Ukraine hilft, sollte getan werden.“
Jürgen Rudolph

Was soll unsere Laiendiskussion?

„Ich glaube, der Kanzler handelt sehr besonnen, und seine Befürchtungen sind berechtigt. Zudem halte ich die permanente öffentliche Diskussion über militärische Vorhaben für verfehlt.

Es ist Krieg in der Ukraine und der braucht militärische Professionalität, Geheimhaltung und natürlich Hilfe. Es scheint, dass der Angreifer diese Prinzipien derzeit besser umsetzt!

Was soll unsere Laiendiskussion über den Ringtausch-Vorschlag(?) – bestenfalls ablenken(!).“
Thomas Seyboth

Ein neuer Friedenskanzler

„Wenn schon keine Taurus-Lieferung, dann zumindest ein Ringtausch! Die SPD sehnt sich nach einem neuen ‚Friedenskanzler‘, doch diesmal sind die Verhältnisse ganz anders als 2003. Putin ist der alleinige Aggressor, und er versteht nur die Sprache der Stärke und Entschlossenheit. Alles andere führt zu einer weiteren Destabilisierung (next stop: Taiwan).

Bitte, die Ukraine darf nicht im Stich gelassen werden.“
Rüdiger Rauchholz

Fadenscheinige Erklärungen

„Die Begründung der Bundesregierung für die Weigerung, der Ukraine ausreichend Munition und die erforderlichen Waffen zu liefern, ist fadenscheinig. Der Ringtausch-Vorschlag ist gut!“
Ute Barzel

Ich bin empört

„Ich halte die Haltung des Bundeskanzlers, Olaf Scholz, für richtig, keine Taurus-Flugkörper, auch nicht im Ringtausch, zu liefern.

Dass jetzt gar die Außenministerin Baerbock diese Entscheidung ‚torpediert‘ und sich kamerawirksam, wie der britische Außenminister Cameron,

> Ich glaube, der Kanzler handelt sehr besonnen und seine Befürchtungen sind berechtigt.
>
> **Thomas Seyboth**

dafür einsetzt, empfinde ich als empörend und sollte in letzter Konsequenz zu einem Revirement in der Ministerriege führen!“
Viktoria Gerstlauer

Alles, was fährt, fliegt und schießt

„Wenn man will, dass die Ukraine als eigener Staat überlebt und nicht dem imperialen, neokolonialen und expansiven Putin-Regime unterworfen wird, dann müssen wir die Ukraine mit allem, was fährt, fliegt und schießt, unterstützen. Im Lichte dieser Tatsache wird die Unsinnigkeit der Taurus-Debatte ersichtlich. Die Appeasement-Leute, die gegen eine umfassende – auch Taurus beinhaltende – Unterstützung sind, nehmen es wohl als selbstverständlich hin, dass in der Hauptstadt der Ukraine wegen der Angriffe aus Russland täglich Luftalarm gegeben werden muss.

Aber aus einer unerklärlichen Angst, dass auch mal in Moskau eine Sirene heulen könnte, verweigern sie der Ukraine eine umfassende und sinnvolle Unterstützung gegen diesen verbrecherischen Angriffskrieg.“
Reinhold Kimpfler

Einsatz von Taurus wäre richtig

„Wenn man, wie Regierung und der größte Teil des Parlaments, glaubt, dass in der Ukraine über das Schicksal Europas entschieden wird, dann muss auch mit wirksamen Waffen gegengehalten werden.

Dazu wäre der Einsatz der Taurus-Raketen natürlich richtig, zumindest aber der ersatzweise erwogene Einsatz englischer Raketen.“
Helmut Vieweg

Anzeige

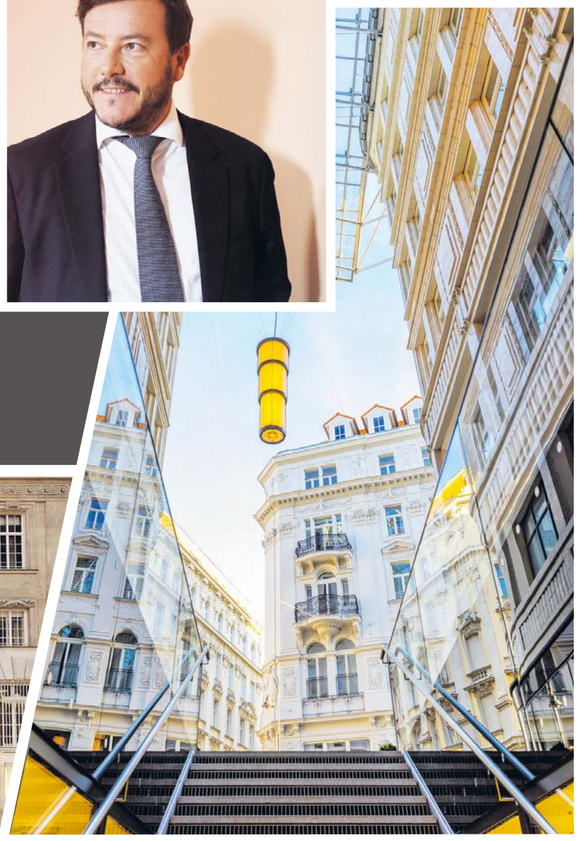
© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Handelsblatt
DONNERSTAG, 14. MÄRZ 2024, NR. 53

René Benko

Entmachten die Signa-Gläubiger das Management?

Das Misstrauen gegenüber der Führung der insolventen Immobiliengruppe ist so groß, dass sogar Verkäufe abgelehnt werden. Jetzt soll René Benkos Einfluss gänzlich verschwinden.



Getty Images, PR, IMAGO/imagebroker

René Benko, Park Hyatt, Goldenes Quartier (rechts): Der Investor hat diese und weitere Luxusimmobilien in seinem Portfolio.

Florian Kolf, René Bender, Susanne Schier
Düsseldorf, Frankfurt

Die Stunde der Wahrheit ist anberaumt für Montag, den 18. März, um 13 Uhr. Im Handelsgericht Wien treten die Gläubiger der Signa Prime Selection zusammen. Die Immobiliengruppe steckt im Insolvenzverfahren, und in Wien sollen nun die dringendsten Fragen geklärt werden: Wie viel Substanz steckt tatsächlich noch im Lebenswerk des umstrittenen Gründers René Benko? Und haben die Gläubiger die Chance, wie bisher versprochen, zumindest noch 30 Prozent ihrer Forderungen zurückzubekommen?

Die Signa-Insolvenz ist die größte und komplexeste Insolvenz, die es jemals in Österreich gegeben hat. Die Gruppe schuldet ihren Gläubigern schätzungsweise mehr als 14 Milliarden Euro.

Die Signa-Gruppe hat an die tausend Einzelgesellschaften, von denen viele bereits ebenfalls in der Insolvenz sind. Die wichtigsten sind die Immobilientöchter Signa Prime und Signa Development. Bei der Gläubigerversammlung am kommenden Montag wird nun ein brisanter Plan auf dem Tisch liegen, wie das Handelsblatt aus Unternehmenskreisen erfahren hat. Er könnte im Verfahren die Wende bringen: Denn das Management ist offenbar bereit, auf zentrale Forderungen der Gläubiger einzugehen. Zentrales Element des neuen Sanierungsplans ist eine Treuhandlösung, die den bisher immer noch bestehenden Einfluss Benkos und seiner Vertrauten auf die Sanierung von Signa deutlich beschneiden würde. Doch noch gibt es zahlreiche Fallstricke auf dem Weg zur Sanierung.

Das zeigte sich am Montagabend dieser Woche: Das Management und der Sanierungsverwalter waren zuversichtlich, einen wichtigen Schritt bei der Sanierung der wichtigsten Immobilientochter der Signa-Gruppe gehen zu können – und die Zustimmung der Gläubiger zum Verkauf eines Pakets von Topimmobilien zu bekommen.

Das Paket im Milliardenwert umfasst das Park Hyatt, das Goldene Quartier und das Gebäude des österreichischen Verfassungsgerichtshofs in Wien sowie das Kaufhaus Tyrol in Innsbruck. Das höchste Gebot abgegeben hatte mehreren Beteiligten zufolge die Schoeller-Gruppe, eine deutsche Familienholding mit den Schwerpunkten Logistik und Immobilien. Doch die Gläubiger lehnten den Deal einvernehmlich ab, wie mehrere Beteiligte berichteten. Es sollen zu viele Fragen offengeblieben sein – das Misstrauen gegenüber dem Signa-Management ist groß.

Gläubigervertreter bewerten neuen Sanierungsplan für Signa Prime positiv

Die Schoeller-Gruppe hatte Signa im Juli 2023 einen Kredit über 200 Millionen Euro gewährt – in einer Zeit, als Benko dringend neues Kapital suchte. Im Gegenzug für diese Nothilfe hatte sich Schoeller ein Pfandrecht auf die Signa-Tochter Signa Prime Capital Invest gesichert, der indirekt Anteile an Immobilien wie dem KaDeWe in Berlin, dem Elbtower-Projekt in Hamburg und auch dem geplanten Nobelkaufhaus Lamarr in Wien gehören. Ein Verzicht auf dieses Pfandrecht sei Teil des Kaufangebots für das attraktive Immobilienpaket gewesen, berichten Insider. Damit habe Schoeller den Kaufpreis drücken wollen. Im Bericht des Sanierungsverwalters, der dem Handelsblatt vorliegt, steht dazu, dass Schoeller ein Angebot übermittelt habe, das sowohl die Übernahme von Beteiligungen als auch die Regelung von Ansprüchen umfasse.

Die Gläubigervertreter sollen sich unter anderem über diesen Deal und etwaige Nebenabreden nicht ausreichend und transparent genug informiert gesehen haben – und stimmten deshalb nicht zu. Die Schoeller-Gruppe bestätigte, dass über eine Rückführung des Darlehens verhandelt werde, nannte aber keine Details. Das Management der Signa Prime äußerte sich auf Nachfrage nicht dazu.

In einer gemeinsamen Stellungnahme gegenüber dem Handelsblatt kritisierten große deutsche Versicherer, die unter den Signa-Gläubigern sind, die Kommunikation des Managements und des Sanierungsverwalters. „Über die geplante Ablösung des Pfandrechtes in Verbindung mit dem Kauf insbesondere der österreichischen Assets (...) haben die Gläubiger erst gegen Ende letzter Woche informell erfahren“, teilten sie mit.

Selbst von der Existenz des Pfandrechts von Schoeller hätten die Versicherer erst durch den zweiten Bericht des Sanierungsverwalters Ende Februar erfahren. „Die Versicherer begrüßen daher die Entscheidung des Gläubigerausschusses, diesem Geschäft in der Form nicht zuzustimmen und plädieren für die Ausarbeitung einer sachgerechten Alternativlösung“, hieß es in der Stellungnahme. Die Versicherer R+V, LVM, Continentale, Gothaer, Volkswohl Bund, Bayerische und Signal Iduna haben in Genussscheine der Signa Prime Selection investiert.

Hinzu kommt: Auch die Ingbe-Stiftung, eine Stiftung der Familie von René Benko, hat sich einen Kredit über 150 Millionen Euro an die Signa Prime mit Immobilien absichern lassen und fordert dieses Geld jetzt vorrangig zurück, wie der Bericht des Sanierungsverwalters zeigt. Der hat diese Ansprüche zwar zunächst zurückgewiesen, die Gläubiger äußern jedoch die Sorge, dass diese Summe letztlich doch vom Verkaufserlös der Topimmobilien abgezogen werden muss. Um trotz des Misstrauens Bewegung in die Sanierungsverhandlungen zu bringen, wird das Management der Signa Prime den Gläubigern am kommenden Montag eine radikale Wende im Verfahren anbieten, wie mehrere Beteiligte erklärten.

Die jüngsten Pläne sehen vor, sämtliches Vermögen aus den Gesellschaften Signa Prime und Signa Development inklusive aller Ansprüche an die Gläubiger und zwei Treuhänder abzugeben – das bestätigte Karl-Heinz Götze vom Gläubigerschutzverband KSV1870 dem Handelsblatt auf Nachfrage. Der Sanierungsverwalter, die Kanzlei Abel, wollte dazu keinen Kommentar abgeben, auch das Signa-Management reagierte auf Nachfragen nicht. De facto würde das die derzeitige Sanierung in Eigenverwaltung beenden, denn mit dieser Lösung hätte das bisherige Management um CEO Erhard Grossnigg kein Mitspracherecht mehr bei der Verfügung über das Immobilienvermögen. Letztlich könnte auf einer Gläubigerversammlung dann sogar das komplette Management ausgetauscht werden.

14
Milliarden Euro schuldet schätzungsweise die Signa-Gruppe ihren Gläubigern.
Quelle: Recherche

Auch das würde Forderungen von Gläubigern erfüllen. Denn viele von ihnen kritisieren, dass zusammen mit Grossnigg weiterhin auch langjährige Vertraute des Signa-Gründers Benko wie Manuel Pirol und Tobias Sauerbier in der Geschäftsführung der Signa Prime sitzen.

So sagten schon vor drei Wochen Vertreter der großen deutschen Versicherer, die ebenfalls unter den Signa-Gläubigern sind, dem Handelsblatt, es sei „in höchstem Maße schädlich“, dass das bisherige Management noch an der Abwicklung der Insolvenz beteiligt sei. Laut Handelsblatt-Informationen soll die Sanierungsverwalterin der Signa Development bereits eine Empfehlung ausgesprochen haben, der vorgeschlagenen Lösung zuzustimmen. Und auch ein Gläubigervertreter der Signa Prime bewertete die Pläne in einer ersten Reaktion positiv: „Wir werden es noch genau prüfen, aber bewerten das Vorhaben erst einmal vielversprechend. Die Gläubiger erhalten schließlich die garantierte Sanierungsplanquote von 30 Prozent und partizipieren zusätzlich an den Abverkäufen der kommenden Jahre.“

Es kam aber auch deutliche Kritik. So ist die Treuhand-Lösung auf gerade mal drei Seiten ausgearbeitet, Gläubiger hatten eher ein Konzept mit 150 bis 200 Seiten erwartet. Das vorgestellte Konzept entspreche nicht ihren Erwartungen an einen sachgerechten Sanierungsplan, sagten die Versicherer. „Wir erwarten, dass der Plan deutlich detaillierter ausgearbeitet wird, und plädieren daher für eine Verschiebung der Sitzung auf Ende März“, teilten sie mit. Letztlich müsste dem veränderten Sanierungsplan nach einer Zustimmung der Gläubiger auch noch das Handelsgericht zustimmen. Das müsste dann auch entscheiden, ob tatsächlich der Sachwalter Norbert Abel auch zum Treuhänder bestimmt wird.

Treuhand-Lösung würde den Zeitplan verschieben

Sollte die Treuhandlösung zustande kommen, hätte das einen weiteren Effekt: Der Zeitplan für die Sanierung und damit für den Verkauf von Immobilien dürfte sich weiter nach hinten verschieben. Auch das käme den Gläubigern entgegen. Viele von ihnen fühlten sich durch den Schoeller-Deal unter Druck gesetzt. Sie äußerten die Sorge, dass durch den schnellen Verkauf der Topimmobilien im Paket das verbliebene Vermögen unter Wert verkauft werden könnte.

Dass nach der Ablehnung durch die Gläubiger die Schoeller-Offerte für die österreichischen Topimmobilien der Signa Prime erledigt ist, halten Insider dennoch für unwahrscheinlich. Sie rechnen damit, dass Schoeller kurzfristig ein verbessertes Angebot vorlegt. Auch dazu wollte sich die Schoeller-Gruppe nicht äußern. Klar ist: Ohne eine Einigung mit der Schoeller-Gruppe ist eine Sanierung der Signa Prime nicht möglich. Denn die Sicherheiten, die sie sich im vergangenen Jahr für ihren Notkredit hat einräumen lassen, schränkt die „Verwertungsmöglichkeiten bei zentralen Beteiligungen“ der Signa Prime empfindlich ein, wie der Sanierungsverwalter in seinem zweiten Bericht vom 26. Februar einräumen musste.

Autoindustrie

VW setzt auf steigende Nachfrage bei Elektroautos

Für das laufende Jahr hat der Autohersteller konzernweit mehr als 30 neue E-Modelle angekündigt. Volkswagen will so auch Strafen der EU vermeiden.

Roman Tyborski Düsseldorf

Volkswagen-Chef Oliver Blume setzt für das laufende Geschäftsjahr auf das Prinzip Hoffnung. Zahlreiche Modellanläufe sollen die Nachfrage nach Elektroautos bei Volkswagen treiben: „Wir bereiten uns auf die größte Produktoffensive in der Geschichte des Volkswagen-Konzerns vor“, sagte der Vorstandsvorsitzende des Dax-Unternehmens bei Vorlage des Geschäftsberichts für 2023 in Berlin. 2024 werde in Bezug auf neue Produkte ein „regelrechtes Rekordjahr“.

Insgesamt plant der Konzern in diesem Jahr rund 30 neue Modelle. Zu den wichtigsten Elektroautos zählen dabei der Kombi ID.7 Tourer der Kernmarke Volkswagen sowie die SUVs Q6 e-tron von Audi und der Macan von Porsche. Blumes Hoffnung soll auch eine große Sorge des Konzerns lindern. Volkswagen hat mit Blick auf strengere CO_2-Flottengrenzwerte in der Europäischen Union Schwierigkeiten, genügend Elektroautos auf die Straße zu bringen. Die stoßen im Idealfall keine klimaschädlichen Abgase aus und drücken so den Durchschnittswert für das gesamte Autoangebot. Kann VW sich dabei in diesem Jahr nicht merklich verbessern, drohen in Europa Strafzahlungen.

Doch das Ende der Kaufprämien auf Elektroautos in Deutschland dämpft die Nachfrage auf Europas größtem Absatzmarkt. Branchenexperten rechnen damit, dass die Pkw-Nachfrage stagniert. Auch in China und den USA verkaufen sich die Elektroautos von Volkswagen nur mäßig. Der weltweite Elektroanteil unter allen Zulassungen aus dem VW-Konzern liegt damit bei weniger als zehn Prozent. Blume ärgern aber eher die Grenzwerte: Die Politik müsse realistische und flexiblere CO_2-Ziele setzen. Außerdem müssten aus Sicht des VW-Chefs die Rahmenbedingungen für die Elektromobilität in Europa, etwa der Ausbau der Ladeinfrastruktur, weiter verbessert werden.

Das ändert nichts daran, dass dem Konzern bei der Elektromobilität ein Bestsellermodell fehlt. Zuletzt musste VW sogar die geplante Produktion des ID.3 in Wolfsburg wegen mangelnder Nachfrage streichen. Der ID.4 lässt sich in Europa nur dank hoher Rabatte verkaufen. Der Anlauf der Elektrolimousine ID.7 verlief holprig.

Zudem fehlt den Wolfsburgern ein günstiges Elektro-Einstiegsmodell, das für höhere Volumina sorgen könnte. Ein solches Modell im Preisbereich von etwa 25.000 Euro wird nicht vor 2026 erwartet.

Volkswagen ist von seinem Verbrennerportfolio abhängig. Hier setzt das Unternehmen unter anderem auf die aufgefrischten Modelle Tiguan und Golf, die in Wolfsburg gefertigt werden. Im Stammwerk wird bis heute kein einziges Elektromodell gebaut.

Die zahlreichen Anläufe in diesem Jahr werden „finanziell anspruchsvoll“, sagt Blume. Der VW-Konzern rechnet in diesem Jahr mit einem rückläufigen Netto-Cashflow und einer beinah gleichbleibenden operativen Umsatzrendite in einer Spanne von sieben bis 7,5 Prozent. Beim Umsatz, im vergangenen Jahr 322,3 Milliarden Euro, rechnet Volkswagen mit einem Anstieg um rund fünf Prozent.

> Ich stehe für ambitionierte Zielsetzungen und zweistellige Margen.
>
> **Oliver Blume**
> VW-Konzernchef

Laut Geschäftsbericht erlöste die Markengruppe Core, zu der die wichtigste Einzelmarke VW gehört, 137,8 Milliarden Euro. Das ist gut ein Fünftel mehr als vor Jahresfrist. Die operative Umsatzrendite verbesserte sich auf 5,3 Prozent, von 3,6 Prozent im Vorjahr. Bei der Markengruppe Progressive mit Audi lag das Umsatzplus bei 13 Prozent auf 69,9 Milliarden Euro.

Die Softwareeinheit Cariad verzeichnet dagegen einen Verlust in Höhe von 2,4 Milliarden Euro. Das Unternehmen begründet diesen Verlust mit dem Geschäftsmodell, da Cariad für die Softwareentwicklung in Vorleistung trete und diese über Lizenzzahlungen vergütet werde.

Blume bezeichnete 2023 als das „Jahr der Restrukturierung“. Es beginne das „Langstreckenrennen“ der Transformation. Finanzchef Arno Antlitz erklärte, der Auftragsbestand sei immer noch etwas höher als vor der Coronapandemie, falle aber geringer aus als 2023. „Deswegen sind die Performance-Programme so wichtig, um die Renditeziele zu erreichen.“ Konzernchef Blume hat für alle Marken im Konzern Kostenprogramme aufgelegt. Ziel ist es, die Kosten um zehn Milliarden Euro zu senken und die Margen deutlich zu erhöhen. „Ich stehe für ambitionierte Zielsetzungen und zweistellige Margen“, erklärte Blume.

Und für ein fast zweistelliges Millionengehalt, wie aus dem Geschäftsbericht hervorgeht: Einschließlich der Beiträge zur Altersvorsorge belief sich die Vergütung 2023 auf 9,71 Millionen Euro. Da er sowohl den Konzern als auch Porsche führt, teilen sich die Gesellschaften die Summe.

Bei der Marge stehen jedoch andere als Porsche im Fokus: Audi solle mittelfristig eine Gewinnmarge von rund 13 Prozent erzielen, für VW hat der Konzern das Ziel auf 6,5 Prozent gesetzt. Bis 2027 wollen die Wolfsburger konzernweit ihre Rendite auf bis zu zehn Prozent steigern, für das Ende des Jahrzehnts liegt das Ziel bei neun bis elf Prozent.

Um das zu erreichen, muss Volkswagen allerdings auch seine Werke besser auslasten. „In Europa wurden früher rund 16 Millionen Fahrzeuge jährlich verkauft. Jetzt sind es nur noch etwa 14 Millionen. 25 Prozent davon kommen vom VW-Konzern. Das bedeutet, dass wir jährlich etwa 500.000 Autos weniger in Europa absetzen“, sagte Blume bei der Bilanzvorstellung. Aufgefangen werde diese Entwicklung unter anderem mithilfe des demografischen Wandels und durch das Streichen von Nachtschichten.

Auch im für Volkswagen wichtigsten Einzelmarkt China laufen die Werke unter Last. Im vergangenen Jahr ist die dortige Produktion abermals zurückgegangen, von 3,2 auf weniger als 3,1 Millionen Fahrzeuge. Von der Marktführerschaft im größten Pkw-Markt der Welt spricht Volkswagen nicht mehr: „Wir wollen zu den Top-drei-Automarken in China zählen.“

dpa

VW-Konzernchef Oliver Blume: Neue Modelle sollen die Nachfrage nach Elektroautos beleben.

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Handelsblatt
DEUTSCHLANDS WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Verleger: Dieter von Holtzbrinck

Redaktion

Chefredakteur: Sebastian Matthes
Stv. d. Chefredakteurs: Peter Brors, Kirsten Ludowig
Mitglied der Chefredaktion: Charlotte Haunhorst (Head of Digital)

Textchef: Christian Rickens (Morning Briefing)
Nachrichtenchef: Sven Prange
Kommentarchef: Dr. Jens Münchrath
Podcast, Live & Video: Kevin Knitterscheidt

Chefökonom: Prof. Dr. Bert Rürup

Ressortleiter: Thomas Sigmund (Politik), Jürgen Flauger, Ina Karabasz (Unternehmen), Michael Maisch (Finanzen), Nicole Bastian (Ausland), Sönke Iwersen, Martin Murphy (Investigative Recherche), Tobias Böhnke (Performance Desk)

Chefs vom Dienst: Stefan Kaufmann (Leitung), Tobias Döring, Andreas Dörnfelder, Tom Körkemeier, Marc Renner, Claus Baumann (Print), Susanne Wesch (Print)

Art Direction: Michel Becker, Ralf Peter Paßmann

International Correspondents: Torsten Riecke

Verantwortlich im Sinne des Presserechts sind die jeweiligen Leiter für ihren Bereich. Im Übrigen die Chefredaktion.

Handelsblatt Research Institute
Tel.: 0211 - 887-0, Telefax: 0211 - 887-97-0,
E-Mail: info@handelsblatt-research.com
Dr. Jan Kleibrink (Managing Director)

Verlag
Handelsblatt GmbH
(Verleger im Sinne des Presserechts).

Geschäftsführung: Andrea Wasmuth (Vorsitz), Sebastian Christensen

Verantwortlich für Herstellung und Anzeigen: Christian Wiele

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Düsseldorf.
Anschrift von Redaktion, Verlag und Anzeigenleitung: Toulouser Allee 27, D-40211 Düsseldorf, Tel. 0211 - 887-0
Der Verlag haftet nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte, Unterlagen und Fotos.
Axel Springer SE, Offsetdruckerei Kettwig, Im Teelbruch 100, 45219 Essen; Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam; Süddeutscher Verlag Zeitungsdruck GmbH, Zamdorfer St. 40, 81677 München

Vertrieb Einzelverkauf:
Verlag Der Tagesspiegel GmbH, www.tagesspiegel.de

Kundenservice:
Postfach 103345, 40024 Düsseldorf, Telefon: 0211 887 3602, Aus dem Ausland: 0049 211 887 3602
E-Mail: kundenservice@handelsblatt.com
Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung übermittelt an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH & Co. KG, Hellerhofstraße 2–4, 60327 Frankfurt am Main.

Anzeigen:
Anzeigenverkauf Handelsblatt
Tel.: 0211 - 887–0, Fax: 0211 - 887–33 59
E-Mail: info@iqm.de; Internet: www.iqm.de
Anzeigenverkauf Handelsblatt.com
Tel.: 0211 - 887–26 26, Fax: 0211 - 887–97 26 56
E-Mail: info@iqdigital.de; Internet: www.iqdigital.de
Anzeigenverkauf Handelsblatt Personalanzeigen
Tel.: 040–3280 5800
E-Mail: angelika.brandenstein-wendt@zeit.de
Internet: https://talent.zeit.de/
Anzeigendisposition Handelsblatt
Tel.: 0211 - 887 – 26 60, Fax: 0211 - 887 – 97 26 60
E-Mail: dispo.hb@iqm.de
Redaktion:
Telefax: 0211 - 887–97 12 40
E-Mail: handelsblatt@vhb.de
Politik
Tel.: 030 - 61 68 61 92, Fax: 0211 – 887–97 80 27
E-Mail: hb.berlin@vhb.de
Unternehmen
Tel.: 0211 - 8 87–13 65, Fax: 0211 - 8 87–97 12 40
E-Mail: hb.um@vhb.de
Finanzen
Tel.: 0211 - 887–4002, Fax: 0211 - 887–97 41 90
E-Mail: hb.fz@vhb.de

Handelsblatt Veranstaltungen
Tel.: 0211 - 887 0, Fax: 0211 - 887 43-40 00
E-Mail: info@euroforum.com
www.handelsblatt.com/veranstaltungen

Das Handelsblatt wird ganz oder in Teilen im Print und digital vertrieben. Alle Rechte vorbehalten.
Kein Teil dieser Zeitung darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter dieses Verbot fällt insbesondere auch die Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-ROM.

Nutzungsrechte:
Telefon: 0211 – 2054–4640 (Dieser Service steht Ihnen Mo-Fr zu den üblichen Bürozeiten zur Verfügung) E-Mail: nutzungsrechte@handelsblattgroup.com
Sonderdrucke:
Tel.: 0211 – 887–1748, Fax: 0211 – 887–97-1748
E-Mail: sonderdrucke@vhb.de

Bezugspreise Inland und EU:
Monatlich € 69,90 (Inland inkl. € 4,57 MwSt./EU zzgl. der jeweiligen MwSt.). Jahresvorzugspreis: € 839,- (Inland inkl. € 54,89 MwSt./EU zzgl. der jeweiligen MwSt.).
Vorzugspreis für Studenten (gegen Vorlage einer gültigen Bescheinigung): Monatlich € 34,95 (Inland inkl. € 2,29 MwSt. / EU zzgl. der jeweiligen MwSt.). Jahresvorzugspreis € 419,- (Inland inkl. € 27,41 MwSt. / EU zzgl. der jeweiligen MwSt.).
Lieferung jeweils frei Haus.
Bezugspreise übriges Ausland: auf Anfrage.

Abonnementskündigungen sind nur schriftlich mit einer Frist von 21 Tagen zum Ende des berechneten Bezugszeitraumes möglich, solange keine andere Regelung vorgesehen ist. Im Falle höherer Gewalt (Streik oder Aussperrungen) besteht kein Belieferungs- oder Entschädigungsanspruch. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Düsseldorf. Der Verlag haftet nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte, Unterlagen und Fotos. Für die Übernahme von Artikeln in interne elektronische Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte über die PMG Presse-Monitor GmbH. Telefon: 030/284930 oder www.presse-monitor.de.
Die ISSN-Nummer für das Handelsblatt lautet: 0017–7296

Catiana Krapp, Silke Kersting
Düsseldorf, Berlin

Wärmepumpe

Das Fördergeld kommt später

Seit Kurzem können Hausbesitzer die neue Heizungsförderung beantragen. Aber der Staat zahlt das Geld erst im Herbst aus. Die Branche kritisiert Wirtschaftsminister Robert Habeck.

Wer sich als Hausbesitzer eine Wärmepumpe zulegt, kann sich die angekündigte staatliche Förderung nicht direkt auszahlen lassen. Auf der Internetseite der zuständigen Förderbank KfW heißt es, Haushalte könnten sich im Portal der Bank „ab September 2024“ identifizieren und den Zuschuss erhalten. Die Heizungsbranche kritisiert das. Schließlich ist die neue Förderung offiziell bereits Ende Februar gestartet. Zwei Branchenverbände warnen eindringlich vor den Folgen einer Auszahlungsverzögerung. Ein entsprechender Brief an Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck liegt dem Handelsblatt vor.

Der Bundesverband der Deutschen Heizungsindustrie (BDH) und der Zentralverband Sanitär Heizung Klima (ZVSHK) schreiben dem Minister, dass das neue Onlineverfahren für die Heizungsförderung „leider nicht so gut läuft wie angekündigt“. Wer die Förderung beantrage, bekomme den Hinweis, dass voraussichtlich erst ab September die Identifizierung des Antragstellers starten könne, die für eine Auszahlung nötig ist. „Dies kommt in der psychologischen Wirkung einem erneuten Förderstopp bis September gleich“, kritisieren die Verbände.

Bei einigen Heizungskunden sorgt das Thema offenbar bereits für Frust. Thomas Rebel ist Deutschlandchef der Unternehmensgruppe Homeserve, die mit Heizungshandwerkern Hausbesitzer berät. Er sagt: „Unsere Kunden geben uns schon jetzt die Rückmeldung, dass sie mit einem Wärmepumpenkauf lieber noch warten wollen, solange die Förderung nicht ausgezahlt werden kann.“ Dafür, dass die IT für die Heizungsförderung noch nicht fertig ist, hat Rebel kein Verständnis. „Wir hatten uns sehr gefreut, dass die neue Förderung endlich klar ist und losgeht – und jetzt das“, klagt er. „Unsere SHK-Betriebe wollen die Wärmewende ja vorantreiben. Aber das jetzt gefährdet die gesamte Strategie.“

500.000

neue Wärmepumpen
sollten nach den Plänen der Bundesregierung ab 2024 jährlich in Deutschland verbaut werden.

Quelle: Bundesregierung

Eine Sprecherin der KfW erklärte auf Anfrage, die Heizungsförderung werde so umgesetzt wie in der Förderrichtlinie vorgesehen. Seit 27. Februar könnten die Eigentümer von selbst genutzten Einfamilienhäusern Anträge auf Zuschüsse und ergänzende zinsverbilligte Förderkredite stellen. Eine Zusage werde „digital und automatisiert“ in wenigen Minuten erteilt, vollständige Unterlagen und förderfähige Projekte vorausgesetzt. „Die Fördermittel sind damit reserviert.“ Allerdings bestätigte die KfW auch: Nach Umsetzung des Vorhabens müssten die Kunden online Nachweise einreichen. Das sei „planmäßig ab September möglich“.

Den Vorwürfen aus der Heizungsbranche, dass die verzögerte Auszahlung die schnelle Wärmewende gefährde, widerspricht indes auch das Bundeswirtschaftsministerium. Es sei technisch sehr anspruchsvoll, die IT für die automatisierte Auszahlung der Fördergelder bereitzustellen, sagte eine Sprecherin dem Handelsblatt. Wenn es aber im Sommer so weit sei, würden Auszahlungen dafür umso zügiger genehmigt, weil sie nicht mehr wie früher händisch bearbeitet werden müssten. Dass die Auszahlungen erst ab September wieder möglich sind, war laut der Sprecherin von Anfang an klar. Einigen Branchenmitgliedern und Verbrauchern wird die Verzögerung allerdings jetzt erst bewusst, weil die Förderung nur beantragt, aber nicht direkt ausgezahlt werden kann. Es ist aber laut der Sprecherin bereits möglich, eine verbindliche Förderzusage zu bekommen, die dann später erfüllt wird.

E+/Getty Images, dpa

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, Installation einer Wärmepumpe: Die Förderanträge können erst ab September finalisiert und ausgezahlt werden.

Die Branche reagiert sensibel auf die Verzögerung, weil das Thema Heizungstausch in Deutschland über Monate hinweg immer wieder für Verwerfungen gesorgt hat. Im vergangenen Jahr haben Regierungsmitglieder, Verbände und Verbraucher in Deutschland lange darüber debattiert, wie die Wärmewende gelingen kann. Millionen von Menschen müssen in den nächsten Jahren ihre alten Öl- und Gasheizungen gegen klimafreundlichere Alternativen wie Wärmepumpen austauschen.

Wie dieses Ziel aber politisch erreicht werden soll, war lange heftig umstritten. Schließlich hat sich die Bundesregierung auf eine neue Heizungsförderung geeinigt – die Hausbesitzer seit dem 27. Februar beantragen können. Allerdings: bislang eben noch ohne Auszahlung.

Heizungsbranche rechnet mit Liquiditätsproblemen

Die Interessenvertreter der Heizungsbauer und Handwerker sehen in der unfertigen IT eine Bedrohung. Sie warnen in ihrem Brief an Habeck vor der Gefahr, dass „die Heizungsmodernisierung für 2024 massiv ausgebremst“ werden könne. Modernisierungswillige würden so lange warten, bis sie auch sicher sein könnten, dass die Förderung für die von ihnen angebahnte Maßnahme zeitnah ausgezahlt werde, argumentieren die Verbände.

In dem Brief heißt es, die Branche sei nicht in der Lage, als Zwischenfinanzierer einzutreten, wenn Haushalte monatelang auf ihre Förderung warten müssten. „Insofern sind Liquiditätsprobleme bei Investoren, Herstellern und ausführendem Handwerk vorprogrammiert“, so die Verbände. Die Verfasser des Briefs schreiben deshalb an Wirtschaftsminister Habeck: „Wir bitten Sie eindringlich, sich im konkreten Fall dafür zu verwenden, dass für die technischen Probleme bei der KfW kurzfristig eine Lösung gefunden wird.“ Ein Weg sei beispielsweise, Antragstellern beantragte Fördermittel zunächst im Rahmen eines zinslosen Darlehens ungeprüft zu gewähren, oder dass Verbraucher die Nachweise per E-Mail einsenden.

Die Sprecherin des Ministeriums entgegnet allerdings, eine derartige Übergangslösung würde sich nicht lohnen. Förderungen könnten ohnehin erst ausgezahlt werden, nachdem der Heizungstausch vollzogen ist. Die Wartezeit würde also nur wenige Menschen betreffen.

Ob die Tatsache, dass die Anträge erst ab September finalisiert und ausgezahlt werden können, Heizungskunden tatsächlich wie von den Verbänden befürchtet beeinträchtigt, bleibt abzuwarten. Der Energieexperte Thomas Zwingmann von der Verbraucherzentrale NRW sagte dem Handelsblatt, das Problem scheine erst einmal keine Rolle zu spielen. Wichtig sei, dass die Menschen sich darauf verlassen könnten, dass sie die Förderung erhalten. Sie müssten daher sehr genau bei der Auswahl des Heizungssystems darauf achten, dass ein Heizsystem ausgewählt sei, das in der Liste der förderfähigen Geräte verzeichnet ist.

Der Heizungsboom der vergangenen Monate ist zuletzt abgeflaut. Laut Heizungsverbänden ist die Zahl der Aufträge in der zweiten Jahreshälfte 2023 massiv gesunken.

Eigentlich sollen nach dem Plan der Bundesregierung ab 2024 jährlich 500.000 neue Wärmepumpen in Deutschland verbaut werden. Selbst im Rekordjahr 2023 waren es aber erst 356.000 Stück. Brancheninsider vermuten, dass die Absatzzahlen in diesem Jahr auch nicht deutlich über das Niveau von 2023 hinausgehen werden.

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Moment/Getty Images

Strommast: In den kommenden Jahren müssen die Stromnetze massiv ausgebaut werden.

Energie

Eon kündigt Investitionen in Milliardenhöhe an

Der Energieversorger will in den nächsten vier Jahren europaweit 42 Milliarden Euro investieren. Den Kunden drohen langfristig höhere Netzgebühren.

Catiana Krapp Essen

Der Energieversorger Eon will zwischen 2024 und 2028 rund 42 Milliarden Euro investieren. Das verkündete das Unternehmen am Mittwoch bei einer Präsentation der Geschäftszahlen für das Jahr 2023. 25 Prozent der höheren Investitionen seien durch die Inflation bedingt, die Einkäufe teurer mache. 75 Prozent flössen allerdings tatsächlich in einen Ausbau der Investitionen. Eon beliefert nicht nur 14 Millionen Kunden mit Strom und Gas, sondern ist auch Deutschlands größter Netzbetreiber. In den kommenden Jahren müssen die Stromnetze massiv ausgebaut werden, um die vielen neu entstehenden Solar- und Windkraftanlagen anzuschließen und das Netz auf neue Verbraucher wie Elektroautos und Wärmepumpen vorzubereiten.

Die Eon-Aktie stieg am Mittwochnachmittag um knapp sechs Prozent. Bei privaten Kunden sorgt der gigantische Umbau im Zuge der Energiewende, den Eon vorantreibt, allerdings zunehmend für Skepsis. Eon-Chef Leonhard Birnbaum sagte bei der Präsentation in Essen: „Die Zustimmung zu Energiewende und Klimaschutz nimmt ab.“ Sorgen um den eigenen Wohlstand und die Sicherheit rückten für viele immer stärker in den Fokus.

Die Energiewende braucht laut Birnbaum deshalb ein neues Narrativ. Das ist auch für Eon wichtig – denn je mehr das Unternehmen in neue Stromnetze investiert, desto mehr muss es auch über Netzentgelte zurückverdienen. Diese Netzentgelte zahlen am Ende die Kunden.

Gebühren für Stromnetze haben sich bereits erhöht

Zum Jahreswechsel haben sich die Gebühren für die Stromnetze in Deutschland von 3,1 auf 6,4 Cent pro Kilowattstunde erhöht. Der Grund ist, dass die Bundesregierung wegen der Haushaltskrise einen Zuschuss zum Netzentgelt in Höhe von 5,5 Milliarden Euro gestrichen hat.

Höhere Netzentgelte bedeuten für Verbraucher höhere Strompreise. Nach Musterrechnungen könnten so je nach Verbrauch und Wohnort für Familien pro Jahr 50 bis 100 Euro Mehrkosten anfallen – sofern die Netzentgelterhöhung bei den Kunden ankommt. Eon hatte im Februar angekündigt, die Netzentgelterhöhung vorerst nicht an die eigenen Kunden weiterzugeben. Außerdem will Eon seine Kunden zusätzlich entlasten und hat die gesunkenen Preise für Strom, den das Unternehmen selbst am Großmarkt einkauft, teils an die Kunden weitergereicht. Eon-Finanzchef Marc Spieker sagte am Mittwoch, in der Grundversorgung stehe in den nächsten Monaten voraussichtlich keine Preisanpassung an.

Auf die Frage, wie lange Eon es durchhalten könne, die gestiegenen Netzentgelte nicht auf die Kunden umzulegen, sagte Eon-Chef Birnbaum, dass die Netzgebühren langfristig durchgereicht werden müssten. „Auch die, die verkündet haben, die Netzentgelte erst einmal nicht weiterzugeben, werden sie im nächsten oder übernächsten Jahr weitergeben müssen“, so Birnbaum.

Für Eon wächst das Spannungsfeld zwischen Milliardeninvestitionen, um die Energiewende zu ermöglichen, und einer kundenverträglichen Transformation, die die Akzeptanz der Haushalte nicht gefährdet und die Unternehmen nicht am Standort Deutschland zweifeln lässt. Birnbaum sagte: „Unsere erste Herausforderung ist es, die Systemkosten einzugrenzen.“ Kosten entstehen durch neue Anschlüsse, Stromnetze und Transformatoren, die Eon bauen muss. Die Rechnung für die Endkunden müsse auf das wirklich Wesentliche begrenzt werden, so Birnbaum.

Gleichzeitig forderte Birnbaum eine angemessene Verzinsung für seine Infrastruktur. Die wird von der Bundesnetzagentur festgelegt. „Nur wenn Investitionen wirtschaftlich sind, können die gewaltigen Infrastruktur-Investitionen auch in Zukunft gestemmt werden“, so Birnbaum.

Zuletzt hat das Netzgeschäft Eon ein gutes Ergebnis eingebracht. Das Unternehmen legt für das Geschäftsjahr 2023 ein Ebitda von 9,4 Milliarden Euro vor– 1,3 Milliarden Euro mehr als im Vorjahr. Den größten Teil dieses Ergebnisses steuerte das Netzgeschäft mit 6,6 Milliarden Euro bei.

Obwohl Eon 2023 insgesamt mehr als eine halbe Million neue Netzanschlüsse aufgebaut hat, geht der Netzausbau nicht schnell genug voran, um alle neuen Stromerzeuger und -verbraucher sofort anzuschließen. „Auf der Stromseite bauen wir schon hinter der Welle her“, sagte Birnbaum.

Die Stromnetzbetreiber müssen das Netz in den kommenden Jahren auch deutlich intelligenter machen. Es soll darauf ausgerichtet sein, dass Haushalte und Unternehmen vor allem dann viel Strom verbrauchen können, wenn erneuerbare Energien gerade viel Strom erzeugen.

Intelligentere Infrastrukturen sollen Kosten sparen. Denn wenn der Stromverbrauch – etwa von mehreren gleichzeitig ladenden Elektroautos – koordiniert werden kann, müssen weniger einzelne Stromleitungen zugebaut werden.

Der Eon-Chef erklärte in diesem Zusammenhang aber auch: „Egal, wie sehr wir digitalisieren, das ändert nichts daran, dass wir mehr Umspannwerke brauchen. Physisches Kupfer und Aluminium können nicht vermieden werden.“

Es müsse deutlich gemacht werden, welchen Preis die Energietransformation habe. Für das Geschäftsjahr 2024 geht der Versorger von einem bereinigten Konzernergebnis von 8,8 bis 9,0 Milliarden Euro aus, mit einem bereinigten Konzernüberschuss zwischen 2,8 und drei Milliarden Euro.

In den kommenden Jahren will Eon deutlich wachsen. 2028 will das Unternehmen ein bereinigtes Konzernergebnis von mehr als elf Milliarden Euro erreichen. Im vergangenen Jahr hat Eon netto 3000 Mitarbeiter aufgebaut und will auch weiterhin neue Stellen schaffen.

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Adidas

Das Super-Sportjahr 2024 soll die Wende bringen

Investoren stützen den neuen Kurs von CEO Gulden, der erste Erfolge vorweisen kann. Bei seinem Ex-Arbeitgeber Puma hatte er indes etliche Probleme hinterlassen.

Unsplash, dpa

Axel Höpner Herzogenaurach

Auf Kapitalmarkttage und knallige Strategie- oder Effizienzprogramme hat der neue Adidas-Chef Björn Gulden bislang verzichtet. Unter dem Strich gab es 2023 den ersten Verlust seit Jahrzehnten. Allzu hohe operative Margen will er nach eigener Aussage ausdrücklich vermeiden, und noch immer wächst der kleinere Konkurrent Puma dynamischer. Kürzlich tauchte Gulden gar auf einem gemeinsamen Foto mit Kanye West auf. Der US-Skandalrapper hatte Adidas 2022 noch einen handfesten Skandal beschert; nach antisemitischen Äußerungen beendete der Konzern die Partnerschaft mit ihm.

All das, meint ein Insider aus der Sportartikelindustrie, wäre beim glücklosen Vorgänger Kasper Rorsted wohl nicht sonderlich gut angekommen. Doch die Investoren sind geduldig und feiern Guldens behutsamen Kurs. Seit seinem Amtsantritt vor gut einem Jahr ist der Aktienkurs um die Hälfte gestiegen. „Es läuft bei Adidas eindeutig in die richtige Richtung, seit Björn Gulden das Ruder übernommen hat“, sagt Thomas Jökel, Fondsmanager von Union Investment. „Er ist der richtige Mann zur richtigen Zeit.“

Die „brand heat“ – also die Anziehungskraft der Marke – habe bereits zugelegt. Das sehe man auch daran, dass „jetzt weniger Produkte mit Preisnachlässen verkauft werden müssen“, sagt Jökel. Auch Gulden zeigte sich am Mittwoch bei Vorlage der Bilanz – die Zahlen waren besser als bei seinem Start vor einem Jahr befürchtet, aber insgesamt durchwachsen – überzeugt: „Wir haben noch viel Arbeit vor uns, aber ich bin sehr zuversichtlich, dass wir auf dem richtigen Weg sind.“

Der Adidas-Chef umwirbt die Händler

Nach der Stagnation im vergangenen Jahr sollen die Umsätze 2024 auch dank Großereignissen wie der Fußball-EM in Deutschland und den Olympischen Spielen in Frankreich wieder im mittleren einstelligen Prozentbereich wachsen. „Ich glaube, dass sich viele Menschen überall auf der Welt auf die Sportpartys freuen“, sagte der frühere Fußballprofi. „Das wird auch unser Geschäft unterstützen.“ Am Donnerstag stellt Adidas die neuen Trikots der deutschen Nationalmannschaft vor.

Gulden war vom kleineren, aber zuletzt erfolgreicheren Konkurrenten Puma zum kriselnden Adidas-Konzern gewechselt. Die Investoren wüssten, dass man das Geschäft nicht innerhalb von ein paar Quartalen drehen könne, sagte er dem Handelsblatt im Dezember und verkündete mit Blick auf Händler und Kunden zugleich: „Eine sehr hohe Profitmarge über zehn Prozent als Ziel auszugeben wäre falsch.“ Die zehn Prozent hat er für 2026 im Blick, wenn der Konzern laut aktuellem Plan wieder „gesund“ sein soll.

Auch wenn es keine spektakulären Umbauprogramme gibt, habe Gulden viel angestoßen und verändert, sagt ein Unternehmenskenner. So stehe der Ex-Profifußballer glaubhaft dafür, wieder ganz die Sportler und den Sport in den Mittelpunkt zu stellen. Kürzlich postete er Bilder von einem erfolgreich absolvierten 70-Kilometer-Langlauf, den er in 4:36 Stunden absolvierte („Nicht schlecht für einen alten, „verletzten“ Mann, so sein Kommentar).

Zweite wichtige Änderung ist die wieder stärkere Fokussierung auf die Fachhändler. Vorgänger Kasper Rorsted hatte vor allem auf den margenträchtigeren Direktvertrieb gesetzt. Gulden ist überzeugt, dass eine Marke nur stark sein kann, wenn sie in den Fachgeschäften unter anderen Marken gut präsentiert wird – und dazu müsse man die Händler gut behandeln.

So durften manche Händler jetzt schon ungewöhnlich früh die ersten Produkte der Saison 2024/25 sehen. Das Verhältnis habe sich nachhaltig gebessert, sagt der Chef einer großen Händlerkette. Guldens Ankündigungen seien nicht nur Lippenbekenntnisse gewesen. Die Schuhe und Shirts, die derzeit auf den Markt kommen, sind oft noch zu Rorsteds Zeiten entwickelt worden. „Es waren gute Produkte in der Pipeline“, sagt Gulden dazu. Doch setzt er seinen eigenen Fokus. So reagiert er schneller auf die Nachfrage und fuhr zum Beispiel die Produktion begehrter Retroschuhe wie dem „Samba“ hoch, ohne erst groß die Marktforschung zu bemühen. „Er ist ein exzellenter Schuhverkäufer“, sagt ein Brancheninsider. Auch der neue Slogan „You got this“ (etwa: Du schaffst das) statt des bisherigen „impossible is nothing“ zeigt ein wenig den Wechsel vom performance-getriebenen Rorsted zum Sport-Romantiker Gulden. Die Kinder hätten heute schon genug Druck, sagte der Norweger.

Ein genauerer Blick in die Zahlen zeigt auch hier Fortschritte. So sind die zu hohen Lagerbestände von sechs auf 4,5 Milliarden Euro gesunken. Die Produkte können dann wieder zu besseren Preisen verkauft werden. Auf dem schwierigen, aber enorm wichtigen chinesischen Markt konnte Adidas die Erlöse wieder spürbar steigern, im vierten Quartal betrug das Plus sogar 37 Prozent.

Währungsbereinigt hielt Adidas 2023 die Umsätze stabil, in Euro gerechnet gab es ein leichtes Minus von knapp fünf Prozent. Dass dieser nicht stärker ausfiel, lag am erfolgreichen Abverkauf der „Yeezy“-Restware aus der Kooperation mit Kanye West, der in diesem Jahr weiter geht. Auch das operative Ergebnis von 268 Millionen Euro profitierte von dem Effekt. Anfangs hatte Adidas einen Verlust von bis zu 700 Millionen Euro befürchtet.

Zu dem Foto mit dem Rapper, das in sozialen Medien auftauchte, sagte Gulden, er habe diesen zufällig am Flughafen getroffen. Fotos seien da nicht zu vermeiden gewesen. Mit West, der sich jetzt Ye nennt, habe er nicht über das Geschäft gesprochen.

Das Nettoergebnis von Adidas war im vergangenen Jahr mit einem Minus von 14 Millionen Euro leicht negativ. Die Dividende soll dennoch stabil bei 0,70 Euro je Aktie bleiben.

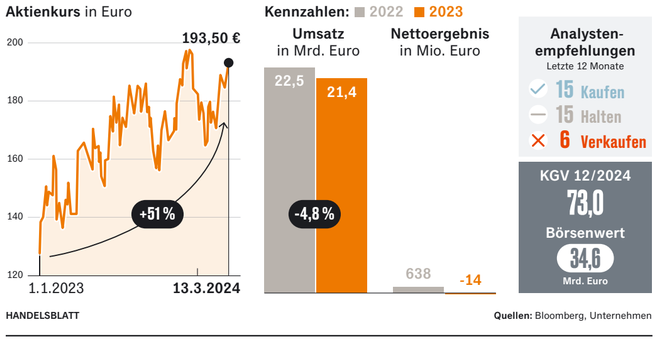
Puma-Insider sehen einige Versäumnisse

Der kleinere Lokalrivale Puma war in den vergangenen Jahren wachstumsstärker als Adidas. 2023 stiegen die Erlöse um knapp sieben Prozent auf 8,6 Milliarden Euro, der Nettogewinn sank wegen Währungsturbulenzen in Argentinien um 14 Prozent auf 305 Millionen Euro. Mit der ersten weltweiten Markenkampagne seit zehn Jahren will auch Puma-Chef Arne Freundt die Marke wieder begehrter machen. Nach dem Abgang Guldens sieht man bei Puma trotz der unbestrittenen Erfolge des Norwegers auf manchen Feldern Handlungsbedarf. Bei der Digitalisierung der Prozesse sei das Tempo in den vergangenen Jahren nicht hoch gewesen. Auch gebe es Schwächen auf wichtigen Märkten wie China und den USA.

Unter Gulden sei Führung eine „One-Man-Show“ gewesen, er habe viele Entscheidungen als Mikromanager selbst getroffen, meint eine Person aus dem Puma-Umfeld. Der Manager selbst betonte am Mittwoch, die Wende bei Adidas sei nicht wegen ihm gelungen – sondern wegen den „guten Leuten in der Adidas-Familie“ und der Arbeit des gesamten Vorstands.

Adidas-Werbung, CEO Björn Gulden: Die Anziehungskraft der Marke hat zuletzt zugelegt.

Unternehmenszahlen von Adidas



HANDELSBLATT

Quellen: Bloomberg, Unternehmen

© Handelsblatt Media Group GmbH & CO. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Tesla

Elon Musk bekennt sich zu Grünheide

Tesla-Chef besucht nach dem Anschlag das Werk, wo wieder produziert wird.

Grünheide. Mit Jubel und „Elon“-Rufen ist Tesla-Chef Elon Musk am Mittwoch von seinen Beschäftigten bei einem kurzfristigen Besuch im Werk in Grünheide begrüßt worden. Nach dem Anschlag auf die Stromversorgung und dem mehrtägigen Produktionsausfall am Standort kam der gebürtige Südafrikaner, um sich ein Bild von der Lage zu machen. In einem großen Zelt auf dem Werksgelände sprach er gegen Mittag zu den Mitarbeitern. Die Produktion dort war am Mittwoch wieder angelaufen, die erste Frühschicht seit dem Vorfall erschien am Morgen zur Arbeit, wie eine Sprecherin mitteilte. Musk trug bei seinem Auftritt seinen Sohn namens X Æ A-XII auf den Schultern.

Der Tesla-Chef bekannte sich nach dem Anschlag zum Ausbau des einzigen europäischen Autowerks. „Ja, absolut“, sagte Musk auf die Frage eines Journalisten, ob der Ausbau weiter geplant sei. Tesla will die Produktion von geplanten 500.000 Autos im Jahr auf eine Million erhöhen, zuletzt waren es hochgerechnet 300.000 Autos im Jahr. In Grünheide arbeiten laut Unternehmen rund 12.500 Beschäftigte. Die Mehrheit der Bewohner von Grünheide stimmte im Februar gegen eine geplante Erweiterung auf neuer Fläche mit Güterbahnhof, für die Wald gerodet werden müsste.

Bisher unbekannte Täter hatten am Dienstag vergangener Woche auf einem Feld in Ostbrandenburg Feuer an einem frei zugänglichen Strommast gelegt, der Teil der Stromversorgung der Autofabrik in Grünheide ist. Die linksextreme Vulkangruppe erklärte, sie sei für den Anschlag verantwortlich. Die Bundesanwaltschaft übernahm die Ermittlungen.

Anschlag hat Vertrauen gekostet

Nach Musk sprach auch Werksleiter André Thierig zu den Beschäftigten und dankte ihnen für ihren Umgang mit der Situation. „Das ist ein Anschlag auf die Giga-Fabrik“, sagte er. „Wir halten alle zusammen.“ Zudem kündigte Thierig jährliche Lohnänderungen an. „Da könnt ihr euch drauf verlassen.“ Ein Tarifvertrag sei nicht nötig. Er versprach ein Bonussystem und betonte: „Ihr leistet Großes.“ „Mit der Frühschicht sind wir wieder die volle Belegschaft und produzieren auch wieder“, hieß es auf Anfrage. „Die Erleichterung spürt man bei den Mitarbeitern, dass alle froh sind, wieder zur Arbeit kommen zu können“, sagte die Betriebsratsvorsitzende Michaela Schmitz nach dem Besuch von Musk.

Es sei durch den Anschlag Vertrauen verspielt worden, hatte Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD) in den Tagen danach gesagt. Nach Ansicht des Ministers seien aber keine negativen Folgen für die Ansiedlung absehbar. HB/dpa

▶ Kommentar Seite 15

Luftfahrt

Hunderte Flüge fallen wegen Airport-Streiks aus

Frankfurt. Der erneute Streik im Tarifkonflikt des Luftsicherheitspersonals am Donnerstag trifft nach Schätzung des Flughafenverbands ADV rund 90.000 Fluggäste. Wegen des ganztägigen Arbeitskampfs an fünf Flughäfen fielen mehr als 580 Flüge aus, teilt der ADV am Mittwoch mit. Reisende müssen umdisponieren. ADV-Hauptgeschäftsführer Ralph Beisel warf der Gewerkschaft Verdi vor, dem Wirtschaftsstandort Deutschland zu schaden.

„Flughäfen gehören zur kritischen Infrastruktur und müssen vor Streikeskalationen geschützt werden“, forderte Beisel. Mindestwarnzeiten und verbindliche Schlichtungsverfahren müssten gesetzlich geregelt werden. Solche Forderungen lehne Verdi „rundweg“ ab, erklärte ein Sprecher der Gewerkschaft. Dieses Mal sind die Flughäfen Berlin, Hamburg, Stuttgart, Köln/Bonn und Karlsruhe/Baden-Baden betroffen. Für Freitag hat Verdi die Sicherheitskontrolleure am Flughafen Hannover zum Streik aufgerufen, sodass laut Airport von Mitternacht bis zwölf Uhr mittags keine Abflüge möglich sind. Die Flughäfen selbst sind keine Tarifpartner. Die Arbeitgeber des privaten Sicherheitspersonals werden vom Bundesverband der Luftsicherheitsunternehmen (BDLS) vertreten. In fünf Runden gelang keine Einigung über mehr Geld für die rund 25.000 Beschäftigten. HB/rtr

Anzeige

TOP SERVICE Deutschland
AUSGEZEICHNET!
ERFOLGSFAKTOR KUNDENORIENTIERUNG
Unternehmen mit exzellenter Kundenorientierung, herausragender Kundenbindung und einzigartiger Servicequalität: Das sind die Gewinner des **TOP SERVICE** Deutschland 2024

TOP 10 B2B
1 abcfinance GmbH
2 operational services GmbH & Co. KG
3 Schindlerhof Kobjoll GmbH
4 VBLP GmbH
5 Jobware
6 ICUnet.Group
7 Inxmail
8 DKV Mobility
9 AGL Activ Services GmbH
10 e-masters GmbH

TOP 10 B2C
1 Deutsche ProVentus AG
2 CEWE FOTOBUCH
3 BSH Hausgeräte GmbH
4 NetCologne
5 Hannoversche
6 R+V Betriebskrankenkasse
7 eismann Tiefkühl-Heimservice GmbH
8 Öffentliche Versicherungen Oldenburg
9 Octopus Energy
10 Baloise

Exzellenzgruppe (in alphabetischer Reihenfolge)
lekker Energie GmbH, PlanetHome, ray facility management group, Samsung Electronics GmbH, tonies GmbH, WWK Versicherungen

Branchensieger
Finanzdienstleistungen
abcfinance GmbH
IT-Dienstleistungen
operational services GmbH & Co. KG
Personaldienstleistungen
VBLP GmbH
Mobilitätsdienstleistungen
ICUnet.Group
Geräteservice
BSH Hausgeräte GmbH
Handel
CEWE FOTOBUCH
Schaden- / Unfall- / Lebensversicherung
Hannoversche
Gebäudedienstleistungen
ray facility management group
Energiedienstleistungen
Octopus Energy

„Diese Unternehmen wurden von **TOP SERVICE** für ihre herausragenden Analyse-Ergebnisse ihrer Managementaktivitäten und Kundenwahrnehmungen ausgezeichnet.“
Christian Roeb - Geschäftsführer

Veranstalter: CRS Management Consulting
Medienpartner: Handelsblatt
Wissenschaftspartner: IMU Universität Mannheim
TOP SERVICE DEUTSCHLAND 2024

© Handelsblatt Media Group GmbH & CO. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

REUTERS; Zalando (2)

Onlinehandel

Zalando will sich neu erfinden

Nach zwei Jahren mit sinkenden Umsätzen verspricht Europas größter Onlinemodehändler wieder Wachstum. Helfen sollen mehr Luxus – und KI.

Anja Müller, Nadine Schimroszik
Düsseldorf, Berlin

Nach der Gründung vor 15 Jahren will sich Europas größter Online-Modehändler Zalando neu erfinden. „Unsere Chancen sind riesig“, sagte Firmenmitgründer und Co-Chef Robert Gentz am Mittwoch bei der Vorstellung der neuen Vision vor Journalisten und Analysten in Berlin. Ziel sei es, die derzeitige Plattform zu einem paneuropäischen Ökosystem für Mode, aber auch Lifestyle auszubauen. Bei der Umsetzung dürften auch Zukäufe eine Rolle spielen. Gentz sagte: „Da gibt es viele Möglichkeiten.“ Zuletzt hatte Zalando vor knapp zwei Jahren die Medienmarke Highsnobiety erworben.

Die Pläne, die nach zwei Jahren mit sinkenden Umsätzen wieder zu einem zweistelligen Wachstum führen sollen, kamen bei Anlegern gut an: Die zuletzt stark gebeutelte Aktie stieg am Mittwoch zeitweise um fast 20 Prozent auf ein Drei-Monats-Hoch.

Beim künftigen Wachstum setzt Zalando auf mehr Luxuskunden, mehr Umsätze mit dem Logistiknetzwerk, das auch von anderen Händlern genutzt werden soll, und auch mehr Werbung. Verbraucher sollen nicht nur für den Einkauf auf die Website gehen oder die App öffnen.

„Wir wollen den Kunden schon viel früher erreichen“, kündigte Co-Chef David Schneider an. Es gehe darum, Verbraucher zu inspirieren und zu binden – auch durch Inhalte, die mithilfe von Künstlicher Intelligenz (KI) produziert werden. Das alles soll dazu beitragen, endlich wieder zu wachsen. Im besten Fall soll das Plus 2024 bei fünf Prozent liegen, im schlimmsten Fall könnten die Erlöse stagnieren. Bis 2028 will der Dax-Konzern dann seinen Umsatz wieder jährlich um fünf bis zehn Prozent steigern.

Von solchen Werten war Zalando zuletzt weit entfernt. In den letzten beiden Jahren gingen die Erlöse sogar zurück. 2023 sank der Umsatz um fast zwei Prozent auf 10,1 Milliarden Euro. Damit hielt sich Zalando noch knapp oberhalb der Marke von zehn Milliarden Euro. Das Unternehmen musste zuversichtliche Prognosen immer wieder senken. Im vergangenen Jahr hatte sich Zalando vor allem auf die Profitabilität konzentriert. Inzwischen ist das Stellenabbauprogramm beendet. Die Zahl der Mitarbeiter sank dadurch zum Jahresende von zuvor etwa 17.000 auf knapp 15.800.

Das bereinigte Betriebsergebnis (Ebit) stieg auch dadurch von 185 Millionen Euro auf 350 Millionen. Das entspricht einer bereinigten Ebit-Marge von 3,5 Prozent. Der Gewinn kletterte auf 83 Millionen Euro, nach 16,8 Millionen Euro im Vorjahr.

Trotz der ambitionierten Vision will Finanzchefin Sandra Dembeck kaum mehr Geld für Investitionen in die Hand nehmen. Diese dürften im laufenden Jahr weiterhin bei rund drei Prozent des Umsatzes liegen, kündigte sie an. Welche Ausgaben nun zuerst anstehen, um den Weg von der Plattform zum Ökosystem einzuleiten, sagte weder sie noch Gentz oder Schneider. Auf Kosten der Profitabilität will Zalando jedenfalls nicht mehr wachsen: Das bereinigte Betriebsergebnis soll 2024 auf 380 Millionen bis 450 Millionen Euro zulegen.

Zalandos Co-Chef Robert Gentz, Finanzchefin Sandra Dembeck: Der Onlinehändler dürfte trotz ambitionierter Pläne kaum mehr Geld als sonst für Investitionen in die Hand nehmen.

Im abgelaufenen Jahr 2023 kämpfte Zalando noch deutlich mit der Konsumzurückhaltung in Europa und den schwierigen Wirtschaftsbedingungen. Die Zahl der Kunden lag zum Jahresende bei 49,6 Millionen und ging damit das zweite Quartal in Folge zurück.

Im zweiten Halbjahr 2023 kauften erstmals seit der Gründung 2008 weniger Kunden bei Zalando ein. Dembeck begründete das Minus unter anderem mit der Einführung von Mindestbestellmengen. Bereits in diesem Jahr soll der Kundenschwund laut Gentz ein Ende finden. Auf diese fünf Punkte setzt Zalando bei seiner Neuausrichtung besonders:

1. Kostendisziplin als Wegbereiter

Handelsexperten und Anleger erkennen an, dass Finanzvorständin Dembeck ihre Hausaufgaben erledigt hat. Zalando gab weniger für Marketing aus und strich Stellen. Lars Hofacker, Leiter Forschungsbereich E-Commerce beim EHI Retail Institute, sieht Unternehmen, die jetzt ihre Prozesse verschlanken, Kosten optimieren und sich noch stärker auf die Kundenbedürfnisse fokussieren, im Vorteil. Sie hätten „gerade jetzt die Chance, stärker aus der Krise zu kommen und über dem Gesamttrend im Handel zu wachsen“.

2. Künstliche Intelligenz als Berater

Seit mehreren Monaten stellt Zalando seinen Kunden in Deutschland, Österreich, Großbritannien und Irland einen KI-Berater an die Seite. Dieser sei inzwischen von mehr als 300.000 Kunden genutzt worden, sagte die für das Angebot zuständige Managerin Tian Su. Der Assistent auf Basis von ChatGPT von OpenAI werde vor allem außerhalb der traditionellen Kleidungssuche eingesetzt. Inzwischen testet Zalando auch die Integration des Beratungstools in die herkömmliche Suche.

3. Logistik als Kernkompetenz

Bereits im Herbst 2023 hatte Zalando angekündigt, Logistikdienstleistungen nicht nur Markenherstellern und Händlern anzubieten, sondern auch Dienstleistern für deren Verkäufe auf anderen oder eigenen Plattformen.

Am Mittwoch gab Zalando erste Erfolge bekannt. Demnach trägt der Logistik-Service-Bereich bereits 900 Millionen zum Umsatz bei. Das soll nun deutlich mehr werden, kündigte Gentz an. Analyst Clement Genelot von Bryan, Garnier & Co sagte, die Öffnung der Infrastruktur könne ein smarter Weg sein, um das derzeit nicht ausgelastete Netzwerk besser zu nutzen und zusätzliche Dienste zu verkaufen. Allerdings müsse sich noch zeigen, wer bereit sei, dafür zusätzliches Geld in die Hand zu nehmen.

4. Luxus als Margentreiber

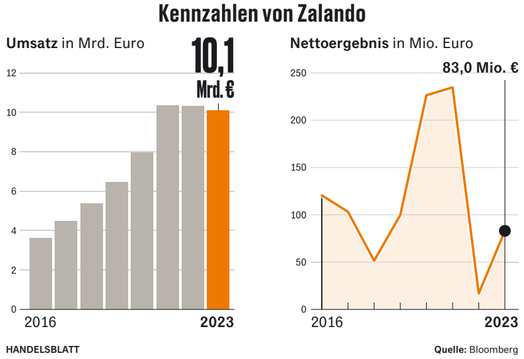
Zalando hat sich zum Ziel gesetzt, im Luxussegment stärker zu werden. Effekte sollen höhere Margen und teurere Einkäufe sein. Die Nachfrage nach Luxus steige, sagte die für Designfragen zuständige Managerin Lena-Sophie Röper. Bis 2030 seien alle Luxuskunden jünger als 50 Jahre alt. Diese will Zalando nun mit exklusiven Angeboten und Veranstaltungen, neuen Marken und Website-Inhalten an sich binden. Konkurrenten wie Mytheresa aus München setzen allerdings schon seit vielen Jahren unter anderem auf Abende mit Designern an besonderen Orten, um Kunden besondere Erlebnisse zu bieten.

5. Unterhaltung als Impulsgeber für Kunden

„Kunden wollen mehr Inhalte von uns“, sagte der zuständige Manager Matthias Haase. Dafür geht der Onlinemodehändler unter anderem eine Kooperation mit dem Fernsehsender RTL ein. In einem Pilotprojekt können Zuschauer des Seriendauerbrenners „Gute Zeiten, schlechte Zeiten“ direkt von den Schauspielern getragene Kleidung über die Plattform kaufen. Bisher allerdings nur, wenn sie die Serie über ein Apple-Gerät streamen.

Zugleich kündigte Haase an, Kleidungsstücke wie auch Kosmetikprodukte mit mehr Inhalten zu begleiten. Diese würden zunehmend mithilfe von KI generiert. Nur so ließen sich die Kosten im Rahmen halten.

Kennzahlen von Zalando



HANDELSBLATT Quelle: Bloomberg

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Zukunft Stahl 2024

Stellenabbau statt grüner Transformation

Seit Jahren spricht die Stahlbranche vom grünen Umbau – doch die Bewältigung der aktuellen Krise rückt in den Vordergrund.

Nell Rubröder, Isabelle Wermke
Essen

Hohe Strom- und Energiekosten, fehlende Aufträge, wachsende Konkurrenz aus Asien: Die deutsche Stahlindustrie steckt mitten in der Krise. Nach Angaben der Wirtschaftsvereinigung Stahl war 2023 das produktionsschwächste Jahr seit der Finanzkrise. Das Marktvolumen war mit rund 29 Millionen Tonnen so niedrig wie seit 15 Jahren nicht mehr. „Wir befinden uns in der Branche im tiefsten Tal der Tränen seit Jahrzehnten“, kommentierte Bernhard Osburg, CEO der Stahlsparte von Thyssen-Krupp, auf der Handelsblatt-Tagung „Zukunft Stahl“ am Mittwoch in Essen.

So werden im Duisburger Stammwerk des größten deutschen Stahlherstellers derzeit neun Millionen Tonnen Stahl pro Jahr produziert – rund 2,5 Millionen Tonnen weniger als die Menge, auf die der Standort ausgelegt ist. Zudem erwägt der Konzern nach Informationen des Handelsblatts, mindestens einen Hochofen und zwei Walzwerke stillzulegen. Damit könnte jeder fünfte Arbeitsplatz in der Stahlsparte gefährdet sein. Und dabei müsste sich die Stahlindustrie dringend mit ihrer grünen Transformation beschäftigen: Bis spätestens 2050 soll die Branche komplett klimaneutral produzieren. Allein sieben Milliarden Euro an staatlichen Subventionen hat Wirtschaftsminister Robert Habeck dafür in den vergangenen Monaten an die Konzerne Thyssen-Krupp, Salzgitter, Arcelor-Mittal und Star-Holding-Saar (SHS) verteilt. Bis 2041 sind sogar 23 Milliarden Euro verplant.

Es sind grundsätzliche Fragen, die auf der Stahl-Tagung diskutiert werden: Braucht Deutschland die energieintensive Stahlindustrie überhaupt? Und lohnen sich die vielen Subventionen noch?

Positive Signale aus der Politik

Laut Experten ist es wichtig, zwei Problemarten zu unterscheiden: kurzfristige aufgrund der aktuell schlechten Konjunktur sowie mittelfristige aufgrund der grundsätzlichen Aufstellung der Unternehmen. Ökonom Jens Südekum etwa sagt dem Handelsblatt dazu klar: „Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage gibt es keinen Grund anzunehmen, dass grüner Stahl in Deutschland keine Zukunft hat.“ Allerdings könne die Transformation nicht allein durch staatliche Subventionen finanziert werden.

Thyssen-Krupp-Stahl-Chef Bernhard Osburg, Elena Yorgova-Ramanauskas, Wirtschafts-Staatssekretärin Saarland, Jochen Burg, CEO SMS Group: Die deutsche Stahlindustrie steckt mitten in der Krise.

Handelsblatt Media Group / Foto Vogt

Das ist auch Bernhard Osburg bewusst: „Über die Förderung hinaus investieren wir auch mit eigenen finanziellen Mitteln in den Umbau unseres Unternehmens.“ Maßgeblich sei dabei, dass es keine weiteren Verzögerungen beim Ausbau der Energieversorgung gebe, besonders der Erneuerbaren. Denn dieser entscheide darüber, ob die nächsten Transformationsschritte des Konzerns im In- oder Ausland stattfinden, warnte der Thyssen-Krupp-Manager. Erst am Dienstag hatte die Bundesregierung die Klimaschutzverträge für die Umrüstung energieintensiver Industrien beschlossen, mit denen ausgewählte Unternehmen 15 Jahre lang die Mehrkosten für ihre Dekarbonisierung ausgleichen können. „Der notwendige Kapitalbedarf kann nicht aus dem laufenden Geschäft erwirtschaftet werden“, erläuterte auch Bastian Synagowitz, Analyst bei Deutscher Bank Research, auf Anfrage des Handelsblatts. Wenn man die Wirtschaft in ihrer jetzigen Form erhalten wolle, sei es daher sinnvoll, die Stahlindustrie in einem ersten Schritt zu unterstützen.

Den zweiten Schritt hat die Regierung bereits mit bedacht. So möchte sie die Stahlbranche auch im laufenden Betrieb fördern, die Nachfrage anregen und die Konkurrenz aus dem Ausland abwehren. Die Zusage der staatlichen Förderung sei ein positives Signal, wenn nicht sogar ein Erfolg für die Branche, sagte Kerstin Maria Rippel, Hauptgeschäftsführerin der Wirtschaftsvereinigung Stahl. Denn viele Unternehmen seien durch die krisengeprägten vergangenen Jahre und die schlechte Konjunktur verunsichert. Allerdings, so Analyst Synagowitz, stelle sich die Frage, ob man in Zukunft noch so viel Kapazität brauche wie heute.

Als Übergangslösung könne man einen Teil des Eisenbedarfs auch auf dem neu entstehenden Markt für grüne Vorprodukte außerhalb Europas einkaufen. Und Südekum sagt: „Das Geschäftsmodell der deutschen Industrie wird nicht die Massenproduktion von grünem Stahl sein.“ Dafür gebe es in anderen Teilen Europas auf lange Sicht besseren Zugang zu grüner Energie.

Asia Techonomics

Warum Godzilla diesmal die Welt erobert

Das Film-Monster war wirtschaftlich nie so erfolgreich wie jetzt. Dabei hilft ein Strategiewechsel der japanischen Filmbranche – und der Zeitgeist.

Das legendäre japanische Filmmonster Godzilla hat zu seinem 70. Geburtstag Hollywood erobert. Die jüngste Zerstörungsorgie „Godzilla Minus One“ ist am Sonntag als erster japanischer Film mit einem Oscar für visuelle Effekte ausgezeichnet worden. Und die Riesenechse ist auch wirtschaftlich auf Wachstumskurs. In den USA und Kanada hat der Film bisher 57 Millionen Dollar eingespielt. Damit ist er in Nordamerika hinter dem chinesischen Martial-Arts-Film „Crouching Tiger, Hidden Dragon“ und der italienischen Tragikomödie „Das Leben ist schön“ schon die Nummer drei der erfolgreichsten ausländischen Kinoproduktionen.

Weltweit sind es inzwischen mehr als 100 Millionen Dollar – eine enorme Rendite: Laut Medienberichten hatte das Filmstudio Toho International gerade mal 15 Millionen Dollar Budget. Die vier Konkurrenten um den Filmpreis für visuelle Effekte wie der neue „Mission Impossible“ oder „Napoleon“ kosteten dagegen zwischen 120 und 440 Millionen Dollar.

Regisseur Takashi Yamazaki, ein Experte für Spezialeffekte, setzte einerseits auf modernste Computergrafik. Um den großen Godzilla zum kleinen Preis erschaffen zu können, griff er aus Kostengründen aber auch auf klassische Handarbeit zurück. Bei einigen Bootsszenen im Studio schaukelte die Filmcrew das Schiff im Rhythmus der Wellen. Umso größer war die Überraschung, als er den Preis entgegennahm. „Die Möglichkeit, auf dieser Bühne zu stehen, schien unerreichbar“, sagte Yamazaki.

Dabei ist Godzilla eigentlich nur der Nebendarsteller im inneren Kampf der Hauptperson Koichi Shikishima und ihrer Entwicklung vom soldatischen Versager zum Weltenretter. Mit Hightech, Herz und Handarbeit nach Hollywood, lautet letztlich die Formel.

Der Film beginnt in den letzten Monaten des Zweiten Weltkriegs. Shikishima, gespielt von Ryunosuke Kamiki, desertiert von einem Kamikaze-Einsatz und landet sein Flugzeug lieber sicher auf einer kleinen japanischen Insel im Pazifik. Plötzlich greift ein 15 Meter großer Dinosaurier die Soldaten an. Der verhinderte Selbstmordpilot rennt zu seinem Flugzeug und hat die Chance, Godzilla mit der Bordkanone zu töten, drückt aber aus Angst nicht ab. Das kostet die meisten Kameraden das Leben. Shikishima selbst kehrt gebrochen nach Tokio zurück. Als wäre der Dinosaurier nicht schon tödlich genug, mutiert er Jahre später durch einen US-Atombombentest auf dem Bikini-Atoll zu einem 50 Meter großen Monster, das einen zerstörerischen Energiestrahl ausstoßen kann.

Godzilla, ein Kunstwort, das sich ungefähr als „Gorillawal“ übersetzen lässt, fackelt nicht lange, Richtung Japan zu ziehen und Tokio zu zerstören. Und am Ende liegt es am gescheiterten Kamikaze-Piloten Shikishima, sein Trauma zu überwinden und Godzilla per Flugzeug vermeintlich tödlich zu verletzen. Es hilft: ein Schleudersitz aus deutscher Produktion. Doch die Echse scheint unsterblich zu sein: Seit dem Original im Jahr 1955 bis heute tauchten mehr als 30 Godzilla-Filme auf. Zuletzt in mehreren Adaptionen aus, man ahnt es, Hollywood.

privat

Der Autor **Martin Kölling** ist Korrespondent in Tokio. Sie erreichen ihn unter: koelling@handelsblatt.com

Doch mit dem Überraschungserfolg des Reboots hat das Filmstudio die Tür für ein Revival der japanischen Originale aufgestoßen. Dahinter steckt ein Strategiewechsel der Filmemacher: In den vergangenen Jahren haben sie die internationalen Vertriebsrechte für Filme und Merchandising-Produkte zurückgekauft, die sie zuvor abgegeben hatten.

Die japanische Filmwirtschaft muss im Ausland expandieren, weil daheim mit der Bevölkerung auch der Kinomarkt schrumpft. Für Toho-Manager Keiji Ota, der den Titel „Chief Godzilla Officer“ trägt, ist Godzilla dabei „ein Schatz von Toho, der überwältigende Anerkennung genießt und auf der Weltbühne mithalten kann“. Dort ist die sehr spezielle japanische Popkultur seit Jahrzehnten ein Exportschlager. Das gilt speziell für die Comic- und Trickfilmszene (Mangas und Animes) sowie für Computerspiele. Beide Kulturströmungen verstärken sich gegenseitig und haben sich zu einem Jugendphänomen verfestigt.

Nicht umsonst hat der Anime „Der Junge und der Reiher“ der 83-jährigen japanischen Trickfilmlegende Hayao Miyazaki am Sonntag den Oscar für den besten Animationsfilm erhalten.

Fünf der zehn umsatzstärksten Medienfranchise stammen aus Japan, allen voran Nintendos Pokémon und Super Mario, weit vor Disney-Hits wie Mickey Mouse und Star Wars. Das japanische Urmonster spielt in dieser Welt noch keine Rolle. Doch das Studio Toho hat es nun selbst in der Hand, aus Godzilla eine globale Gewinnmaschine zu machen.

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Christiane Vorspel

Commerzbank findet neue IT-Chefin bei LBBW

Die erfahrene Informatikerin folgt auf IT-Vorstand Jörg Oliveri del Castillo-Schulz, der das Geldhaus auch wegen eines Streits über Investitionen verlässt.

imago images, Commerzbank (2)

Christiane Vorspel, Jörg Oliveri del Castillo-Schulz: Als Nachfolgerin des IT-Vorstands soll die neue COO die Leistungsfähigkeit der IT stärken.

Andreas Kröner Frankfurt

Die Commerzbank ist bei der Suche nach einem neuen IT-Chef im Landesbankensektor fündig geworden. Christiane Vorspel von der Stuttgarter LBBW werde spätestens zum 1. Oktober neue IT-Vorständin, entschied der Commerzbank-Aufsichtsrat am Mittwoch. Die 58-Jährige folgt auf Jörg Oliveri del Castillo-Schulz, dessen Vertrag nach drei Jahren nicht verlängert wird. Fachlich hat Oliveri del Castillo-Schulz bei der Commerzbank überzeugt, Kritik gab es jedoch an seinem Auftreten als Führungskraft. Ein weiterer Grund für seine Demission war Finanzkreisen zufolge ein Streit über geplante Investitionen bis 2027.

Oliveri del Castillo-Schulz habe mehr Geld gefordert, um die IT der Bank zu modernisieren, sagten mehrere mit den Diskussionen vertraute Personen dem Handelsblatt. Finanzchefin Bettina Orlopp habe dies jedoch abgelehnt. Ihr seien Kostendisziplin und hohe Ausschüttungen an die Aktionäre wichtiger, erklärten die Insider. Vorstandschef Manfred Knof habe sich hinter Orlopp gestellt.

Die Trennung von Oliveri del Castillo-Schulz, der als Chief Operating Officer (COO) neben der IT auch für den Betrieb der Bank und einen großen Teil der Belegschaft verantwortlich ist, sei deshalb unausweichlich gewesen, hieß es in Konzernkreisen. Die interne Debatte, ob die Bank zu wenig investiere und zu viel Gewinn an ihre Aktionäre weitergebe, werde aber auch nach dem Abgang des 57-jährigen Managers weitergehen. Die Commerzbank hat angekündigt, für das laufende Geschäftsjahr mindestens 70 Prozent des Gewinns an ihre Eigentümer weiterzureichen – in Form von Dividendenzahlungen und Aktienrückkäufen. Von 2025 bis 2027 könnten sogar rund 90 Prozent ausgeschüttet werden, ließ Orlopp im November bei der Vorstellung der neuen Strategie durchblicken.

Hohe Ausschüttungen in den nächsten fünf Jahren

Analysten der UBS schätzen, dass die Commerzbank in den kommenden fünf Jahren fast zehn Milliarden Euro an ihre Aktionäre weitergeben wird, was rund 75 Prozent der Marktkapitalisierung des Instituts entspricht. Während sich Aktionäre darüber freuen, sehen viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die hohen Ausschüttungen kritisch. Sie fänden mehr Investitionen in die Infrastruktur der Bank besser, zumal die IT intern nach wie vor als Großbaustelle gilt.

Der IT-Bereich habe zu wenig Personal und zu wenig Geld, sagten mehrere Commerzbank-Insider dem Handelsblatt. Er müsse unter anderem mit Softwarelizenzen mit beschränktem Funktionsumfang arbeiten, was intern für Unmut sorge. „Mit dem Austausch des IT-Vorstands lösen sich die IT-Probleme nicht“, sagt eine mit dem Thema vertraute Person. „Ich bin gespannt, wie das ein neues Vorstandsmitglied lösen soll, das ja zunächst auch keine größeren Budgets hat. Das ist neuer Wein in alten Schläuchen.“

Vorstandschef Knof hat das Verhältnis von Investitionen zu Ausschüttungen bei der Vorstellung der Strategie bis 2027 verteidigt. „Wir werden hier die richtige Balance finden. Und dank unserer deutlich gestiegenen Profitabilität können wir uns diese Balance auch leisten“, sagte er dem Handelsblatt im November.

„Viele Jahre haben die Aktionäre gar keine Ausschüttung erhalten. Nun werden sie angemessen am Erfolg beteiligt, und wir haben trotzdem noch genügend Mittel, um in die Weiterentwicklung der Bank zu investieren.“

Die Finanzaufsicht Bafin hat alle Banken dazu aufgerufen, die durch die Zinswende entstandenen hohen Gewinne zu nutzen, um verstärkt in ihre IT-Systeme zu investieren. „Von den Gewinnen sollten nicht nur Aktionäre profitieren“, sagte Bafin-Chef Mark Branson im Januar.

Banken müssten nicht nur genug Geld für drohende Kreditausfälle zurücklegen, sondern auch „mehr denn je in ihre operationelle Sicherheit und Stabilität investieren“, mahnte Branson. „Das Geld dafür ist im Moment da.“ Die Debatte, die derzeit in der Commerzbank geführt wird, treibt andere Geldhäuser und die Finanzaufsicht also ebenfalls um.

Bei der Commerzbank hatten bei der Suche nach einem neuen IT-Chef intern viele auf eine Beförderung von Sebastian Kauck gehofft. Er startete 2012 als IT-Trainee bei der Commerzbank und stieg 2019 zum Bereichsvorstand auf. Am Ende fiel die Wahl des Aufsichtsrats jedoch auf Christiane Vorspel. Innerhalb der Bank halten es viele für denkbar, dass Kauck den Job eines Tages übernimmt, wenn Vorspel in den Ruhestand geht.

Die studierte Informatikerin kennt sich bei Deutschlands zweitgrößter Privatbank bestens aus. Vor ihrem Wechsel zur LBBW 2018 arbeitete sie mehr als 20 Jahre lang für die Commerzbank, zuletzt als Chief Information Officer für das Investmentbanking.

„Es ist gut, dass sie die Commerzbank bereits bestens kennt“, sagte Aufsichtsratschef Jens Weidmann. „Frau Vorspel wird ihren Fokus als künftige COO darauf richten, die Leistungsfähigkeit der IT zu stärken und die digitale Modernisierung der Commerzbank voranzutreiben.“

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Christian Deilmann

Deutsch-japanisches Duo sorgt für mehr Effizienz bei Wärmepumpen

Das Start-up Tado und Panasonic werden strategische Partner. Sie reagieren damit auf die wachsende Nachfrage bei Wärmepumpen.

Axel Höpner München

Der Heizungs-App-Spezialist Tado will sein neues Geschäftsfeld mit der intelligenten Steuerung von Wärmepumpen gemeinsam mit dem japanischen Panasonic-Konzern vorantreiben und so wieder wachsen. „Alle in der Branche sind sich einig: Der Wärmepumpenmarkt nimmt gerade wieder Fahrt auf“, sagte Tado-Gründer Christian Deilmann am Mittwoch dem Handelsblatt.

In den vergangenen Monaten seien die Verbraucher verunsichert gewesen, auch wegen der Diskussion über das Heizungsgesetz. Doch nun laufe die staatliche Förderung an, und auch anderswo gebe es Nachholbedarf. 80 Prozent aller Heizungen in Europa seien noch fossil und müssten auf Wärmepumpen umgestellt werden, so Deilmann. „Das ist ein Riesenmarkt.“ Denn Wärmepumpen seien über die gesamte Laufzeit die günstigste und effizienteste Lösung.

Die Tado-App kann nicht nur fossile Heizungen, sondern auch Wärmepumpen steuern. Diese sollen im Idealfall ihren Pufferspeicher füllen, wenn der Strom günstig ist – etwa im Sommer zur Mittagszeit, wenn die Solaranlagen viel Strom ins Netz einspeisen. Das funktioniert allerdings nur mit speziellen Stromtarifen – von denen Tado einen mit anbietet.

Auf einer Klima- und Sanitärmesse in Mailand hat Tado nun einen Partner für den Ausbau vorgestellt: Wärmepumpenhersteller Panasonic. Die Software von Tado soll Wärmepumpen künftig automatisch optimieren. So wolle man die konzerneigene Nachhaltigkeitsinitiative Green Impact vorantreiben, sagte Panasonic-Manager Masaharu Michiura. Die Japaner sehen sich als weltweit führender Hersteller von Luft-Wasser-Wärmepumpen.

In Deutschland können Hausbesitzer seit Ende Februar bei der KfW Fördermittel für den Einbau von Wärmepumpen beantragen. Möglich ist eine Förderung von bis zu 70 Prozent. Im Vorfeld hatte es monatelange Diskussionen gegeben. Zeitweise wurden deutlich weniger Wärmepumpen eingebaut als erwartet, es gab Kurzarbeit und Stellenabbau in der Branche.

Doch nun hoffen die Unternehmen auf ein Ende der Verunsicherung. Die Politik müsse helfen, mit Kampagnen „Vertrauen zurückzugewinnen und mit Argumenten zu überzeugen, dass es jetzt an der Zeit ist, ineffiziente und veraltete Heiztechnik auszutauschen und nicht abzuwarten“, sagte Helmut Bramann, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbands Sanitär Heizung Klima (ZVSHK).

> Alle in der Branche sind sich einig: Der Wärmepumpenmarkt nimmt gerade wieder Fahrt auf.
>
> **Christian Deilmann**
> Tado-Gründer

Tado stellt sich auf starkes Wachstum ein. Die Steuerungs-Plattform für die Wärmepumpen sei herstellerunabhängig, betonte Deilmann. Mit Panasonic arbeite sein Unternehmen künftig aber besonders eng zusammen. Die Japaner bieten ihre Anlagen direkt mit der Tado-Steuerung an.

Das deutsche Energie-Start-up hatte 2022 seine Umsätze laut Branchenschätzungen im Zuge der Energiekrise auf knapp 100 Millionen Euro verdoppelt. Im vergangenen Jahr stagnierten sie auf hohem Niveau. Für 2024 peilt Deilmann auch dank des Wärmepumpeneffekts einen Umsatzsprung um 50 Prozent an.

Tado ist nicht das einzige Unternehmen mit einer App-Steuerung für Wärmepumpen. Der Produzent Stiebel Eltron etwa hat seine Geräte schon vor mehr als zehn Jahren an das Internet angeschlossen. Hauke Hagen, Leiter des Produktmanagements, sagte: „Wir glauben nicht, dass Tado Wärmepumpen besser steuern kann als die Hersteller selbst.“

Tado-Gründer Deilmann dagegen verweist darauf, dass mit seiner App die Räume zum Beispiel einzeln angesteuert werden könnten. Kundinnen und Kunden müssen bislang einmalig einen sogenannten Heat Pump Connector für 299 Euro kaufen. Bei Panasonic-Wärmepumpen sind diese nun bereits installiert.

Tados Hauptprodukt ist eine intelligente Heizungs-App, zu der auch ein spezielles Heizkörperthermostat gehört. Das System kann zum Beispiel erkennen, wenn ein Nutzer etwa seinen Arbeitsplatz verlässt und nach Hause fährt, und die Wohnung vorheizen. Über das Handy weiß die Steuerung, wenn ein Bewohner einen Raum oder das Haus wieder verlässt.

Darüber hinaus hatte das Münchener Start-up Anfang 2022 die österreichische Firma Awattar übernommen, einen Spezialisten für die Flexibilitätsvermarktung von Strom. Mithilfe der IT-Plattform aus Wien sollen die Tado-Nutzer zum Beispiel ihr Elektroauto oder den Pufferspeicher der Wärmepumpe genau dann aufladen, wenn der Strom besonders günstig ist, weil zum Beispiel viel Wind- oder Sonnenenergie in das Netz eingespeist wird.

In Phasen, in denen der Strom sehr teuer ist, kann der Ladevorgang unterbrochen werden. Diese flexiblen Tarife sollen nun bei der Wärmepumpensteuerung zum Einsatz kommen. Auf längere Sicht will Tado so seine eigene Energiewende gestalten: Aktuell machen die Umsätze mit der Steuerung von fossilen Heizungen noch 90 Prozent des Geschäfts aus, die Wärmepumpen zehn Prozent. „Das wird eines Tages auch bei uns umgekehrt sein“, sagt Deilmann.

Tado-gesteuerte Wärmepumpe, Christian Deilmann: Der Gründer stellt sich auf starkes Wachstum ein.

tado (2)

imago/localpic

Hans Georg Näder: Familienbesitz ist ihm wichtig.

Hans Georg Näder

Familie Näder kauft Anteile an Ottobock zurück

Die Kredite für den Rückkauf könnte der Prothesenhersteller mit einem Börsengang gegenfinanzieren.

Düsseldorf. Der Prothesenhersteller Ottobock gehört künftig wieder zu 100 Prozent der Eigentümerfamilie Näder. Am Mittwochmorgen habe die Muttergesellschaft Näder Holding eine Vereinbarung zum Rückkauf eines 20-prozentigen Anteils am Unternehmen von der Private-Equity-Gesellschaft EQT unterzeichnet, teilte das Unternehmen mit. Die Transaktion soll noch im ersten Halbjahr 2024 abgeschlossen werden. Über die Details sei Stillschweigen vereinbart worden. Im Gespräch mit dem Handelsblatt sagte Hans Georg Näder, Eigentümer und Vorsitzender des Verwaltungsrats von Ottobock, es sei ein „schöner Moment in der Firmengeschichte“.

EQT war 2017 bei Ottobock eingestiegen. Durch die Partnerschaft habe sich das Unternehmen professionalisiert und bis zur Börsenreife entwickelt, sagt Näder. Dazu stieg Ottobock auf die internationalen Rechnungslegungsstandards IFRS um. Auch beschäftigt der Prothesenhersteller heute rund 9000 Mitarbeitende, rund 30 Prozent mehr als vor dem Einstieg des Investors.

Bereits im Mai 2022 erklärte Ottobock, im selben Jahr an die Börse gehen zu wollen. Wenig später verließen der damalige Vorstandschef Philipp Schulte-Noelle und Finanzvorständin Kathrin Dahnke dann aber das Unternehmen. Das Umfeld für Börsengänge galt zuletzt als schwierig. Ob sich das durch die jüngste Rekordrally ändert, ist noch nicht klar. Noch im November hatte der Schuhhersteller Birkenstock in den USA ein enttäuschendes Debüt an der Börse gefeiert.

Ottobock-Eigentümer Näder will das Unternehmen zunächst im Familienbesitz halten und zu weiterem Wachstum führen. EQT-Partner Johannes Reichel sagt, das Unternehmen sei „ideal positioniert, um die nächste Wachstumsphase als weiterhin privat geführtes Familienunternehmen zu gestalten.“ Finanzkreisen zufolge wird die Familie Näder einen angemessenen Preis für den Rückkauf der Anteile bezahlen – mithilfe privater Kreditfonds. Sollten die Berechnungen aus den Finanzkreisen stimmen, müsste die Familie etwas mehr als eine Milliarde Euro einsammeln.

Die Familie wird von DC Advisory, der Deutschen Bank, Goldman Sachs, Freshfields und Lilja & Co. beraten. Eigentümer Näder bestätigte, dass das Unternehmen an seinen Börsenplänen festhalte. Einen konkreten Zeitplan nannte er nicht. Mit den Einnahmen aus einem Initial Public Offering (IPO) könnte die Eigentümerfamilie die Kredite für den Anteilsrückkauf zurückzahlen.

Ottobock konnte laut vorläufigen Zahlen seit dem Einstieg von EQT 2017 den Umsatz von etwa 880 Millionen Euro auf 1,5 Milliarden Euro im Jahr 2023 steigern. Das bereinigte Ergebnis vor Steuern und Abschreibungen (Ebitda) soll sich in dem Zeitraum auf 280 Millionen Euro verdoppelt haben. Aus unternehmensnahen Kreisen heißt es, dass in dieser Zeit rund 30 Übernahmen getätigt wurden, die zusammen rund 200 Millionen Euro Umsatz mitbrachten. Anja Müller

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

ANZEIGE

ANZEIGE

#ZUSAMMENLAND

VIELFALT MACHT UNS STARK!

Dumpfer Populismus? Nein danke! Die sogenannte »Remigration« unserer Freundinnen, Nachbarn, Kolleginnen? Ganz sicher nicht. Und Faschismus? Nie wieder! Deutschland braucht keine Alternative zur Freiheit und Vielfalt. Wir haben aus der Geschichte gelernt und vergessen nicht, wie das Unmenschliche – zunächst heimlich und verhalten, dann unterdrückend und brutal – in die Gesellschaft eingedrungen ist. Die gegenwärtige Zeit erfordert eine klare Haltung. Wir stehen gemeinsam für ein offenes Land, das sich mutig den Herausforderungen stellt, anstatt sich von rechter Propaganda aufheizen und aufhetzen zu lassen. Denn wir wissen bereits, wohin das führen kann. Also, dieses Jahr zählt: Gegen Hass und Spaltung. Für ein neues Miteinander. Gemeinsam stark in einem vielfältigen **#Zusammenland**.

Eine Initiative von:

DIE ZEIT · Wirtschaftswoche · Handelsblatt · TAGESSPIEGEL · Süddeutsche Zeitung · STRÖER

Mehr erfahren:

Börsenverein des Deutschen Buchhandels

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Stone/Getty Images

Beratungsgespräch: Steuerprofis wünschen sich ein verschlanktes Regelwerk.

Methodik

Die Studie Das Hamburger Analyseinstitut SWI Finance hat für das Handelsblatt Deutschlands Top-Steuerberater und Top-Wirtschaftsprüfer 2024 ermittelt. Das Testdesign entstand in Kooperation mit der Wirtschaftskanzlei Buschmann Partnerschaft. Insgesamt erhielten mehr als 30.000 Steuerberater und Wirtschaftsprüfer eine Einladung zur Teilnahme. Fast 5000 Umfrageteilnahmen wurden ausgewertet. Darunter waren mehr als 4000 Steuerberater und mehr als 800 Wirtschaftsprüfer. Zum einen wurde die Qualifikation der Teilnehmer abgefragt. Zudem erhielten sie Fachfragen, abhängig von ihrer Spezialisierung. Für eine Kanzlei mit der Spezialisierung Unternehmensnachfolge wurde zum Beispiel gefragt: „Welchen Zustand beschreibt das Dry-Income-Problem?“ Ein auf Privatpersonen ausgerichteter Steuerberater wurde gefragt: „Welche Kosten können nicht als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden?“

Das Ergebnis Als „Beste Steuerberater und Wirtschaftsprüfer“ wurden Teilnehmer ausgezeichnet, die mehr als 70 Prozent der Maximalpunktzahl erreichten. Eine Rangliste der Ausgezeichneten wird nicht erstellt.

Branchenstudie

Kampf gegen die Bürokratie

Behörden wälzen Aufgaben zunehmend auf Steuerpflichtige ab. Deren Berater stemmen sich gegen die drohende Überlastung. Die besten Steuerprofis ermittelt hat das Institut SWI Finance.

Andreas Schulte Köln

Die Diagnose des Bundesjustizministeriums ist eindeutig. „Unsere Unternehmen leiden an einem Bürokratie-Burn-out“, heißt es dort. Man will es der Wirtschaft nun leichter machen – als „Konjunkturprogramm zum Nulltarif“ bezeichnet Bundesjustizminister Marco Buschmann die beflügelnde Wirkung eines Bürokratieabbaus. Dass dies in der Praxis gelingt, daran haben zumindest die Steuerberater Zweifel. Auf den Mitte Januar vorgelegten Entwurf zum Vierten Bürokratieentlastungsgesetz reagierte die Bundessteuerberaterkammer mit Enttäuschung.

Allein die Aufbewahrungsfrist für Buchungsbelege sei von zehn auf acht Jahre verkürzt worden. Zu wenig aus Sicht der Kammer. „Das Steuerrecht hat noch deutlich mehr Vereinfachungspotenzial“, sagte Präsident Hartmut Schwab. „Das ist nicht der große Wurf.“ Besonders der Mittelstand leide enorm unter „den oftmals unnötig komplexen steuerrechtlichen Regelungen“.

Eine Studie des Hamburger Instituts SWI Finance für das Handelsblatt stützt die Kritik. Danach schreiben rund 68 Prozent der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer in Deutschland dem deutschen Steuerrecht eine hohe Komplexität zu. SWI hat fast 5000 Kanzleien zu den Herausforderungen ihrer Branche befragt. Ein weiteres Kernergebnis laut SWI-Geschäftsführer Marcus Schad: „Finanzbehörden lagern zunehmend Tätigkeiten auf die Steuerpflichtigen aus.“ 82 Prozent der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer in Deutschland berichten dies in der Studie.

Parallel zur Befragung hat SWI Finance „Deutschlands beste Steuerberater und Wirtschaftsprüfer“ ermittelt. Dazu wurden den teilnehmenden Kanzleien Fragen zu ihren Fachbereichen gestellt. Wer dabei besonders viele Punkte erreichte, schaffte es auf eine Bestenliste. Ausgezeichnet wurden 601 Steuerberatungs- und 115Wirtschaftsprüfungskanzleien.

Durch die Verlagerung von Tätigkeiten der Behörden auf Steuerpflichtige steigt die Arbeitslast – mehr als die Hälfte der Kanzleien gibt dies in der Studie an. Viel Spielraum bleibt ihnen nicht. Auch der Deutsche Steuerberaterverband sieht das Problem. „Durch die zunehmende Verlagerung auf uns Berater werden unsere Ressourcen immer knapper. Wir setzen alles daran, die professionelle Beratungsqualität für unsere Mandanten sicherzustellen, erwarten aber im Gegenzug, dass dies bei der Festsetzung von Fristen angemessen berücksichtigt wird“, sagt Vizepräsident Gero Hagemeister.

Mehr als 85 Prozent der Befragten schätzen die Arbeitsbelastung ihrer Kanzlei laut SWI-Studie als hoch ein. Dass die Extraaufgaben durch Coronahilfen und Grundsteuerreform mittlerweile größtenteils abgearbeitet sind, hat kaum zur erhofften Entspannung der Lage geführt. „Zwar sinkt die unmittelbare Mehrbelastung“, erläutert Schad. „Es gibt aber erheblichen Nachholbedarf in der Mandatsbearbeitung und den Strukturanpassungen.“ Teils würden Mandantenanfragen von Kanzleien aufgrund von Kapazitätsproblemen abgelehnt oder der Mandantenstamm werde verkleinert.

Haftungsrisiken steigen

Die hohe Arbeitsbelastung der Kanzleien geht einher mit der wachsenden Bedeutung von Haftungsrisiken. Dies fanden im Vorjahr noch 22,8 Prozent der Kanzleien. In diesem Jahr waren es laut SWI-Befragung schon 27 Prozent. „Die Rechtslage wird komplizierter und die vom Mandanten geforderte Ausnutzung von Gestaltungsspielräumen wird anspruchsvoller“, begründet Schad den Anstieg. „Gleichzeitig handeln die Finanzbehörden zunehmend nach Vorschrift, es gibt also weniger Raum für Kompromisse.“ So sei es früher gängige Praxis gewesen, beispielsweise die Stundung einer Steuerschuld auf Zuruf zuzulassen. „Heute ist dies für Finanzämter nur noch im Ausnahmefall und nach Offenlegung aller Vermögensverhältnisse möglich“, sagt Schad.

Die Ergebnisse der Studie bekräftigen seine Argumentation. 57,4 Prozent der Befragten stimmen der Einschätzung zu, dass das Verhalten der Finanzbehörden zusehends strenger wird, 54 Prozent sind zudem der Ansicht, dass Steuerpflichtige nicht genug rechtliche Möglichkeiten haben, um sich gegen Entscheidungen der Behörden zur Wehr zu setzen. „Es ist zu vermuten, dass der aktuellen Finanznot von Bund, Ländern und Kommunen durch eine noch striktere Steuererbeitreibung begegnet werden soll“, sagt Hagemeister. „Wir spüren zunehmend, dass in Betriebsprüfungen häufig über vermeintlich formale Verstöße beziehungsweise Sachverhaltsauslegungen gestritten wird.“ Er bemängelt kleinstteilige Regelungen, die kaum noch „administrierbar“ seien. Mandanten nähmen strittige Steuerveranlagungen zähneknirschend hin. „Das spielt dem Finanzamt in die Karten.“

Die Kritik an den Behörden dürfte allerdings kaum zu einer Verbesserung der Situation führen. Denn auch die Ämter stehen massiv unter Druck. „Auch die Verwaltung wird von der immer weiter fortschreitenden Komplexität des Steuerrechts getroffen“, räumt Hagemeister ein. Zudem kämpfe auch sie mit dem Fachkräftemangel. Angesichts des demografischen Wandels dürfte sich die Situation weiter verschlechtern, befürchtet SWI-Geschäftsführer Schad. In den nächsten zehn Jahren werden im öffentlichen Dienst 1,3 Millionen Menschen in den Ruhestand gehen. Dabei fehlen dem Staat laut Beamtenbund schon jetzt 550.000 Beschäftigte.

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Deutschlands beste Steuerberater 2024

601 ausgezeichnete Kanzleien von 4.162 Studienteilnehmern

Fortsetzung auf Seite 34

Ort	Kanzlei
Postleitzahlengebiet: 0	
Bad Lausick	Rupprecht & Partner
Chemnitz	Thomas Vos
Dresden	Ab'ovo J. Renner / A. Wolf
	ADVA
	Kalkül Dresden
	Prof. Dr. K. Schwantag · Dr. P. Kraushaar
	Purakon
	SKS Sonkin, Seifert und Partner
Freiberg	Merkel Bernhardt
Görlitz	Lehleiter + Partner
Hoyerswerda	Kanzlei Olawsky
Leipzig	Rose Brösicke
	Rupprecht & Partner
	Terpitz Bast Ronneberger
Sangerhausen	Steuerberater Lucas
Weida	Sabine Krebs
Postleitzahlengebiet: 1	
Berlin	Andreesen Wirtschaftsprüfer
	Au & Schmidtke
	Aust und Partner
	Avis Steuerberatung
	BDP Bormann Demant & Partner
	Berlintax
	Bremer Steuerberatung
	Deutsch + Müller
	DHPG Berlin
	Ecovis
	Freiberger & Collegen
	Giuliana Zambetti
	GPC Tax
	Hannes & Kollegen
	Hansen Schulz & Kollegen
	HSB Steuerberater - Oliver Hagen
	Kanzlei Metzenthin
	Klingbeil & Miegel
	Kneffel Steuerberatung
	Martin Kassebohm
	Meridium
	Meyer & Partner
	MGP Merla Ganschow & Partner
	Prof. Jacobsen
	Schmidt-Hagius + Klockgether
	Taxura
	Thomas Langer
	TPC Transfer Pricing Compliance
	von Arps-Aubert + Partner
	Wagemann + Partner
Eberswalde	MSC Andromeda
Eisenhüttenstadt	TXT AG
Kleinmachnow	Dr. Bossin & Partner
Panketal	Pfeffer Steuerberatung
Potsdam	Dr. Knabe
	Matthias Steger Consulting
Prenzlau	R. Hemsing & Partner mbB
Rostock	Bilanz Ambulanz
Schwerin	Dr. Mihm und Fahje
Zempin	Greving & Greving
Postleitzahlengebiet: 2	
Ahrensburg	Evotax Hinrichs & Marek
Bordesholm	Parbs Osterloh
Bremen	Ohse Meyer Goertz
Bremerhaven	Cardo Partnerschaft
	EPG Steuerberatung
Cuxhaven	TKP Tutas, Kruse & Partner
Eutin	RWTAX Rösler & Weissenfeld
Fredenbeck	Sven Schröder
Hamburg	AC Christes & Partner
	ADS Allgemeine Deutsche Steuerber.
	Bärenweiler & Reinholz
	Björn Dethlefs
	Egido
	Esche Schümann Commichau
	Fiedler & Hennenberger
	Greve + Weise
	GWGL Grimme Winkler Grau Legal
	Hassler Fülscher & Partner
Hamburg	Hecht & Collegen
	Heidrich Steuerberatung
	Höftmann & Partner
	Mock Steuerberatung
	Möhrle Happ Luther
	NBS Partners
	Obenhaus Steueranwalt
	Ruge Fehsenfeld
	Schmidt und Vogt Steuerberater
	Helge Schubert
	Rose & Partner
Handewitt	Tyskrevision
Kiel	Bhatti.pro
	RBB Büchl & Partner
	Steuerberater.pro
Lübeck	Bülow Steuerberatung
Lüneburg	Bittrich & Bittrich
Oyten	Ehrichs & Weinheimer EPG
	EPG AG
Rhauderfehn	Mengers Steuerberatung
Rotenburg (Wümme)	Behrens und Partner
Süderbrarup	Tax-Eagle Hansen & Görlitz
Twistringen	Steuerkanzlei Schomaker
Verden	Behrmann & Partner
Wentorf bei Hamburg	WSB GmbH
Postleitzahlengebiet: 3	
Bad Oeynhausen	Holzkamp Neudorf
Bielefeld	BPP Becker Patzelt Pollmann
	Eick & Partner
	HLB Dr. Stückmann und Partner
Braunschweig	Appelhagen
Bünde	VES Voigt & Erdbrügger Partner
Büren	Dr. Deneke - Tax-Law
Detmold	Tölle & Melchior
Dillenburg	Dr. Schlappig + Partner
Driedorf	Ralf Hartmann
Fulda	Alt & Partner
Garbsen	Agon Tax
Giesen	Wernfried Buhrke
Göttingen	Götax
	Dennis Schmidt
Gütersloh	Navigator Gruppe
Hannover	Huber Fock
	Innotax
	Peters Schoenlein Peters
	Thomsen & Partner
	Treuhand Hannover
	Tribumed
Herford	HPS Steuerberatung
	MMG Golüke & Partner
Hessisch Oldendorf	von Aulock Partnerschaft
Hiddenhausen	GTK Kröger
Hildesheim	Rosenbrock & Streuber
Kassel	Fact
	Heller-Buxan-Köth
	Weltz & Partner
Lahnau	Muskat & Rauber
Leinefelde-Worbis	Hahne, Kaufhold & Partner
Löhne	Zahlmann Klose Nolting
Magdeburg	PSK Steuerberatung
Marsberg	Steuerkanzlei Jesper
Minden	Klausmeyer und Partner
Oerlinghausen	Kanzlei Winkelmann
Paderborn	PBS Pekala und Partner
Porta Westfalica	Prepens & Kollegen
Rheda-Wiedenbrück	Wortmann & Partner
Rietberg	Junkerkalefeld & Meier
Rödinghausen	König, Kreft und Partner
Ronnenberg	Jörg Apel
Seesen	Angela Reinhardt
Sehnde	Busse & Coll.
Wolfenbüttel	Wotax-Waßmuth
Postleitzahlengebiet: 4	
Alpen	Bours & Scheffers
Bad Iburg	Jurcontax
Bochum	Bochumer Treuhand
	Harpener Treuhand
Bochum	Zeptrum Dr. Adamsen
Dorsten	Aleff & Partner
Dortmund	Bußmann, Semer & Müller
	HSP
	Husemann & Partner
	Jorg und Partner
	Radloff Janz & Partner
	Steuerbüro Schumacher
Duisburg	MGK Partner
	NRT Niederrheinische Treuhand
Düsseldorf	Bergers Partner
	Ecovis KSO
	Innova
	ISP Global Tax
	Malenke und Partner
	Mönnighoff & Partner
	Quadrilog
	Steuerberatung Schmidt
	Stefan Renger
	Oliver Rautenberg
	Trimborn Partner
Emsdetten	Steuerberatung Kortmöller
Erkelenz	Hegger Hansen
	Dirk Potrafke
Erkrath	KBHT Salker & Partner
Essen	Advisa MST
	Marco Giavarra
	HLP Hegemann, Lawitzke & Partner
	Kott & Schnitter
	Märkische Revision
	MIZ Steuerberatung
	Plyus
	RLT Ruhrmann Tieben & Partner
	Anja Roth
	Kerstin Gosdzik
	WIR-Treuhand
Goch	Thielen Steuerberater
Grevenbroich	Andrea Kleinschmidt-Baum
Gronau	Hartmann & Partner
Herten	Steuerberater Porten
Kempen	Innova Steuerberatung
	SHWP Niederrhein
	Steuerdesign
Kleve	ETL Heuvelmann & van Eyckels
	KPP Steuerberatung
Langenfeld	Gerhold und Partner
Leichlingen	Kanzlei Dallmann
Lünen	Grabowski & Partner
Moers	Andreas Schollmeier
	Kanzlei Dr. Klein
	Wolfarth, Willems & Kollegen
Mönchengladbach	Backhaus + Partner
	Innova Steuerberatung
Münster	AWB Tax
	BSG
	HLB Schumacher
	Steuerbüro Puke
Nettetal	Steuerberater Viethen
Neuss	KBHT Kalus + Hilger
	Esther Schmid
Ratingen	Clostermann Wiediger Teckentrup[1]
	Pieper & Partner
Recklinghausen	Korte & Partner
	KPRE Treuhand Vest
	Wuthold & Braun
Remscheid	Hübenthal & Partner
	Kaib, Galldiks und Partner
	WP StB Dorfmüller
Stadtlohn	Heisterborg
Vechta	Dr. Koops & Partner
	PS Treuhand Vechta
Viersen	Schütze & Partner
Warendorf	TKK Treuhand
Wegberg	Heinrichs-Winterhagen
Wuppertal	3S.Tax Seliger Spieckermann
	Kineke Gottschalk
Postleitzahlengebiet: 5	
Aachen	Dr. Hintzen
	Dr. Neumann, Schmeer und Partner
	DRP Randerath & Partner
	Sozietät Libeaux Libeaux + Hensel
	Woldt Schiffers
Altena	Becker + Partner
Andernach	G & B Steuerberatung
	Hilger, Neumann & Partner
	Stefan Gostomzik
Ascheberg	Propertax
Bad Kreuznach	Syré
Bad Neunahr	Thomas Sültenfuß
Beckum	Kai Möller
Bergisch Gladbach	Haar Steuerberatung
	KHBL Steuerberatung
	Stefan Graf
	Michael Jennen
Bonn	DHPG
	Ditges
	GTK Ginster Theis Klein & Partner
	Jörg Nückel & Partner
	Stefan Arndt
	Rentrop & Partner
	Hendricks Consulting
Bornheim	Thomas Clauß
Breckerfeld	Steuerberater Lüsebrink
Brühl	GTK Ginster Theis Klein & Partner
	Steuerberater Cuber
Düren	Dr. Lothmann & Partner
Ennepetal	Steuerberater Lüsebrink
Eschweiler	Löwenkamp, Fechter & Partner
Gevelsberg	Axel Bahr & Partner
Gummersbach	DHPG
Hagen	Fengler & Büttner
Hamm	Ecandes Stork, Daum, Schnarre, Spieth
Hemer	Steuermann ABC
	Peter Potthoff
Herschbach	SBS Schenkelberg
Höhr-Grenzhausen	Giesen & Bucior
Iserlohn	Naust Hunecke und Partner
Kerpen	Elfriede Beienburg
Koblenz	DDP Gruppe
	Linz und Partner
	Steuerkanzlei Nebgen
Köln	AHW Hunold & Partner
	Arns Gamp & Partners
	Boneß & Euteneuer
	DHPG
	Fuhs Hastrich Bartsch
	Gabella Steuerberatung
	GHM
	Hacker & Partner
	HKS
	Juhn Besau
	Juhn Partner
	Kuthe und Becker
	Laufenberg Michels und Partner
	LHP Luxem Heuel Prowatke
	Nacken Hillebrand Partner
	SHG
	Sauerland Rybka und Partner
	Schöning Steuerberatung
	Sabine Noé
	Pirlet & Schröder
	Claudia Hilger
	Peterlin & Zander
	W+ST Kessler & Partner
	Martin Bleckmann
Königswinter	Steuerhorizont
Leverkusen	KBHT Müller, Dreizehner & Kollegen
	Stephan Weigelt
Lippstadt	Deimel Steuerberatung
Montabaur	Dr. Steudter Weber & Partner
Mülheim-Kärlich	Xplus
Nastätten	Dillenberger Minor
Oelde	Tippkemper Dirkmann

HANDELSBLATT

1) Pietsch • **Quelle:** SWI Finance

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Deutschlands beste Steuerberater 2024

601 ausgezeichnete Kanzleien von 4.162 Studienteilnehmern

Fortsetzung auf Seite 33

Ort	Kanzlei
Postleitzahlengebiet: 5	
Pulheim	Capsivera
	Steuerberatung Horst
Rheinböllen	Arndt Kniesel
Rüdesheim	Nahe Patrick Weber
Schmallenberg	Johannes Schmidt
Schwerte	Weichelt & Winter
Siegburg	SKB Rheinland
Trier	Rech Wagner & Co.
Unna	Gudrun Schnoor
Wachtberg	Steuerkanzlei Reichling
Wesseling	Prinz & Müller
Witten	Volker Stienemann
Wittlich	Ritter & Partner
Postleitzahlengebiet: 6	
Aschaffenburg	Sven Vockert
Bad Dürkheim	Dienes + Weiß
Bad Homburg	Scholtyssik Jacob Kulaly
Bensheim	HJS
Bischofsheim	O3 Steuerberater
Bruchköbel	Marcel Dietz
Diez	Schmidt & Partner
Dillingen	Berater-Centrum - RUK
	Berater-Centrum - Ullrich, Kraus & Partner
Dreieich	Argus International
	Argus Steuerberatung
Eppelborn	Roob Steuerberatung
Erbach	Kanzlei Ihrig
Eschborn	Sidekick
Florstadt	Logos
Frankfurt am Main	Benefitax
	Edelmann & Partner
	Hofmann Klafsky & Fertig
	Kryeziu Steuerberatung
	LPA-GGV Grützmacher Gravert Viegener
	Prof. Dr. K. Schwantag - Dr. P. Kraushaar
	Prüfungs- und Treuhand GmbH
	Wedding & Partner
Freigericht	Brückner Steuerberatung
Gedern	Albus & Spielmann
	RGT Treuhand
Glauburg	Thomas Lichtenthäler
Groß-Bieberau	Andreas Görlich
Groß-Gerau	DBB Data
Hanau	Sidekick
Heidelberg	Dostal & Rettig
	Tobias Staat
Heppenheim	Reibold, Guthier & Partner
	Lorenz H. Freiburg
Hockenheim	Bohn Tobias
Hofheim	Votum
Kirchheimbolanden	Myriam Karch
Kronberg im Taunus	Heeb Steuerberater
	Pauly Steuerberatung
Ladenburg	Steuerkanzlei Auxilia
Limburg	MNT Revision und Treuhand
Limburg a.d. Lahn	WM Treuhand & Steuerber.[1]
Losheim am See	Michael Klasen
Ludwigshafen	Renner Steuerberatung
Mannheim	Anders Steuerberatung
	Kirschner Steuerberater
Mömlingen	David Wenzel
Neulußheim	Patrick Baumann
Oberthal	Björn Angel
Osthofen	S&K Rheinhessen
Pirmasens	Dr. Eichenlaub & Partner
Rimbach	ACO Treuhand
Saarbrücken	Die Wirtschaftsberater
	Dr. Friedbert Maier
	HLB Förderer, Keil & Partner
Seligenstadt	Pohl & Wurzel ETL
Viernheim	Kempf Keller Meierhöfer
Weinheim	Tobias Staat
Weiterstadt	Mischlich Steuerberatung
Wiesbaden	Akman, Weber & Partner
	Matthias Müller
Wiesbaden	Daniel Wahler
Wölfersheim	Steuerkanzlei Puth
Zweibrücken	Mauss & Coll.
Postleitzahlengebiet: 7	
Aalen	AWT Aalener Wirtschaftstreuhand
	Kühn Beratung
	Oppold Steuerberatung
Achern	Lemminger & Lemminger
Albstadt	RWT
Bad Bergzabern	HWS Burkhart
Bad Krozingen bei Freiburg	Menn & Menn
Beilstein	Maaß Steuerberatung
Bietigheim-Bissingen	HWS Frank
Bretten	Lander Sturm & Partner
Buchen (Odenwald)	Manfred Busch
Calw	BB Bartenbach
Deggingen	HWS Schweizer
Ditzingen	T Hoch Drei
Dornhan	Kanzlei Herbstreuter
Esslingen	Barth Bessler Dolwig
	Bürkle & Partner
	JRH Wirtschaftstreuhand
Ettenheim	Dittrich-Pfaff
	Martin Sauer
Ettlingen	HWS Oesterle & Trapp
	Lander, Kohlmann & Partner
Fellbach	Marco Reidl
Freiburg	Blansche Steuerberatung
	Hera Steuerberatung
	Herr Steuerberatung
	Riedlinger
	SDBS
	Vogelplus
Gerlingen	ETL Ertle Treuhand & Kollegen
Güglingen	Kähler & Partner
Heilbronn	Pfefferle Ludwig
	Volker Ludwig
Karlsruhe	Beratergruppe Leistungen
	BSKP Nowak
	ESG Engel
	HWS Karlsruhe
	Kanzlei Wangler
	Kolb & Zerweck
	Reiling Partnerschaft
Konstanz	Dr. Volz
Korb	HWS Korb
	Steuerberater Ott
Künzelsau	Lehleiter + Partner Hohenlohe
Lahr	Dr. Weber & Partner
	Himmelsbach & Streif
Landau in der Pfalz	HWS Integral Treuhand
Leonberg	Bild Steuerberatung
Ludwigsburg	BSKP Dr. Broll Schmitt Kaufmann[2]
	HWS Mörk
	JSK Jörg Schneider und Kollegen
Markgröningen	LSW
Mehrstetten	Wetzel + Partner
Möglingen	Kanzlei Engesser
Neckarsulm	Lehleiter + Partner
Offenburg	Patrick Kriegel
Ostfildern	Rohm & Partner
Pfinztal	Zimmermann-Brase + Partner
Pforzheim	Dr. Schmitt Klumpp Partner
	FMBT Steuerberatung
	Michael Stoll
	Taxandor
Rechberghausen	Kanzlei Beutel
Reichenbach an der Fils	Schlotz Steuerberatung
Remshalden	HWS Remshalden
	Munz Schöttner
Reutlingen	BWS Böttger & Partner
	HWS Reutlingen
	RWT
Rottweil	WSS Aktiv Beraten
Schorndorf	Sperber Steuerberater
Schramberg	Mayer Kohler + Partner
Schwäbisch Gmünd	Kanzlei Zapp
Seelbach	Himmelsbach & Streif
Sigmaringen	Störkle Schneider + Partner
Sindelfingen	HWS Lutz
	HWS Sindelfingen
	KMZ Kullen Müller Zinser Treuhand
Singen	Mayer Partnerschaft
Sinsheim	Seeker Bauer Lutz
	Steuerberatung Stiegele
St. Georgen	Welzer & Partner
Stuttgart	Bäuerle Steuerberatung
	Bößenecker Steuerberater
	DFFK Kröller + Partner
	Finkbeiner & Partner
	HWS Büttner
	HWS GmbH
	HWS Stuttgart
	Kanzlei Maier - Dr. Maier & Kotschner
	Kelm, Mattern, Steffen & Partner
	Knapp, Walz & Partner
	Kruse & Partner
	Laubengaier Klein
	Möhrle Wandel Knieß Kneissl
	RTS Steuerberatung
	RWT
	Hohlweck + Partner
	Klaus Elsenheimer
	Wirtschaftstreuhand
	Rainer Stauß
Trochtelfingen/Mägerkingen	Stkl. Stahlecker[3]
Trossingen	Lerner Lachenmaier & Partner
Tübingen	HWS Tübingen
Tuttlingen	Schwarz Partner
Unterensingen	Julia Baeva
Villingen-Schwenningen	Lerner Lachenmaier & Partner
	Welzer & Partner
Waiblingen	Heiko Löffler
Waldbronn	Andreas Pierro
Waldshut-Tiengen	Artax
Wannweil	Kanzlei Rambow
Wehingen	Sieger AG
Zell a. H.	Hecht + Friedemann
Zell u. A.	Hofmann & Partner
Postleitzahlengebiet: 8	
Altusried	Beatrice S. Röhe
Augsburg	HBplus Augsburg
	SWMP
Bellenberg	Steuerkanzlei Müller
Bernau am Chiemsee	SLBW
Biberach	Kaufmann & Kaufmann
	Schirmer Treuhand
Burgau	HBplus Burgau
Burgrieden	Steuerberatung Hiller
Dachau	KWP Krumpach Weihrather
Dingolfing	Steuerkanzlei Hölzl-Orwat
Dinkelscherben	HBplus Dinkelscherben
Donauwörth	HBplus Donauwörth
Erbach	Wild & Partner
Geretsried	JMS Partner
Germering	Kanzlei Hetsch
Gilching	Industriecommerz-Treuhand
Grasbrunn bei München	Wiester Steuerberatung
Haunsheim	Advotax Malisi-Liebrucks
Heidenheim	Heiko Brand
Holzkirchen	Anton Bauer
Ichenhausen	Yvonne Späth
Illertissen	HWS RID
Kempten	Ecovis BLB
	Tronsberg Wild
Kissing	Steuerkanzlei Schübl
Landshut	Andreas Köhl
	Kanzlei Kastl
Leutkirch	Grieser & Gutacker
Memmingen	Tronsberg Wild
Mittenwald	Dr. Schauer & Margraf
Moosburg a. d. Isar	Sebastian Maier
Mühldorf	Plininger & Partner
München	A.L.B. Leitl
	Acconsis
	Actio Revision und Treuhand
	Birkenmaier & Obser
	Dr. Heudorfer und Partner
	Dr. Schauer
	Euprax Perchtold & Partner
	FASP Finck & Partner
	GHM GmbH
	Isensee Steuerberater
	Nils Klaube
	KSW Legal
	Linn Goppold Treuhand
	Martin G. Pawlik
	Michael Witschel
	Ohland & Partner
	P&P
	Rifa-Treuhand
	RISE Partners
	SBS Süddt. Steuerberatung
	Kanzlei Schaetze
	Schimmel Steuerberater
	Koray Cetinkaya
	Steuerkanzlei Bauerfeind
	Treucontrol Treuhand
	von Schmidt-Pauli und Draschka
	Wirtschaftstreuhand
	WZK Partner Wehr-Barth Zankl
Murnau am Staffelsee	Dr. Schauer
Oberhaching	Margarete Jensch
Olching	Dr. Metschkoll
Pfullendorf	Burth Steuerberatung
Ravensburg	WMS Müssig Sauter
Rosenheim	Arenz Steuerberatung
	Karl Sollinger
Rottenburg	Gärtner und Sahm
Siegsdorf	Steuerkanzlei Karin Huber
Ulm	HWS Ulm
	SKS
	Waiblinger Partnerschaft
Unterhaching	Schneider u. Pflug
Vaterstetten	Ponikwar Steuerberatung
Wolfratshausen	Matthias Draschka
Postleitzahlengebiet: 9	
Abensberg	RNHS Abensberg
Ansbach	Gundermann & Partner
Bad Brückenau	Rausch, Zeiger & Partner
Coburg	Kanzlei Gerd Kenner
Deggendorf	MH Steuerberatung
Erfurt	Mika Strategie
	Angelika Hering
	Steuerkanzlei Meyer-Beck
	Steuerkanzlei Mika
Fürstenzell	Centura
Fürth	Steuerkanzlei Berger
Gotha	Bückle & Partner
Heustreu	Frank Hahn
Lauf a.d. Pegnitz	Röhrer & Partner
Marktheidenfeld	Kanzlei Wehr-Barth
Meiningen	Rechenfabrik
Mühlhausen	Jörg Stade
Neumarkt	Harrer Dr. Schwarz & Partner
	Münch & Münch
Niedermurach	Sabrina Völkl
Nürnberg	Stefan Warnick
	Krauss Tax Legal
	Klaus Düthorn
Regen	Pamela Baierl
Regensburg	Murr & Siedentop
	Sigratax
	v. Düsterlho, Rothammer & Partner
	WHG Werkmann Hien Gitschel
Schweinfurt	Kost und Partner
Vilshofen an der Donau	Steuerberatung Lerbs
Würzburg	WAS Steuerberatung

Fortsetzung auf Seite 34

HANDELSBLATT

1) Steuerberatung, 2) & Partner, 3) Steuerkanzlei Stahlecker • **Quelle:** SWI Finance

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Digitalisierung

Mehr Zeit für das Wesentliche

Vor allem größere Steuerkanzleien kommen bei der Digitalisierung gut voran. KI-Technologien können für mehr Effizienz sorgen – und sie helfen auch im Wettbewerb um junge Fachkräfte.

Jan Wittenbrink Köln

Es könnte ein richtungsweisender Schritt für die Branche sein. Ende 2023 stellten der Kölner Steuer-Fachverlag Otto Schmidt und der Softwareentwickler Taxy.io ein generatives KI-Sprachtool speziell für die Steuerberatung vor. Es soll in der Lage sein, schriftliche Abhandlungen und Zusammenfassungen zu steuerlichen Themen zu verfassen. Anders als frei zugängliche Tools wie ChatGPT, die bei komplexen, branchenspezifischen Fragen schnell an Grenzen stoßen, greift die Anwendung auf Fachwissen des Verlags zurück – und liefert direkt genaue Quellenangaben.

Fachlich falsche Antworten sollen dadurch möglichst ausgeschlossen und Steuerberater bei zeitaufwendigen Recherchen unterstützt werden. Die Beratung basiere „auf wissenschaftlich geprüfter Fachliteratur und modernster Technologie“, wirbt der Verlag. „Rechtssicherheit und Aktualität sind damit garantiert.“

Lösungen wie diese treiben den Einsatz von Künstlicher Intelligenz in Steuerkanzleien voran. Laut einer Umfrage zur Studie „Beste Steuerberater 2024“ von SWI Finance setzen drei Viertel der Kanzleien KI-Tools bereits ein. Allerdings ist KI-Einsatz offenbar noch vor allem eine Frage der Größe. In Kanzleien mit über 100 Beschäftigten beispielsweise lassen sich etwa 95 Prozent von KI unterstützen. In Büros mit weniger als fünf Mitarbeitern sind es hingegen etwa 64 Prozent.

Mancher Mandant bremst noch

„Die Kanzleien sind in Sachen Digitalisierung überwiegend gut bis sehr gut aufgestellt“, sagt Christoph Schmidt, Leiter des von ihm 2023 gegründeten Instituts für digitale Transformation im Steuerrecht an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen in Ludwigsburg. Die größeren Kanzleien hätten schlichtweg mehr Kapazitäten, sich neben dem Alltagsgeschäft mit digitalen Methoden zu beschäftigen und entsprechend Know-how aufzubauen. Auch die zu betreuende Branche spiele eine Rolle, sagt der Ludwigsburger Professor. „Einige Mandanten bestehen noch immer darauf, Ausdrucke auf Papier zu erhalten.“

Gerade im Vergleich zu den Finanzbehörden sei die Steuerberatung aber deutlich fortschrittlicher, was digitale Hilfsmittel angehe, sagt Schmidt. „In den Kanzleien können Neuerungen unkompliziert und ohne nennenswerte bürokratische Hemmnisse ausprobiert und in den Regelbetrieb überführt werden.“

Das Wälzen von Ordnern ist in den meisten Büros bereits Geschichte. Laut der SWI-Umfrage arbeiten etwa 80 Prozent der Kanzleien weitgehend papierlos – 2023 waren es noch 74 Prozent. Und fast 84 Prozent haben bereits eine digitale Schnittstelle mit ihren Mandanten etabliert.

Der Fachkräftemangel in der Branche verschärft den Druck, sich digital aufzustellen. Wie schon in den Vorjahren sahen die Kanzleien die Rekrutierung neuer Arbeitskräfte als größte Herausforderung an – 89 Prozent nannten diesen Punkt. „Es geht darum, sich für junge Talente interessant zu machen, die mit den neuesten Technologien arbeiten möchten“, sagt Schmidt.

Gleichzeitig könnten digitale Tools dazu beitragen, Prozesse zu optimieren, etwa dann, wenn ein Team einen Fall gemeinsam in einer digitalen Akte bearbeite. „Und wer weniger Zeit mit dem Ausdrucken und Sortieren von Belegen verbringt, kann sich stärker der eigentlichen Beratung widmen“, sagt Schmidt. KI biete große Potenziale für mehr Effizienz und weniger Arbeitsbelastung. In Zukunft könne diese etwa Steuererklärungen oder Einspruchsschreiben auf bestimmte Signalwörter durchsuchen und automatisch dem richtigen Bearbeiter zuordnen – und in einem nächsten Schritt sogar Entscheidungsvorschläge generieren, wie mit einem Fall umzugehen sei.

Das menschliche Urteilsvermögen bleibt dabei für Schmidt entscheidend. Schließlich gebe es im Steuerrecht selten eine absolute Wahrheit – oft müsse man zwischen verschiedenen Lösungsmöglichkeiten abwägen. Ähnliches ließ die Bundessteuerberaterkammer in einer Videoreihe verlauten. Es gehe nicht darum, dass die KI Menschen überflüssig mache, sagte Hartmut Schwab, Präsident der Steuerberaterkammer München. Die Kreativität menschlichen Denkens sowie der Faktencheck seien unersetzbar. Dennoch sei die Veränderung nützlich. „Es wird eine Verschiebung weg vom Fleißanteil der täglichen Arbeit hin zum Wissensanteil erfolgen.“ Kanzleien könne Technologieeinsatz dabei helfen, ihr eigentliches Potenzial besser auszuschöpfen.

Deutschlands beste Wirtschaftsprüfer 2024

115 ausgezeichnete Kanzleien von 831 Studienteilnehmern

Ort	Kanzlei
Postleitzahlengebiet: 1	
Berlin	BDP Bormann Demant & Partner
	DHPG Berlin
	Ecovis
	Kanzlei Metzenthin
	MeyPa Aud.IT
	W+P Wagemann Baumgardt + Partner
Potsdam	Brandenburgische Revision
	Dr. Knabe
Schwerin	Höftmann & Partner
Postleitzahlengebiet: 2	
Bremen	Ohse Meyer Goertz
Cuxhaven	TKP Tutas, Kruse & Partner
Hamburg	Egido
	Esche Schümann Commichau
	Höftmann & Partner
	LNW Langusch Niethammer Warnke
	Möhrle Happ Luther
	NBS Partners
	Treuhandgesellschaft Hönig
Oldenburg	Obic Revision
Oyten	EPG Wirtschaftsprüfung
Rotenburg (Wümme)	Behrens und Partner
Postleitzahlengebiet: 3	
Bielefeld	BPP Becker Patzelt Pollmann
	HLB Dr. Stückmann und Partner
Dillenburg	Dr. Schlappig + Partner
Garbsen	Agon Tax
Gütersloh	Navigator Gruppe
Hessisch Oldendorf	von Aulock Partnerschaft
Löhne	Zahlmann Klose Nolting
Postleitzahlengebiet: 4	
Bochum	Zeptrum Dr. Adamsen
Dorsten	Aleff & Partner
Düsseldorf	Bergers Partner
	Malenke und Partner
	Moore Rhein-Ruhr
	Quadrilog
Emsdetten	Stolze Dr. Diers Beermann
Essen	Märkische Revision
	RLT Ruhrmann Tieben & Partner
Ibbenbüren	Schwoon Kieslich
Langenfeld	Gerhold und Partner
Mönchengladbach	Backhaus + Partner
Neuss	KBHT Kalus + Hilger
Remscheid	Hübenthal & Partner
	Kaib, Galldiks und Partner
	Wirtschaftsprüfer Dorfmüller
Stadtlohn	Heisterborg
Vechta	Dr. Koops & Partner
Postleitzahlengebiet: 5	
Aachen	Dr. Neumann, Schmeer und Partner
	DRP Randerath & Partner
Altena	Becker + Partner
Andernach	Hilger, Neumann & Partner
Bad Kreuznach	Syré
Bonn	DHPG
	Rentrop & Partner
Gummersbach	DHPG
Iserlohn	Naust Hunecke und Partner
Koblenz	DDP Gruppe
Köln	DHPG
	HKS
	KHS Audit and Valuation
	Laufenberg Michels und Partner
	Morison Köln
	Sauerland Rybka und Partner
	Martin Bleckmann
Königswinter	Steuerhorizont
Leverkusen	KBHT Müller, Dreizehner & Kollegen
Trier	Rech Wagner & Co.
Witten	Steuerbüro Witten
Postleitzahlengebiet: 6	
Frankfurt am Main	LPA-GGV Grützmacher Gravert Viegener
	Prüfungs- und Treuhand GmbH
Heppenheim	HWS Reibold
Limburg	MNT Revision und Treuhand
Viernheim	Kempf Keller Meierhöfer
Postleitzahlengebiet: 7	
Ettlingen	HWS Oesterle & Trapp
Freiburg i.Br.	Dobler & Partner
Karlsruhe	Beratergruppe Leistungen
Karlsruhe	Reiling Partnerschaft
Lahr	BTG Badische Treuhand
	Himmelsbach & Streif
Landau in der Pfalz	HWS Integral Treuhand
Ludwigsburg	HWS Mörk
	JSK Jörg Schneider und Kollegen
Pforzheim	GKM Glück Kock Mäschke
Rechberghausen	Kanzlei Beutel
Reutlingen	BWS Böttger & Partner
	HWS Reutlingen
	RWT
Schramberg	Wittenberg Pfaff
Schwäbisch Gmünd	Kanzlei Zapp
Sindelfingen	KMZ Kullen Müller Zinser
Singen	Mayer Partnerschaft
Stuttgart	HWS
	Kanzlei Maier - Dr. Maier & Kotschner
	RWT
	Wirtschaftstreuhand
Villingen-Schwenningen	Lerner Lachenmaier & Partner
Postleitzahlengebiet: 8	
Augsburg	AWI Treuhand
	Conlata Geißelmaier & Partner
Biberach	Schirmer Treuhand
Geretsried	JMS Partner
Landshut	Kanzlei BBT
Leutkirch	Grieser & Gutacker
Moosburg a. d. Isar	Sebastian Maier
Mühldorf	Plininger & Partner
München	Acconsis
	Dr. Heudorfer und Partner
	GKM Glück Kock Mäschke
	H.R.S. Wirtschaftsprüfung
	Holger Kock
	Linn Goppold Treuhand
	RISE Partners
Oberstdorf	Kanzlei Seiter
Ulm	HWS Ulm
	Waiblinger Partnerschaft
Postleitzahlengebiet: 9	
Ansbach	Gundermann & Partner
Nürnberg	Stefan Warnick

HANDELSBLATT

WP = Wirtschaftsprüfer/in • **Quelle:** SWI Finance

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Whitefield-Gruppe

Der Albtraum-Investor

Unternehmenslenker Aydin Tasci will mit seiner Whitefield-Gruppe zu einem der größten Akteure in der Immobilienbranche aufsteigen. Für den Erfolg sind ihm offenbar viele Mittel recht.

dpa

Das Upper West (l.) in Berlin: Whitefield wurde 2020 gegründet und hat seinen Sitz in dem Hochhaus.

Vinzenz Neumaier, Volker Votsmeier
Düsseldorf

Der Aufzug ist defekt, Ratten huschen durch den Keller, der Eigentümer ist seit Wochen nicht erreichbar. Für Badegül Elmas und ihre Nachbarn ist das Leben als Mieterin der Omega AG im Mainzer Stadtteil Finthen eine Tortur. Elmas: „Wir leben im Dreck."

Vor acht Monaten gab es noch Hoffnung. „Hinter uns liegt eine aufregende Transaktion, und wir sind hocherfreut", sagte Tanaz Vakili von der Whitefield Investment am 25. Juli 2023. Das Unternehmen hatte gerade knapp 90 Prozent des Wohnungsunternehmens Omega übernommen. Wäre da nicht das Problem mit Aydin Tasci, dem zentralen Akteur bei Whitefield: Er ist ein verurteilter Straftäter.

Tasci ficht das nicht an. Der 54-Jährige ist der Kopf von Whitefield. Er will in der Branche nach ganz oben. Dazu kauft er reihenweise Immobilienfirmen auf. „Ich werde zu den Top-Unternehmen aufsteigen", sagte er dem Handelsblatt. In Nordrhein-Westfalen stehe er vor der Übernahme eines großen Portfolios für mehr als eine halbe Milliarde Euro, in Hamburg gebe es ein 200 Millionen Euro schweres Projekt. Bis 2025 will Tasci mit Whitefield 20.000 Wohnungen aufkaufen. Tasci meint: „Da, wo ich hinkomme, rette ich Arbeitsplätze und sorge dafür, dass es so wenig Kreditausfälle wie möglich gibt." Bisher allerdings konnte er seine Versprechen kaum einhalten.

Whitefield wurde 2020 gegründet und hat seinen Sitz im Upper-West-Hochhaus am Kurfürstendamm in Berlin. Die Muttergesellschaft Westfield Gayrimenkul Yatırımları ist im Istanbuler Stadtteil Beşiktaş registriert. Tasci besitzt einen türkischen Pass, sein Wohnsitz lag zeitweise in der irischen Hauptstadt Dublin. Ob er überhaupt in Deutschland gemeldet ist, will Tasci nicht preisgeben. Ihm nahestehende Personen berichten, dass er regelmäßig im hessischen Heuchelheim nahe Gießen anzutreffen sei.

Und obwohl Tasci nach Angaben von Insidern zentrale Entscheidungen der Gruppe treffe, taucht er auf Briefbögen und in Verträgen von Whitefield kaum auf. Das mag an einem Strafbefehl aus Leipzig liegen. Das dortige Amtsgericht sprach Tasci im Februar 2023 der Insolvenzverschleppung schuldig. Seine Strafe betrug ein Jahr auf Bewährung plus Geldauflage von 30.000 Euro. Bis 2025 muss Tasci dem Gericht jeden Wohnungs- und Aufenthaltswechsel melden.

Tasci sagt dazu, er wolle den rechtskräftigen Strafbefehl anfechten. Er habe erst durch das Handelsblatt erfahren, dass er damit als Krimineller gelte. „Ich danke Ihnen von Herzen, dass Sie mich über die Bedeutung eines Strafbefehls aufgeklärt haben", sagte Tasci. Deswegen werde er nun dagegen vorgehen, „koste es, was es wolle".

Auf Bewährung

Niemand der vom Handelsblatt befragten Akteure in der Immobilienbranche wusste von seiner Verurteilung. Tasci pflegt Kontakte zu zahlreichen Banken und Finanzierern wie Verius oder DLE Capital, war auch mit dem kürzlich verstorbenen, superreichen Unternehmer Claus Wisser im Geschäft. Ein Sprecher bestätigte: „Die Claus Wisser Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH & Co. KG war in Unternehmungen bzw. Projekten von Herrn Tasci investiert."

Bei der Omega AG hinterließ Tascis Unternehmen verbrannte Erde. Whitefield übernahm den Immobilienkonzern im Sommer 2023, im Januar 2024 war alles schon wieder vorbei. Die Gläubigerbank JT Banka aus Tschechien stellte wegen ausbleibender Zahlungen einen Insolvenzantrag. Seitdem hat Matthias Hofmann das Sagen. Als Insolvenzverwalter prüft er bei der Omega AG eine mögliche „Übertragung von Beteiligungen oder Immobilienbeständen auf Dritte". Gemeint ist damit die Whitefield-Gruppe. „Die Prüfung der Vorgänge dauert derzeit in weiten Teilen noch an. Auskunft bekomme ich von früheren Mitarbeitern der Omega AG, die inzwischen bei einer Whitefield-Tochter beschäftigt sind", sagt Hofmann. Auch in Essen misslang Tascis Plan. Im Oktober 2022 stieg die Whitefield-Gruppe als Mehrheitsgesellschafter bei der dortigen Harfid Holding ein.

Das Immobilienunternehmen war nach Missmanagement, steigenden Bau- und Finanzierungskosten in einer schweren Krise – dann meldete sich die Whitefield-Gruppe. Vorständin Eda Manav kündigte an: „Als langfristig orientierter Investor dient unsere Beteiligung dazu, unsere Aktivitäten als Projektentwickler und Asset-Manager auszubauen. Mit der Harfid Holding sind wir dafür bestens aufgestellt."

Die Whitefield Landbanking kaufte die Harfid Holding für 150.000 Euro. Zusätzlich vereinbarten beide Parteien, dass Whitefield dem strauchelnden Projektentwickler ein Darlehen von 1,5 Millionen Euro gewähren würde. Am 6. Oktober 2022 schrieb Tasci an den früheren Harfid-Eigentümer Harfid Hadrovic: „Es gibt kein Zurück mehr, die 1,5 Millionen werden fließen." Und weiter: „Wir werden die Baustellen innerhalb der nächsten 14 Tage zum Laufen bringen, innerhalb 21 Tagen haben wir alle Gläubiger verglichen, innerhalb von vier Wochen haben wir einen normalen Betriebsablauf."

Am 16. Februar 2023 versuchte Whitefield, den Kaufvertrag mit Harfid aufzulösen. Grund sei arglistige Täuschung. Whitefield-Vorständin Manav schrieb in einer E-Mail an Harfid Hadrovic: „Von der Dimension der bestehenden Verbindlichkeiten der Gesellschaft sowie der Tochtergesellschaften sind wir gänzlich überrollt worden."

Im Mai 2023 eröffnete das Amtsgericht das Insolvenzverfahren der Harfid Holding. Vor ihrem Rückzieher versuchte Whitefield aber offenbar, Harfid-Immobilien auf Gesellschaften aus dem Whitefield-Konzern zu übertragen. Dieser Vorwurf sei Quatsch, erklärt Whitefield. „Es wurden keine Immobilien übertragen."

Projektentwickler Hadrovic fühlt sich von Tasci und dessen Whitefield getäuscht: „Von dem versprochenen Geld floss nur ganz wenig. Die 1,5 Millionen Euro als Darlehen hat Whitefield nie ausgezahlt." Whitefield widerspricht. Der gescheiterte Deal verursachte einen Kollateralschaden. Mit dem Kaufvertrag übernahm Whitefield ein fast drei Millionen Euro schweres Sponsoring zwischen Harfid und Schalke 04. Laut Schalke ist bisher kein Euro geflossen. Der Klub klagt vor dem Landgericht Berlin. Whitefield bestreitet eine Zahlungsverpflichtung.

> Ich danke Ihnen von Herzen, dass Sie mich über die Bedeutung eines Strafbefehls aufgeklärt haben.
>
> **Aydin Tasci**
> Zentraler Akteur bei Whitefield

Auch andere Geschäftspartner warten auf Geld von der Whitefield-Gruppe, etwa ein Ex-Manager einer Tochterfirma. Ein Finanzierungsvermittler verklagt Whitefield vor dem Landgericht Berlin auf 535.500 Euro. Selbst von Whitefield beauftragte Juristen beklagen eine mangelnde Zahlungsmoral. Die Leistungen der „sogenannten Supermanager oder Staranwälte" stünden in keinem Verhältnis zu den geforderten Provisionen oder Honoraren, sagt dazu Whitefield. In Leipzig verursachte Tascis Geschäftsgebaren sogar eine Insolvenz und löste strafrechtliche Ermittlungen aus. Im Zentrum: die Firma AyCo hyp Capital, die Tasci von 2017 bis 2020 führte. Unternehmenszweck waren der Kauf und die Aufwertung von Immobilien.

Laut Strafbefehl war die AyCo hyp ab Oktober 2019 „nicht mehr in der Lage, die wesentlichen fälligen Verbindlichkeiten auszugleichen". Tasci hätte als Geschäftsführer Insolvenz anmelden müssen, tat es aber nicht. Stattdessen änderte die AyCo hyp ihren Namen und ihren Geschäftsführer. Sie zog auch um.

Das änderte zwar nichts an der Finanzlage der Firma, erschwerte es Gläubigern aber, ihre Rechnungen einzutreiben. Einen Gläubigerantrag auf Insolvenz gab es erst zwei Jahre später. Unter anderem die Maklerfirma Savills blieb auf mehr als 200.000 Euro offenen Forderungen sitzen.

Insolvenzverwalter Rüdiger Bauch von der Kanzlei Schultze & Braun versucht nun, in den Überresten von Tascis Firmengeflecht Geld zusammenzukratzen. „Die Verfahren werden vermutlich noch einige Zeit dauern", sagt er. Tasci ist weitergezogen zum nächsten Projekt. In Thüringen wickelte Whitefield mit der VR-Bank Bad Salzungen Schmalkalden Geschäfte ab. Die wegen der Anstellung des früheren Fußballnationalspielers Stefan Effenberg bekannt gewordene Bank steht wegen riesiger Verluste zurzeit unter der Kuratel der Bafin. Die Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) attestiert dem Institut einen Sanierungsbedarf von mehr als 220 Millionen Euro. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Ex-Bankchef Stefan Siebert.

„Tote Ratten auf dem Balkon"

Laut BVR sind Geschäfte mit Tasci auch ein Grund für die Misere. „Der Whitefield Capital wurde ein Darlehen in Höhe von 34 Millionen Euro gewährt. Das Gesamtengagement beläuft sich auf 37,1 Millionen Euro", heißt es in einem vertraulichen BVR-Papier. Einen Teil des Darlehens nutzte Whitefield, um den Ankauf von 25 ehemaligen Commerzbank-Filialen zu finanzieren. Vier dieser Immobilien hat die VR-Bank übernommen. Der BVR sieht „erhebliche Zweifel an der Werthaltigkeit der erworbenen Objekte". Von möglicher Geldwäsche ist die Rede. Whitefield widerspricht der Sichtweise des BVR. Der Deal sei ein „zu 100 Prozent sauberes Kreditgeschäft" gewesen. Mit einem anderen Teil des Darlehens löste Whitefield Forderungen der Bank gegenüber einer Briefkastenfirma in Zypern und einer Abfüllanlage in Griechenland ab. Die etwa 18 Millionen Euro waren dafür vorgesehen, Wasser aus einer Quelle der griechischen Mönchsrepublik Athos zu fördern und zu vermarkten. Das ging schief. Heute gilt der Kredit als notleidend. Whitefield sieht sich von der VR-Bank getäuscht und will sich das Geld zurückholen.

Mieter wie Badegül Elmas in Mainz beschäftigen wichtigere Probleme. Die Nagerplage in ihrem Haus beispielsweise. Elmas: „Mein Nachbar hatte tote Ratten auf dem Balkon."

Investmentstrategien

Greenpeace kritisiert Fondsanbieter

Der Vorwurf: Erhebliche Summen werden in Kohle-, Öl- und Gasunternehmen investiert.

Anke Rezmer Frankfurt

Bei den vier großen Fondsanbietern in Deutschland besteht zwischen ihren Bekenntnissen zum Klimaschutz und ihrer tatsächlichen Anlagestrategie eine beträchtliche Diskrepanz. Trotz verbindlicher Versprechen zum Klimaschutz investieren alle erhebliche Summen in fossile Unternehmen, deren Geschäftspraktiken nicht mit den Anforderungen des Pariser Klimaabkommens vereinbar sind, wie die Umweltorganisation Greenpeace feststellt. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen Investments in Kohleunternehmen ohne schnelle Ausstiegspläne sowie in Öl- und Gasunternehmen, die weiterhin den Ausbau ihres fossilen Geschäfts planen.

Demnach hat die mit Greenwashing-Vorwürfen konfrontierte Deutsche-Bank-Tochter DWS mit 16,8 Milliarden US-Dollar rund viermal so viel Kapital in klimakritische Unternehmen investiert wie ihre großen Konkurrenten Allianz Global Investment (AGI), Deka und Union Investment. Dabei managt die DWS, die unter dem Verdacht steht, sich in ihren Anlagestrategien nachhaltiger ausgegeben zu haben, als sie tatsächlich ist, mit 896 Milliarden Euro gerade mal rund doppelt so viel Kundenvermögen wie jeder der Konkurrenten. Greenpeace hat hier Anlagen in sogenannten Publikumsfonds ausgewertet, die vor allem für private Anleger aufgelegt werden und für die im Gegensatz zu Produkten für Großinvestoren Informationen veröffentlicht werden.

dpa

Öltanker: Kapital fließt in fossile Unternehmen.

Die Deka und Union Investment haben Greenpeace zufolge solche „dreckigen" Investments im Jahr 2023 sogar erhöht auf demnach gut fünf Milliarden Dollar und knapp sechs Milliarden Dollar. Die DWS und die Deka haben einen hohen Anteil ihres Kapitals in besonders klimaschädliche Kohlefirmen angelegt, die nach einer Analyse der Nichtregierungsorganisation Urgewald keine Pläne zum schnellen Ausstieg aus ihrer klimaschädlichen Geschäftspraxis vorweisen. Die DWS und AGI haben indes 2023 in den untersuchten Fonds ihre nicht nachhaltige Anlagen verringert. AGI hält darin demnach noch rund vier Milliarden Dollar Kapital.

Greenpeace fordert die vier Fondsgesellschaften daher auf, sicherzustellen, dass ihre vorhandenen Anlagerichtlinien wirksam sind. Außerdem fehle bei den Fondsanbietern eine wirkungsvolle Öl- und Gasrichtlinie, um auch in diese Sektoren in Einklang mit Klimaschutzzielen zu investieren.

Mauricio Vargas von Greenpeace erkennt bei den Fondshäusern eine „Wasch mich, aber mach mich nicht nass"-Mentalität: Für eine wirksame Nachhaltigkeitsstrategie fehlten etwa rote Linien, die Firmen, in die Fondsmanager investierten, nicht überschreiten dürften, sagt der Finanzexperte gegenüber dem Handelsblatt. Die Fondsanbieter müssten einen Plan offenlegen, wie sie mit Unternehmen verfahren, die sich dem Klimaschutz in den Weg stellten, fordert er.

Die DWS sagte auf Anfrage, sie könne die Zahlen von Greenpeace nicht nachvollziehen. Die anderen Anbieter äußern sich nicht zu den konkreten Daten. Die Fondsanbieter betonen, dass sie bei den Firmen in ihren Portfolios entsprechend ihren Anlagerichtlinien auf einen schrittweisen Ausstieg aus der Kohle hinwirkten. Bei Portfolios für Großanleger sei der Einfluss aber begrenzt. Union Investment arbeitet nach eigener Angabe an einer Richtlinie für Öl- und Gasfirmen.

Bankensystem

Neue Regeln für Europas Banken

Die EZB zieht nach und nach behutsam Liquidität aus dem Bankensystem und wappnet sich.

Stefan Reccius Frankfurt

Europas Banken müssen sich auf neue Regeln einstellen, wenn sie mithilfe der Europäischen Zentralbank (EZB) „flüssig" bleiben wollen. Die Notenbank richtet ihre Kriterien für solche Liquiditätsgeschäfte neu aus. Dafür passt der EZB-Rat wichtige Zinssätze an. Zudem wird die EZB Banken auch künftig Anleihen abkaufen.

Dies sind wesentliche Beschlüsse zum strategischen Rahmenwerk der EZB. Entscheidungen dazu hat der Rat der Notenbank am Mittwoch getroffen. Im Kern geht es darum, Banken weiterhin mit ausreichend Liquidität zu versorgen. So will die EZB verhindern, dass es zu einer Schieflage des Bankensystems kommt. Anlass ist die Abkehr von der einst sehr lockeren Geldpolitik. Über rund ein Jahrzehnt flutete die EZB das Finanzsystem mit billigem Geld, weil die Inflation chronisch niedrig war. Dadurch kamen Banken quasi unbegrenzt und zum Nulltarif an Zentralbankgeld – bis vor zwei Jahren die Zinswende kam.

Die Folgen zeigen sich in vielen Teilen der Wirtschaft. So sind die Immobilienpreise jahrelang stark gestiegen, weil Banken Kredite zu extrem günstigen Konditionen vergaben. Auch im Bankensystem hat die lockere Geldpolitik tiefe Spuren hinterlassen: Die Geldinstitute verfügen über immense Summen, die sie nicht für die Kreditvergabe oder andere Zwecke benötigen.

Diese sogenannte Überschussliquidität parken sie großteils bei den Notenbanken. Nach Angaben der Bundesbank sind das zurzeit ungefähr 3,5 Billionen Euro. Dies entspricht annähernd der jährlichen Wirtschaftsleistung Deutschlands.

Die Summe wird in den kommenden Jahren kleiner werden. Denn die EZB zieht nach und nach Liquidität aus dem Bankensystem ab. Ab einem gewissen Punkt dürfte das bei Banken zu Entzugserscheinungen führen. Einzelne Institute, so die Befürchtung, könnten in Liquiditätsnöte geraten. Dafür will sich die EZB mit ihrem neuen Rahmenwerk wappnen. Es sieht vor, die Leitzinssätze enger aneinanderzukoppeln.

Bloomberg

EZB-Chefin Christine Lagarde: Das Rahmenwerk der EZB wurde angepasst.

Am 18. September wird sie den Hauptrefinanzierungssatz um 0,35 Prozentpunkte senken. Das Ziel: Der Abstand zum Einlagensatz soll sich verringern von derzeit einem halben Prozentpunkt auf dann nur noch 0,15 Prozentpunkte. Der Hauptrefinanzierungssatz bestimmt, zu welchen Kosten Banken sich Liquidität bei der EZB besorgen können. Er beträgt derzeit 4,5 Prozent. Der Einlagensatz gibt an, wie hoch die Einlagen der Banken bei den Notenbanken verzinst sind. Das sind aktuell vier Prozent. Aufgrund der hohen Überschussliquidität streichen Banken hohe Zinserträge ein, was für Kritik sorgt.

Konkret bedeutet die Änderung: Banken können sich auch künftig über die EZB mit Liquidität eindecken. Aber sie werden dafür einen kleinen Aufschlag zahlen. Denn für die Marktzinsen soll weiterhin der etwas niedrigere Einlagensatz maßgeblich sein. Außerdem können Banken sich über die EZB refinanzieren, indem sie Anleihen an die Notenbank verkaufen. Dafür wird die EZB ein neues Portfolio einrichten.

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

M&A-Deals: Softwareunternehmen sind die begehrtesten Übernahmeziele.

Moment/Getty Images

M&A

Ausländische Investoren sind äußerst zurückhaltend

Die Zahl der Deals schrumpfte 2023 um ein Viertel. Auch deutsche Tech-Start-ups sind nicht mehr sehr gefragt. Doch die Krise hat auch ihre Vorteile.

Hannah Krolle Düsseldorf

Internationale Investoren übernehmen immer seltener deutsche Technologie-Start-ups. Nach dem Rekordjahr 2022 ist die Zahl der Unternehmensübernahmen im vergangenen Jahr um 25 Prozent auf 152 Transaktionen geschrumpft. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung der Beratungsgesellschaft EY, die dem Handelsblatt exklusiv vorliegt.

Betrachtet wurde dabei neben den Übernahmen, den so genannten M&A-Deals, die Menge an Wachstumskapital, das den Jungfirmen zur Verfügung gestellt wird. Auch hier halten sich Investoren zunehmend zurück.

Hohe Zinsen, geopolitische Risiken, Unsicherheit am Markt

Thomas Prüver, Partner bei EY, kommentiert diese Entwicklung: „Das Jahr 2023 war ein Krisenjahr für viele Start-ups. Innerhalb von zwei Jahren sank das Finanzierungsvolumen um fast zwei Drittel.“ Im laufenden Jahr dürfte sich die Flaute weiter verschärfen. „Die Talsohle haben wir noch nicht erreicht. 2024 werden wir noch weitere Probleme auf dem Start-up-Markt sehen“, sagt Prüver. Der Rückgang sei vor allem durch hohe Zinsen, geopolitische Krisen und eine allgemeine Unsicherheit im Markt bedingt.

> Firmen, die jetzt noch Geld erhalten, sind solche, die neue Energiequellen bereitstellen, etwa Solar- und Wasserstoffunternehmen.
>
> **Thomas Prüver,** Partner bei EY

Die Krise hat auch positive Nebeneffekte

Vor zwei Jahren, in einem Umfeld von Minuszinsen, mussten Investoren ihr Geld möglichst schnell loswerden, sagt Prüver. „Aus Angst, etwas zu verpassen („Fomo“, kurz für „Fear of missing out“), haben sie sich bei den Start-ups beworben, nicht umgekehrt.“ Heute gebe es wieder mehr Anlagealternativen. Deshalb fokussierten sich die Investoren auf weniger Industriebereiche, so der Experte.

Für Jungunternehmen habe dieser Rückgang erhebliche Folgen: „Liquiditätsprobleme führten dazu, dass geplante Wachstumsstrategien eingedampft wurden und stattdessen intensiv an der Steigerung der Profitabilität gearbeitet werden musste“, sagt Prüver. „In der alten Welt war das größte Ziel der Jungfirmen: ‚Wachstum, Wachstum, Wachstum‘. Das funktioniert nicht mehr.“ Wagniskapitalgeber forderten ein solides Geschäftsmodell. Start-ups müssten ihre Kultur wandeln, sagt Prüver – „hin zu normalem Unternehmertum“.

Doch die Krise habe auch positive Effekte: „Der neue Fokus auf Profitabilität führt zu einer Professionalisierung innerhalb des Start-up-Ökosystems, die mittelfristig auch positive Folgen haben wird“, erwartet Prüver. „Jungunternehmen, die die derzeitige Krise überstehen, haben eine wichtige Bewährungsprobe bestanden und werden zukünftig auch als Übernahmekandidaten interessant.“

Nordamerikanische Investoren sind aktuell zurückhaltend

Besonders stark schrumpfte das Engagement nordamerikanischer Investoren in Deutschland: Die Zahl der Übernahmen durch US- oder kanadische Unternehmen sank um 45 Prozent auf 29. Prüver begründet die Zurückhaltung in den USA auch mit dem Inflation Reduction Act. Investoren, die früher viel Geld in deutsche Energie-Start-ups gesteckt haben, fokussierten sich nun aufgrund der lokalen Regulierung auf ihr eigenes Land, so der Experte.

Deutsche Investoren traten dagegen häufiger als Käufer auf: So stieg die Zahl der Übernahmen durch heimische Unternehmen von 65 auf 69. Sie nutzten die Chance, mithilfe ihrer lokalen Marktkenntnis zu derzeit niedrigeren Bewertungen sogenannte Tech-und-Team-Deals abzuschließen, sagt Prüver. Gemeint ist damit: Dabei stehe die Akquisition des Teams und die von ihm entwickelte Technologie im Vordergrund, weniger das Unternehmen als solches. Innerhalb Deutschlands sind Investoren aus Berlin mit 20 Übernahmen besonders aktiv, gefolgt von Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg (jeweils acht) sowie dem Großraum München (sieben).

Weniger E-Commerce, mehr Cleantech und KI

Von mangelnden Investitionen betroffen sind vor allem Start-ups, die Produkte an private Endkunden verkaufen, etwa Onlinehändler, Lebensmittellieferdienste und Plattformanbieter.

Im Vergleich zu 2022 sank die Zahl der Deals im Bereich des Onlinehandels von 30 auf 13. „E-Commerce-Start-ups haben derzeit besonders zu kämpfen. Sie leiden unter der schwachen Konjunkturentwicklung und der Kaufzurückhaltung der Konsumenten, aber auch darunter, dass von der positiven Entwicklung während des Corona-Booms inzwischen nicht mehr viel zu spüren ist“, beobachtet Prüver. Die Zahl der Übernahmen von Fintechs und Start-ups im Gesundheitssektor sank hingegen nur leicht.

Wie schon im Vorjahr waren Software-Unternehmen die begehrtesten Übernahmeziele: In diesem Segment schrumpfte die Zahl der Übernahmen allerdings auch deutlich: von 66 auf 50.

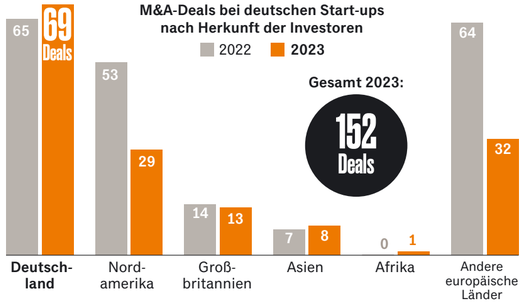
Darüber hinaus sieht Prüver einen Fokus von Investoren auf die Sektoren Künstliche Intelligenz (KI) und Cleantech – die fünf größten Finanzierungen gingen an Start-ups aus diesen Bereichen. „Firmen, die jetzt noch Geld erhalten, sind solche, die neue Energiequellen bereitstellen, etwa Solar- und Wasserstoffunternehmen.“ Auch im KI-Sektor werde viel Geld investiert, sagt er, weist aber darauf hin, dass dieser Bereich keine eigene Industrie darstelle. „Denn KI steckt in allen Softwareanwendungen.“

Die Zahl der Neugründungen geht zurück

Auch die Zahl der neuen Start-ups hat 2023 abgenommen. Im vergangenen Jahr wurden 2489 Unternehmen neu gegründet, fünf Prozent weniger als im Vorjahr, teilten der Bundesverband Deutsche Start-ups und der Datendienst Startupdetector Mitte Januar mit. Gegenüber 2021 war das sogar ein Minus von mehr als einem Fünftel. „In einer Welt, in der es schwieriger ist, an Finanzierungen zu kommen, nimmt auch die Motivation, ein eigenes Unternehmen zu gründen, ab“, sagt Prüver.

Deutsche Investoren gewinnen an Bedeutung

M&A-Deals bei deutschen Start-ups nach Herkunft der Investoren

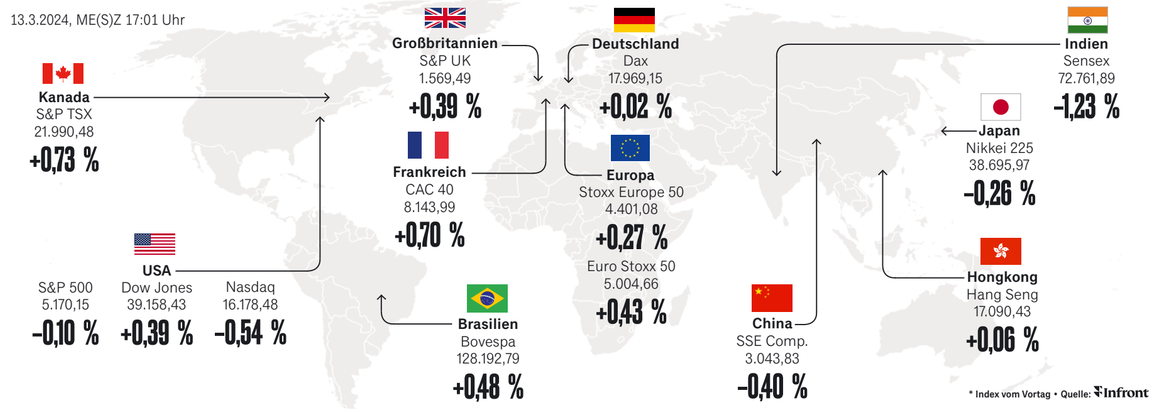


HANDELSBLATT Quelle: EY

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

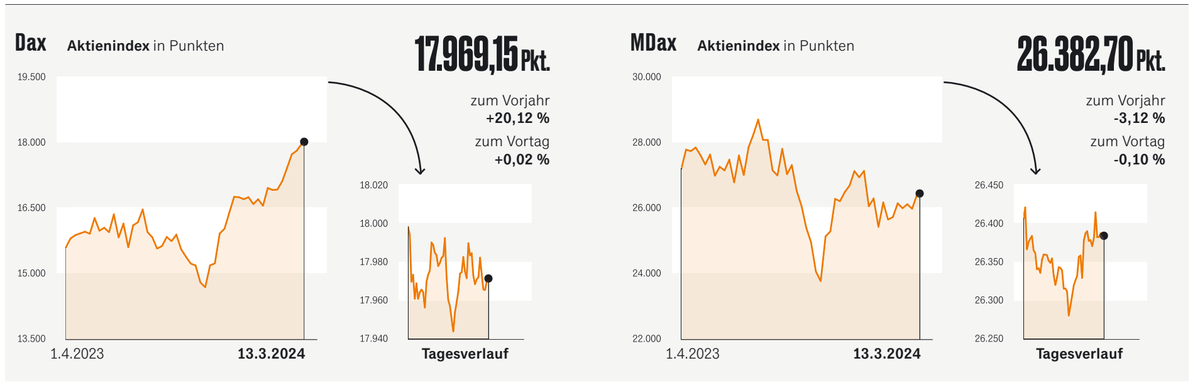
Leitbörsen im Überblick

13.3.2024, ME(S)Z 17:01 Uhr



* Index vom Vortag • Quelle: Infront

Deutsche Indizes



Dax (auch im 1) Euro Stoxx 50, 2) Stoxx 50, 3) TecDax) 17969,15 | +0,02 % | 52-Wochen-Hoch 18.001,42 | 52-Wochen-Tief 14.458,39

TOPS des Jahres		52-Wochen-Hoch	
Rheinmetall	+70,28	441,10	am 6.3.2024
SAP	+63,64	178,48	am 7.3.2024
Heidelberg Materials	+50,72	92,60	am 13.3.2024
Daimler Truck	+48,61	45,19	am 13.3.2024
Hann. Rück NA	+42,99	243,20	am 8.3.2024
Münch. Rück vNA	+40,36	442,30	am 13.3.2024
Adidas NA	+36,94	200,70	am 13.3.2024

Dividendenrendite		Jahresdiv.	Ex-Tag
BMW St	7,8 %	8,50 €	12.05.23
Volkswagen Vz.	7,6 %	8,76 €	11.05.23
Mercedes-Benz	7,2 %	5,20 €	04.05.23
BASF NA	6,9 %	3,40 €	28.04.23
Porsche VA	5,4 %	2,56 €	03.07.23
Allianz vNA	5,2 %	13,80 €	05.05.23
Deutsche Post NA	4,8 %	1,85 €	05.05.23

KGV		Ergebnis
Porsche VA	2,8	16,70
Volkswagen Vz.	3,9	29,72
Bayer NA	4,9	5,38
Commerzbank	5,9	1,96
Mercedes-Benz	6,1	11,84
Deutsche Bank NA	6,3	2,15
BMW St	6,6	16,40

13.3.2024 / 17:01 h	Tages-Hoch	Tages-Tief	Tages-Verlauf	± % Vortag	± % 1 Jahr	52 Wochen Hoch	52 Wochen Tief	Umsatz Stück	Letzte Div.	HV Termin	Div. Rend.	Div.s 2024	Ergebnis 2024	Ergebnis 2025	KGV 2024	KGV 2025	MK in Mrd	Streu. in %
Adidas NA 1)	200,70	184,94	199,82	+3,67	+36,94	200,70	137,54	989.870	0,70	16.05.24	0,4	1,28	2,87	6,75	69,62	29,60	36,0	86
Airbus 1) 2)	159,84	157,76	159,34	+0,78	+34,92	159,84	114,08	122.936	1,80	10.04.24	1,1	2,40	6,58	8,18	24,22	19,48	126,0	78
Allianz vNA 1) 2)	266,35	263,40	265,70	+0,7	+26,01	266,35	192,48	493.476	13,80	08.05.24	5,2	14,41	24,65	26,49	10,78	10,03	104,1	93
BASF NA 1) 2)	49,82	49,25	49,60	+0,19	+8,52	50,92	40,25	808.275	3,40	25.04.24	6,9	3,40	3,47	4,33	14,29	11,45	44,3	95
Bayer NA 1)	26,59	26,08	26,43	-0,23	-52,85	61,91	24,96	2.089.786	0,11	26.04.24	0,4	0,11	5,38	5,85	4,91	4,52	26,0	94
Beiersdorf	136,95	135,55	136,50	+0,55	+22,97	143,90	112,05	86.796	1,00	18.04.24	0,7	1,00	4,39	4,87	31,09	28,03	34,4	49
BMW St. 1)	110,36	108,76	108,82	-0,87	+14,98	113,46	86,80	364.925	8,50	15.05.24	7,8	5,55	16,40	16,68	6,64	6,52	63,1	51
Brenntag NA	79,82	78,24	78,70	-0,73	+16,59	87,12	65,02	113.879	2,00	23.05.24	2,5	2,15	5,54	6,03	14,21	13,05	11,6	79
Commerzbank	11,81	11,45	11,64	+1,22	+16,87	11,94	8,31	7.004.171	0,20	30.04.24	1,7	0,54	1,96	2,28	5,94	5,11	14,4	76
Continental	67,72	66,88	67,64	+0,09	-5	78,40	58,20	191.706	2,20	26.04.24	3,3	2,52	8,97	11,20	7,54	6,04	13,5	54
Covestro	49,22	48,10	48,44	-1,58	+32,28	54,70	35,52	248.689	k.A.	17.04.24	k.A.	0,67	1,04	2,68	46,58	18,07	9,2	95
Daimler Truck	45,19	44,57	44,71	-0,67	+48,61	45,19	27,57	425.284	1,30	15.05.24	2,9	1,90	4,53	5,11	9,87	8,75	36,8	65
Deutsche Bank NA	13,75	13,53	13,63	+0,13	+34,35	13,75	7,95	6.569.026	0,30	16.05.24	2,2	0,68	2,15	2,56	6,34	5,33	27,2	94
Deutsche Börse NA 1)	191,40	186,35	186,50	-2,15	+12,55	194,55	152,60	168.430	3,60	14.05.24	1,9	4,00	10,12	10,64	18,43	17,53	35,4	93
Deutsche Post NA 1) 2)	39,00	38,53	38,87	-0,21	-3,7	47,05	36,04	1.179.236	1,85	03.05.24	4,8	1,85	3,21	3,66	12,11	10,62	48,2	83
Deutsche Telekom NA 1) 2) 3)	21,74	21,55	21,62	-0,37	+1,17	23,40	18,50	4.226.205	0,77	10.04.24	3,6	0,85	1,77	1,98	12,21	10,92	107,8	70
E.ON NA	12,63	12,37	12,43	+5,29	+22,16	12,80	10,43	8.419.963	0,51	16.05.24	4,1	0,55	1,02	0,97	12,19	12,81	32,8	77
Fresenius	25,67	25,12	25,61	+0,43	+7,47	31,22	23,29	573.501	0,92	17.05.24	3,6	0,93	2,96	3,44	8,65	7,44	11,7	73
Hannover Rück SE NA	242,90	240,30	240,30	-0,62	+42,99	243,20	158,55	30.330	6,00	06.05.24	2,5	7,40	17,81	19,29	13,49	12,46	29,0	50
Heidelberg Materials	92,60	91,22	92,48	+0,81	+50,72	92,60	58,48	165.101	2,60	16.05.24	2,8	3,10	11,09	12,10	8,34	7,64	16,8	61
Henkel Vz.	75,76	74,82	75,68	+0,64	+14,39	78,84	65,02	251.515	1,85	22.04.24	2,4	1,90	4,71	5,14	16,07	14,72	13,5	100
Infineon NA 1) 3)	35,42	34,78	34,87	-0,04	+2,29	40,27	27,07	2.374.167	0,35	23.02.24	1,0	0,35	2,10	2,62	16,60	13,31	45,5	93
Mercedes-Benz Group 1) 2)	73,13	72,24	72,61	-0,97	+1,3	76,10	55,08	1.631.682	5,20	08.05.24	7,2	5,04	11,84	12,14	6,13	5,98	77,7	70
Merck	161,65	159,05	160,50	-0,47	-5,5	176,75	134,30	79.625	2,20	26.04.24	1,4	2,25	8,61	9,84	18,64	16,31	20,7	93
MTU Aero Engines NA	223,90	217,70	222,20	+0,91	+1,28	245,10	158,20	79.263	2,00	08.05.24	0,9	4,50	12,34	13,90	18,01	15,99	12,0	90
Münchener Rück vNA 1) 2)	442,30	437,70	439,90	-0,02	+40,36	442,30	292,40	89.876	11,60	25.04.24	2,6	15,90	38,67	42,23	11,38	10,42	60,0	93
Porsche AG Vz.	90,12	85,60	86,26	-3,94	-20,79	120,80	72,12	843.057	1,01	07.06.24	1,2	2,50	5,54	6,19	15,57	13,94	39,3	25
Porsche Vz.	49,12	47,25	47,56	-2,58	-14,15	58,86	41,65	818.034	2,56	11.06.24	5,4	2,56	16,70	18,50	2,85	2,57	7,3	100
Qiagen 3)	41,12	40,56	40,64	-1,01	-9,03	45,42	33,75	137.256	$1,32	22.06.23	k.A.	0,00	2,11	2,30	19,26	17,67	9,0	100
Rheinmetall	423,20	411,90	419,40	+0,26	+70,28	441,10	226,50	200.850	4,30	14.05.24	1,0	7,42	20,21	25,85	20,75	16,22	18,3	95
RWE St.	32,26	31,40	31,73	+0,79	-17,71	43,03	30,21	1.865.217	0,90	03.05.24	2,8	1,10	2,83	2,33	11,21	13,62	21,5	91
SAP 1) 2) 3)	176,88	174,84	175,46	-0,87	+63,64	178,48	108,50	726.338	2,05	15.05.24	1,2	2,20	4,93	6,24	35,59	28,12	215,6	89
Sartorius Vz. 3)	362,10	357,50	360,70	+0,08	-10,67	411,40	215,30	21.861	0,74	28.03.24	0,2	0,93	5,41	6,96	66,67	51,82	13,5	74
Siemens Energy	14,26	13,86	13,94	-1,76	-27,17	24,81	6,40	1.647.062	k.A.	26.02.24	k.A.	0,00	0,06	0,75	232	18,59	11,1	68
Siemens Healthineers 3)	57,28	55,96	55,98	-2,06	+14,38	58,14	44,39	373.870	0,95	18.04.24	1,7	1,02	2,19	2,62	25,56	21,37	63,1	25
Siemens NA 1) 2)	184,34	182,08	184,10	+0,74	+30,6	184,84	119,48	465.418	4,70	08.02.24	2,6	4,95	10,72	11,68	17,17	15,76	147,3	87
Symrise Inh.	106,45	105,30	106,40	-0,05	+13,75	110,35	87,38	241.954	1,10	15.05.24	1,0	1,16	3,35	3,85	31,76	27,64	14,9	84
Volkswagen Vz. 1)	121,62	114,46	114,70	-5,11	-12,08	133,42	97,83	2.105.527	8,76	29.05.24	7,6	9,26	29,72	33,26	3,86	3,45	23,7	100
Vonovia NA	27,55	27,04	27,23	-0,26	+34,87	29,30	15,27	782.460	0,85	08.05.24	3,1	0,99	2,00	2,02	13,62	13,48	22,2	85
Zalando	22,75	20,94	22,67	+18,38	-36	39,22	15,95	5.584.092	k.A.	17.05.24	k.A.	0,00	0,78	1,13	29,06	20,06	6,0	68

Tops Dax

Zalando	+18,38
E.ON NA	+5,29
Adidas NA	+3,67

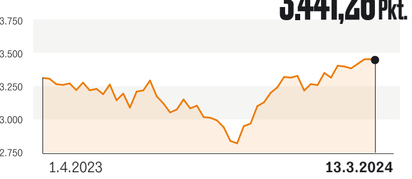
Flops Dax

VW Vz.	-5,11
Porsche AG Vz.	-3,94
Porsche Vz.	-2,58

MDax

Aurubis	+3,32
Lanxess	+2,73
Aroundtown	+1,41
Redcare Ph.	-2,93
SMA Solar	-2,45
Jenoptik	-2,06

TecDax Aktienindex in Punkten **3.441,26 Pkt.**



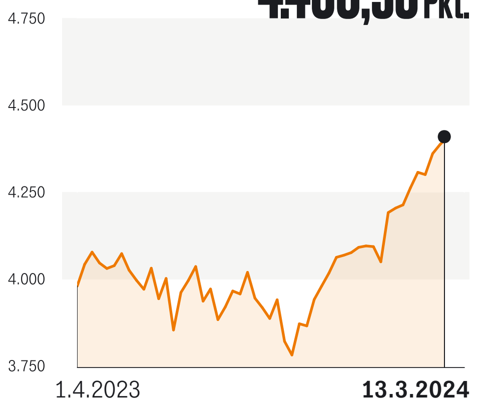
SDax Aktienindex in Punkten **14.017,72 Pkt.**

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Europäische Indizes

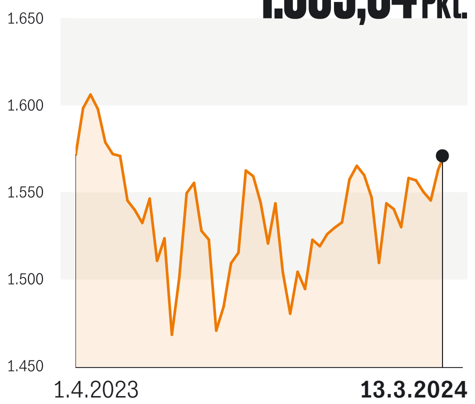
Stoxx Europe 50
Aktienindex Europa in Punkten

4.400,93 Pkt.



S&P Großbritannien
Aktienindex Großbritannien in Punkten

1.569,04 Pkt.

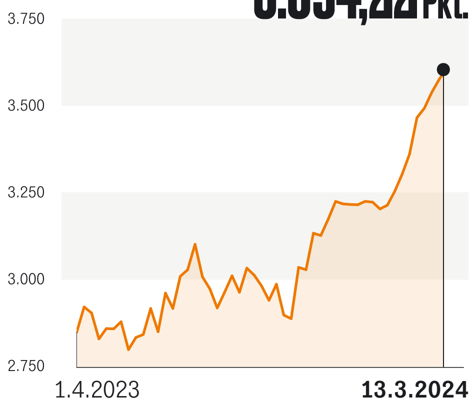


CAC 40
Aktienindex Frankreich in Punkten

8.145,52 Pkt.

Dow Jones Italy Titans 30
Aktienindex Italien in Punkten

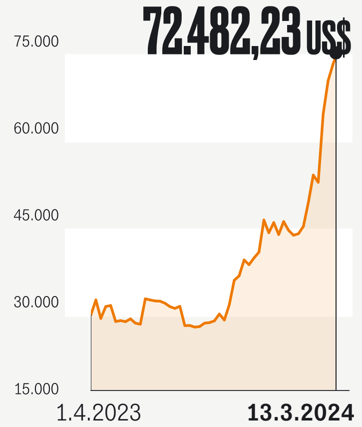
3.594,22 Pkt.



Währungen

Bitcoin
Kurs in US-Dollar

72.482,23 US$

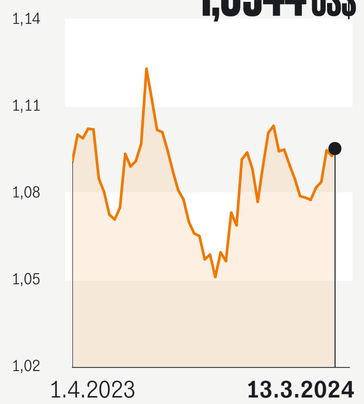


Ethereum
Kurs in US-Dollar

3.960,09 US$

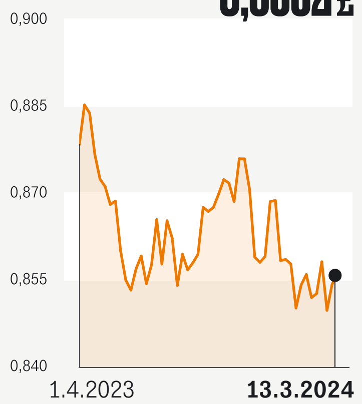
Euro/US-Dollar
Wechselkurs in US-Dollar je Euro

1,0944 US$



Euro/Britisches Pfund
Wechselkurs in brit. Pfund je Euro

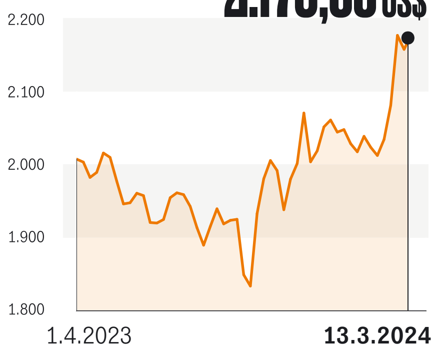
0,8552 £



Rohstoffe

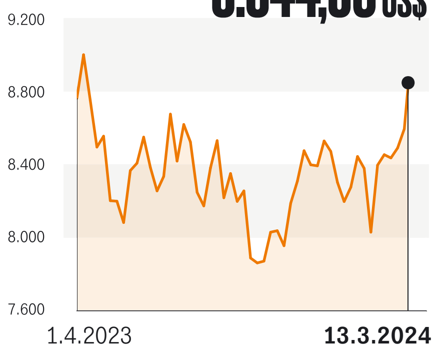
Gold
Preis in US-Dollar je Feinunze

2.170,85 US$



Kupfer
Preis in US-Dollar je Tonne

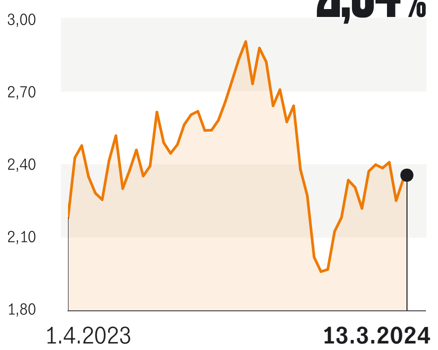
8.844,50 US$



Staatsanleihen

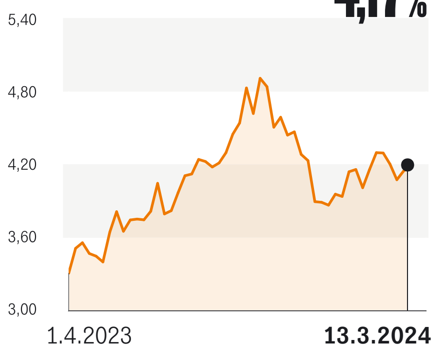
Bundesanleihe
Laufzeit 10 Jahre
Rendite in Prozent

2,34 %

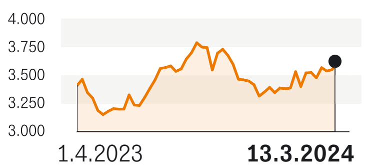


US-Staatsanleihe
Laufzeit 10 Jahre
Rendite in Prozent

4,17 %



GSCI
3 595,14 | +1,22 %
52-W.-Hoch 3 826,33 | Tief 3 057,83



TOP-FLOP DER ROHSTOFFTITEL

13.3.2024	Kurs	± % Vortag
Kupfer ($/lb)	4,06	+3,26
Silber ($/Unze)	25,11	+2,91
Normalbenzin ($/gal)	2,66	+2,72
Heizöl ($/gal)	2,67	+2,21
Rohöl WTI ($/Barrel)	79,18	+2,09
Kaffee (Cents/lb)	182,70	-1,77
Erdgas (Cents/mmBtu)	1,69	-1,69
Raps (Cents/Bushel)	439,75	-0,96
Nickel ($/t)	18 160,0	-0,90
Schlachtschweine (Cents/lb)	84,65	-0,82

DEUTSCHE EDELMETALLE

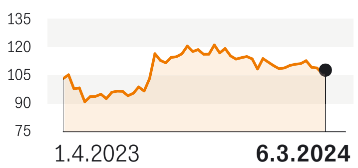
	13.3.2024	12.3.
Silber	695,41 - 767,52	699,86 - 772,43
Silber verarb.	803,22	808,36
Platin Barren	29,54	29,77
Platin verarb.	30,64	30,88
Palladium Barren	32,77	32,47
Palladium verarb.	34,01	33,70
Gold	62,40 - 67,25	62,72 - 67,59
Gold verarb.	70,43	70,80

Silber Euro / kg; Platin, Palladium und Gold, Euro / g.
Die Preise gelten nur für industrielle Abnehmer (ohne MwSt.)
Quelle: Heraeus

DEUTSCHE METALLPREISE

Kassa Basis London (€/100 kg)	13.3.2024	12.3.
Aluminium, hochgrädig	203,3 - 203,3	202,7 - 202,7
Aluminium, Legierung	165,5 - 166,4	165,8 - 166,7
Blei	197,8 - 197,9	195,3 - 195,4
Kupfer (A)	797,8 - 797,9	784,4 - 784,4
Kobalt	2 538,2 - 2 583,9	2 541,7 - 2 587,5
Nickel	1 660,4 - 1 660,9	1 660,3 - 1 660,7
Zink, spezial-hochgrädig	230,7 - 230,8	232,1 - 232,1
Zinn	2 523,5 - 2 525,8	2 518,3 - 2 527,5

Heizöl (Ø 15 Städte)
109,74 | -1,78 %
52-Wochen-Hoch 128,93 | Tief 90,90



HEIZÖLPREISE

eid HAMBURG. Ermittelte Angebotspreise des EID für Lieferungen von 3000 l (Premium-Qualität) frei Verwendertank in €/100 l einschl. 19% MwSt., EBV und IWO:

	6.3.2024	28.2.		6.3.2024	28.2.
Berlin	110,15	111,50	Karlsruhe	103,10	108,00
Bremen	116,69	119,43	Kiel	111,56	111,41
Cottbus	112,33	113,18	Leipzig	108,50	110,13
Dresden	107,48	109,98	Lübeck	113,50	114,75
Düsseldorf	108,17	111,47	München	105,73	107,93
Frankfurt	105,98	109,03	Rostock	111,46	114,35
Hamburg	114,28	111,53	Stuttgart	105,60	109,93
Hannover	111,60	113,38			

Schalterkurse Edelmetalle

Goldbarren und -münzen in Euro (Mehrwertsteuerfrei)	Ankauf 13.3.2024	Verkauf 13.3.	Rendite in % 14.3.2023	52-Wochen Hoch	52-Wochen Tief
Gold (kg)	61 250,00	64 603,00	+4,37	63 320,50	55 592,00
500 g Goldbarren	30 625,00	32 899,00	+3,79	31 959,00	27 879,00
100 g Goldbarren	6 125,00	6 613,50	+3,19	6 408,75	5 592,75
1 oz Goldbarren	1 905,00	2 023,30	+2,62	1 979,60	1 744,50
10 g Goldbarren	612,50	683,00	-0,49	651,50	570,00
1 oz Krügerrand	1 914,50	2 005,00	+2,05	1 971,50	1 757,75
1/2 oz Krügerrand	957,00	1 089,50	-2,33	1 029,60	899,55
1/4 oz Krügerrand	478,50	563,10	-5,81	523,95	458,70
1/10 oz Krügerrand	191,00	233,20	-9,65	213,55	187,55
1/2 oz Maple Leaf	957,00	1 089,50	-2,33	1 029,60	899,55
1 Österreichischer Dukat	209,90	225,00	-4,81	218,85	194,40
10 Österreichische Kronen	185,50	201,00	+1,09	194,50	169,75
20 Österreichische Kronen	371,10	394,00	+3,37	384,95	334,55
100 Österreichische Kronen	1 853,00	1 944,00	+5,64	1 910,00	1 658,00
20 Francs Leopold	354,00	398,50	-1,26	378,65	329,25
20 Francs Marianne	354,00	392,20	+0,54	375,45	329,95
1 DM Deutschland	746,00	843,80	-19,96	859,75	738,85
20 Mark Wilhelm I	443,80	536,00	-7,73	492,80	430,10
20 Mark Wilhelm II	443,80	485,90	-4,19	467,80	407,25
50 Chilenische Pesos	553,00	614,00	+0,36	587,25	512,25
2 Rand	445,60	469,00	-0,09	460,20	403,35
20 Kronen Dänemark	495,60	609,00	-9,40	555,85	481,50
20 Franken Vreneli	359,50	381,50	-3,36	374,30	339,95

Die Quelle der An- und Verkaufspreise (gültig für sehr gut erhaltene Stücke) ist die Degussa Goldhandel GmbH. Die Rendite entspricht dem Preis, den die Quelle dem Anleger bei einem Goldverkauf bezahlt, abzüglich der Anschaffungskosten, die ihm beim Kauf vor einem Jahr entstanden sind.

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Ausgewählte Einzelwerte

MDax (auch im 1) Euro Stoxx 50, 2) Stoxx 50, 3) TecDax)
26383,15 | -0,10 % | 52-Wochen-Hoch 28.889,94 | 52-Wochen-Tief 23.626,97

TOPS des Jahres		52-Wochen-Hoch	
Redcare Pharmacy	+85,49	150,35	am 15.2.2024
TAG Immobilien	+69,03	13,45	am 29.12.2023
Talanx NA	+66,71	70,65	am 13.3.2024
Nemetschek	+66,18	90,98	am 12.2.2024

Dividendenrendite		Jahresdiv.	Ex-Tag
RTL Group	12,0 %	4,00 €	27.04.23
Wacker Chemie	11,1 %	12,00 €	18.05.23
K+S NA	7,5 %	1,00 €	11.05.23
Evonik Industries	6,9 %	1,17 €	01.06.23

KGV		Ergebnis
Lufthansa vNA	4,6	1,48
Aroundtown	6,4	0,30
thyssenkrupp	7,7	0,61
Aurubis	8,5	7,47

13.3.2024 / 17:08 h	Tages-Hoch	Tages-Tief	Verlauf	± % Vortag	± % 1 Jahr	52 Wochen Hoch	52 Wochen Tief	Umsatz Stück	Letzte Div.	HV Termin	Div. Rend.	Div.s 2024	Ergebnis 2024	Ergebnis 2025	KGV 2024	KGV 2025	MK in Mrd	Streu. in %
Aixtron NA 3)	27,04	26,09	26,59	-0,41	-1,3	39,89	24,40	585.069	0,31	15.05.24	1,2	0,43	1,32	1,58	20,14	16,83	3,0	100
Aroundtown	1,92	1,87	1,91	+1,63	-15,48	2,53	0,88	1.709.103	0,07	26.07.23	3,7	0,00	0,30	0,30	6,35	6,35	2,9	70
Aurubis	63,68	61,00	63,58	+3,55	-24,54	89,24	57,36	121.641	1,40	15.02.24	2,2	1,40	7,47	8,38	8,51	7,59	2,9	70
Bechtle 3)	49,26	48,61	48,65	-0,49	+23,01	50,58	34,85	37.120	0,65	11.06.24	1,3	0,75	2,30	2,51	21,15	19,38	6,1	60
Befesa	30,20	29,46	29,74	-0,87	-32,59	46,22	23,48	28.486	0,73	15.06.23	4,2	1,05	2,35	2,90	12,66	10,26	1,2	79

SDax (auch im 1) Euro Stoxx 50, 2) Stoxx 50, 3) TecDax)
14016,63 | +0,12 % | 52-Wochen-Hoch 14.067,87 | 52-Wochen-Tief 11.973,73

S&P500
5168,45 | -0,13 % | 52-W.-Hoch 5.189,26 | 52-W.-Tief 3.864,11

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Ausgewählte Einzelwerte

EuroStoxx50

5005,13 | +0,44 % | 52-Wochen-Hoch 5.016,24 | 52-Wochen-Tief 3.980,94

TOPS des Jahres		52-Wochen-Hoch		Dividendenrendite		KGV	
UniCredit	+90,06	32,52	am 13.3.2024	Intesa Sanpaolo	9,3 %	Stellantis	4,6
Ferrari	+59,6	398,70	am 29.2.2024	Nordea Bank AB	8,0 %	Banco Santander	5,8
BBVA	+59,22	10,36	am 13.3.2024	ING Groep	7,8 %	UniCredit	6,4
Stellantis	+57,12	25,97	am 13.3.2024	BNP Paribas	7,5 %	ENI	6,7
ASML Hold.	+55,61	958,40	am 8.3.2024	Stellantis	6,1 %	TotalEnergies	6,8
Inditex	+54,82	44,46	am 13.3.2024	AXA	5,8 %	BNP Paribas	7,0
Safran	+54,49	199,52	am 13.3.2024	UniCredit	5,6 %	Intesa Sanpaolo	7,1

(ohne deutsche Indextitel) 13.3.2024 / 17:10 h	Verlauf	± % Vortag	± % 1 Jahr	52 Wochen Hoch	52 Wochen Tief	Umsatz Stück	Letzte Div.	Div. Rend.	Ergebnis 2024	KGV 2024	KGV 2025	MK in Mrd	Streu. in %
AB Inbev	58,76	+1,4	+5,51	62,01	49,17	312.653	0,82	1,4	3,35	17,54	15,38	102,1	54
Adyen	1.465,20	-1,29	+12,1	1.699,20	602,80	23.602	k.A.	k.A.	27,73	52,84	41,65	45,5	86
Ahold Delhaize	27,77	+0,14	-6,87	32,51	25,40	649.483	0,61	4,0	2,54	10,93	9,99	26,4	94
Air Liquide	194,74	+0,42	+32,93	195,34	146,30	194.306	3,20	1,6	6,93	28,10	25,39	102,2	100
ASML Hold.	879,20	-1,47	+55,61	958,40	534,40	253.372	1,75	0,7	18,77	46,84	30,80	351,3	83
AXA	33,86	-0,31	+22,33	34,19	24,60	1.569.653	1,98	5,8	3,55	9,54	8,84	76,9	84
Banco Santander	4,09	+0,81	+22,32	4,10	2,94	20.630.517	0,10	4,3	0,71	5,76	5,45	64,7	94
BBVA	10,30	+1,03	+59,22	10,36	5,74	7.817.967	0,39	4,6	1,36	7,57	7,57	60,1	94
BNP Paribas	61,12	+2,36	+8,85	63,98	47,02	2.931.263	4,60	7,5	8,78	6,96	6,24	70,1	87
Danone	59,48	+0,54	+9,48	63,80	50,59	284.465	2,10	3,5	3,54	16,80	15,57	40,3	82
Enel	6,21	+1,02	+18,88	6,82	5,21	15.265.176	0,22	6,4	0,67	9,27	9,14	63,2	71
ENI	14,96	+1,82	+15,75	15,83	11,69	8.878.385	0,24	5,9	2,24	6,68	6,53	50,5	68
EssilorLuxottica	206,35	+0,46	+30,93	207,45	157,40	150.461	3,95	1,9	7,08	29,15	25,99	93,6	68
Ferrari	386,70	-0,26	+59,6	398,70	239,80	152.374	2,44	0,6	7,70$	54,95	49,03	70,7	66
Hermes Intern.	2.357,50	+1,12	+39,41	2.362,00	1.641,00	21.298	3,50	0,6	44,08	53,48	47,81	248,9	33
Iberdrola	10,99	+1,24	+7,76	11,87	9,71	4.133.458	0,02	0,2	0,78	14,09	13,40	70,6	86
Inditex	44,34	+7,94	+54,82	44,46	27,90	2.059.558	0,60	1,4	1,73	25,63	23,59	138,2	36
ING Groep	14,11	-0,06	+20,43	14,24	9,59	5.544.488	0,76	7,8	1,84	7,67	6,99	49,4	100
Intesa Sanpaolo	3,18	+1,34	+36,62	3,20	2,08	95.206.050	0,15	9,3	0,45	7,08	6,92	58,2	89
Kering	424,25	-0,45	-22,89	603,60	343,40	103.018	9,50	3,3	23,66	17,93	15,95	52,4	53
L'Oréal	455,80	+1,15	+22,13	460,60	372,00	73.745	6,60	1,4	12,95	35,20	32,49	243,7	45
LVMH	867,50	+0,99	+10,98	904,60	644,00	155.315	7,50	1,5	32,34	26,82	24,47	435,0	52
Nokia	3,33	-0,63	-24,12	4,55	2,70	6.337.964	0,03	3,9	0,34	9,78	9,78	18,7	94
Nordea Bank AB	11,45	+0,81	+6,1	11,75	9,16	2.297.769	0,92	8,0	1,40	8,18	8,30	40,1	89
Pernod Ricard	151,55	+0,36	-23,07	218,00	140,50	121.457	2,64	3,1	8,37	18,11	16,82	38,7	79
Prosus	27,77	+0,96	-6,7	33,41	23,76	954.049	0,06	0,2	2,38	11,67	10,10	73,8	58
Safran	198,68	+0,38	+54,49	199,52	125,16	126.546	2,20	1,1	6,93	28,67	23,65	84,9	72
Saint Gobain	69,72	+0,29	+31,18	73,60	48,83	303.573	2,10	3,0	6,33	11,01	10,19	35,3	83
Sanofi S.A.	88,37	+0,03	+0,39	105,18	80,60	375.517	3,56	4,0	7,75	11,40	10,09	111,8	84
Schneider Electr.	214,50	+2,51	+44,27	214,80	134,38	413.706	3,15	1,5	8,36	25,66	23,06	122,9	93
Stellantis	25,46	-1,18	+57,12	25,97	14,15	5.091.964	1,55	6,1	5,50	4,63	4,51	80,6	73
TotalEnergies	61,85	+1,94	+12,17	64,80	50,55	2.059.803	0,74	4,9	9,07	6,82	6,69	147,6	85
UniCredit	32,20	+1,45	+90,06	32,52	14,82	8.256.242	1,80	5,6	5,00	6,44	6,11	55,4	93
Vinci	119,90	+0,69	+13,56	120,48	98,49	225.661	3,45	3,8	8,69	13,80	12,89	70,6	85
Wolters Kluwer	144,25	-0,35	+29,66	149,15	105,15	190.953	1,36	1,4	4,83	29,87	27,11	35,8	89

Dow Jones

39159,23 | +0,39 % | 52-Wochen-Hoch 39.282,28 | 52-Wochen-Tief 31.571,46

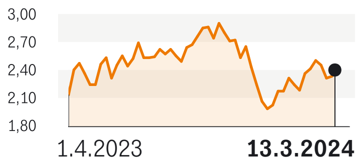
13.3.2024 / 17:10 h	Verlauf	± % Vortag	± % 1 Jahr	52 Wochen Hoch	52 Wochen Tief	Umsatz Stück	Letzte Div.	Div. Rend.	Ergebnis 2024	KGV 2024	KGV 2025	MK in Mrd	Streu. in %
3M	102,63	+3,96	-0,85	113,14	85,35	4.582.612	1,51	5,4	9,56	11,75	11,01	56,7	95
Amazon.com	176,86	+0,84	+91,34	180,14	95,61	13.063.358	k.A.	k.A.	4,14	46,74	37,22	1.837,1	91
American Express	222,89	+0,11	+41,4	224,90	137,80	661.392	0,70	1,0	12,81	19,04	16,52	161,3	79
Amgen Inc.	276,83	+0,1	+18,72	329,72	211,71	433.185	2,25	2,9	19,57	15,48	14,34	148,4	95
Apple Inc.	170,99	-1,3	+13,63	199,62	151,64	21.262.650	0,24	0,5	6,56	28,52	26,13	2.640,3	94
Boeing	183,64	-0,33	-9,7	267,54	176,25	4.735.891	2,06	4,0	3,03	66,31	25,69	112,0	100
Caterpillar	342,72	+1,62	+52,52	344,50	204,04	667.466	1,30	1,3	21,27	17,63	16,81	171,1	94
Chevron Corp.	154,30	+1,59	-2,78	172,88	139,62	2.765.614	1,63	3,6	12,56	13,44	11,49	286,6	93
Cisco Systems	50,09	+0,03	+3,46	58,19	45,56	4.679.881	0,40	2,9	3,72	14,73	14,42	202,8	94
Coca-Cola	61,16	+1,08	+2,25	64,99	51,55	4.292.460	0,49	2,8	2,81	23,81	22,31	263,7	91
Disney Co.	112,90	+0,39	+21,92	115,19	78,73	3.201.323	0,45	0,2	4,64	26,62	22,71	207,1	100
Dow Inc.	58,56	+1,53	+11,76	58,65	47,26	1.281.565	0,70	4,4	3,03	21,15	14,83	41,2	100
Goldman Sachs	394,90	+1,73	+25,16	397,49	289,36	851.798	2,75	2,5	33,90	12,75	11,08	128,6	100
Home Depot	382,05	+2,01	+33,34	385,10	274,26	824.371	2,25	2,0	15,07	27,74	27,22	380,2	100
Honeywell	200,64	+0,77	+3,9	210,87	174,88	667.803	1,08	1,9	9,96	22,04	20,14	130,9	100
IBM	196,56	-0,62	+56,52	199,18	120,55	1.392.126	1,66	3,1	10,09	21,32	20,18	180,2	94
Intel	43,76	-3,26	+62,38	51,28	26,86	19.944.789	0,13	1,6	1,34	35,73	21,38	185,0	95
Johnson&Johnson	162,23	-0,32	+5,99	175,97	144,95	2.431.041	1,19	2,7	10,66	16,65	16,08	390,8	95
JP Morgan Chase	191,47	+0,86	+45,88	191,73	123,11	2.547.332	1,05	2,0	15,93	13,15	12,92	551,5	100
McDonald's	284,24	-3,42	+8,04	302,39	245,73	2.233.805	1,67	2,0	12,44	25,00	22,92	205,2	100
Merck & Co.	121,98	-0,55	+15,37	130,24	99,14	2.664.367	0,77	2,2	8,58	15,56	13,66	308,9	95
Microsoft	414,97	-0,07	+63,43	420,82	263,28	7.125.305	0,75	0,6	11,66	38,94	33,99	3.083,4	100
Nike	101,72	+1,54	-12,96	128,68	88,66	2.835.527	0,37	1,2	3,59	31,00	26,31	123,8	95
Procter & Gamble	162,36	+0,27	+17,53	162,67	141,45	1.539.508	0,94	2,2	6,46	27,50	25,52	382,0	100
Salesforce Inc.	306,65	+0,01	+74,72	318,72	182,65	1.616.171	0,40	0,1	8,20	40,92	34,41	296,8	100
Travelers Comp.	221,83	+0,62	+28,81	223,88	157,33	214.348	1,00	1,7	18,20	13,34	11,72	50,8	95
UnitedHealth	493,22	+0,79	+6,37	554,70	445,68	1.197.201	1,88	1,4	27,77	19,43	17,22	454,7	100
Verizon	40,28	+0,37	+10,24	43,21	30,14	3.844.839	0,67	6,0	4,58	9,62	9,38	169,3	95
VISA Inc.	285,61	+0,6	+33,17	286,13	208,76	1.619.017	0,52	0,6	9,92	31,50	28,00	451,7	95
Walmart Inc.	61,12	-0,47	+33,48	61,57	45,86	5.242.192	0,21	1,7	2,16	30,96	28,46	492,2	54

Aktuelle Kursinformationen finden Sie unter
http://finanzen.handelsblatt.com

Zinsen

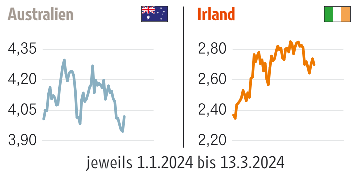
Umlaufrendite

2,37 | +0,03
52-Wochen-Hoch 2,95 | Tief 1,95



INTERNATIONALE RENDITEN

10-j. Staatsanleihen	13.3.2024	± in %	12.3.
Australien	4,02	+1,85	3,95
Belgien	2,88	-0,07	2,88
Dänemark	2,40	+0,29	2,39
Deutschland	2,34	+0,26	2,34
Frankreich	2,78	-0,18	2,79
Griechenland	3,14	-0,76	3,17
Großbritannien	4,10	+1,31	4,04
Hongkong	3,65	+0,86	3,62
Irland	2,70	-1,39	2,74
Italien	3,58	-0,99	3,62



jeweils 1.1.2024 bis 13.3.2024

Japan	0,76	-0,97	0,76
Kanada	3,41	+0,22	3,40
Neuseeland	4,59	+1,12	4,54
Niederlande	2,64	+0,04	2,63
Österreich	2,78	-1,24	2,82
Portugal	2,94	-1,21	2,98
Schweden	2,30	+0,88	2,28
Schweiz	0,72	-0,69	0,73
Spanien	3,14	-0,35	3,15
USA	4,17	+0,48	4,15

EURO-LEITZINSEN

REFINANZIERUNG (REFI)

Mindestbietungssatz		4,50%
Mindestbietungssatz, 7 Tage	(fällig 13.3.2024)	2.375 Mio.

ZINSKANAL FÜR TAGESGELD

Spitzenrefinanzierungsfazilität	(ab 20.9.2023)	4,75%
Einlagefazilität	(ab 20.9.2023)	4,00%
MINDESTRESERVE Verzinsung	(ab 26.10.2023)	3,75%
BASISZINS gem. § 247 BGB	(ab 4.1.2024)	3,62%

EURO-RENDITEN

12.3.2024 Laufzeit	Hypo. und Öffentl. Pfandbriefe	12.3.2024 Laufzeit	Hypo. und Öffentl. Pfandbriefe
1 Jahr(e)	3,820	6 Jahr(e)	2,970
2 Jahr(e)	3,410	7 Jahr(e)	2,980
3 Jahr(e)	3,170	8 Jahr(e)	2,990
4 Jahr(e)	3,050	9 Jahr(e)	3,020
5 Jahr(e)	2,990	10 Jahr(e)	3,050

Quelle: Deutsche Bundesbank

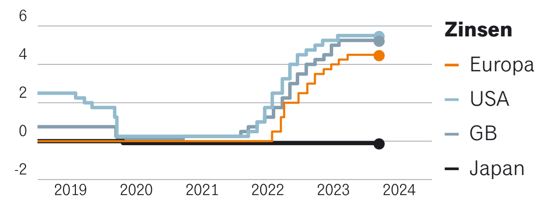
AUSLÄNDISCHE LEITZINSEN

		Satz in %	gültig ab
Dänemark	Diskontsatz	3,60	14.09.2023
Grossbritannien	Repo Satz	5,25	03.08.2023
Polen	Diskontsatz	5,80	04.10.2023
Rumänien	Reference Rate	7,00	10.01.2023
Schweden	Pensionssatz	4,00	21.09.2023
Tschechien	Diskontsatz	4,00	31.03.2022
Ungarn	Base Rate	9,00	27.02.2024

ZINSVERGLEICHE

	12.03.24
Festgeld 5tsd €	
1 Monat	1,0122
3 Monate	2,0376
6 Monate	2,7371
12 Monate	2,8322
Spareckzins	0,4377
Sparbrief	
1 Jahr	2,7897
2 Jahre	2,5982
3 Jahre	2,531
5 Jahre	2,4851
Dispositionskredit	12,1484
Hypozinsen effektiv	
5 Jahre	3,72
10 Jahre	3,502
Ratenkredit 5 tsd €	
3 Jahre	7,6274
5 Jahre	7,49
6 Jahre	7,5292
Ratenkredit 10 tsd €	
3 Jahre	7,6118
5 Jahre	7,4743
6 Jahre	7,5135

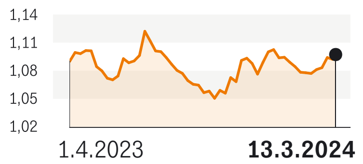
Ø-Werte in %, mitgeteilt von FMH-Finanzberatung e.K.



Devisenmärkte

US $ je Euro

1,0942 | +0,13%
52-W.-Hoch 1,1276 | Tief 1,0448



Devisen-Cross-Rates

Mitgeteilt von Infront

13.3.2024	Euro	US $	Pfund	Yen	sfr	kan-$	Yuan
Euro	-	1,0942	0,8551	161,7036	0,9607	1,4738	7,8707
US $	0,9140	-	0,7816	147,7950	0,8780	1,3472	7,1926
Pfund	1,1693	1,2795	-	189,0938	1,1235	1,7235	9,2043
Yen	0,0062	0,0068	0,0053	-	0,0059	0,0091	0,0487
sfr	1,0408	1,1387	0,8900	168,2988	-	1,5339	8,1915

Devisen- und Sortenkurse für 1 Euro

13.3.2024		Devisen[1,3] Geld	Devisen[1,3] Brief	3 Monate[4] Geld	3 Monate[4] Brief
Australien	A $	1,6525	1,6527	+17,81	+18,69
Dänemark	dkr	7,4372	7,4772	-76,09	-70,97
Großbrit.	£	0,8528	0,8568	+27,75	+28,61
Hongkong	HK $	8,5596	8,5607	+77,88	+112,38
Japan	Yen	161,6700	162,1500	-171,64	-171,17
Kanada	kan $	1,4695	1,4815	+36,26	+37,33
Neuseeland	NZ $	1,7770	1,7775	+66,90	+68,20
Norwegen	nkr	11,4571	11,5051	+175,26	+183,43
Polen	Zloty	4,2835	4,2854	+203,12	+210,20
Schweden	skr	11,1608	11,2088	-12,19	-5,58
Schweiz	sfr	0,9586	0,9626	-58,86	-58,49
Singapur	S $	1,4578	1,4580	-7,71	-6,55
Südafrika	Rand	20,2969	20,3061	+2419,19	+2447,92
Tschechien	Krone	25,2430	25,2508	+92,97	+103,06
USA	US-$	1,0914	1,0974	+41,89	+42,01

	6 Monate[4] Geld	6 Monate[4] Brief	Ref.kurse EZB	Bankschalter[2] Verkauf	Bankschalter[2] Ankauf
Australien	+45,63	+47,86	1,6542	1,5736	1,7566
Dänemark	-152,07	-139,87	7,4573	7,1121	7,9240
Großbrit.	+57,38	+59,37	0,8545	0,8170	0,9079
Hongkong	+237,92	+309,67	8,5574	7,9913	9,6933
Japan	-323,89	-322,76	161,8300	154,1354	171,7403
Kanada	+76,91	+78,49	1,4756	1,4011	1,5685
Neuseeland	+142,26	+145,63	1,7770	1,6834	1,8938
Norwegen	+418,57	+437,35	11,4805	10,9347	12,3711
Polen	+439,40	+462,72	4,2860	4,0196	4,6349
Schweden	-9,47	+6,13	11,1930	10,6732	11,9032
Schweiz	-113,49	-112,61	0,9599	0,9182	1,0150
Singapur	-11,92	-9,24	1,4581	1,3718	1,5703
Südafrika	+4886,27	+4932,22	20,4535	18,9037	23,5820
Tschechien	+120,21	+145,79	25,2730	23,8941	27,3897
USA	+85,31	+85,91	1,0939	1,0453	1,1557

[1]) Mitgeteilt von Infront Financial Technology GmbH, LBBW; [2]) Frankfurter Sortenkurse aus Sicht des Bankkunden, die Bezeichnungen Verkauf und Ankauf entsprechen dem Geld und Brief bei anderen Instituten, mitgeteilt von Reisebank; [3]) Freiverkehr; [4]) Swaps notiert in Forward Punkten - 1 Punkt = 1/10.000, *= letzt verfügbar, Stand ME(S)Z 17:11 Uhr.

Hinweis zum Kursteil: Telefon: 0800 0002053 oder Mail hb.aboservice@vhb.de. **Aktien**: Börsenplatz Dax, MDax, SDax ist Xetra; Euro Stoxx, Dow Jones und S&P500 Heimatbörse; Kurse und Dividenden von an deutschen Börsen gehandelten Werten verstehen sich in Euro pro Stück sofern es keine anderen Angaben gibt. Dividenden von ausländischen Börsen sind in Landeswährung. Kurse: bereinigt um Kapitalmaßnahmen; Höchst-/Tiefstkurse können gerundet sein, beziehen sich auf den jeweiligen Börsenplatz und basieren auf allen „bezahlt"-Notierungen. Von einigen Märkten können nicht immer die Schlusskurse des Tages veröffentlicht werden, Uhrzeitangaben der Kursabrufe beachten. Die **Dividendenangaben** beziehen sich auf die zuletzt gezahlten Dividenden - inklusive Zahlungen aus Kapitalrücklagen - im üblichen Auszahlungsrhythmus; sie werden automatisch abgelöst durch den neuen Dividendenvorschlag, wenn dieser für die bevorstehende Hauptversammlung offiziell bekannt gegeben wird. **Netto-Dividendenrendite** in % auf Basis der zuletzt gezahlten oder vorgeschlagenen Dividende als Summe des letzten Geschäftsjahres. Die ausgewiesenen **Gewinnschätzungen** beruhen auf Ibes-Daten. **MK = Börsenkapitalisierung**: Zahl der Aktien multipliziert mit dem Kurs der Aktiengattung im Index in Landeswährung; **Ergebnisse je Aktie** vor Goodwillabschreibung in Euro bzw. Landeswährung; **KGV**: Kurs-Gewinn-Verhältnis auf Basis der Gewinnschätzungen. **Streu.:** = Streubesitz. **k.A.** = keine Angaben. **Nikkei-Index** = © Nihon Keizai Shimbun.
Alle Angaben ohne Gewähr - keine Anlageberatung oder -empfehlung.

Quelle: Infront

SUDOKU Zahlenspiele für Rätselfreunde

Sudoku (mittel)

	7				6			4
		8					5	
6					3			
		9	2	6	1		4	
1	8		9	4				3
2							7	9
						4		
4		1			8	7		2
8			5	3	4			

Sudoku (schwer)

	6		2					
		1		5	9			
		8	3			4		
	8		1	7	3		5	
5	4					2	7	
		9				3	8	6
3				4	1			
					6			5
			5	8				

Lösungen vom 13.03.

Das Kulträtsel Sudoku auch unter: **www.handelsblatt.com/sudoku**

So funktioniert es: Füllen Sie die Matrix mit Zahlen von 1 - 9. Jede Ziffer darf nur einmal in jeder Spalte, Reihe und in den 3x3 Feldern vorkommen. Doppelungen sind nicht erlaubt.

Sudoku (mittel)

2	3	4	7	9	8	1	5	6
8	6	1	4	3	5	9	7	2
5	9	7	1	2	6	3	4	8
3	8	5	9	6	7	4	2	1
7	4	6	5	1	2	8	9	3
9	1	2	8	4	3	5	6	7
1	2	8	6	5	4	7	3	9
6	5	9	3	7	1	2	8	4
4	7	3	2	8	9	6	1	5

Sudoku (schwer)

7	2	8	3	4	6	5	9	1
4	5	9	7	8	1	3	2	6
1	6	3	2	9	5	4	7	8
6	8	4	5	7	9	1	3	2
9	7	2	8	1	3	6	5	4
5	3	1	4	6	2	9	8	7
8	4	5	1	3	7	2	6	9
3	9	7	6	2	4	8	1	5
2	1	6	9	5	8	7	4	3

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

In Deutschland zugelassene Qualitätsfonds

tägliche Anteilspreisveröffentlichungen – mitgeteilt von Infront Financial Technology GmbH

Name, Mittwoch, den 13.3.2024 | Whrg. | ISIN | Rückn. | Perf. 3J. in %

INVESTMENTFONDS[1)]

Nachhaltigkeits-Fonds (ESG)

Deka Investments – Telefon +49 69 7147-652 www.deka.de

Name	Whrg.	ISIN	Rückn.	Perf. 3J. in %
DBA ausgewogen*	EU	DE000DK2CFR7	121,17	+ 6,00
DBA dynamisch*	EU	DE000A2DJVV1	110,52	+ 9,21
DBA konservativ*	EU	DE000DK2CFP1	102,17	+ 1,03
DBA moderat*	EU	DE000DK2CFQ9	111,36	+ 3,01
DBA offensiv*	EU	DE000DK2CFT3	232,59	+ 16,42
Deka-Nach.E.St CF A*	EU	LU2206794112	100,36	+ 4,64
Deka-Nachh ManSel*	EU	DE000DK1CJS9	112,10	+ 3,06
Deka-NachhAkt CF*	EU	LU0703710904	273,08	+ 22,15
Deka-NachhRent CF A*	EU	LU0703711035	119,93	- 5,04
Deka-NachStrInv CF*	EU	DE000DK2EAD4	144,74	+ 19,41
Deka-NachStrInv TF*	EU	DE000DK2EAE2	139,21	+ 16,86
Nachh Dynamisch CF*	EU	DE000DK0V6U7	92,96	
Nachh Mlt Asset CF*	EU	DE000DK0V5F0	102,00	+ 2,95
Nachh Mlt Asset TF*	EU	DE000DK0V5G8	100,25	+ 1,41
Nachhltg Gl Champ CF*	EU	DE000DK0V554	138,09	+ 25,55
NachSeAkREd CF*	EU	DE000DK0V7B5	82,95	
Naspa Na PS-Chance*	EU	LU0104457105	64,03	+ 10,79
Naspa Na PS-ChanceP*	EU	LU0202181771	129,87	+ 10,18
Naspa Na PS-Ertrag*	EU	LU0104455588	44,43	- 3,04
Naspa Na PS-Wachst*	EU	LU0104456800	43,63	- 0,35
Naspa-Ak.Gb NachCF*	EU	DE0009771956	87,17	+ 28,11
Naspa-Ak.Gb NachTF*	EU	DE000DK0LNH7	128,95	+ 25,96

Invesco – www.invesco.de, vertriebspartner@invesco.com Telefon: +49 69 29807-0

Name	Whrg.	ISIN	Rückn.	Perf. 3J. in %
Asian Equity A	EU	LU2305832771	9,23	- 7,90
Global Income A €	EU	LU1097688714	14,76	+ 9,18
Metaverse A	US	LU2473541154	14,48	
Pan Eurp Hi Inc A	EU	LU0243957239	24,65	+ 3,32
Sust Allocation A€	EU	LU1701702372	12,70	+ 16,47

METZLER ASSET MANAGEMENT GMBH

Name	Whrg.	ISIN	Rückn.	Perf. 3J. in %
RWS-Aktienf.Nachh*	EU	DE0009763300	105,60	+ 10,59

ODDO BHF ASSET MANAGEMENT

Name	Whrg.	ISIN	Rückn.	Perf. 3J. in %
Exk:PolarisBal DRw	EU	LU0319574272	88,94	+ 12,32
Exk:PolsDyn DRw	EU	LU0319577374	111,76	+ 20,61
Polaris Flexi DRw	EU	LU0319572730	93,42	+ 10,92
Polaris Mod DRw*	EU	DE000A0D95Q0	73,20	+ 4,08

ÖKOWORLD – Telefon +49 2103 28410

Name	Whrg.	ISIN	Rückn.	Perf. 3J. in %
Growing Mkts 2.0	EU	LU0800346016	259,78	+ 5,01
Klima	EU	LU0301152442	110,40	- 8,20
Öko Rock'n'Roll	EU	LU0380798750	158,67	- 13,33
ÖkoVision Classic	EU	LU0061928585	226,58	- 4,31
Water For Life C	EU	LU0332822492	209,99	- 4,68

Swisscanto Invest – Telefon: +49 69 130 203 85, www.swisscanto.de

Name	Whrg.	ISIN	Rückn.	Perf. 3J. in %
EF Sust Em Mkts AT*	US	LU0338548034	150,32	- 17,72
LU Pf Resp Sel AA*	EU	LU0112799290	120,85	- 1,91

Union Investment – Telefon 069 58998-6060, www.union-investment.de

Name	Whrg.	ISIN	Rückn.	Perf. 3J. in %
PrivatFonds: Nachh*	EU	LU1900195949	54,61	- 0,74
UniNachh AkEu A*	EU	LU0090707612	68,66	+ 18,06
UniNachh AkEu netA*	EU	LU0096427496	57,52	+ 16,89
UniNachh Akt Glob*	EU	DE000A2N7V22	150,61	+ 30,83
UniNachh AktDeu nA*	EU	DE000A2QFXN4	93,96	
UniNachh AktDeut A*	EU	DE0009750117	243,32	+ 2,59
UniNachhaltig A Gl*	EU	DE000A0M80G4	167,48	+ 29,07
UniRak Na.Kon. A*	EU	LU1572731245	108,79	- 5,22
UniRak Nach.K-net-*	EU	LU1572731591	107,64	- 6,20
UniRak Nachh.A net*	EU	LU0718558728	94,59	+ 6,76
UniRak NachhaltigA*	EU	LU0718558488	98,17	+ 7,90
UniZukunft Klima A*	EU	DE000A2QFXR5	46,20	
UniZukunft Kli-neA*	EU	DE000A2QFXS3	46,97	

ADEPT INVESTMENT MANAGEMENT PLC

Name	Whrg.	ISIN	Rückn.	Perf. 3J. in %
Ad Inv.M.plc SF 15*	EU	IE00BP41KY74	10,69	+ 1,52

Alpen Privatbank – alpenprivatbank.com Telefon +43 5517 202-01

Name	Whrg.	ISIN	Rückn.	Perf. 3J. in %
Aktien Europa R	EU	LU0121929912	132,17	+ 14,97
Aktien USA R	US	LU0121930688	425,64	+ 42,07
Emerg Mark Selec R	EU	LU0572807518	94,52	- 18,87
German Select R	EU	LU0181454132	211,01	- 7,36
Vermögensf-Ausgewo	EU	LU0327378542	152,32	+ 5,13
Vermögensf-Defens	EU	LU0327378468	142,49	- 0,11
Vermögensf-Konserv	EU	LU0327378385	135,22	- 2,91
Vermögensf-Offensiv	EU	LU0327378625	147,96	+ 5,91

ALTE LEIPZIGER

Name	Whrg.	ISIN	Rückn.	Perf. 3J. in %
€uro Short Term	EU	DE0008471699	40,53	- 4,88
Aktien Deutschland	EU	DE0008471608	121,89	+ 3,29
AL Trust €uro Relax	EU	DE0008471798	49,74	- 7,16
AL Trust Stab.	EU	DE000A0H0PF4	64,53	- 1,20
AL Trust Wachst IT	EU	DE000A2PWPE6	69,44	+ 8,40
AL Trust Wachstum	EU	DE000A0H0PG2	86,16	+ 6,31
Trust €uRen IT	EU	DE000A2PWPA4	43,39	- 15,90
Trust €uro Renten	EU	DE0008471616	38,03	- 16,05
Trust Akt Europa	EU	DE0008471764	57,33	+ 19,33
Trust Chance	EU	DE000A0H0PH0	102,95	+ 16,25
Trust Chance IT	EU	DE000A2PWPC0	84,24	+ 19,11
Trust Glb Inv IT	EU	DE000A2PWPB2	80,19	+ 6,15
Trust Glbl Invest	EU	DE0008471715	119,05	+ 6,26
Trust Stab IT	EU	DE000A2PWPD8	58,43	+ 0,50

AXXION

Name	Whrg.	ISIN	Rückn.	Perf. 3J. in %
Mlt Axx-Europa A*	EU	LU0138526776	316,99	- 5,64
Mlt Axx-Europa B*	EU	LU1221107615	141,51	- 13,35

BNP PARIBAS ASSET MANAGEMENT – BNP Paribas Funds

Name	Whrg.	ISIN	Rückn.	Perf. 3J. in %
Aqua*	EU	LU1165135440	222,17	+ 27,71
China Equity*	EU	LU0823425839	130,66	- 51,24
Climate Impact*	EU	LU0406802339	264,08	- 2,15
Consumer Inn*	EU	LU0823411706	309,44	- 3,08
Disruptive Techno*	EU	LU0823421689	2.371,54	+ 44,43
Energy Transition*	EU	LU0823414635	409,19	- 69,32
Euro Equity*	EU	LU0823401574	738,24	+ 22,25
Euro HY ShortDu Bd*	EU	LU1022394404	118,46	+ 4,08
Health Care Innov*	EU	LU0823416762	1.657,32	+ 27,43
SMaRT Food*	EU	LU1165137149	124,23	- 4,74

COMMERZ REAL

Name	Whrg.	ISIN	Rückn.	Perf. 3J. in %
hausInvest	EU	DE0009807016	43,82	+ 7,41

DAVIS FUNDS SICAV

Name	Whrg.	ISIN	Rückn.	Perf. 3J. in %
Global A*	US	LU0067889476	49,00	- 14,39
Value Fund A*	US	LU0067888072	83,17	+ 10,87

Deka Investments – Telefon +49 69 7147-652 www.deka.de

Name	Whrg.	ISIN	Rückn.	Perf. 3J. in %
AriDeka CF*	EU	DE0008474511	87,22	+ 23,66
BasisStrat Flex CF*	EU	DE000DK2EAR4	113,76	+ 1,63
BerolinaRent Deka*	EU	DE0008480799	37,83	- 2,65
BW Zielfonds 2025*	EU	DE000DK0ECP8	40,37	- 6,77
BW Zielfonds 2030*	EU	DE000DK0ECQ6	52,93	+ 2,79
Deka-Europ.Bal. CF*	EU	DE0005896872	53,51	- 3,98
Deka-Europ.Bal. TF*	EU	DE000DK1CHH6	106,15	- 4,51
Deka-Europa Akt Str*	EU	DE0008479247	86,50	+ 17,30
DekaFonds CF*	EU	DE0008474503	125,10	+ 9,65
Deka-Global Bal CF*	EU	DE000DK2J8N2	101,92	- 0,83
Deka-Global Bal TF*	EU	DE000DK2J8P7	99,41	- 1,87
Deka-MegaTrends CF*	EU	DE0005152706	140,30	+ 26,91
Deka-Na.Div Str CF*	EU	DE000DK0V521	129,86	+ 21,37
Deka-Nach Div RhEd*	EU	DE000DK0EF98	101,75	+ 10,00
Deka-Sachwer. CF*	EU	DE000DK0EC83	106,59	+ 7,19
Deka-Sachwer. TF*	EU	DE000DK0EC91	103,64	+ 6,07
DekaSpezial CF*	EU	DE0008474669	591,39	+ 33,80
DekaTresor*	EU	DE0008474750	83,84	+ 0,21
Div.Strateg.CF A*	EU	DE000DK2CDS0	199,00	+ 29,26
DivStrategieEur CF*	EU	DE000DK2J6T3	108,42	+ 24,61
Euro Potential CF*	EU	DE0009786277	160,55	- 14,28
EuropaBond CF*	EU	DE000DK091G0	94,13	- 19,69
EuropaBond TF*	EU	DE0009771980	34,13	- 20,63
Frankf.Sparinrent*	EU	DE0008479981	50,91	- 1,64
Frankf.Sparinvest*	EU	DE0008480732	160,70	+ 8,24
GlobalChampions CF*	EU	DE000DK0ECU8	316,50	+ 32,82
GlobalChampions TF*	EU	DE000DK0ECV6	283,86	+ 30,01
Mainfr. Strategiekonz.*	EU	DE000DK2CE40	187,93	+ 14,13
Mainfr. Wertkonz. ausg.*	EU	DE000DK1CHU9	96,69	- 0,16
Multi Asset In.CFA*	EU	DE000DK2J662	85,52	+ 1,24
Multirent-Invest*	EU	DE0008479213	30,86	+ 2,17
Multizins-INVEST*	EU	DE0009786061	24,29	- 5,01
NachSeAkReEdTF*	EU	DE0009771907	41,98	- 9,35
Naspa-Fonds*	EU	DE0008480807	38,92	+ 2,79
RenditDeka*	EU	DE0008474537	21,73	- 10,90
RenditDeka TF*	EU	DE000DK2D640	28,05	- 11,35
RentenStratGl TF*	EU	DE000DK2J6Q9	77,99	- 12,99
RentenStratGlob CF*	EU	DE000DK2J6P1	78,75	- 11,99
RentenStratGlob PB*	EU	DE000DK2J6R7	78,79	- 11,86
Rntfds RheinEdit*	EU	DE0008480666	28,48	- 2,92
Technologie CF*	EU	DE0005152623	83,02	+ 39,45
UmweltInvest CF*	EU	DE000DK0ECS2	195,17	- 4,95
UmweltInvest TF*	EU	DE000DK0ECT0	172,86	- 6,99
Weltzins-Invest P*	EU	DE000A1CXYM9	19,55	+ 3,30

DEKA INTERN.(LUX)(DEKA-GRUPPE)

Name	Whrg.	ISIN	Rückn.	Perf. 3J. in %
1822 Str.Cha.Pl.*	EU	LU0151488458	139,68	+ 5,21
1822 Str.Chance*	EU	LU0151488029	93,11	+ 6,84
1822 Str.Ert.Pl.*	EU	LU0151486320	43,73	- 4,96
1822 Str.Wachstum*	EU	LU0151487302	50,19	- 0,04
Berol.Ca.Premium*	EU	LU0096429609	86,25	+ 9,25
Berol.Ca.Sicherh.*	EU	LU0096428973	40,72	- 3,09
Berol.Ca.Wachst.*	EU	LU0096429351	39,19	+ 0,95
DekaEuAktSpezAV*	EU	LU1508335152	141,24	+ 20,59
DekaEuAktSpezCF(A)*	EU	LU0835598458	199,04	+ 20,63
Deka-FlexZins CF*	EU	LU0249486092	979,34	+ 3,64
Deka-FlexZins PB*	EU	LU0475811682	986,12	+ 3,57
Deka-FlexZins TF*	EU	LU0268059614	980,65	+ 3,54
DekaGlobAktLRCF(A)*	EU	LU0851806900	236,69	+ 31,01
Deka-Indust 4.0 CF*	EU	LU1508359509	215,33	+ 12,39
Deka-Indust 4.0 TF*	EU	LU1508360002	204,52	+ 9,99
HMI Chance*	EU	LU0194947726	82,08	+ 21,63
HMI Chance+*	EU	LU0213544652	88,63	+ 32,40
HMI Ertrag+*	EU	LU0194942768	38,05	+ 5,55
HMI Wachstum*	EU	LU0194946595	42,74	+ 5,09
Köln Str.Chance*	EU	LU0101437480	68,97	+ 6,43
Köln Str.Ertrag*	EU	LU0101436672	41,52	- 4,70
Köln Str.Wachstum*	EU	LU0101437217	41,24	+ 0,14
KölnStr.Chance+*	EU	LU0117172097	61,03	+ 5,48
UnterStrat Eu CF*	EU	LU1876154029	176,50	+ 0,39

DEKA IMMOBILIEN INVESTMENT

Name	Whrg.	ISIN	Rückn.	Perf. 3J. in %
Deka Immob Europa*	EU	DE0009809566	47,51	+ 8,67
Deka Immob Global*	EU	DE0007483612	54,72	+ 5,73
Deka-Immo Nordam*	US	DE000DK0LLA6	56,06	+ 6,90
Deka-ImmoMetropol*	EU	DE000DK0TWX8	51,09	+ 5,27
WestInv. InterSel.*	EU	DE0009801423	48,56	+ 7,80

DEKA-VERMÖGENSMANAGEMENT GMBH

Name	Whrg.	ISIN	Rückn.	Perf. 3J. in %
Deka-BaAZSt off 25*	EU	DE000DK0LPS9	108,68	
Deka-PB Wert 4y*	EU	DE000DK0EC42	103,85	- 0,43
Deka-PfSel ausgew*	EU	DE000A2N44B5	108,29	+ 3,53
Deka-PfSel dynam*	EU	DE000A2N44D1	122,99	+ 12,86
Deka-PfSel moderat*	EU	DE000A2N44C3	98,49	- 1,66
DekaStruk.5Chance*	EU	DE000DK1CJP5	194,45	+ 10,75
DekaStruk.5Chance+*	EU	DE000DK1CJQ3	312,80	+ 10,98
DekaStruk.5Ertrag+*	EU	DE000DK1CJM2	94,61	- 3,18
DekaStruk.5Wachst.*	EU	DE000DK1CJN0	100,92	+ 2,18
Hamb Stiftung D*	EU	DE000DK0LJ38	941,83	+ 0,87
Hamb Stiftung I*	EU	DE000A0YCK34	853,31	+ 0,67
Hamb Stiftung P*	EU	DE000A0YCK42	83,70	- 0,31
Hamb Stiftung T*	EU	DE000A0YCK26	111,79	- 0,35
Haspa TrendKonz P*	EU	LU0382196771	86,26	- 5,23
Haspa TrendKonz V*	EU	LU1709333386	92,49	- 3,93
LBBW Bal. CR 20*	EU	LU0097711666	44,68	+ 0,66
LBBW Bal. CR 40*	EU	LU0097712045	52,46	+ 4,11
LBBW Bal. CR 75*	EU	LU0097712474	70,22	+ 12,73
Priv BaPrem Chance*	EU	DE0005320022	164,34	+ 21,43
Priv BaPrem Ertrag*	EU	DE0005320030	45,84	- 6,02

DWS

Offene Immobilienfonds

Name	Whrg.	ISIN	Rückn.	Perf. 3J. in %
grundb. europa IC:	EU	DE000A0NDW81	38,46	+ 4,66
grundb. europa RC	EU	DE0009807008	38,44	+ 3,30
grundb. Fok Deu RC	EU	DE0009807081	53,65	+ 3,93
grundb. Fokus D IC:	EU	DE0009807099	54,19	+ 5,47
grundb. global IC:	EU	DE000A0NCT95	49,99	+ 1,70
grundb. global RC	EU	DE0009807057	49,51	+ 0,30

GUINNESS GLOBAL INVESTORS

Name	Whrg.	ISIN	Rückn.	Perf. 3J. in %
Gl Equity Inc Y€D*	EU	IE00BVYPP024	17,31	+ 45,20
Gl Innovators Y€A*	EU	IE00BQXX3L90	32,92	+ 39,81
Sust Energy Y€A*	EU	IE00BFYV9M80	22,27	

GUTMANN KAPITALANLAGE

Name	Whrg.	ISIN	Rückn.	Perf. 3J. in %
PRIME VAL Growth A	EU	AT0000803689	145,70	+ 4,05
PRIME VAL IncomeA	EU	AT0000973029	129,66	- 2,36

HAUCK AUFHÄUSER FUND SERVICES – www.hal-privatbank.com

Name	Whrg.	ISIN	Rückn.	Perf. 3J. in %
ERBA Invest OP	EU	LU0327349527	27,67	- 8,40
HAL Europ SmCap Eq	EU	LU0100177426	153,15	+ 0,37
HAL Global Bnd Opp*	EU	LU0328784664	96,76	- 13,52
HAL MultiAsset Con*	EU	LU0456037844	107,85	- 5,36
HAL MultiAsset Dyn*	EU	LU0090344473	136,46	+ 21,53

hwb – www.hwb-fonds.com | info@hwb-fonds.com, Tel +49 651 1704 301 | +352 48 30 48 30

Name	Whrg.	ISIN	Rückn.	Perf. 3J. in %
HWB Alex.Str.Ptf R*	EU	LU0322055855	84,12	+ 10,70
HWB Alex.Str.Ptf V*	EU	LU0322055426	84,14	+ 10,69
HWB Europe Pf.*	EU	LU0119626884	4,50	- 0,22
HWB Inter.Pf.*	EU	LU0119626454	4,78	+ 2,59
HWB Pf. Plus R*	EU	LU0277940762	113,87	+ 17,00

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Aktienverkauf

Die Kunst des richtigen Augenblicks

Den richtigen Zeitpunkt zu finden, um Aktien zu verkaufen, gilt als Königsdisziplin der Geldanlage. Das Handelsblatt hat mit Profis darüber gesprochen, wie Anleger sie meistern können. Mit diesen acht Tipps kann es gelingen.

Andreas Neuhaus Düsseldorf

Am Ende ist Börse einfach“, sagt Fondsmanagerin Gabriele Hartmann. Sie berichtet, dass es ihr Sohn in der sechsten Klasse einmal auf den Punkt gebracht hat: „Er hat mich gefragt: ‚Mama, was ist eigentlich an deinem Job so schwierig? Du musst nur unten Aktien kaufen und oben verkaufen.‘ Damit hat er komplett recht.“

„Oben“ und „unten“ zu erkennen, ist allerdings die Kunst, an der private Anlegerinnen und Anleger regelmäßig scheitern. Gerade beim Verkaufen tun sie sich schwer: Entweder verkaufen sie eine gut laufende Aktie zu früh, um sich die bereits erzielten Gewinne zu sichern. Oder sie verkaufen zu spät, weil es schmerzt, die angelaufenen Verluste zu realisieren. Das Handelsblatt hat deshalb mit drei Experten aus der Fondsbranche gesprochen, die selbst aktiv ein Aktienportfolio verwalten, und sie gefragt, wie sie mit dem Thema „Aktien verkaufen“ umgehen.

1. Wenn sich der Investment-Case verändert

Der wichtigste Punkt für Privatanleger ist es nach Einschätzung von Gabriele Hartmann, eine Strategie zu haben. Sie ist Vorständin des unabhängigen Vermögensverwalters Perspektive Asset Management und verantwortet dort unter anderem den Aktienfonds „Perspektive Ovid Equity ESG“. Beim Handelsblatt führt sie ein Musterdepot. Vor dem Kauf einer Aktie sollten Anleger das Unternehmen gründlich analysieren und dessen Chancen und Risiken bewerten. In diese Bewertung können unter anderem die finanzielle Situation des Unternehmens, dessen Potenzial, die Marktbedingungen und das Wettbewerbsumfeld einfließen. Zusammen ergeben sie den „Investment-Case“, den Anleger mit dem Kauf der Aktie verbinden.

Der Extremfall ist, dass sich dieser Investment-Case komplett ändert, sagt Christian Kahler. Er managt zusammen mit seinem Geschäftspartner Jochen Kurz den „Kahler & Kurz Aktienfonds“ der gleichnamigen Fondsboutique. „Wenn sich der Investment-Case komplett ändert, dann muss man verkaufen“, sagt Kahler. Er hat beispielsweise zuletzt die Aktie des Sportartikelherstellers Nike verkauft: „Die stehen extrem unter Druck durch die Konkurrenz der Hoka-Schuhe von Deckers Brands und von On.“

Der Investment-Case kann sich aber auch durch externe Schocks ändern, sagt Georg von Wallwitz. Er ist Gründer der unabhängigen Vermögensverwaltung Eyb & Wallwitz. Dort führt er unter anderem den „Phaidros Funds Balanced A“. Als Beispiel für einen solchen Schock nennt er die Nuklearkatastrophe im japanischen Fukushima im Jahr 2011. Im Anschluss daran entschied die Bundesregierung für Deutschland den Ausstieg aus der Atomenergie. Für Aktionäre von Energieversorgern war das ein Ausstiegssignal. „Das waren alles Unternehmen, die gut darin waren, riesige Projekte zu managen: Kernkraftwerke zu bauen. Und die mussten plötzlich ganz kleinteilige, dezentrale Energieversorgung machen. Das konnten die aber nicht“, sagt von Wallwitz.

2. Verkaufen bei Misstrauen

Kahler nennt zudem das Management als Faktor, den es zu beachten gilt. Sehen Anleger dessen Entscheidungen kritisch, kann es der richtige Zeitpunkt sein, die Aktie zu verkaufen.

Er hat mit seinem Fonds beispielsweise die Aktie Johnson & Johnson verkauft, nachdem der US-Pharmariese eine Tochtergesellschaft gegründet hatte, um dort die Verbindlichkeiten aus Krebsklagen zu bündeln. Das Tochterunternehmen beantragte wiederum Insolvenz. „Uns hat das nicht gefallen, darum haben wir die Aktie verkauft“, sagt Kahler.

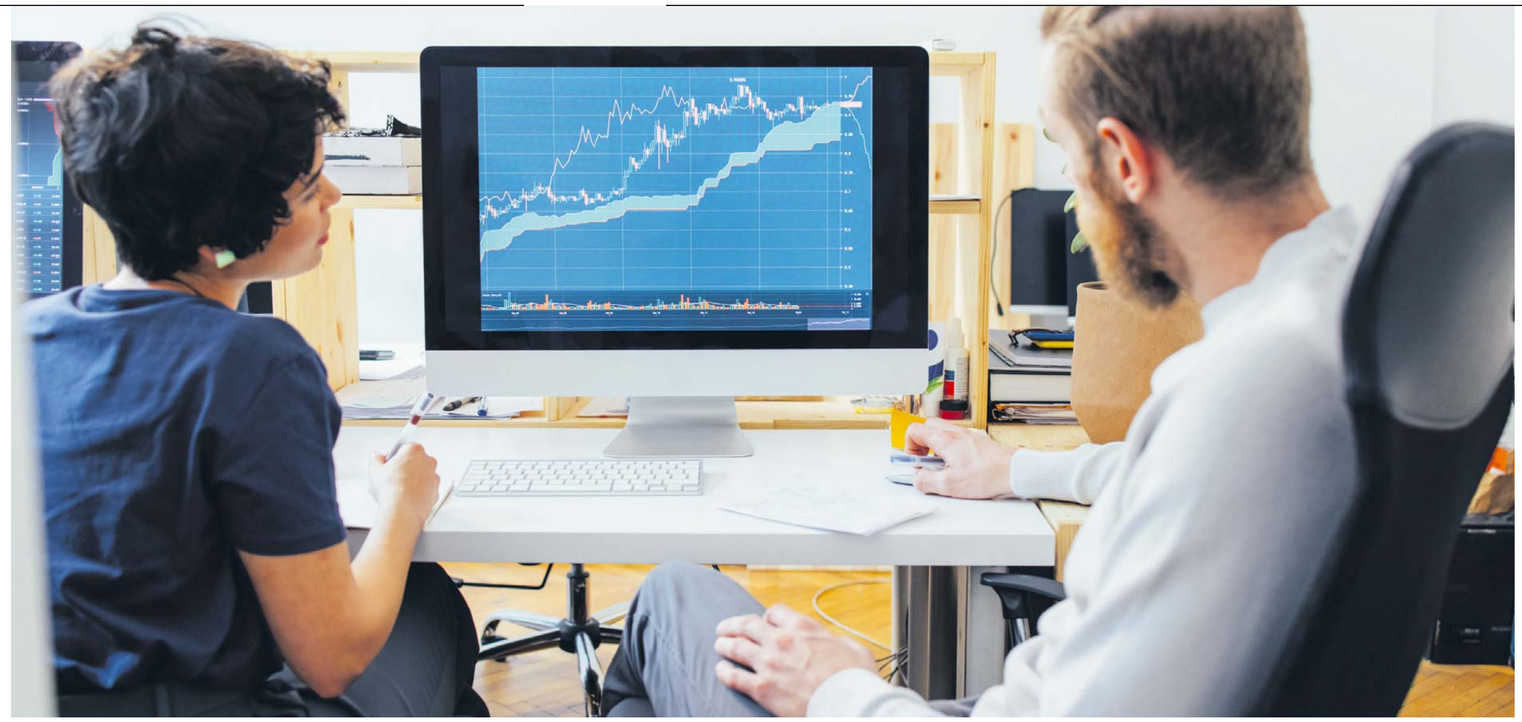
Ein Managementwechsel kann aber auch den Investment-Case verändern. Hier nennt von Wallwitz das Beispiel Bayer: Als Werner Baumann im Mai 2016 beim Chemie- und Pharmakonzern Vorstandschef wurde, stand die Aktie bei 99 Euro, Bayer gehörte damit zu den wertvollsten Unternehmen im deutschen Leitindex Dax. Zu seinem Abschied im Mai 2023 hatte sich der Wert fast halbiert. Grund für den Kursverfall war die Übernahme des Konkurrenten Monsanto. Bayer zahlte für die Übernahme des US-Konzerns so viel wie zuvor kein deutsches Unternehmen, kaufte sich damit aber auch eine Klagewelle rund um den Unkrautvernichter Glyphosat ein. Die Prozesse belasten die Aktie bis heute.

3. Überbewertete Aktien verkaufen

Ein dritter Grund für einen Verkauf kann sein, dass die Aktie überbewertet ist. Wann das der Fall ist, hängt allerdings von der individuellen Sicht und den Alternativen ab. Hartmann bricht es auf einen Fakt herunter, der für sie entscheidend ist: „Welche Wachstumserwartungen habe ich für die kommenden drei Jahre?“

Von Wallwitz hat zuletzt beispielsweise Apple-Aktien verkauft – aber nicht weil er den iPhone-Hersteller für ein schlechtes Unternehmen hält. „Apple wird mit dem mehr als 20-Fachen seines Cashflows bewertet. Um das zu rechtfertigen, muss man ein echtes Wachstumsunternehmen sein. Und das ist Apple nicht mehr.“ Der Gewinn pro Aktie steigt zwar noch, aber nur, weil Apple durch Aktienrückkaufprogramme die Zahl der Aktien immer weiter reduziert.

Stattdessen können Anleger auch auf das Verhältnis von Nettogewinnen und Kursen schauen – zu Deutsch Kurs-Gewinn-Verhältnis (KGV), im Englischen Price-to-earnings-ratio (PE). „Bei Nestlé war beispielsweise mal ein PE von 30 gerechtfertigt. Aber dafür will ich dann nicht drei, sondern zehn Prozent Wachstum sehen“, sagt Hartmann. Das heißt, selbst bei gut laufenden Aktien kann es die richtige Entscheidung sein zu verkaufen, sagt von Wallwitz: „Wenn ein anderes Wertpapier ein besseres Chance-Risiko-Verhältnis bietet, dann ist das ein guter Grund, aus dem Altbestand zu verkaufen. Das Bessere ist dann der Feind des Guten.“



E+/Getty Images

> Es dreht sich gerade am Markt alles um KI, deren Auswirkung wir noch gar nicht einschätzen können. Ich sehe uns schon in einer ähnlichen Euphorie wie vor 24 Jahren, als der Börsengang von Infineon war.
>
> **Gabriele Hartman**
> Vorständin Perspektive Asset Management

4. Nicht zu früh verkaufen

Für einen Fehler halten es die Experten allerdings, wenn man Aktien im Aufwärtstrend allein aus dem Grund verkauft, um Gewinne mitzunehmen. Beispielsweise ist es eine beliebte Strategie, bei stark gestiegenen Aktien Kursgewinne zu realisieren und sie damit auf das ursprüngliche Gewicht im Portfolio zu reduzieren. „So richtig rational ist das Verhalten nicht“, findet von Wallwitz. „Wenn ich die Firma kenne, genau weiß, was die machen, und ihren Wert kenne, dann stellt sich die Frage des Verkaufs nur sehr langfristig.“ Auch Kahler hält es für einen häufigen Fehler, dass Anleger die Aktie zu früh verkaufen. Wenn Aktien gut laufen, habe das in der Regel einen Grund. „Das sind meistens Gewinner-Unternehmen mit einer extrem dominanten Marktposition und einem guten Management.“

Mit seinem Fonds geht Kahler oft sogar den umgekehrten Weg: Wenn eine Aktie gut läuft, stocken er und seine Kollegen noch auf – beispielsweise beim Schuhunternehmen Deckers Brands. „Da haben wir erhöht, obwohl die Aktie über 70 Prozent im Plus ist. Der Markt hatte die Erfolgsgeschichte unterschätzt. Wenn man ‚Sieger-Pferde‘ hat, muss man weiter darauf setzen. Wenn es dann fundamental kippt, muss man unabhängig vom Gewicht der Aktie eh handeln.“

Die Frage sei auch immer, welche Alternativen es zur aktuellen Aktie gibt, erklärt Hartmann. „Wir haben beispielsweise Novo Nordisk im Musterdepot.“ Das Pharmaunternehmen verkauft Abnehmspritzen, die weltweit reißenden Absatz finden. Die Aktie ist auf Sicht von zwölf Monaten um mehr als 80 Prozent gestiegen. „Die Novo ist dadurch teuer geworden“, sagt Hartmann. „Aber wir beißen uns gerade die Zähne daran aus, eine gute, günstigere Alternative zu finden.“

5. Wenn die Stimmung zu gut ist

Gefährlich ist es auch, wenn die Stimmung am Aktienmarkt euphorisch ist. Euphorie gilt an der Börse als Vorbote fallender Kurse, weil dann nahezu alle Anleger bereits investiert sind. In der Euphorie steigen die Kurse immer weiter, ehe plötzlich die Käufer fehlen, um die Kurse noch weiter nach oben zu hieven. Dann brechen die Kurse ein. Ein bekanntes Beispiel dafür ist das Platzen der Technologieblase zur Jahrtausendwende.

Doch wann die Stimmung noch gut und wann sie euphorisch ist, ist schwierig zu unterscheiden. Von Wallwitz schaut dabei zum einen auf verschiedene Indikatoren. Einer ist die Sentimentumfrage der American Association of Individual Investors. Wenn die Stimmung hier euphorisch ist, kann das ein Warnsignal ein. Ein anderer ist die Relative Stärke – sie misst, wie weit sich der Basiswert von seinem Mittelwert entfernt hat. Je größer der Abstand ist, desto größer ist die Gefahr, dass der Markt überkauft ist.

Daneben verlässt sich von Wallwitz auf seine Erfahrung und Marktbeobachtung: „Ein Warnsignal ist es für mich auch, wenn es der Wirtschaft selbst? Hartmann hätte eine klare Tendenz: „Ich würde sagen, der Markt hat immer recht.“ Kahler und Kurz nutzt daher einen „soften Stop-Loss“, der ab einem Verlust von 15 Prozent zum Einstiegskurs greift. „Dann verkaufen wir nicht direkt, aber wir schauen dann sehr genau, woran das liegt. In neun von zehn Fällen führt das dazu, dass wir unsere Position nach unten anpassen. Er versucht, damit zu vermeiden, dass ein zu großer Anteil des Fonds immer weiter ins Minus rutscht. „Das ist auch für Privatanleger eine enorme Vereinfachung. Wenn man sonst eine Position hat, die tief im Minus ist, ist das ein Thema, das einen nachts schlecht schlafen lässt“, sagt Kahler und zieht einen Vergleich zur Gartenarbeit: „Da schneide ich auch das Unkraut ab und dünge die Rosen, damit sie gut wachsen. Nicht andersrum.“ Sich einen Fehler bei der Aktienwahl einzugestehen ist allerdings schwierig, berichtet von Wallwitz: „Wenn man in eine Aktie investiert ist, dann ist man sehr viel eher geneigt, die positiven Dinge zu sehen, und ist für jede gute Nachricht dankbar. Dafür blendet man das Negative aus. Das ist die psychologische Grunddisposition des Menschen.“

Private Anlegerinnen und Anleger: Gerade beim Thema Aktienverkauf tun sich viele schwer.

7. Kein Stop-Loss verwenden

Um diese psychologische Falle zu umgehen, sind bei Privatanlegern Stop-Loss-Order beliebt. Hier wird die Aktie automatisch zum nächsten Kurs verkauft, wenn sie unter eine vorher definierte Marke fällt. Der Vorteil ist, dass Anlegern dadurch die schwierige Verkaufsentscheidung abgenommen wird. Hartmann kann sich dennoch mit Stop-Loss-Marken schwer anfreunden. „Ich habe damit früher gearbeitet“, berichtet sie. Ein Ansatz wäre beispielsweise, die halbe Schwankungsbreite (Volatilität) der Aktie zu nehmen. Liegt die Volatilität bei 25 Prozent, würde man den Stop-Loss 12,5 Prozent unter dem aktuellen Kurs setzen.

Überzeugt ist sie von den Stop-Loss-Marken aber nicht. „Ich mache das aber nicht mehr aus der Erfahrung von Drawdowns. Corona ist ein sehr gutes Beispiel gewesen. Da wäre durch Stop-Loss in einer Phase sehr viel liquidiert worden. Danach ist es wieder sehr viel Arbeit, in den Markt reinzukommen.“ Auch von Wallwitz ist kein Fan von Stop-Loss-Marken: „Für die Bewertung der Aktie sollte es nicht so wichtig sein, ob sie jetzt einen Euro höher oder niedriger steht.“

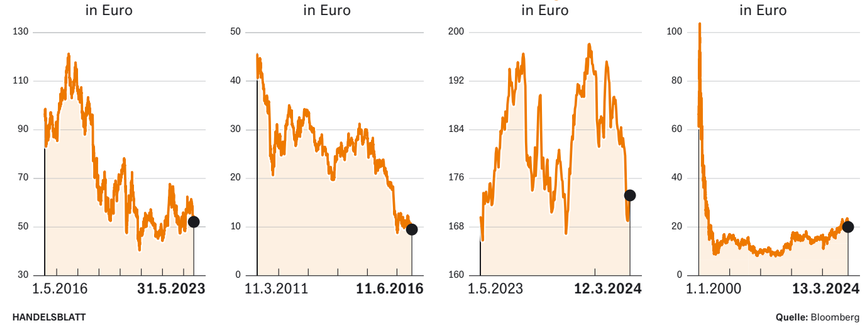
8. Wenn nichts mehr zu retten ist

Hält man an einer Aktie trotz fallender Kurse fest und baut die Position eventuell sogar in die fallenden Kurse hinein aus, weil man von dem Unternehmen überzeugt ist, kann das gefährlich sein. Sprichwörtlich greift man „ins fallende Messer“.

Hartmann rät daher, spätestens bei einem Minus von 50 Prozent das Investment ernsthaft zu hinterfragen, auch wenn man vom Unternehmen weiterhin überzeugt ist. „In dem Fall muss sich der Aktienkurs verdoppeln, um sein vorheriges Niveau zu erreichen. Dafür brauche ich selbst im besten Fall viel Geduld und wiederum einen Blick von zwei, drei Jahren. Und da ist dann die Frage: Habe ich auf Sicht von zwei, drei Jahren nicht interessantere Alternativen?“

Kahler nennt hier als Negativbeispiel die Telekom-Aktie, um die es zur Jahrtausendwende einen Hype gab. Als sie anschließend abstürzte, blieben viele Anleger trotzdem investiert. „Die haben gesagt: ‚Die kommt schon wieder‘“, berichtet Kahler. „Tatsächlich kommt sie jetzt auch wieder, aber ich muss mich als Anleger fragen, was ich in der Zwischenzeit verpasst habe. Ich hätte das Geld in den S&P 500 oder den Nasdaq investieren können. Dann wäre ich heute deutlich reicher.“ Trotzdem tun sich Anleger mit Verkäufen schwer, weil dann theoretische Buchverluste zu realen Verlusten werden. Allerdings ergeben sich daraus stets Chancen, weil dadurch Geld frei wird, das anderweitig investiert werden kann, erklärt von Wallwitz. Um das zu verbildlichen, verweist er auf ein Zitat des Star-Investors Warren Buffett: „‚Ich muss nicht dieselbe Treppe hochnehmen, die ich vorher runtergegangen bin.‘ Wenn ich also auf einem Verlust sitze, muss ich den nicht mit derselben Aktie ausgleichen.“

Vier bewegte Kursverläufe



HANDELSBLATT

Quelle: Bloomberg

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Handelsblatt Today

Bloomberg

VWs große Elektrowette

Volkswagen-Konzernchef Oliver Blume hat am Mittwoch in Berlin ein „regelrechtes Rekordjahr“ angekündigt: VW plant 2024 etwa 30 neue Modelle, um die Nachfrage nach Elektroautos anzutreiben. Wegen der ab 2025 verschärften CO_2-Ziele in der Europäischen Union steht der Konzern unter großem Druck. Bringt Volkswagen nicht genügend Elektroautos auf die Straße, drohen Strafzahlungen.

Unabhängig von finanziellen Aspekten wäre es auch für das Image „nicht gerade förderlich“, wenn VW sich als Transformationsvorreiter verstehe und dann CO_2-Strafzahlungen in Milliardenhöhe leisten müsste, sagt Handelsblatt-Redakteur Roman Tyborski. VW fehle vor allen Dingen ein Elektroauto-Bestseller wie ein Golf

> Im Endeffekt ist es so, dass VW keine andere Wahl hat.
>
> **Roman Tyborski**
> Redakteur für Unternehmen & Märkte

oder Tiguan im Verbrennersegment. Dass der Konzern in der aktuellen Lage neue Modellanläufe plane und mit einer stark steigenden Nachfrage rechne, halte er für mutig. Denn der Markt in Europa sei schwierig, Branchenexperten würden von einem Seitwärtsmarkt sprechen.

Außerdem erklärt Unternehmensreporter Michael Scheppe, ob sich Markenhersteller in den letzten Jahren durch übermäßige Preiserhöhungen bereichert haben und ob der Verdacht der „Gierflation“ berechtigt ist.

Moderiert von Sandra Groeneveld

Handelsblatt Today ist der börsentägliche Podcast aus dem Newsroom des Handelsblatts und erscheint Montag bis Freitag um 17.30 Uhr.

Aktienanlage im Gesundheitssektor

KI in der Medizin: Wie Anleger davon profitieren

Der Einsatz von KI revolutioniert die Gesundheitsbranche. Die Veränderung bietet große Chancen für Investoren, die vor allem auf drei Unternehmen setzen.

Dirk Wohleb Köln

Im Kantonsspital Baden in der Schweiz arbeitet ein Arzt Hand in Hand mit einem Roboter. Der Operationsroboter „Da Vinci“ der US-Firma Intuitive Surgical unterstützt Chirurgen bei ihrer Arbeit. Die Ärzte können dank einer 3D-Ansicht im Operationsgebiet genauer arbeiten. Operationen lassen sich besser planen, der Blutverlust ist geringer, die Genesungszeit der Patienten kürzer. Möglich macht dies Künstliche Intelligenz (KI), mit der der Operationsroboter trainiert wurde.

„Mithilfe von Künstlicher Intelligenz können Ärzte bessere Entscheidungen treffen“, sagt Hendrik Lofruthe, Leiter Portfoliomanagement Healthcare beim auf die Gesundheitssparte spezialisierten Vermögensverwalter Apo Asset Management. Der Gesundheitssektor zählt laut einer Studie der Unternehmensberatung McKinsey zu den Branchen, die sich durch KI am stärksten verändern werden. Eine Prognose von Statista Research Department schätzt das Umsatzpotenzial von KI im Gesundheitssektor im Jahr 2028 auf rund 103 Milliarden US-Dollar.

1. Intuitive Surgical

Intuitive Surgical aus den USA ist Marktführer beim Einsatz von Robotern in Krankenhäusern weltweit und erzielte 2023 einen Umsatz von 7,1 Milliarden Dollar. Dieser soll sich in den kommenden fünf Jahren verdoppeln.

Analysten sind optimistisch. Die Aktie wird mit einem ambitionierten Kurs-Gewinn-Verhältnis (KGV) von 65 bewertet. Von 32 Analysten, die sich mit der Aktie beschäftigen, raten 18 zum Kauf. Zwölf sind neutral gestimmt, zwei raten zum Verkauf. Bei einem Kursziel von 402,82 Dollar bleibt noch ein kleines Kurspotenzial von sechs Prozent. Seit Anfang Januar ist die Aktie um rund 15 Prozent geklettert.

In kaum einem anderen Sektor sind so viele Daten verfügbar wie im Gesundheitswesen: „Unternehmen im Healthcare-Sektor verfügen über einen Datenschatz. Es kommt darauf an, diese großen Datenmengen sinnvoll auszuwerten. Zum Beispiel für die Arzneimittelforschung oder auch in der bildgebenden Diagnostik“, erklärt Fondsexperte Lofruthe. So hat sich die Qualität und Menge an Daten bei Untersuchungen mit bildgebenden Verfahren wie MRT und CT deutlich vergrößert. KI hilft bei der Auswertung der Bilder. So lassen sich die Aufnahmen eines Patienten mit einer großen Datenbank vergleichen. Der Diagnostiker bekommt Hinweise, wo es Auffälligkeiten gibt und welche Bilder er sich genau anschauen sollte.

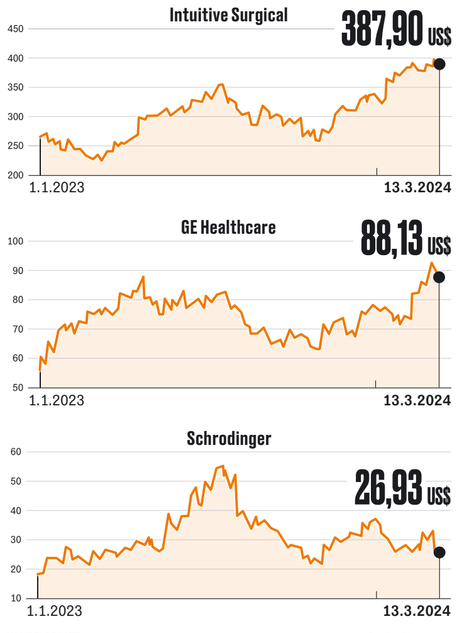
Die KI wird mit vielen Daten trainiert und kann Tausende von Schnittbildern in kurzer Zeit analysieren. Dieses Vorgehen lässt sich auf andere medizinische Disziplinen wie Dermatologie und Labormedizin übertragen.

2. GE Healthcare

GE Healthcare Technologies zählt zu den führenden Anwendern von KI bei bildgebenden Verfahren. Das US-Unternehmen hat im vierten Quartal 2023 einen Ertrag von 5,21 Milliarden Dollar erzielt und damit die Erwartungen der Analysten übertroffen. Der Nettogewinn betrug 403 Millionen Dollar. Die Analysten sind relativ optimistisch im Hinblick auf die Unternehmensentwicklung, auch wenn das Kursziel von 91,14 Dollar nach dem Anstieg der Aktie um rund 28 Prozent in diesem Jahr bereits erreicht ist. Von 17 Analysten empfehlen zehn die Aktie zum Kauf, sieben sind neutral gestimmt.

KI-Aktien

Aktienkurse in US-Dollar



HANDELSBLATT Quelle: Bloomberg

103

Milliarden Dollar wird einer aktuellen Prognose zufolge das Umsatzpotenzial von KI im Gesundheitssektor im Jahr 2028 sein.

Quelle: Statista Research Department

Mit einem KGV von 21 ist die Aktie jedoch recht teuer. Zur Einordnung: Das KGV gehört zu den meistbeachteten Kennzahlen am Aktienmarkt und gibt an, in wie viel Jahren bei konstanten Unternehmensgewinnen Anleger den Wert erhalten, den sie für die Aktie bezahlt haben. Je höher das KGV, desto teurer ist die Aktie.

„KI kann einen Beitrag leisten, um die Entwicklungszeit neuer Medikamente von zwölf auf acht Jahre zu verkürzen“, betont Lofruthe. So ließen sich zum Beispiel Informationen aus großen Datenbanken schneller auswerten und für neue Medikamente aufbereiten. Zudem ließen sich geeignete Patienten schneller finden, und auch das Design von Studien lasse sich besser gestalten.

3. Schrodinger

Das US-Unternehmen Schrodinger setzt KI bei der Entwicklung von Medikamenten ein. Dank der Software können Studien besser simuliert und das Design entsprechend angepasst werden. Schrodinger erzielte 2023 einen Ertrag von 216,7 Millionen Dollar (2024: 181 Millionen Dollar).

Das Unternehmen wies für 2023 einen Nettogewinn von 40,7 Millionen Dollar aus, nach einem Verlust von 149 Millionen Dollar im Jahr 2022. Im vierten Quartal machte Schrodinger allerdings Verluste in Höhe von netto 30,7 Millionen Dollar. In der Folge verlor die Aktie in diesem Jahr rund 30 Prozent. Analysten erkennen nun wieder Potenzial. Von zehn Aktienexperten empfehlen sieben die Aktie zum Kauf. Drei sind neutral gestimmt. Bei einem Kursziel von 37,70 Dollar liegt das Kurspotenzial bei 50 Prozent.

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

AP

E-Auto-Bauer Tesla: Preissenkungen und geringere Nachfrage verderben die Laune.

Aktie

Analyst senkt Kursziel bei Tesla drastisch

Die Liste jener Experten, die die Zukunft des US-Konzerns an der Börse skeptisch sehen, wird immer länger.

Andreas Neuhaus Düsseldorf

Der E-Auto-Bauer Tesla steht an der Börse unter Druck. Im frühen Handel an der Wall Street verlor die Aktie am Mittwoch rund drei Prozent und fiel unter die Marke von 175 Dollar. Auslöser war ein negativer Analystenkommentar.

Die Experten von Wells Fargo verlieren das Vertrauen: Die Analysten der US-Bank senkten ihr Rating von „equal weight“ auf „underweight“. Das entspricht einer Verkaufsempfehlung. Im Zuge dessen kürzten sie auch ihr Kursziel von 200 auf 125 Dollar. Gegenüber dem Schlusskurs von Dienstag wäre das ein Abschlag von knapp 30 Prozent.

Wells Fargo erwartet in diesem Jahr für Tesla nur noch ein moderates Umsatzwachstum. Grund sind zum einen die mit diversen Preissenkungen verbundenen niedrigeren Margen, zum anderen aber auch die geringere Nachfrage. „Wir erwarten, dass die Volumina im Jahr 2024 stagnieren und im Jahr 2025 sinken werden“, schreiben die Experten in ihrer Analyse und bezeichnen Tesla als „Wachstumsunternehmen ohne Wachstum“.

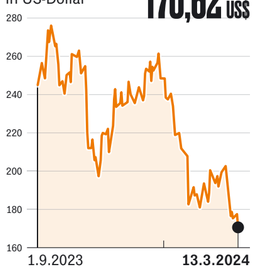
Bei Wachstumsunternehmen akzeptieren Anleger in der Regel höhere Börsenbewertungen, weil sie bereits die weiter in der Zukunft liegenden erwarteten Gewinne einpreisen. Auch Tesla ist an der Börse seit Jahren hoch bewertet, rechtfertigte das aber lange mit steigenden Umsätzen und Gewinnen. Aktuell wird Tesla mit dem knapp 60-Fachen des für 2024 erwarteten Nettogewinns bewertet. Bei den meisten anderen Autobauern liegt dieser Wert im einstelligen Bereich.

Nun macht sich Wells Fargo Sorgen um das Wachstum Teslas. In den USA seien die Auslieferungen bereits rückläufig, in China sehe es ähnlich aus. Hier verliere das Unternehmen Marktanteile an einheimische Anbieter wie BYD. Dieser hatte Tesla zuletzt als weltgrößter Verkäufer von E-Autos abgelöst.

Mit den Verlusten vom Mittwoch baut die Tesla-Aktie ihr Minus in diesem Jahr auf rund 30 Prozent aus. Im Januar hatte der Autobauer mit seinen Jahreszahlen die Analystenerwartungen deutlich verfehlt: Der Umsatz stieg langsamer als erhofft, der operative Gewinn brach ein, die Marge halbierte sich – und vor allem stellte Chef Elon Musk für 2024 kaum Besserung in Aussicht. Die Einschätzung von Wells Fargo reiht sich in eine ganze Reihe von Herabstufungen durch Analysten ein. Zwar sehen diese im Schnitt noch 17 Prozent Aufwärtspotenzial, seit Jahresbeginn haben sie laut Daten des Finanzdienstes LSEG ihre Kursziele für Tesla aber im Schnitt von 250 Dollar auf 207,95 Dollar gesenkt.

Tesla

Aktienkurs in US-Dollar **170,62 US$**



HANDELSBLATT Quelle: Bloomberg

Selbst langjährige Tesla-Fans werden vorsichtiger. So kürzte in der vergangenen Woche die US-Bank Morgan Stanley ihr Kursziel von 345 Dollar auf 320 Dollar. Deren Analyst Adam Jonas erklärte, dass die Nachfrage nach Elektrofahrzeugen in wichtigen Märkten wie China trotz kräftiger Preissenkungen weiter nachlasse.

Jonas senkte die Lieferprognosen für Tesla, nachdem die schwachen China-Verkäufe im Februar zu den Sorgen über das verlangsamte Wachstum und den zunehmenden Wettbewerb beigetragen hatten. „Tesla mag zwar das technologisch fortschrittlichste Autounternehmen der Welt sein, aber seine Produktpalette ist die älteste aller großen OEMs (Original Equipment Manufacturer), da fast die gesamte Produktpalette vor Covid auf den Markt gebracht wurde“, sagt er.

Chart des Tages

Bitcoin über 73.000 Dollar

Anleger suchen nach Einstiegschancen. Der Kurs steigt dadurch immer weiter.

Düsseldorf. Der Bitcoin hat mit seiner Rally die nächste Tausender-Marke überwunden. Am Mittwoch stieg die weltgrößte Kryptowährung erstmals über die Marke von 73.000 Dollar.

Seit Jahresbeginn ist der Bitcoin damit um mehr als 70 Prozent gestiegen, seit dem Tief im November 2022 beträgt das Plus sogar über 300 Prozent. „Offensichtlich befinden sich immer noch zahlreiche Anleger an der Seitenlinie, die sehnsüchtig auf eine günstige Einstiegsgelegenheit in den Markt warten“, kommentierte Krypto-Analyst Timo Emden vom gleichnamigen Analysehaus. „Sollte das jüngste Aufwärtsmomentum anhalten, dürften Anleger auf der Oberseite schon bald die Marke von 80.000 Dollar ins Auge fassen.“

Auch kleinere Kryptowährungen wie Ether und der Binance Coin stiegen weiter. Die Marktkapitalisierung aller Cyberdevisen zusammen nähert sich damit der Marke von 2,8 Billionen Dollar. Der Rekordwert von rund drei Billionen rückt damit näher. Er wurde im November 2021 erreicht, anschließend stürzte der Markt ab. HB

Bitcoin

Wechselkurs in US-Dollar je Bitcoin **72.927 US$**

HANDELSBLATT Quelle: Bloomberg

Anzeige

Handelsblatt
11/12 Juni
Düsseldorf

CFO Summit 2024

Change for good

René Aldach, CFO, Heidelberg Materials
Dr. Klaus Keysberg, CFO, thyssenkrupp
Olaf Klinger, CFO, Symrise
Dagmar Steinert, CFO, Rheinmetall

Jetzt anmelden:
handelsblatt-cfo-summit.de

Premium-Partner
pwc workday.

Knowledge-Partner
SEB

Handelsblatt
Substanz entscheidet.

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Handelsblatt
DONNERSTAG, 14. MÄRZ 2024, NR. 53

MSCI World Aktien	MSCI Emerging Markets	Yen/Euro	CHF/Euro	10-jährige Bundesanleihe	10-jährige US-Staatsanleihe	Silber (Feinunze)	Bitcoin
3.397,25 Pkt.	1.049,07 Pkt.	161,67 Yen	0,9595 sfr	2,353 % Rendite	4,180 % Rendite	24,73 US$	72.846 US$
+0,90 %	**+0,96 %**	**-0,20 %**	**-0,09 %**	**+0,02 PP**	**+0,03 PP**	**+2,44 %**	**+2,51 %**

— Märkte-Insight —

Treibstoff für die große Rally

An den Börsen steigt gerade alles zeitgleich: Aktien, Anleihen, Gold und Bitcoin. Das dürfte eigentlich nicht so sein, ergibt aber in der aktuellen Marktsituation Sinn.

Getty Images

Vor Rekorden können sich Anlegerinnen und Anleger an der Börse gerade kaum retten. Der deutsche Leitindex Dax stieg am Mittwoch das erste Mal über 18.000 Punkte, und die Kryptowährung Bitcoin knackte erstmals die Marke von 73.000 Dollar. Dass Gold parallel keinen Rekord erreichte, war fast schon die Ausnahme, schließlich erzielte das Edelmetall in der Vorwoche vier Höchststände am Stück. Um das Ganze noch zu toppen, steigen auch die Anleihekurse. Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe, die sich gegenläufig zum Kurs entwickelt, ist auf rund 2,3 Prozent gesunken – im Oktober waren es noch knapp drei Prozent.

Es steigt also alles. An der Börse spricht man dann von einer „Everything-Rally“. Das ist häufig das Zeichen für eine bevorstehende Korrektur, weil die Anlageklassen schließlich eigentlich in unterschiedlichen Zeiten ihre Stärken ausspielen. Zwar haben Aktien meistens Konjunktur, aber Gold performt in unsicheren Zeiten am besten, Bitcoin bei hoher Risikoneigung, Anleihen wiederum gelten als „sicherer Hafen“ für Anleger in stürmischen Börsenzeiten.

Diesmal gibt es aber eine Klammer, die diese an sich widersprüchliche Rally aller Anlageklassen zusammenhält: die sinkenden Zinserwartungen. Nachdem die großen Notenbanken, die Fed in den USA und die Europäische Zentralbank, die Zinsen 2022 und 2023 kräftig erhöht haben, rechnen die Märkte nun mit Zinssenkungen in diesem Jahr. Aktuell für den Juni.

Aktien profitieren davon, weil bei sinkenden Zinsen mehr Geld für Investitionen zur Verfügung steht und der Konsum steigt. Die Anleihekurse steigen, weil sie sich gegenläufig zur Zinserwartung bewegen. Je weiter die Zinserwartungen sinken, desto stärker steigen die Kurse. Gold wiederum profitiert, weil das Edelmetall keine Zinsen abwirft – wenn diese sinken, gewinnt Gold also an Attraktivität gegenüber zinstragenden Assets.

Ähnliches gilt für die prominenteste Kryptowährung Bitcoin, der auch zu den nicht zinstragenden Vermögenswerten gehört. Außerdem sind Anleger in der Regel in Zeiten sinkender Zinsen eher bereit, in riskantere Anlageklassen wie Aktien und Krypto zu investieren.

„Stopp!“, mag mancher jetzt denken. Die Zinssenkungserwartungen der Investoren verschieben sich ja immer weiter nach hinten. Das ist richtig, ändert aber an den Argumenten für die Rally nichts. Denn eine Belastung für die Kurse wäre das nur, wenn die hohen Zinsen die Wirtschaft abwürgen würden. Genau das ist aber nicht der Fall. Deshalb verschieben die Notenbanken die Zinswenden auch immer weiter nach hinten.

Verrückterweise profitieren die Märkte sogar davon, dass die Zinssenkungen auf sich warten lassen, weil dann die Erwartung sinkender Zinsen umso länger die Rally antreiben kann. In der speziellen aktuellen Marktlage ergibt die „Everything-Rally“ also Sinn, auch wenn sie Züge einer Übertreibung trägt.

Der Hype um Künstliche Intelligenz (KI) sorgt beispielsweise bei Aktien mit Bezug zu diesem Megathema für rasante Kurssteigerungen, auch wenn noch unklar ist, wie schnell die Gewinne dieser Unternehmen tatsächlich steigen werden. Auch beim Bitcoin erinnert die Kursbewegung der vergangenen Wochen an einen Hype, hier ist es die Knappheit des Angebots, die den Kurs treibt. Aber der Klebstoff, der diese gesamte Gemengelage zusammenhält, sind die Zinserwartungen.

Es wäre daher nicht überraschend, wenn die Kurse erst einmal noch weiter steigen. Eventuell sogar bis zur ersten Zinssenkung im Sommer. Dann könnten Anleger Luft holen und in Ruhe schauen, was sie in den vergangenen Monaten so angerichtet haben. Das Ergebnis dieser Überprüfung dürfte spannend werden.

Andreas Neuhaus ist Co-Leiter des Ressorts Geldanlage. Sie erreichen ihn unter: neuhaus@handelsblatt.com

Max Brunnert

Börse am Donnerstag

Fünf Punkte, die für Anleger heute wichtig sind

1 Rheinmetall

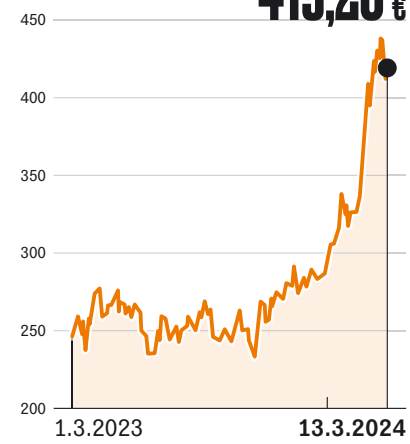
Der deutsche Rüstungskonzern legt um 7.30 Uhr seine Jahreszahlen vor. Um 10.30 Uhr folgt die Bilanz-Pressekonferenz. Anleger werden auf Aussagen bezüglich des künftigen Wachstums achten. Rheinmetall profitiert davon, dass Regierungen weltweit in ihre Verteidigung investieren. Allein in diesem Jahr stieg die Aktie um mehr als 40 Prozent.

2 Berichtssaison

Neben Rheinmetall legen aus dem deutschen Leitindex Dax auch die Deutsche Bank und der Energieversorger RWE ihre Zahlen vor (jeweils 7 Uhr). Aus dem MDax öffnen zudem der Kali- und Salzförderer K+S und der Chemiekonzern Lanxess ihre Bücher (jeweils 7 Uhr).

Rheinmetall

Aktienkurs in Euro **419,20 €**



HANDELSBLATT **Quelle:** Bloomberg

3 Öl-Bericht

Die Internationale Energieagentur (IEA) veröffentlicht um 11 Uhr ihren Monatsbericht. Er enthält Daten zu allen OECD-Ländern sowie ausgewählten Nicht-OECD-Ländern und bietet auch Angebots- und Nachfrageprognosen für das kommende Jahr.

4 US-Einzelhandel

Um 13.30 Uhr deutscher Zeit erscheinen die monatlichen Einzelhandelsumsätze aus den USA. Sie gelten als wichtiger Indikator für die Konjunktur, weil der private Konsum eine entscheidende Stütze der weltgrößten Volkswirtschaft ist. Analysten erwarten ein monatliches Plus von 0,8 Prozent. Im Vormonat stand noch ein Minus von 0,8 Prozent.

5 US-Arbeitsmarkt

Das US-Arbeitsministerium gibt ebenfalls um 13.30 Uhr bekannt, wie viele Erstanträge auf Arbeitslosenhilfe in der vergangenen Woche gestellt wurden. Der Jobmarkt hat großen Einfluss auf die Geldpolitik der US-Notenbank Fed. Je schwächer dieser ist, desto eher ist mit Zinssenkungen zu rechnen.

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@handelsblattgroup.com